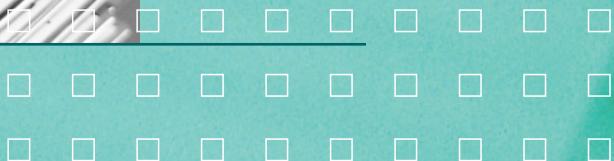




F a c h b l i c k

Das Ministerium

Monatsbericht des BMF Dezember 2001



Monatsbericht des BMF
Dezember 2001

Inhaltsverzeichnis

Editorial	7
Übersichten und Termine	9
Überblick zur wirtschaftlichen Lage	11
Finanzwirtschaftliche Lage	13
Haushalt 2002: Konsolidieren und Gestalten	21
Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes	24
Entwicklung der Länderhaushalte	26
Termine	28
Analysen und Berichte	29
Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland	31
Aktualisierung des Deutschen Stabilitätsprogramms	
– Fortsetzung der Konsolidierung unter erschwerten Bedingungen –	37
Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2000	43
Bericht der Bundesregierung über den Stand der Auszahlungen und	
die Zusammenarbeit der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“	
mit den Partnerorganisationen	49
Neuer Finanzierungsschlüssel bei den Vereinten Nationen	55
Entwurf für ein Viertes Finanzmarktförderungsgesetz	63
Statistiken und Dokumentationen	69
Übersichten und Grafiken zur wirtschaftlichen Lage	74
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	108
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	128
Vergleich der jüngsten Vorausschätzungen G-7/EU 15/Eurozone	132
Statistischer Anhang zur wirtschaftlichen Lage	137
Nur in der Online-Version unter www.bundesfinanzministerium.de enthalten.	

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

im laufenden Jahr kam es in Deutschland zu einer deutlichen Abschwächung des Wirtschaftswachstums. Insbesondere die weltweite Konjunkturintrübung sowie die Realeinkommenseinbußen infolge der Preissteigerungen bei Energie und Nahrungsmitteln haben die wirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigt. Die Bundesregierung erwartet in diesem Jahr ein reales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um $\frac{3}{4}\%$ und um $1\frac{1}{4}\%$ im nächsten Jahr. Ein Blick auf den Vergleich der jüngsten Vorausschätzungen von EU-Kommission, OECD und IWF, die wir in diesem Monatsbericht unter der Rubrik Statistiken und Dokumentationen veröffentlichen, verdeutlicht aber die Unsicherheit über die künftige Entwicklung nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern.

Angesichts dieser gegenwärtigen Unsicherheit stabilisiert die Bundesregierung durch ihren klaren wirtschafts- und finanzpolitischen Kurs die Erwartungen und schafft so Vertrauen bei Unternehmern und Konsumenten. Die deutsche Haushalts- und Finanzpolitik orientiert sich deshalb weiter am eingeschlagenen Konsolidierungskurs. Dieses eindeutige Bekenntnis zum Stabilitäts- und Wachstums- pakt schließt das Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren im Rahmen der Defizitobergrenzen des Paktes ein. Daneben ist eine Reihe von Maßnahmen, wie die entlastende Wirkung der Steuerreform und das Zukunftsinvestitionsprogramm, beschlossen worden, die auch 2002 fortwirken. Die Finanzpolitik verhält sich damit konjunkturgerecht, ohne das Ziel der mittelfristigen Konsolidierung aus den Augen zu verlieren.

Dies spiegelt sich auch im Ergebnis der Abschlussberatungen des Haushaltausschusses des Deutschen Bundestages zum Bundeshaushalt 2002 wider: Trotz konjunktureller Wachstumspause mit deutlicher Abschwächung des Steueraufkommens und zusätzlicher Belastungen bei

den Arbeitsmarktausgaben setzen wir auch im kommenden Jahr die solide, nachhaltige Finanzpolitik der letzten Jahre fort. Aktuelle Informationen zum Bundeshaushalt für das Jahr 2002 haben wir in diesem Monat in die Übersichten und in die Statistiken und Dokumentationen aufgenommen.

Am 5. Dezember 2001 wurde die diesjährige Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms durch das Kabinett gebilligt. Es trägt den veränderten Rahmenbedingungen Rechnung, ohne von der finanzpolitischen Grundlinie abzurücken. Die mittelfristige Rückführung des Staatsdefizits ist gegenüber dem letzten Jahr schwieriger geworden. Jedoch können die finanzpolitischen Handlungsspielräume, die durch steigende Zinslasten gefährdet würden, nur verteidigt werden, wenn wir den in den vergangenen Jahren erfolgreichen Pfad der Defizitrückführung weiter beschreiten. Bund, Länder und Gemeinden werden den Herausforderungen durch eine straffe Haushaltsführung begegnen und das Defizit 2002 auf rund 2 % reduzieren. Außerdem halten wir an unserem Ziel fest, im Jahr 2004 einen ausgewogenen Staatshaushalt vorzulegen.

Die Bundesregierung berichtet regelmäßig über den Stand der Auszahlungen und die Zusammenarbeit der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ mit den Partnerorganisationen. Die Stiftung wurde gegründet, um über Partnerorganisationen Finanzmittel zur Gewährung von Leistungen an ehemalige Zwangsarbeiter und von anderem Unrecht aus der Zeit des Nationalsozialismus Betroffene bereitzustellen. Das Kapital der Stiftung wird zu gleichen Teilen von den in der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft zusammengeschlossenen Unternehmen und vom Bund aufgebracht. Mit dem im vorliegenden Monatsbericht abgedruckten Beitrag geben wir eine Übersicht über die Tätigkeit der Stiftung bis zum 30. September 2001.

Im Dezember 2000 einigte sich die Generalversammlung der Vereinten Nationen auf einen

neuen Finanzierungsschlüssel für den regulären Haushalt der Organisation und für die Lastenverteilung bei den Einsätzen zur Friedenssicherung. Die Einigung war – wie in unserem Artikel beschrieben – das Ergebnis zäher Verhandlungen zwischen den USA, den EU-Ländern und den anderen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen.

Mit dem Entwurf für ein Viertes Finanzmarktförderungsgesetz zielt die Bundesregierung auf die Verbesserung des Anlegerschutzes, die Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten der Marktteilnehmer und auf die wirkungsvollere Gestaltung des Abwehrsystems gegen die Geldwäsche. Die geplanten Maßnahmen im Börsen-, Wertpapierhandels- und Investmentrecht, im Kredit- und Versicherungswesen sowie im Hypothekenbankgesetz sollen dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes Deutschland zu stärken und die Funktion des Kapitalmarkts als Motor für Wachstum und Beschäftigung fortzuentwickeln.

Mit dem seit August dieses Jahres erscheinenden Monatsbericht haben wir begonnen, über den Rahmen der bisherigen Veröffentlichungen hinaus interessante Themen der Wirtschafts- und Finanzpolitik einem breiten Leserkreis zu präsentieren.

Auch im neuen Jahr werden wir wieder bemüht sein, mit unseren Beiträgen eine breitere Informationsbasis zu schaffen und so die Transparenz unserer Arbeit zu erhöhen. Unser Ziel bleibt es dabei, eine sachliche, wenn nötig auch kritische Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit über Wirtschafts- und Finanzpolitik anzuregen.

Ich wünsche Ihnen ein ruhiges und friedliches Weihnachtsfest und einen erfolgreichen Start in das neue Jahr.



Prof. Dr. Heribert Zitzelsberger
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Die Mitarbeiter in der Redaktion des Monatsberichts sind für Anregungen und Kritik dankbar. Die Kontaktaufnahme ist am einfachsten über:

Bundesministerium der Finanzen
Redaktion Monatsbericht
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
<http://www.bundesfinanzministerium.de>
Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de



Übersichten und Termine

Überblick zur wirtschaftlichen Lage	11
Finanzwirtschaftliche Lage	13
Haushalt 2002: Konsolidieren und Gestalten	21
Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes	24
Entwicklung der Länderhaushalte	26
Termine	28

Überblick zur wirtschaftlichen Lage¹

Unter dem Eindruck der weltweiten Konjunkturabkühlung dauert auch in der deutschen Wirtschaft die Wachstumsschwäche an.

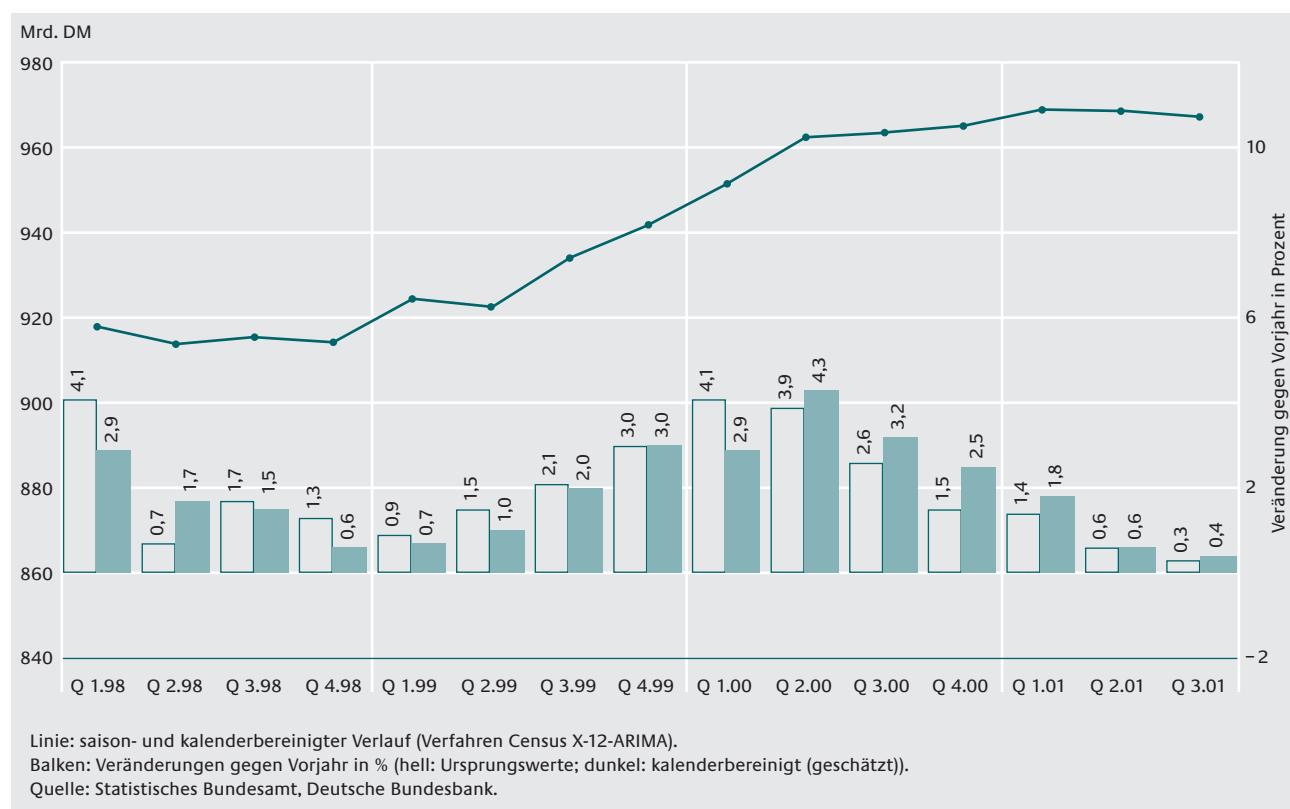
- Im dritten Vierteljahr 2001 ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) preis- und saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal geringfügig zurückgegangen ($-0,1\%$), nachdem es zuvor stagniert hatte. Zuletzt übertraf das BIP sein vergleichbares Vorjahresniveau real um $0,3\%$, (kalenderbereinigt $+0,4\%$).
- Konjunkturbedingt hat sich die Arbeitslosigkeit weiter erhöht. Von Oktober auf November ist die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl

um 17 000 gestiegen. Mit insgesamt 3,79 Mio. waren 144 000 Personen mehr als ein Jahr zuvor als Arbeitsuchende registriert. Die Beschäftigung lag im September fast genau auf ihrem Vorjahresstand (39,12 Mio. Erwerbstätige).

- In der Industrie ist im September/Oktober die Produktion gegenüber dem vorangegangenen Zweimonatszeitraum saisonbereinigt um $1,8\%$ gesunken. Der negative Vorjahresabstand hat sich auf $-2,8\%$ (arbeitstäglich bereinigt) erhöht. Der Auftragseingang ist weiter geschrumpft und die Geschäftserwartungen haben sich im Oktober nochmals eingetrübt.
- Im Bauhauptgewerbe hat sich die Produktion zuletzt auf niedrigem Niveau stabilisiert (September/Oktober $+0,7\%$). Allerdings ist die

¹ In diesem Bericht wurden statistische Zahlen verwendet, die bis zum 14. Dezember 2001 vorlagen.

Reale Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts Deutschland 3. Quartal 2001



zuvor deutlich gestiegene Baunachfrage seit den Sommermonaten erneut stark gesunken.

- Die Einzelhandelsumsätze entwickelten sich im September/Oktober rückläufig (preis- und saisonbereinigt -0,6%). Dabei hat sich aber das lange Zeit stark gedrückte Autogeschäft in den letzten Monaten merklich belebt. Insgesamt übertrafen die Verkäufe des gesamten Einzelhandels ihren entsprechenden Vorjahresstand real um 0,5%.
- Die deutschen Warenausfuhren haben sich im September/Oktober – ausgehend von einem

weiterhin sehr hohen Niveau – saisonbereinigt um 2,5% verringert. Im Zeitraum Januar bis Oktober wurden jedoch 8,9% höhere Exportumsätze erzielt als in der gleichen Zeit des Vorjahrs.

- Das Preisklima hat sich auf breiter Front weiter entspannt. Der jährliche Verbraucherpreisanstieg ermäßigte sich im November auf +1,7%. In der EU-weit harmonisierten Abgrenzung fiel der Verbraucherpreisindex sogar nur um 1,5% höher aus als im November 2000.

Konjunkturindikatoren im internationalen Vergleich

	Jahr				1999				2000				2001			
	1997	1998	1999	2000	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Bruttoinlandsprodukt real^{1,2}																
Deutschland	1,5	1,7	1,7	3,2	0,7	1,0	2,0	3,0	2,9	4,3	3,2	2,5	1,8	0,6	0,4	
Eurozone (EUR-12) ⁴	2,3	2,9	2,6	3,4	2,0	2,2	2,8	3,6	3,6	3,9	3,2	2,8	2,5	1,7	1,3	
Europäische Union (EU-15)	2,5	2,9	2,6	3,3	2,0	2,2	2,7	3,5	3,5	3,8	3,2	2,8	2,5	1,7	1,4	
Japan	1,8	-1,1	0,8	1,6	-0,4	1,0	2,1	0,4	2,4	1,0	0,3	2,5	0,2	-0,7	*	
Kanada	4,4	3,3	4,5	4,6	3,7	4,3	5,4	5,2	5,1	5,1	4,7	3,6	2,1	1,9	0,8	
USA	4,4	4,3	4,1	4,2	4,0	3,9	4,0	4,4	4,2	5,2	4,4	2,8	2,5	1,2	0,8	
Jahresdurchschnitt																
	1998	1999	2000	Nov	Dez	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Juni	Juli	Aug	Sep	Okt	Nov
Arbeitslosenquoten in %²																
Deutschland ³	9,3	8,6	7,9	7,7	7,7	7,7	7,8	7,8	7,8	7,8	7,9	7,9	7,9	7,9	8,0	8,0
Eurozone (EUR-12) ^{3,4}	10,9	10,0	8,9	8,5	8,5	8,5	8,4	8,4	8,4	8,4	8,4	8,3	8,3	8,4	8,4	*
Europäische Union (EU-15) ³	9,9	9,2	8,2	7,9	7,8	7,8	7,7	7,7	7,6	7,6	7,7	7,7	7,7	7,7	7,7	*
Japan	4,1	4,7	4,7	4,8	4,9	4,9	4,7	4,7	4,8	4,9	4,9	5,0	5,0	5,3	5,4	*
Kanada	8,3	7,6	6,8	6,9	6,8	6,9	6,9	7,0	7,0	7,0	7,0	7,2	7,2	7,3	7,5	
USA	4,5	4,2	4,0	4,0	4,0	4,2	4,2	4,3	4,4	4,4	4,5	4,5	4,9	4,9	5,4	5,7
Verbraucherpreise¹																
Deutschland ³	0,6	0,6	2,1	2,6	2,3	2,2	2,5	2,5	2,9	3,6	3,1	2,6	2,6	2,1	2,0	1,5
Eurozone (EUR-12) ^{3,4}	1,1	1,1	2,3	2,9	2,6	2,4	2,6	2,6	2,9	3,4	3,0	2,8	2,8	2,5	2,4	*
Europäische Union (EU-15) ³	1,3	1,2	2,1	2,6	2,3	2,2	2,3	2,3	2,6	3,1	2,8	2,6	2,6	2,4	2,2	*
Japan	0,6	-0,3	-0,7	-0,5	-0,2	0,1	-0,1	-0,4	-0,4	-0,5	-0,5	-0,8	-0,7	-0,8	-0,8	*
Kanada	1,0	1,7	2,7	3,3	3,3	3,0	2,8	2,5	3,6	3,9	3,3	2,6	2,8	2,6	1,9	*
USA	1,6	2,1	3,5	3,6	3,8	3,9	3,6	2,9	3,3	3,6	3,2	2,7	2,7	2,6	2,1	*

Quellen: EUROSTAT, Statistisches Bundesamt.

¹ Veränderung in % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresergebnis.

² Saisonbereinigt.

³ Harmonisiert.

⁴ Bis einschließlich Berichtsjahr 2000 EUR-11.

Finanzwirtschaftliche Lage

Die Ausgaben überschreiten mit 444,8 Mrd. DM (+0,9 Mrd. DM) das Vorjahresergebnis leicht (+0,2%). Damit liegt das Ist nur moderat über der im Soll vorgezeichneten Entwicklung mit einem Ausgabenrückgang von -0,2%. Die hohen zusätzlichen Ausgaben, insbesondere für die Arbeitslosenhilfe und den Rückkauf von DM-Münzen,

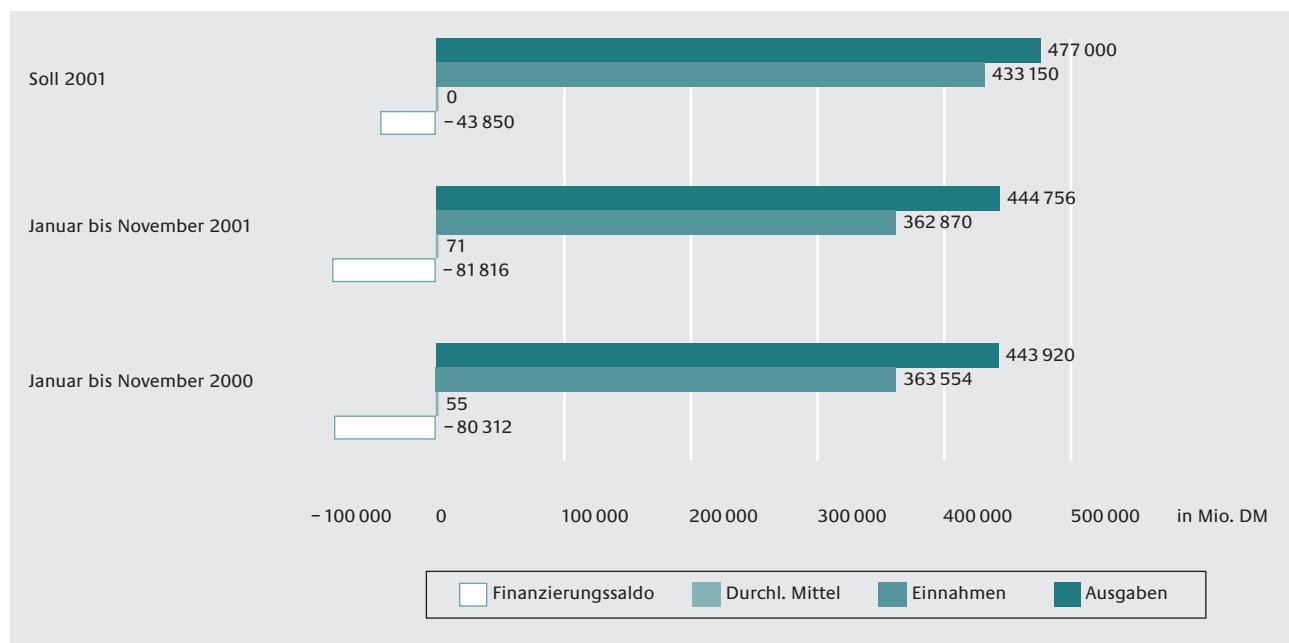
konnten somit weitgehend durch Einsparungen kompensiert werden. Das Steueraufkommen sinkt nochmals leicht von 328 auf 320,3 Mrd. DM. Mit einem Rückgang von nunmehr 7,7 Mrd. DM (-2,3%) bewegen sich die Steuereinnahmen innerhalb der Schätzmarke, die durch die Steuerschätzung im November vorhergesagt wurde. Trotz der weiterhin hohen Verwaltungseinnahmen (42,5 Mrd. DM), die das Ergebnis des

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2000	Ist-Entwicklung ¹ Januar bis November 2001
Ausgaben (Mrd. DM) Veränderung gegenüber Vorjahr in %	477,0 - 0,2	444,8 0,2
Einnahmen (Mrd. DM) Veränderung gegenüber Vorjahr in %	433,2 0,4	362,9 - 0,2
Steuereinnahmen (Mrd. DM) Veränderung gegenüber Vorjahr in %	384,6 - 1,1	320,4 - 2,3
Finanzierungssaldo (Mrd. DM) Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. DM) Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. DM)	- 43,9 - - 0,2	- 81,8 - 48,5 - 0,1
Nettokreditaufnahme (Mrd. DM)	- 43,7	- 33,2

¹ Buchungsergebnisse.

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



Vorjahres um 6,9 Mrd. DM übertreffen, liegen die Einnahmen insgesamt erstmalig unter dem Resultat des vergleichbaren Vorjahreszeitraumes. Sie sinken von 363,6 auf 362,9 Mrd. DM (-0,7 Mrd. DM/-0,2%). Die Verwaltungsmehreinnahmen, vornehmlich aus Gewährleistungen und Zinsen, können somit nicht gänzlich die Steuerausfälle, die zum Teil auch auf die Auswirkungen der Steu-

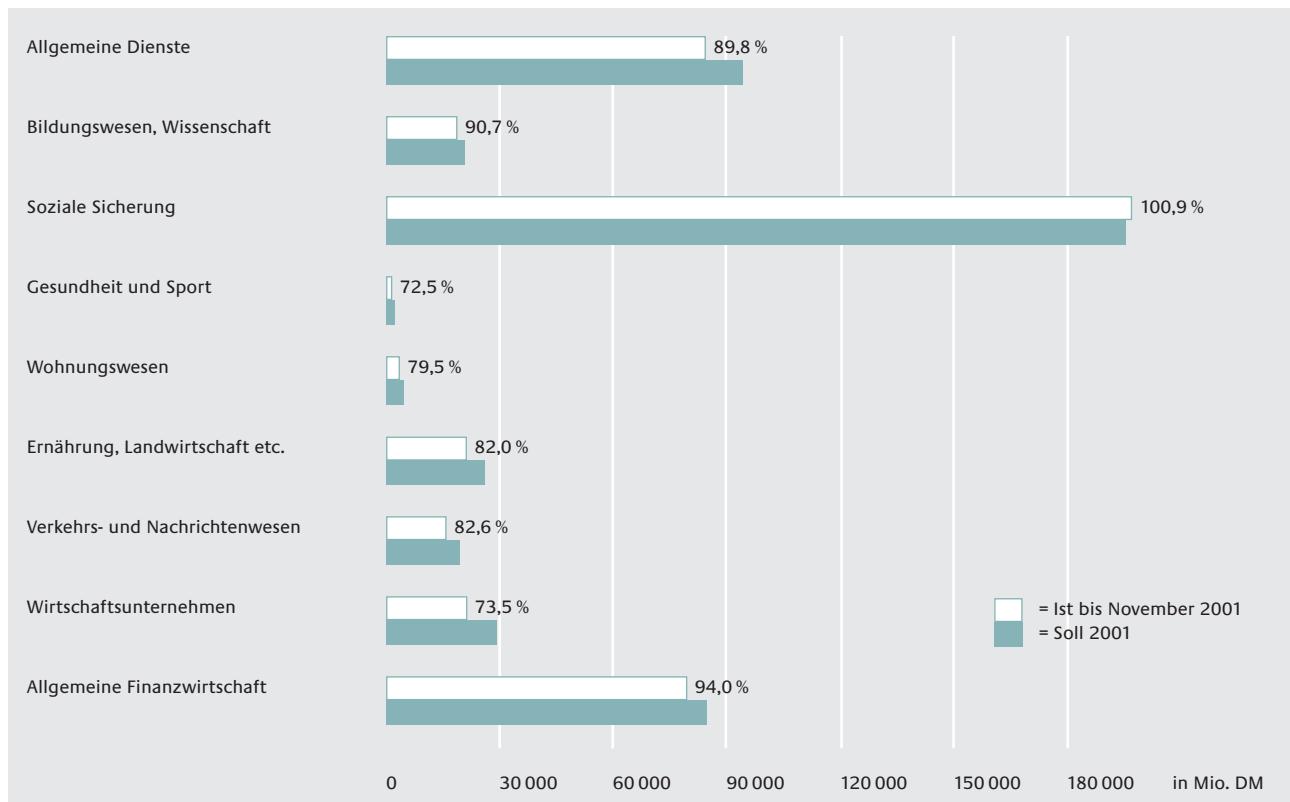
erreform zurückzuführen sind, ausgleichen. Der Rückgang der gebuchten NKA im November von 39,3 auf 33,2 Mrd. DM erklärt sich durch einen relativ hohen Kassenverstärkungskredit.

Aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo in Höhe von 81,8 Mrd. DM können keine Rückschlüsse auf den Jahresverlauf gezogen werden.

Entwicklung der Bundesaufgaben nach Aufgabenbereichen

Aufgabenbereiche	Soll 2001	Januar bis November		Januar bis November		Veränderungen ggü. Vorjahr in %
	Mio. DM	2001 Mio. DM	Anteil in %	2000 Mio. DM	Anteil in %	
Allgemeine Dienste	94 215	84 619	19,0	68 794	15,5	+ 23,0
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	7 291	6 385	1,4	6 494	1,5	- 1,7
Verteidigung	54 406	49 929	11,2	40 945	9,2	+ 21,9
Politische Führung, zentrale Verwaltung	17 497	15 448	3,5	12 432	2,8	+ 24,3
Finanzverwaltungen	6 001	5 097	1,1	-	-	-
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	20 819	18 878	4,2	17 462	3,9	+ 8,1
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	2 215	2 215	0,5	2 000	0,5	+ 10,8
BAföG	1 525	1 316	0,3	1 036	0,2	+ 27,0
Forschung und Entwicklung	12 887	11 652	2,6	10 999	2,5	+ 5,9
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	195 539	197 363	44,4	192 260	43,3	+ 2,7
Sozialversicherung	131 066	128 917	29,0	121 955	27,5	+ 5,7
Arbeitslosenversicherung	1 200	8 497	1,9	6 791	1,5	+ 25,1
Arbeitslosenhilfe	22 600	22 567	5,1	23 487	5,3	- 3,9
Wohngeld	3 900	3 615	0,8	3 073	0,7	+ 17,6
Erziehungsgeld	6 925	5 959	1,3	6 118	1,4	- 2,6
Kriegsopfersversorgung und -fürsorge	7 719	7 736	1,7	8 232	1,9	- 6,0
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	2 262	1 641	0,4	955	0,2	+ 71,8
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	4 596	3 654	0,8	3 803	0,9	- 3,9
Wohnungswesen	3 725	3 038	0,7	3 255	0,7	- 6,7
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	26 089	21 386	4,8	25 090	5,7	- 14,8
Regionale Förderungsmaßnahmen	9 298	8 391	1,9	9 368	2,1	- 10,4
Kohlenbergbau	6 937	6 917	1,6	7 056	1,6	- 2,0
Gewährleistungen	4 600	1 995	0,4	3 859	0,9	- 48,3
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	19 391	16 025	3,6	15 399	3,5	+ 4,1
Straßen (ohne GVFG)	10 860	8 953	2,0	8 341	1,9	+ 7,3
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	29 281	21 509	4,8	24 758	5,6	- 13,1
Post-Unterstützungskassen	9 341	8 271	1,9	7 441	1,7	+ 11,2
Bundeseisenbahnvermögen	7 936	6 144	1,4	10 260	2,3	- 40,1
Deutsche Bahn AG	9 681	5 098	1,1	5 018	1,1	+ 1,6
Allgemeine Finanzwirtschaft	84 808	79 681	17,9	95 399	21,5	- 16,5
Fonds „Deutsche Einheit“	6 464	5 925	1,3	5 925	1,3	+ 0,0
Zinsausgaben	77 000	69 803	15,7	72 675	16,4	- 4,0
Ausgaben zusammen	477 000	444 756	100,0	443 920	100,0	+ 0,2

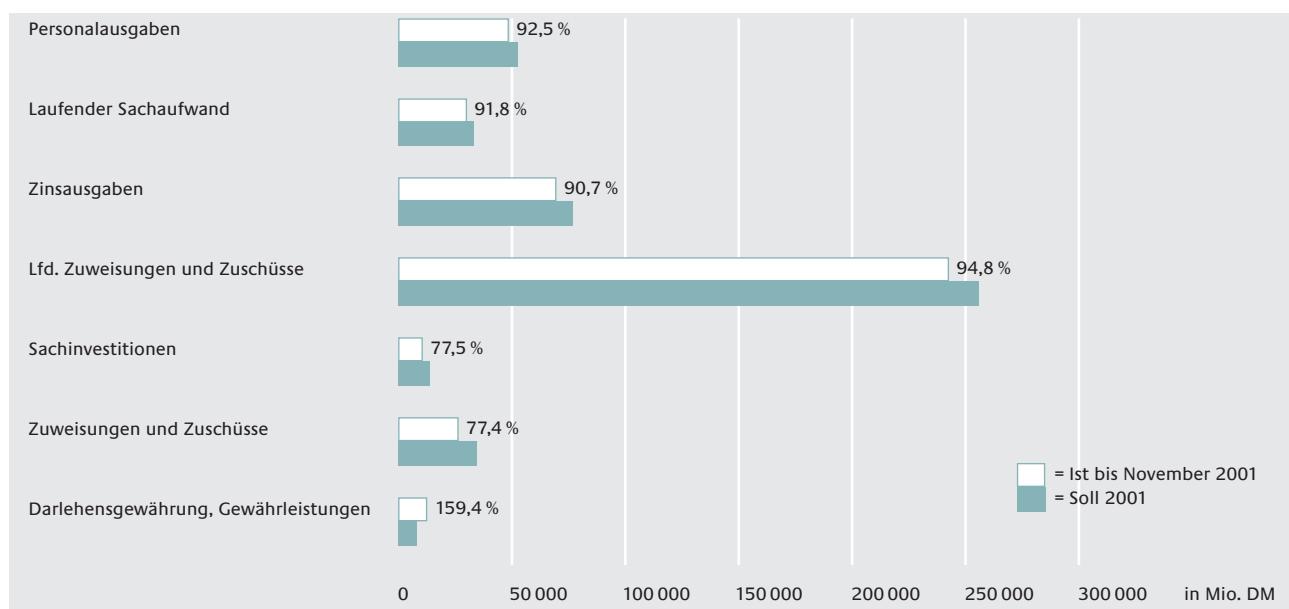
Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis November 2001



Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

Einnahmeart	Soll 2001	Ist 2001		Ist 2000	Verän- derungen gegenüber Vorjahr in %	
	Mio. DM	Ist Januar bis November Mio. DM	Anteil in %	Ist Januar bis November Mio. DM		
Konsumtive Ausgaben	420 217	392 995	88,4	391 327	88,2	+ 0,4
Personal Ausgaben	52 812	48 831	11,0	47 754	10,8	+ 2,3
Aktivbezüge	40 382	36 994	8,3	36 221	8,2	+ 2,1
Versorgung	12 430	11 838	2,7	11 533	2,6	+ 2,6
Laufender Sachaufwand	33 104	30 379	6,8	35 168	7,9	- 13,6
Sächliche Verwaltungsaufgaben	3 115	2 540	0,6	2 558	0,6	- 0,7
Militärische Beschaffungen	14 970	13 450	3,0	12 562	2,8	+ 7,1
Sonstiger laufender Sachaufwand	15 019	14 389	3,2	20 048	4,5	- 28,2
Zinsausgaben	77 000	69 803	15,7	72 675	16,4	- 4,0
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	256 113	242 866	54,6	232 219	52,3	+ 4,6
an Verwaltungen	26 388	22 136	5,0	26 435	6,0	- 16,3
an andere Bereiche darunter	229 726	220 115	49,5	205 817	46,4	+ 6,9
Unternehmen	33 218	30 154	6,8	23 375	5,3	+ 29,0
Renten, Unterstützungen u. a.	38 245	37 281	8,4	38 928	8,8	- 4,2
Sozialversicherungen	151 247	146 224	32,9	137 568	31,0	+ 6,3
Sonstige Vermögensübertragungen	1 188	1 116	0,3	3 510	0,8	- 68,2
Investive Ausgaben	57 988	51 762	11,6	52 594	11,8	- 1,6
Finanzierungshilfen	43 944	40 878	9	41 816	9,4	- 2,2
Zuweisungen und Zuschüsse	34 543	26 732	6,0	26 850	6,0	- 0,4
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	8 064	12 858	2,9	13 743	3,1	- 6,4
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	1 336	1 288	0,3	1 223	0,3	+ 5,3
Sachinvestitionen	14 045	10 884	2,4	10 777	2	+ 1,0
Baumaßnahmen	11 571	8 909	2,0	9 083	2,0	- 1,9
Erwerb von beweglichen Sachen	1 643	1 250	0,3	1 149	0,3	+ 8,8
Grunderwerb	831	725	0,2	545	0,1	+ 33,0
Globalansätze	- 1 205	0		0		
Ausgaben insgesamt	477 000	444 756	100,0	443 920	100,0	+ 0,2

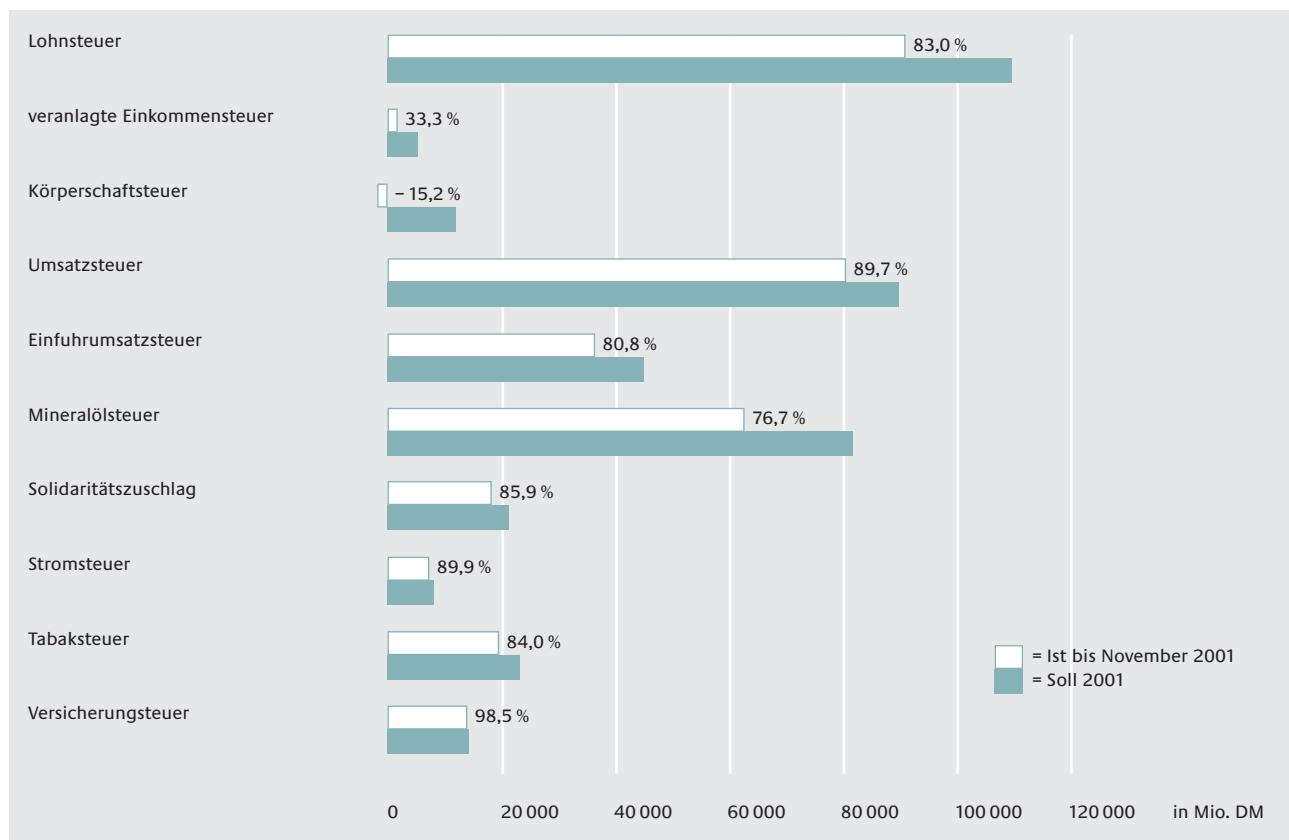
Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis November 2001



Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Soll 2001	Ist 2001		Ist 2000	Verän- derungen gegenüber Vorjahr in %	
	Mio. DM	Januar bis November	Anteil in %	Mio. DM		
I. Steuern	384 609	320 379	88,3	327 960	90,2	- 2,3
Bundesanteile an:						
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	286 132	237 841	65,5	253 889	69,8	- 6,3
davon:						
Lohnsteuer	110 075	91 354	25,2	93 144	25,6	- 1,9
veranlagte Einkommensteuer	5 401	1 799	0,5	4 429	1,2	- 59,4
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	13 100	19 696	5,4	12 215	3,4	+ 61,2
Körperschaftsteuer	6 864	7 127	2,0	5 701	1,6	+ 25,0
Zinsabschlag	12 000	-1 819	-0,5	17 173	4,7	- 110,6
Umsatzsteuer	90 136	80 869	22,3	83 735	23,0	- 3,4
Einfuhrumsatzsteuer	45 280	36 607	10,1	35 524	9,8	+ 3,0
Gewerbesteuerumlage	3 276	2 208	0,6	1 967	0,5	+ 12,3
Versicherungsteuer	14 300	14 091	3,9	13 593	3,7	+ 3,7
Solidaritätszuschlag	21 400	18 379	5,1	19 218	5,3	- 4,4
Tabaksteuer	23 400	19 667	5,4	19 153	5,3	+ 2,7
Kaffeesteuer	2 150	1 799	0,5	1 874	0,5	- 4,0
Branntweinsteuern	4 100	3 260	0,9	3 224	0,9	+ 1,1
Mineralölsteuer	82 100	62 969	17,4	58 755	16,2	+ 7,2
Stromsteuer	8 200	7 374	2,0	5 611	1,5	+ 31,4
Ergänzungzuweisungen an Länder	- 25 089	- 18 808	-5,2	- 19 844	-5,5	- 5,2
BSP-Eigenmittel der EU	- 19 800	- 14 714	-4,1	- 16 177	-4,4	- 9,0
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 13 429	- 12 241	-3,4	- 12 163	-3,3	+ 0,6
II. Sonstige Einnahmen	48 541	42 491	11,7	35 593	9,8	+ 19,4
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	9 154	9 310	2,6	9 691	2,7	- 3,9
Zinseinnahmen	3 159	3 440	0,9	1 998	0,5	+ 72,2
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen	22 078	16 738	4,6	7 349	2,0	+ 127,8
Einnahmen zusammen	433 150	362 870	100,0	363 554	100,0	- 0,2

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis November 2001



Steuereinnahmen im November 2001

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) lagen im November 2001 um -4,8 % unter dem Vorjahresergebnis. Ursächlich hierfür war der starke Rückgang bei den gemeinschaftlichen Steuern (-7,2 %), der durch die positive Entwicklung bei den reinen Ländersteuern (+8,4 %) und den reinen Bundessteuern (+1,3 %) nicht ausgeglichen werden konnte.

Die kumulierte Veränderungsrate Januar bis November 2001 der Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) liegt mit -3,5 % noch leicht über der in der Novembersitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ geschätzten Veränderungsrate für das Gesamtjahr von -3,7 %.

Die Lohnsteuereinnahmen gingen im November 2001 um -4,0 % zurück. Vor Abzug der Kindergeldzahlungen, die im Vorjahresvergleich um +1,9 % anstiegen, fiel der Rückgang mit -2,2 % deutlich geringer aus.

Bei den Veranlagungsteuern verlief die Entwicklung im November zweigeteilt: Während die veranlagte Einkommensteuer gegenüber dem

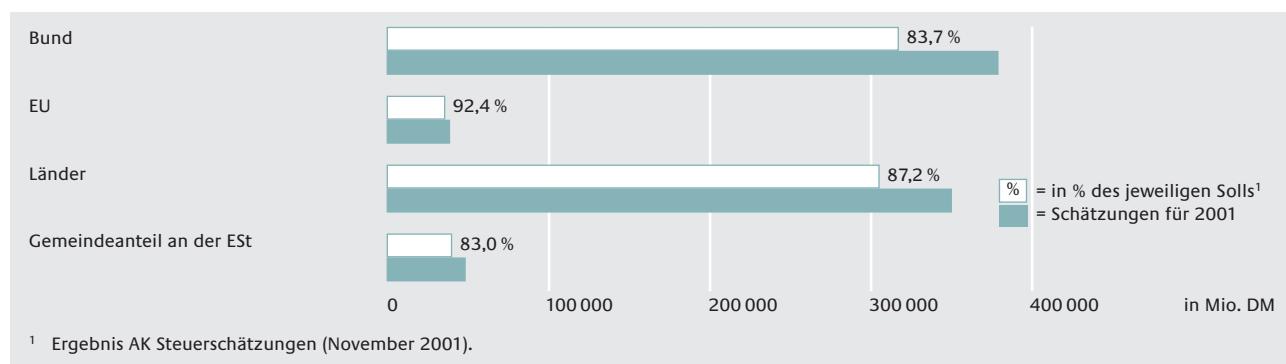
Vorjahr ein um gut 0,1 Mrd. DM besseres Kassenergebnis erzielte, verzeichnete die Körperschaftsteuer ein Minus von knapp 2 Mrd. DM. Dabei war der Rückgang in zwei Bundesländern besonders stark ausgeprägt. Er lässt sich zum Teil durch hohe Ausschüttungen und daraus resultierende Körperschaftsteuerminderungen erklären, was durch das positive Ergebnis der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (+0,4 Mrd. DM bzw. +54,1 %) belegt wird.

Bei den Einnahmen aus dem Zinsabschlag war der Zuwachs mit +3,0 % nochmals leicht geringer als im Vormonat. Gleichwohl liegt das kumulierte Ergebnis mit +25 % deutlich über dem des Vorjahrs.

Die Steuern vom Umsatz entwickelten sich, nach einem bereits schwachen Oktober, im November mit -3,9 % erneut deutlich rückläufig.

Die reinen Bundessteuern verzeichneten im Vorjahresvergleich mit +1,3 % nur eine leichte Zunahme. Dabei wurde die expansive Entwicklung bei Mineralölsteuer (+5,8 %) und Stromsteuer (+56,2 %) durch die rückläufigen Einnahmen bei Tabaksteuer (-24,2 %) und

Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar bis November 2001



Solidaritätszuschlag (– 10,5 %) gedämpft. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass die Vorjahresbasis der Tabaksteuer durch kassentechnische Effekte überhöht war. Der Rückgang beim Solidaritätszuschlag ist unmittelbare Folge der schwachen Entwicklung der Bemessungsgrundlagen.

Die reinen Ländersteuern stiegen um + 8,4 %. Träger der Dynamik war die Kraftfahrzeugsteuer mit einer Zunahme um + 24,0 %. Erbschaftsteuer und Biersteuer legten um + 3,6 % bzw. + 4,3 % zu. Dagegen ging die Grunderwerbsteuer um – 1,8 % zurück.

Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr¹

Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern (Vorläufige Ergebnisse)

	Schätzungen für 2001 ⁴	im November 2001 in Mio. DM	Januar bis November 2001
Bund ² Veränderung gegenüber Vorjahr in %	380 859 – 1,9	24 795 4,4	318 832 – 2,2
EU Veränderung gegenüber Vorjahr in %	39 541 – 7,4	3 315 – 6,0	36 524 – 6,0
Länder ² Veränderung gegenüber Vorjahr in %	351 848 – 4,9	23 871 – 5,2	306 894 – 4,6
Gemeindeanteil an der ESt/USt Veränderung gegenüber Vorjahr in %	49 220 – 3,2	3 150 – 3,6	40 830 – 3,0
Zusammen Veränderung gegenüber Vorjahr in %	821 468 – 3,6	55 132 – 4,8	703 079 – 3,5
nachrichtlich:			
Lohnsteuer ³ Veränderung gegenüber Vorjahr in %	259 539 – 2,6	18 869 – 4,0	220 684 – 1,9
Veranlagte Einkommensteuer Veränderung gegenüber Vorjahr in %	16 625 – 34,6	– 2 124	4 232 – 59,4
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag Veränderung gegenüber Vorjahr in %	41 024 60,4	1 018 54,1	39 391 61,2
Zinsabschlag Veränderung gegenüber Vorjahr in %	17 759 24,5	1 218 3,0	16 198 25,0
Körperschaftsteuer Veränderung gegenüber Vorjahr in %	3 325 – 89,4	– 3 132	– 3 637
Steuern vom Umsatz Veränderung gegenüber Vorjahr in %	551 544 2,4	23 719 – 3,9	247 999 – 1,6
Reine Bundessteuern Veränderung gegenüber Vorjahr in %	154 646 4,7	11 175 1,3	128 301 4,9
Reine Ländersteuern Veränderung gegenüber Vorjahr in %	38 786 7,5	3 086 8,4	35 892 7,9

¹ Methodik: kassenmäßige Buchung der Einzelsteuern, rechnerische Aufteilung auf die Ebenen.

² Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle Entwicklung der Einnahmen des Bundes sind methodisch bedingt.

³ Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundesamt für Finanzen.

⁴ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom November 2001.

Haushalt 2002: Konsolidieren und Gestalten

Trotz konjunktureller Wachstumspause mit deutlicher Abschwächung des Steueraufkommens und zusätzlichen Belastungen bei den Arbeitsmarktausgaben konnte die Konsolidierung des Bundeshaushalts unverändert fortgesetzt werden.

Dabei hat die solide Finanzpolitik der letzten Jahre das Fundament dafür geschaffen, auch in Zeiten einer schwächeren Wirtschaftsentwicklung die finanzielle Handlungsfähigkeit ohne höhere Neuverschuldung zu bewahren.

Die Gesamtausgaben betragen 247,5 Mrd. € und liegen damit rund 3,6 Mrd. € (rund 1,5%) über dem Soll des Haushalts 2001. Die Einnahmen sind mit einer Höhe von rund 226,4 Mrd. € veranschlagt; davon entfallen 199,2 Mrd. € auf die Steuereinnahmen und 27,2 Mrd. € auf sonstige Einnahmen.

Die Nettokreditaufnahme beträgt gegenüber dem Regierungsentwurf unverändert 21,1 Mrd. € und unterschreitet damit die im Bundeshaushalt 2001 vorgesehene Neuverschuldung um rund 1,2 Mrd. €.

Das Ergebnis der Haushaltsberatungen erlaubt es, auch weiterhin exakt am Fahrplan des stufenweisen Abbaus der Neuverschuldung festzuhalten. Die Nettokreditaufnahme 2002 kann wie im Zukunftsprogramm 2000 festgelegt weiter zurückgeführt werden. Die Haushaltspolitik des Bundes bleibt auf den Bundeshaushalt 2006 ohne Neuverschuldung ausgerichtet. Untauglichen Konjunkturprogrammen einerseits, aber auch konjunkturschädlichen Ausgabenkürzungen andererseits begegnet der künftige Etat mit soliden Eckwerten.

In Übereinstimmung mit der Bewertung der Sachverständigen lässt die Bundesregierung die automatischen Stabilisatoren begrenzt wirken, indem Privatisierungserlöse in geringem Umfang zur exakten Einhaltung der vorgesehenen Nettokreditaufnahme eingesetzt werden.

Dieser begrenzte Einsatz von Privatisierungserlösen zum Haushaltausgleich stellt keine Abkehr vom Konsolidierungskonzept dar. Er gleicht kein strukturelles Defizit aus, sondern er berücksichtigt vorübergehende konjunkturbedingte Zusatzbelastungen. Ohne die Sparleistung des Zukunftsprogramms betrüge die Neuverschuldung im kommenden Jahr gut 40 Mrd. €.

Die planmäßige Rückführung der Neuverschuldung geht nicht zulasten der Ausgaben-

Haushalt 2002 Ergebnis der Beratungen im Haushaltausschuss des Deutschen Bundestages, Gesamtübersicht

	Mio. €
I. Ausgaben	
Entwurf	247 800
Steigerung + 1,6 %*	300
Veränderung	- 300
Ausgaben neu	247 500
Steigerung + 1,5 %*	27 239
II. Einnahmen	
1. Steuereinnahmen	
Entwurf	204 241
Veränderung	- 5 002
Steuereinnahmen neu	199 239
2. Sonstige Einnahmen	
Entwurf	22 494
Veränderung	+ 4 702
Sonstige Einnahmen neu	27 196
davon Privatisierungserlöse	
ohne Finanzierung Postbeamtenversorgungskasse	(2 750)
3. Nettokreditaufnahme	
Entwurf	21 065
Veränderung	-
Nettokreditaufnahme neu	21 065
Abstand zur Verschuldungsobergrenze gemäß Art. 115 GG	(3 976)

* Gegenüber Soll 2001

struktur im Bundeshaushalt. Die Investitionsausgaben werden nicht tangiert. Es werden lediglich, wie mit den Ländern verabredet, Mittel des Investitionsförderungsgesetzes in Höhe von rund 3,4 Mrd. € als Sonderbundesergänzungszuweisungen ausgewiesen. Die Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand bleibt davon unberührt.

Gestalterische Politik und erforderliche Konsolidierung bleiben trotz deutlicher Konjunkturabschwächung in einem ausgewogenen Verhäl-

nis. Wichtige steuerpolitische Reformvorhaben – wie die Familienförderung und das Unternehmensrechtsfortentwicklungsgesetz – werden umgesetzt.

Der Bundeshaushalt 2002 enthält ein Maßnahmebündel in der Größenordnung von 1,5 Mrd. € zur Stärkung der inneren und äußeren Sicherheit. Polizeiliche, nachrichtendienstliche, humanitäre, wirtschaftliche und militärische Elemente werden in einer übergreifenden Gesamtstrategie sinnvoll kombiniert.

Finanzielle Ergebnisse der Beratungen des Haushaltsentwurfs 2002 im Haushaltausschuss des Deutschen Bundestages Ausgaben

Einzelplan/Ressort	Ergebnis Haushaltausschuss				
	Regierungs- entwurf	Erhöhungen	Herab- setzungen	Mehr (+) Weniger (-) (Saldo)	Neuer Ansatz
1	2	3	4	5	6
01 Bundespräsident und Bundespräsidialamt	20 563	75	–	+ 75	20 638
02 Deutscher Bundestag	568 235	8 891	11 110	– 2 219	566 016
03 Bundesrat	18 122	–	49	– 49	18 073
04 Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	1 485 082	18 937	556	+ 18 381	1 503 463
05 Auswärtiges Amt	2 104 448	56 822	4 262	+ 52 560	2 157 008
06 Bundesministerium des Innern	3 630 001	38 522	3 640	+ 34 882	3 664 883
07 Bundesministerium der Justiz	343 034	2 930	431	+ 2 499	345 533
08 Bundesministerium der Finanzen	3 430 571	41 319	2 476	+ 38 843	3 469 414
09 Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	6 375 425	219 233	22 889	+ 196 344	6 571 769
10 Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	5 659 195	141 946	104 333	+ 37 613	5 696 808
11 Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung	88 878 487	3 724 193	414 956	+ 3 309 237	92 187 724
12 Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Woh- nungswesen	26 337 702	216 226	188 589	+ 27 637	26 365 339
14 Bundesministerium der Verteidigung	23 621 685	424 690	424 590	+ 100	23 621 785
15 Bundesministerium für Gesundheit	1 389 171	6 473	6 913	– 440	1 388 731
16 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	542 630	8 439	1 329	+ 7 110	549 740
17 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	5 423 998	35 707	62 451	– 26 744	5 397 254
19 Bundesverfassungsgericht	15 988	–	–	–	15 988
20 Bundesrechnungshof	80 039	–	–	–	80 039
23 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammen- arbeit und Entwicklung	3 594 900	104 734	654	+ 104 080	3 698 980
30 Bundesministerium für Bildung und Forschung	8 391 000	83 633	83 633	–	8 391 000
32 Bundesschuld	42 287 329	153 900	1 270 272	– 1 116 372	41 170 957
33 Versorgung	9 000 121	–	–	–	9 000 121
60 Allgemeine Finanzverwaltung	14 602 274	1 514 726	4 498 263	– 2 983 537	11 618 737
Summe	247 800 000	6 801 396	7 101 396	– 300 000	247 500 000

Finanzielle Ergebnisse der Beratungen des Haushaltsentwurfs 2002 im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages Einnahmen

Einzelplan/Ressort	Ergebnis Haushaltsausschuss					Neuer Ansatz
	Regierungs-entwurf	Erhöhungen	Herab-setzungen	Mehr (+) Weniger (-) (Saldo)		
				in Tausend €		
1	2	3	4	5	6	
01 Bundespräsident und Bundespräsidialamt	27	–	–	–	–	27
02 Deutscher Bundestag	1 871	–	–	–	–	1 871
03 Bundesrat	21	–	–	–	–	21
04 Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	2 535	–	–	–	–	2 535
05 Auswärtiges Amt	122 530	1 000	–	+ 1 000	123 530	
06 Bundesministerium des Innern	303 879	–	–	–	–	303 879
07 Bundesministerium der Justiz	288 692	–	–	–	–	288 692
08 Bundesministerium der Finanzen	1 035 547	171 827	12	+ 171 815	1 207 362	
09 Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	269 581	–	11 000	– 11 000	258 581	
10 Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	157 940	–	–	–	–	157 940
11 Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung	1 413 235	140 172	–	+ 140 172	1 553 407	
12 Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Woh- nungswesen	2 066 230	–	272 069	– 272 069	1 794 161	
14 Bundesministerium der Verteidigung	216 608	–	–	–	216 608	
15 Bundesministerium für Gesundheit	47 673	–	–	–	47 673	
16 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	120 215	–	–	–	120 215	
17 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	76 013	–	–	–	76 013	
19 Bundesverfassungsgericht	61	–	–	–	61	
20 Bundesrechnungshof	337	–	–	–	337	
23 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammen- arbeit und Entwicklung	791 673	–	–	–	791 673	
30 Bundesministerium für Bildung und Forschung	396 607	6 200	–	+ 6 200	402 807	
32 Bundesschuld	23 256 918	547 733	–	+ 547 733	23 804 651	
33 Versorgung	952 016	–	–	–	952 016	
60 Allgemeine Finanzverwaltung	216 279 791	10 132 553	11 016 404	– 883 851	215 395 940	
Summe	247 800 000	10 999 485	11 299 485	– 300 000	247 500 000	
Anmerkung:	Im Epl. 32 (Spalte 6) Nettokreditaufnahme	= 21 065 226				
	Im Epl. 60 (Spalte 5) Steuermindereinnahmen	= 5 001 761				
	Im Epl. 60 (Spalte 6) Münzeinnahmen	= 2 662 000				

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

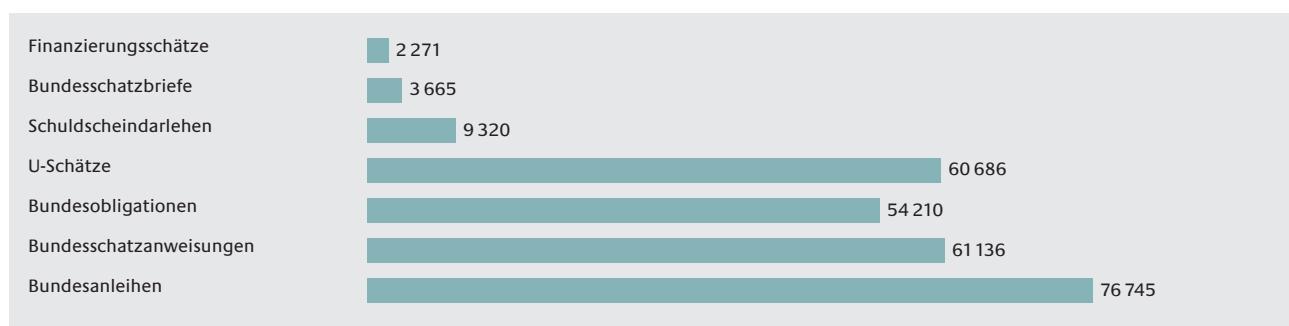
Die Bruttokreditaufnahme des Bundes betrug in den ersten 11 Monaten dieses Jahres 246,0 Mrd. DM. Unter Einbeziehung der Anteile der Sondervermögen an der Gemeinsamen Wert-

papierbegebung betrugen die am Kapitalmarkt beschafften Beträge insgesamt 268,0 Mrd. DM (siehe Grafik).

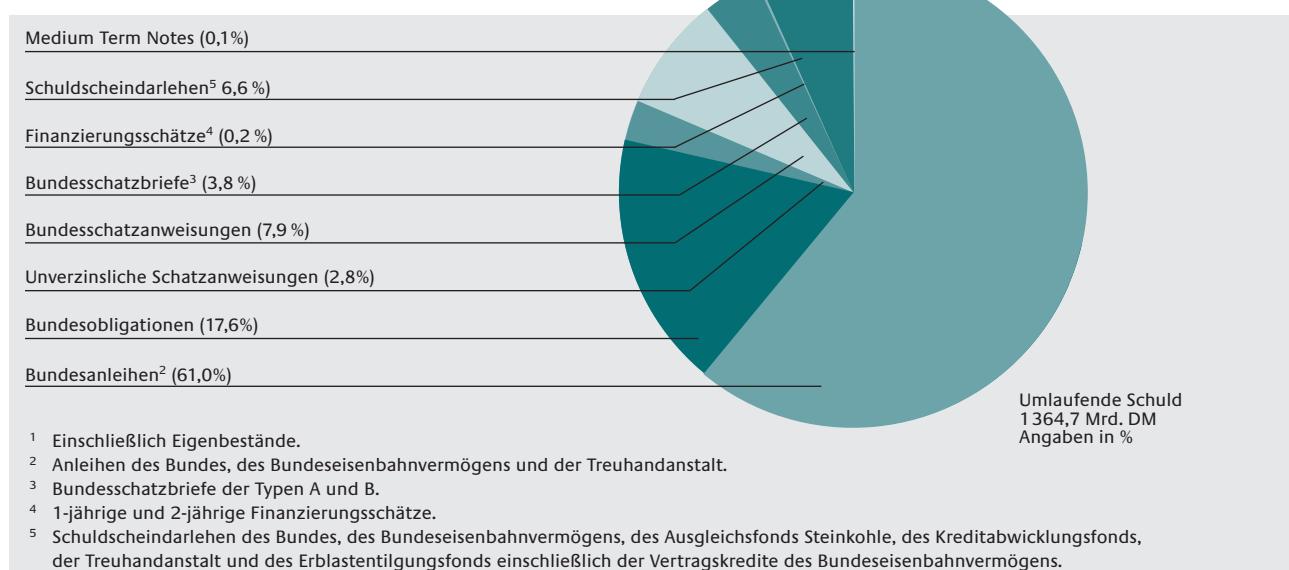
Gesamte umlaufende Schuld des Bundes per 31. November 2001

Gegenüber dem Stand per 31. Dezember 2000 hat sich die umlaufende Schuld¹ in den ersten 11 Monaten 2001 insgesamt um ca. 1,6 % auf 1364,7 Mrd. DM erhöht.

Bruttokreditaufnahme des Bundes vom Januar bis November 2001 in Mio. DM



Gesamte umlaufende Schuld des Bundes per 31. November 2001



Emissionsvorhaben des Bundes im vierten Quartal 2001

Der Bund beabsichtigt, im vierten Quartal 2001 zur Finanzierung des Bundeshaushalts und seiner Sondervermögen folgende in der Tabelle dargestellten Emissionen zu begeben (17. Oktober/14. November 2001 bereits tatsächlich begebenes Volumen).

Änderungen des Emissionskalenders können sich je nach Liquiditätslage des Bundes oder der

Kapitalmarktsituation ergeben. Der Emissionskalender für das erste Quartal 2002 wird in der dritten Dekade Dezember 2001 veröffentlicht.

Tilgungen im vierten Quartal 2001

Die Tilgungen des Bundes* und seiner Sondervermögen Fonds „Deutsche Einheit“ (FDE) und ERP-Sondervermögen belaufen sich im vierten Quartal 2001 auf insgesamt rund 53,8 Mrd. DM. Sie teilen sich wie in der unten aufgeführten Tabelle auf (in Mrd. DM).

Emissionsvorhaben des Bundes im vierten Quartal 2001

Wertpapier	Tendertermin	Laufzeit	Volumen
Unverzinsliche Schatzanweisungen („Bubills“) WKN 111 440 ISIN DE0001114403	17. Oktober 2001	6 Monate, fällig 19. April 2002	ca. 19,8 Mrd. DM
Bundesobligationen („Bobls“) Aufstockung der 4,5 % Serie 138 von 2001 (2006) WKN 114 138 ISIN DE0001141380	14. November 2001	Restlaufzeit 4 Jahre 9 Monate, fällig 18. Aug. 2006, Zinslaufbeginn 14. Februar 2001, erster Zinstermin 18. August 2002	ca. 13,7 Mrd. DM
Bundesschatzanweisungen („Schätze“) WKN 113 696 ISIN DE0001136968	12. Dezember 2001	2 Jahre, fällig 12. Dezember 2003, Zinslaufbeginn 12. Dezember 2001, erster Zinstermin 12. Dezember 2002	ca. 19,6 Mrd. DM*
Viertes Quartal 2001 insgesamt			ca. 53 Mrd. DM
* Einschließlich Marktpflegequote, bei Bundesobligationen zusätzlich einschließlich Absatz aus der Daueremission.			

Tilgungen im vierten Quartal 2001

	Oktober	November	Dezember	4. Quartal 2001
Anleihen des Bundes	-	-	-	-
Bundesobligationen	-	16,0	-	16,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	9,8	9,8
U-Schätze des Bundes	12,9	-	-	12,9
Bundesschatzbriefe	1,4	4,1	-	5,5
Finanzierungsschätze	0,4	0,4	0,2	1,0
Anleihe Deutsche Bundesbahn	-	-	-	-
Anleihen Fonds „Deutsche Einheit“	-	-	-	-
Ausgleichsforderungen, Ausgleichsfonds Währungsumstellung	-	-	-	-
Schuldscheindarlehen	0,6	3,7	3,7	8,0
Medium Term Notes der Treuhandanstalt	0,4	0,4	0,4	1,2
Insgesamt	15,5	24,4	13,9	53,8

* Einschließlich der seit 1. Juli 1999 in die Bundeschuld eingegliederten ehemaligen Sondervermögen Erblastentilgungsfonds (darunter auch die Inhaberschuldverschreibungen des Ausgleichsfonds Währungsumstellung), Bundesseisenbahnvermögen und Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes.

Entwicklung der Länderhaushalte

Die Haushaltsentwicklung der Länder von Januar bis einschließlich Oktober 2001 stellt sich wie folgt dar:

Die bereinigten Ausgaben der Länder insgesamt stiegen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 3,7 %, während die Einnahmen um 3,1 % unter dem Vorjahresniveau blieben. Das Defizit der Länder insgesamt betrug 42,4 Mrd. DM, rund 25,5 Mrd. DM über dem Defizit im Vergleichszeitraum 2000. Es hat damit nahezu das Gesamtdefizit der Länder für das Jahr 2001 erreicht, das sich laut Haushaltsplanungen der Länder auf knapp 42,5 Mrd. DM beläuft. Bei den Ausgaben wurde das Haushaltssoll bis Ende Oktober zu 80 % und bei den Einnahmen zu rund 77 % ausgeschöpft.

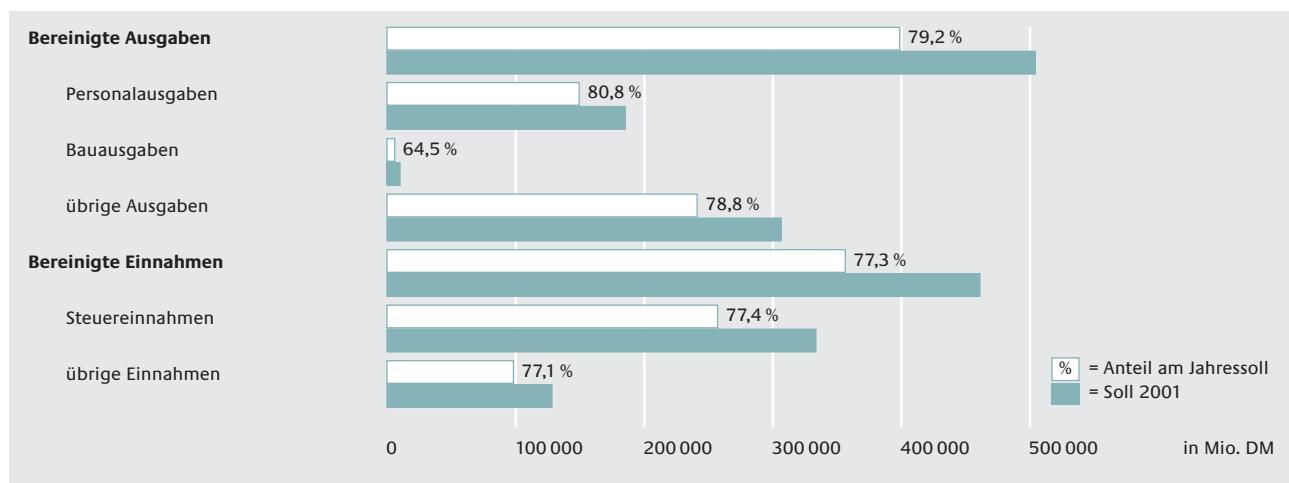
Sowohl die überproportionalen Ausgabensteigerungen als auch die gegenüber dem Vorjahres-

zeitraum geringeren Einnahmen, insbesondere die deutlich niedrigeren Steuereinnahmen, zeigten sich in den westdeutschen Flächenländern sowie den Stadtstaaten. Dagegen fiel der Ausgabenanstieg in den ostdeutschen Flächenländern wesentlich geringer aus.

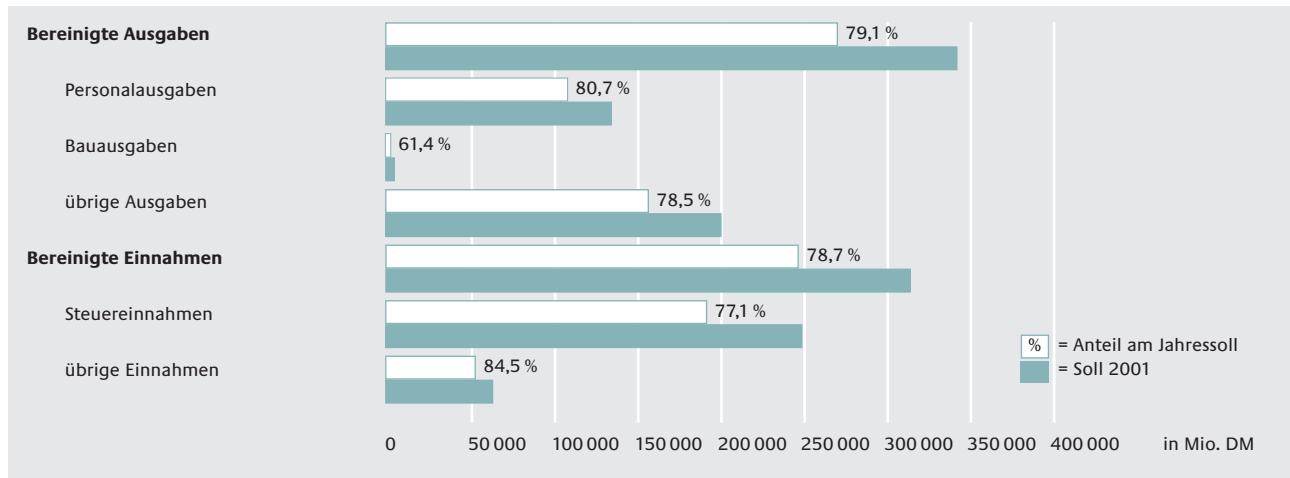
Das Defizit belief sich in den westdeutschen Flächenländern auf 23,6 Mrd. DM (Soll 2001: 28,2 Mrd. DM), in den neuen Bundesländern auf 3,7 Mrd. DM (Soll 2001: 5,3 Mrd. DM) und 15,0 Mrd. DM (Soll 2001: 9,0 Mrd. DM) in den Stadtstaaten.

Die Aussagekraft der Haushaltsentwicklung bis zum jetzigen Zeitpunkt ist für den tatsächlichen Haushaltsverlauf zum Ende des Jahres immer noch begrenzt. Der Vergleich zum Vorjahreszeitraum sowie zu den Haushaltsplanungen erlaubt daher noch keine weitergehende Bewertung. Allerdings ist derzeit schon absehbar, dass durch ein dynamischeres Ausgabenwachstum und deutliche Einnahmerückgänge das geplante Finanzierungsdefizit nicht unterschritten werden dürfte.

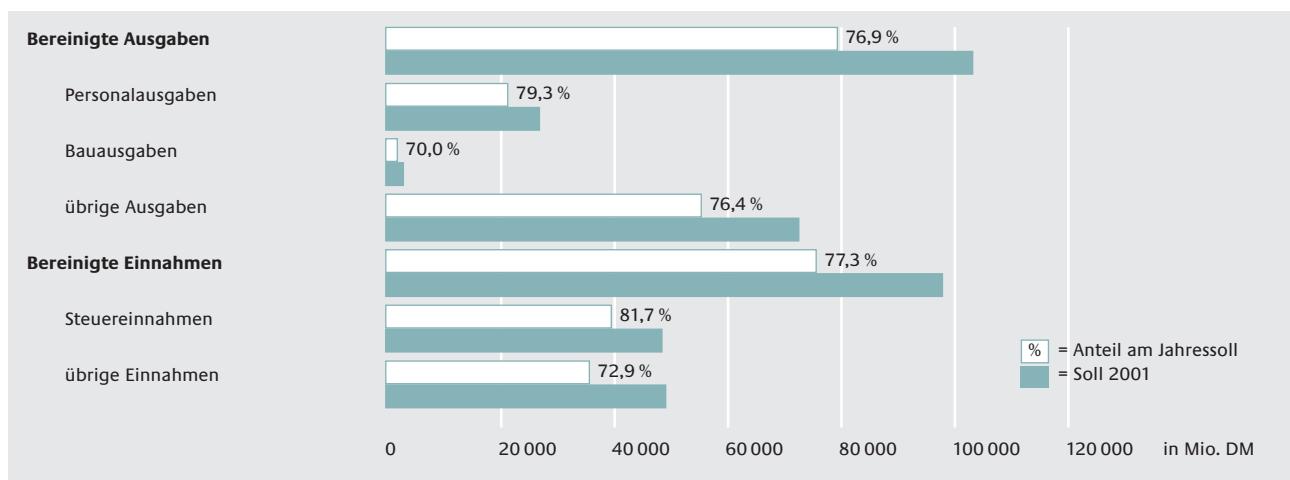
Länder insgesamt



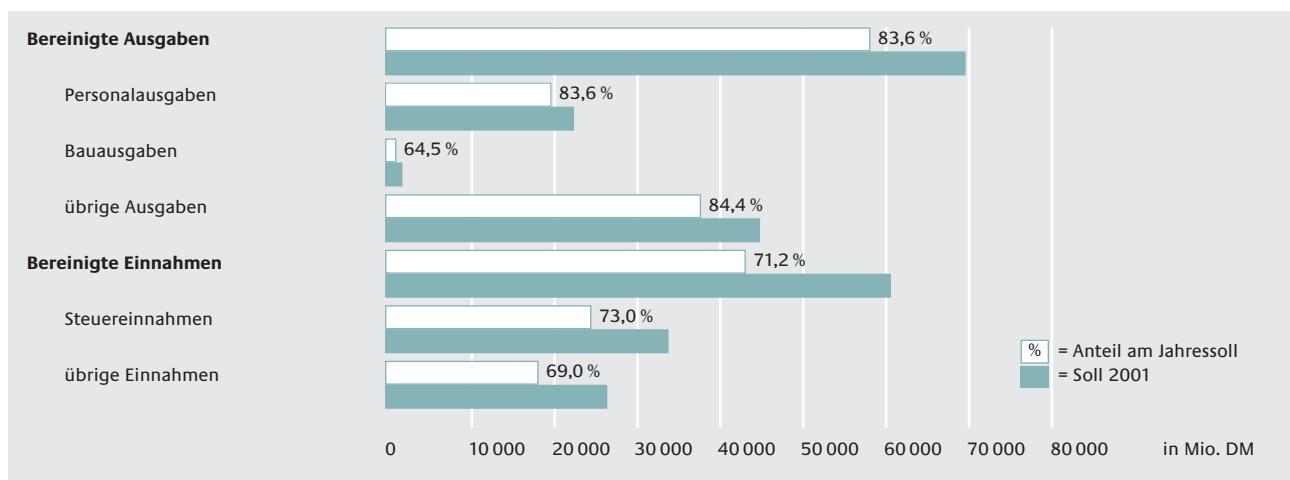
Flächenländer West



Flächenländer Ost



Stadtstaaten



Termine

Finanz- und Wirtschaftspolitische Termine

- 5. bis 8. Januar 2002 – Besuch von Minister Eichel in der Volksrepublik China
- 8. bis 9. Januar 2002 – Besuch von Minister Eichel im Iran
- 21. bis 22. Januar 2002 – EURO-Gruppe und ECOFIN in Brüssel
- 24. Januar 2002 – Deutsch-irische Gespräche in Dublin
- 31. Januar bis 2. Februar 2002 – Teilnahme von Minister Eichel am World Economic Forum Davos in New York
- 8. bis 9. Februar 2002 – G-7-Treffen der Finanzminister in Ottawa
- 11. bis 12. Februar 2002 – EURO-Gruppe und ECOFIN in Brüssel
- 14. Februar 2002 – Treffen des „Weimarer Dreiecks“ (Polen, Frankreich, Deutschland) in Paris
- 14. Februar 2002 – Besuch von Minister Eichel in der französischen Nationalversammlung
- 22. Februar 2002 – Deutsch-Französischer Wirtschafts- und Finanzrat

Hinweis auf Veröffentlichungen

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikationen neu herausgegeben:

- Klarsicht – **Kfz-Steuer für Nutzfahrzeuge**
- Klarsicht – **Kfz-Steuer für Pkw**
- Fachblick – **Steuerstrafsachen – Statistik 2000**
- Fachblick – **Steuer- und Zollfahndung – Ergebnisse 2000**
- Fachblick – **18. Subventionsbericht der Bundesregierung**
- Fachblick – **Finanzplan des Bundes 2001 bis 2005**
- Fachblick – **Bundshaushalt 2002 – Tabellen und Übersichten (November 2001)**
- Fachblick – **Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich**
- Fachblick – **Deutsches Stabilitätsprogramm Aktualisierung Dezember 2001**
- BMF-Schriftenreihe Heft 71 – **Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik**
Konzepte für eine langfristige Orientierung öffentlicher Haushalte

Die Publikationen können kostenfrei bestellt werden beim
Bundesministerium der Finanzen
– Referat Bürgerangelegenheiten –
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
Telefon 0 18 88 6 82 – 17 96
Telefax 0 18 88 6 82 – 46 29
Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de>

Analysen und Berichte

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland	31
Aktualisierung des Deutschen Stabilitätsprogramms – Fortsetzung der Konsolidierung unter erschwerten Bedingungen –	37
Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2000	43
Bericht der Bundesregierung über den Stand der Auszahlungen und die Zusammenarbeit der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ mit den Partnerorganisationen	49
Neuer Finanzierungsschlüssel bei den Vereinten Nationen	55
Entwurf für ein Viertes Finanzmarktförderungsgesetz	63

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland¹

1. Gesamtwirtschaft	31
2. Arbeitsmarkt	31
3. Produzierendes Gewerbe	32
4. Privater Konsum	33
5. Außenwirtschaft	34
6. Preise	34

1. Gesamtwirtschaft

Die deutsche Wirtschaft befand sich im Herbst 2001 in einer Phase konjunkturell bedingter Wachstumsschwäche. Nach vorläufigen Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das dritte Vierteljahr 2001 ist das **Bruttoinlandsprodukt** (BIP) preis- und saisonbereinigt² gegenüber dem Vorquartal – wie erwartet – geringfügig zurückgegangen (–0,1 %). Bereits im zweiten Vierteljahr hatte das BIP stagniert. Zuletzt lag die gesamtwirtschaftliche Leistung um 0,3 % (kalenderbereinigt + 0,4 %) über ihrem vergleichbaren Vorjahresstand, nach + 1,0 % im ersten Halbjahr. Die Ursachen der Konjunkturabschwächung wurden bereits in den vorangegangenen Monatsberichten analysiert. Im Wesentlichen handelt es sich um die Nachwirkungen des Ölpreisschubs und der Tierseuchen, die zu Preiserhöhungen und damit zu einem realen Kaufkraftentzug geführt hatten. Hinzu kam dann die weltweite Konjunkturintrübung. Insbesondere die USA, mit denen die deutsche Wirtschaft durch überdurchschnittliche Handels- und Kapitalverflechtungen verbunden ist, befindet sich in einer Rezession. Infolge der rapide verschlechterten Exportaussichten wurde in Deutschland die Investitionstätigkeit erheblich gedrosselt. Im dritten Vierteljahr 2001 gingen die Ausrüstungsinvestitionen gegenüber dem Vorquartal preis- und saisonbereinigt um

1,8 % und damit zum vierten Mal in Folge zurück. Dagegen haben sich die Bauinvestitionen – nach langanhaltender Schwäche – zuletzt etwas stabilisiert. In der Verlaufsbetrachtung sind die Privaten Konsumausgaben um 0,2 % gesunken. Die Exporte haben nochmals zulegen können. Da gleichzeitig die Importe deutlich zurückgefahren wurden, ergab sich rechnerisch ein beträchtlicher Außenbeitrag zum Wirtschaftswachstum.

Die aktuelleren, über das dritte Quartal hinausreichenden **Konjunkturindikatoren** deuten auf eine weitere Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten hin. Im September/Oktober gingen in der Industrie Produktion und Auftragseingang weiter zurück und auch die Geschäftserwartungen haben sich – nach dem durch die Terroranschläge hervorgerufenen Schock vom September – auch im Oktober nochmals eingetrübt. Die Arbeitslosigkeit hat sich im November weiter erhöht. Als positiv ist dagegen die anhaltende Entspannung des Preisclimas sowie das nunmehr verbesserte monetäre Umfeld zu werten.

2. Arbeitsmarkt

Die saisonbereinigte **Arbeitslosenzahl** für Deutschland hat im November weiter zugenommen. Mit bundesweit 17 000 zusätzlichen Arbeitslosen war der Anstieg zwar geringer als im Oktober, aber höher als im bisherigen Jahresdurchschnitt. Damit hat sich vor allem in den letzten drei Monaten die Ausweitung der Arbeitslosigkeit deutlich beschleunigt. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl erhöhte sich im Zeitraum September bis November durchschnittlich um 23 000, nach + 11 000 in den Monaten Januar bis August. Parallel dazu lag die Arbeitslosigkeit auch zunehmend über den Vorjahreswerten: Während im Juli das Vorjahresniveau letztmalig unterschritten worden war (– 5 000), belief sich der Vorjahresabstand im November bereits auf + 144 000.

¹ In diesem Bericht wurden statistische Zahlen verwendet, die bis zum 14. Dezember 2001 vorlagen.

² Wenn nicht anders vermerkt, handelt es sich bei den in diesem Bericht verwendeten Angaben um Berechnungen nach dem Census-Verfahren.

Insgesamt waren zuletzt 3,79 Mio. Arbeitslose registriert.

Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit lassen sich direkte Auswirkungen der **Terroranschläge** auf den Arbeitsmarkt inzwischen bei den unmittelbar betroffenen Sektoren nachweisen. So sind im Vorjahresvergleich die Arbeitslosigkeit und die Kurzarbeit in den typischen Berufsgruppen der Reiseveranstalter und des Luftverkehrs überdurchschnittlich angestiegen.

Die Beschäftigungsentwicklung zeigt weiterhin eine leichte Abwärtstendenz. Im September (aktuellste Zahl) gab es in Deutschland saisonbereinigt 13 000 **Erwerbstätige** weniger als im August. Damit lag die Erwerbstätigkeit fast genau auf dem vergleichbaren Vorjahresstand (39,12 Mio.). Dabei ist die Beschäftigung in Deutschland in diesem Jahr deutlich weniger zurückgegangen als die Arbeitslosigkeit zunommen hat. Im September gab es (saisonbereinigt) 46 000 Erwerbstätige weniger, aber 115 000 Arbeitslose mehr als im Dezember 2000. Offensichtlich hält der Trend zu steigender Erwerbsneigung (wodurch sich das Arbeitskräfteangebot erhöht) weiter an. Möglicherweise wird in diesem Zusammenhang die geringfügige Beschäftigung bzw. die Teilzeitarbeit weiter ausgedehnt und stabilisiert damit tendenziell die Erwerbstätigenzahl.

Die Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation konzentrierte sich im November auf das **frühere Bundesgebiet**: Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl stieg im Vergleich zum Vormonat um 18 000 und die Ursprungszahl gegenüber dem Vorjahresmonat um 108 000 (nach +70 000 im Oktober). Dagegen war in **Ostdeutschland** eine weitgehend stabile Lage festzustellen: Saisonbereinigt stagnierte praktisch die Arbeitslosenzahl (-1 000). Der Vorjahresabstand belief sich auf +36 000. Somit hat sich an dem im Vergleich zu den alten Ländern mehr als doppelt so hohen Niveau der Arbeitslosigkeit nichts geändert. Die Arbeitslosenquote betrug hier zuletzt

16,9%, im Westen 7,4%. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit war aber bereits im bisherigen Jahresverlauf im Westen stärker ausgeprägt als im Osten. Von Dezember 2000 bis November 2001 stieg die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl (bei überschlägiger Berücksichtigung der zwischenzeitlich vollzogenen Gebietsstandsänderungen) in den alten Ländern um 115 000, d. h. um 5% und in den neuen Ländern um 46 000, d. h. um 3%. Dabei dürfte eine Rolle gespielt haben, dass vor allem die exportorientierte Industrie, die im Osten ein geringeres Gewicht hat, von der Konjunkturabschwächung betroffen ist. Darüber hinaus wird der Arbeitsmarkt im Westen durch ein steigendes Angebot belastet, während es im Osten sinkt (Abwanderung, Pendler).

3. Produzierendes Gewerbe

Nachdem sich die **Produktion in der Industrie** im dritten Quartal zunächst nur leicht verringert hatte, ist der Produktionsindex im Oktober wieder stärker (-2,5%) zurückgegangen. In den Monaten September/Oktober zusammengekommen ist die industrielle Erzeugung um 1,8% gesunken. Auch die Vorjahresabstände sind in den letzten beiden Monaten zunehmend negativ geworden (durchschnittlich -2,8%). Dies ist allerdings auch auf die im vergangenen Jahr noch kräftige Aufwärtsbewegung der Produktion zurückzuführen. Die Vorleistungsgüter- und die Konsumgüterproduzenten unterschritten im September/Oktober das vergleichbare Vorjahresergebnis mit -3,4% bzw. -3,3% am deutlichsten. Die Erzeugung von Investitionsgütern lag um 1,8% unter dem entsprechenden Vorjahresniveau.

Die schwache Entwicklung der Produktion hatte sich bereits durch das Nachlassen der **industriellen Nachfrage** angedeutet. Nach dem starken Rückgang des Auftragseingangsvolumens im September, das zu einem wesentlichen Teil auch im Zusammenhang mit den Anschlägen in den USA gesehen werden muss, fiel der Nachfragerückgang im Oktober (saisonbereinigt

–0,9 %) merklich geringer aus. Im aussagefähigeren Zweimonatsvergleich (September/Oktober gegenüber Juli/August) zeigt sich jedoch eine nach wie vor ausgeprägte Nachfrageschwäche; das Ordervolumen verringerte sich bei dieser Betrachtungsweise um 4,2 %. Binnen Jahresfrist gingen die Aufträge in der Industrie dem Volumen nach im September/Oktober um 8,2 % zurück (Auslandsaufträge –9,8 %, Inlandsaufträge –6,9 %).

Vor diesem Hintergrund hatte sich die **Stimmung** der Unternehmen in der westdeutschen Industrie in den letzten Monaten deutlich verschlechtert; im September kam es – auch im Gefolge der Ereignisse vom 11. September in den USA – zu einem starken Einbruch des ifo-Geschäftsklimas. Aber auch im Oktober nahm der Pessimismus weiter zu; dies gilt insbesondere für die Geschäftserwartungen.

In der **ostdeutschen Industrie** hat sich die Produktion im September/Oktober zwar gegenüber dem vorangegangenen Zweimonatszeitraum saisonbereinigt etwas mehr abgeschwächt (–2,2 %) als im Westen (–1,9 %). Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresstand war im Osten noch ein – zwar tendenziell abnehmendes – aber dennoch deutliches Plus zu verzeichnen. Dabei lag die Erzeugung der Konsumgüterproduzenten am stärksten über dem entsprechenden Vorjahresstand (+3,8 %), gefolgt von den Investitionsgüterproduzenten (+3,6 %), während die Hersteller von Vorleistungsgütern die Produktion im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 0,5 % zurückfuhren.

Im **Bauhauptgewerbe** hat sich die Produktion nach dem starken Einbruch im ersten Quartal dieses Jahres in den Folgemonaten wieder etwas belebt. Die zu verzeichnende leichte Aufwärtstendenz erfolgte allerdings von einem stark reduzierten Niveau aus. Im September/Oktober erhöhte sich dabei die Bauleistung saisonbereinigt gegenüber Juli/August in den neuen Ländern spürbar stärker (+1,0 %) als im früheren Bundesgebiet

(+0,5 %). Die Vorjahresergebnisse wurden aber nach wie vor deutlich unterschritten und zwar im Osten mehr als doppelt so stark (–12,6 %) wie im Westen (–5,1 %). Nach einer Stabilisierung bis zur Jahresmitte war die Baunachfrage in den Folgemonaten wieder tendenziell rückläufig. Im August/September nahm das Volumen der Auftragseingänge gegenüber Juni/Juli um 4,1 % ab. Dies deutet darauf hin, dass die Abwärtsentwicklung in der Bautätigkeit noch nicht überwunden ist.

4. Privater Konsum

Vom **Privaten Konsum** gehen derzeit wenig konjunkturstützende Impulse aus. Im dritten Quartal sind die realen Konsumausgaben der privaten Haushalte im Rahmen der Verwendungsaggregate des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem vorangegangenen Quartal erstmals in diesem Jahr saisonbereinigt leicht gesunken (–0,2 %). Die Indikatoren am aktuellen Rand signalisieren eine Fortdauer der gegenwärtigen Konsumschwäche.

So ist das **Umsatzvolumen im Einzelhandel** insgesamt in den Monaten September/Oktober zusammengekommen gegenüber dem vorangegangenen Zweimonatszeitraum saisonbereinigt um 0,6 % zurückgegangen. Als deutlich nachfragegestützend erwies sich dabei allerdings der Kraftfahrzeughandel, der im gleichen Zeitraum einen kräftigen Zuwachs (nominal +4,9 %) verbuchen konnte.

Weitere Indikatoren für die derzeit insgesamt schwache Konsumnachfrage waren die Rückgänge der Reiseverkehrsausgaben und der Umsätze im Gastgewerbe. Nach dem ifo-Konjunkturtest hat sich die frostige Stimmung im Einzelhandel im Oktober erneut verschlechtert. Ein Lichtblick in diesem Zusammenhang ist allerdings, dass die Stimmungseintrübung ausschließlich auf eine deutlich schlechtere Beurteilung der aktuellen Geschäftslage zurückzuführen war, während sich die Geschäftserwartungen stabilisiert haben.

5. Außenwirtschaft

Die Abkühlung der Weltkonjunktur hat zu einer erheblich nachlassenden Nachfrage des Auslands nach deutschen Exportgütern geführt und die bis Ende 2000 andauernde Phase dynamisch wachsender Ausfuhren beendet. Dennoch haben die **Warenexporte** im Verlaufe dieses Jahres (in nominaler Rechnung) im Großen und Ganzen ihr am Jahreswechsel 2000/2001 erreichtes, historisch hohes Niveau halten können. Im August hatte es einen Ausreißer nach oben gegeben, der im September/Oktober zum Teil wieder ausgeglichen wurde. Im Zweimonatsvergleich waren die saisonbereinigten Werte zuletzt zwar abwärts gerichtet ($-2,5\%$), aber die Ausfuhren waren immer noch etwas höher als im Durchschnitt des ersten Halbjahres 2001. Wegen des steilen Anstiegs im Vorjahr haben sich in diesem Jahr – bei annähernd konstantem Niveau – die positiven Vorjahresabstände fortwährend vermindert. Während in kumulierter Rechnung von Januar bis Oktober die Ausfuhrwerte um $8,9\%$ über denen des Vorjahreszeitraums lagen, betrug der Abstand am Ende dieses Zeitraums nur noch $+1,1\%$. Zuletzt wurden Zuwächse gegenüber dem Vorjahr nur noch beim Export in Drittländer und in **EU-Länder** außerhalb der Eurozone erreicht ($+4,6\%$ bzw. $+1,3\%$), während die Ausfuhren in den Euroraum niedriger ($-2,5\%$) als im Vorjahr ausfielen. Nach der erst bis September vorliegenden **Aufteilung nach Einzelländern** wurden gegenüber dem Vorjahresmonat überdurchschnittliche Zuwächse z. B. bei den Ausfuhren in die mittel- und osteuropäischen Länder ($+11,4\%$), nach China ($+11,1\%$) und auch in die USA ($+5,7\%$) gemeldet.

Die nominalen **Importe** bewegten sich in diesem Jahr auf einem zunächst sehr steilen, danach aber etwas abgeflachten Abwärtspfad. Im September/Oktober verringerten sie sich gegenüber Juli/August saisonbereinigt um $0,1\%$. Zusammen mit den annähernd stabil verlaufenden Exportumsätzen ergibt sich das Bild einer sich immer weiter öffnenden Schere zwischen Ein- und Aus-

fuhren. Besonders deutlich wird dies im Vergleich zum Jahr 2000, in dem sich die Importe und Exporte noch annähernd parallel entwickelt hatten. Der Vorjahresabstand belief sich im Oktober 2001 bei den Importen auf $-3,5\%$ und bei den Exporten auf $+1,1\%$.

Aufgrund dessen hat sich der traditionelle Überschuss in der **Handelsbilanz** im Vorjahresvergleich deutlich erhöht. Er belief sich im Zeitraum Januar bis Oktober 2001 auf 141,1 Mrd. DM, was einen Anstieg um 38,1 Mrd. DM bedeutet. Gleichzeitig hat sich auch das Defizit bei den „**unsichtbaren**“ **Transaktionen** erhöht, allerdings mit 13,2 Mrd. DM weniger stark als der Aktivsaldo der Handelsbilanz. Demzufolge hat sich das Ergebnis in der Leistungsbilanz spürbar verbessert (kumulativ per Oktober $+2,0$ Mrd. DM, gegenüber $-23,0$ Mrd. DM vor Jahresfrist). Damit besteht die Aussicht, dass die Leistungsbilanz, die in den letzten zehn Jahren teilweise beträchtliche Defizite aufwies, in diesem Jahr zumindest mit einem annähernd ausgeglichenen Ergebnis abschließt.

6. Preise

Die Preisentwicklung ist auch im Oktober und November wieder vor allem von den nachgebenden Energie- und Rohstoffpreisen geprägt worden. Der vom HWWA auf US-Dollar-Basis berechnete Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe lag im Oktober um $25,6\%$ und im November gar um $31,9\%$ unter dem entsprechenden Vorjahresstand. Aufgrund dieses starken Rückgangs hat der deutsche **Einfuhrpreisindex** seit August 2001 sein Vorjahresniveau zunehmend unterschritten. Erdöl und Erdgas kosteten im Oktober $10,8\%$ weniger als im Vormonat und $21,3\%$ weniger als ein Jahr zuvor. Bei den Nahrungsmitteln hat sich der (u. a. tierseuchenbedingte) Preisbuckel im Vorjahresvergleich weiter zurückgebildet (August $+4,6\%$, September $+3,0\%$, Oktober $+0,7\%$), wenngleich die Einfuhrpreise für Nahrungsmittel tierischen Ursprungs zuletzt immer noch $5,1\%$ höher lagen als im Oktober 2000.

Die **Erzeugerpreise gewerblicher Produkte** stehen ebenfalls unter dem Einfluss des Ölpreisrückgangs. Klammt man Mineralölerzeugnisse aus, sind die Erzeugerpreise im Oktober gegenüber September deutlich weniger gesunken (−0,5 % im Vergleich zu −0,9 % insgesamt) bzw. gegenüber dem Vorjahr stärker gestiegen (+1,5 % im Vergleich zu +0,6 % insgesamt). Mineralölerzeugnisse für sich genommen verbilligten sich binnen Monatsfrist um 6,3 % bzw. um 13,6 % gegenüber Oktober 2000. Wesentlich niedriger als im Vorjahr waren außerdem die Preise für Eisen- und Stahlerzeugnisse, NE-Metalle und -erzeugnisse (−5,7 %). Die **Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte** lagen im Oktober 1,6 %

unter ihrem Vormonatsniveau, aber um denselben Prozentsatz über ihrem Vorjahresstand.

Die **Verbraucherpreise** haben im November weiter um 0,2 % gegenüber dem Vormonat nachgegeben und lagen nur noch 1,7 % über ihrem Vorjahresstand. Auch hier wirkten die Heizöl- und Kraftstoffpreise dämpfend. Ohne diese beiden Indexkomponenten sind die Verbraucherpreise im Vorjahresvergleich um 2,4 % gestiegen. Vor allem die Nahrungsmittelpreise sind gegenüber November 2000 immer noch deutlich erhöht (+5,4 %). Nach dem auf europäischer Ebene **harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI)** belief sich die deutsche Inflationsrate im November auf +1,5 %.

Aktualisierung des Deutschen Stabilitätsprogramms – Fortsetzung der Konsolidierung unter erschwerten Bedingungen –

1. Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland	37
2. Entwicklung des Staatsdefizits	38
3. Konsolidierungskurs neu justieren – Wachstumsdynamik stärken	40
4. Fazit	41

Nach den Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sind die Euro-Teilnehmerstaaten verpflichtet, jährlich aktualisierte Stabilitätsprogramme vorzulegen. Am 5. Dezember 2001 wurde die Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms durch das Kabinett gebilligt.

Die diesjährige Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms steht unter schwierigen Vorzeichen. Dazu tragen insbesondere die weltweit problematische konjunkturelle Lage sowie eine Reihe weiterer Sonderfaktoren entscheidend bei. Die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich seit Mitte 2000 erheblich eingetrübt. Die großen Industrieländer befanden sich bereits vor den Terroranschlägen in einer Phase konjunktureller Abschwächung. Die Ereignisse vom 11. September 2001 haben die ohnehin schon deutlich nachlassende weltwirtschaftliche Dynamik zusätzlich gedämpft. Das volle Ausmaß dieser Ereignisse ist bisher noch nicht abschätzbar. Ausgehend von den USA, die sich derzeit in einer Rezession befinden, trübten sich die wirtschaftlichen Aussichten in den anderen Industrieländern, aber auch in den Entwicklungs- und Schwellenländern deutlich ein. Insbesondere in Japan werden die rezessiven Tendenzen in diesem Jahr voraussichtlich weiter anhalten. In West-

europa wird die wirtschaftliche Dynamik kurzfristig deutlich gedämpft bleiben.

Im Verlauf des kommenden Jahres dürften die weltwirtschaftlichen Auftriebskräfte allerdings wieder die Oberhand gewinnen. In den USA werden die erheblichen monetären und fiskalischen Impulse stärker zur Wirkung kommen. Die damit günstigeren außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie die dann zunehmende Wirkung der diesjährigen geldpolitischen Maßnahmen dürften auch in Europa zu einer konjunkturellen Erholung beitragen.

Der Welthandel wird sich voraussichtlich – nach dem Einbruch in diesem Jahr im Zuge der deutlichen weltwirtschaftlichen Verlangsamung – im kommenden Jahr parallel zur Weltwirtschaftsentwicklung beleben und sich zum Jahresende wieder seinem langfristigen Trend nähern.

1. Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

Bereits seit Jahresmitte 2000 hat die wirtschaftliche Dynamik in Deutschland – im Zuge der weltwirtschaftlichen Abschwächung, der Nachwirkungen der Energie- und Nahrungsmittelpreisseigerungen sowie der vorangegangenen Strafung der Geldpolitik – deutlich nachgelassen. Mit den Terroranschlägen in den USA sind die gesamtwirtschaftlichen Risiken zusätzlich erheblich gestiegen. Für den Jahresdurchschnitt 2001 erwartet die Bundesregierung einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von real rund $\frac{3}{4}\%$. Im kommenden Jahr dürfte sich die Konjunktur mit dem Auslaufen der belastenden preislichen Effekte und unter der Annahme günstigerer weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen allmählich wieder erholen. Im Jahr 2002 rechnet die Bundesregierung mit einem Anstieg des BIP von real rund $1\frac{1}{4}\%$.

Die Energieverteuerung brachte erhebliche, den Privaten Konsum dämpfende Realeinkommenseinbußen mit sich. Hinzu kam im Frühjahr

dieses Jahres die – durch die Tierseuchen bedingte – Verteuerung der Nahrungsmittel, wodurch die realen Konsummöglichkeiten der Verbraucher weiter eingeschränkt wurden. Seit Jahresanfang hat sich die Verbrauchskonjunktur – nach dem Einbruch im 2. Halbjahr 2000 – zwar wieder etwas erholt. Der Beitrag zum Wirtschaftswachstum ist gleichwohl noch zu gering. Zur Erholung des Privaten Konsums haben vor allem die steuerlichen Entlastungen seit Jahresbeginn beigetragen, die allerdings zum Teil durch die Kaufkrafteinbußen aufgezehrt wurden. Die Steuerreform wirkt gleichwohl konjunkturstabilisierend; sie hat eine noch stärkere Wachstumsabschwächung verhindert. Im kommenden Jahr dürfte der Private Konsum dann verstärkt von dem Auslaufen der belastenden Effekte der Energie- und Nahrungsmittelverteuerung sowie von der verbesserten Familienförderung und den beschlossenen Steuerentlastungen profitieren.

Ungeachtet möglicher Entwicklungen im Zusammenhang mit den Terroranschlägen sowie der Abkühlung der Weltkonjunktur und der nicht erfüllten Erwartung auf eine schnelle konjunkturelle Erholung in den USA bleiben die mittelfristigen Wachstumsperspektiven für Deutschland günstig. Für eine dauerhafte wirtschaftliche Expansion sprechen insbesondere die günstigen Rahmenbedingungen: eine auf mittlere Sicht kräftige Ausweitung des Welthandels, eine stabilitäts- und wachstumsorientierte Lohnentwicklung und hohe Stabilität des Preisniveaus. Außerdem werden für den gesamten Projektions-

zeitraum positive Wirkungen durch die bereits beschlossenen fiskalpolitischen Maßnahmen erwartet.

2. Entwicklung des Staatsdefizits

Die mittelfristige Rückführung des Staatsdefizits ist gegenüber der letzten Aktualisierung des Stabilitätsprogramms vom Oktober 2000 erheblich schwieriger geworden. Während im vergangenen Jahr – ausgehend von einem Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von $2\frac{3}{4}\%$ und unter Berücksichtigung der zu Jahresbeginn in Kraft getretenen Steuerentlastungen – für das Jahr 2001 ein Staatsdefizit von $-1\frac{1}{2}\%$ des BIP angenommen wurde, dürfte das tatsächliche Ergebnis bei etwa $-2\frac{1}{2}\%$ des BIP liegen.

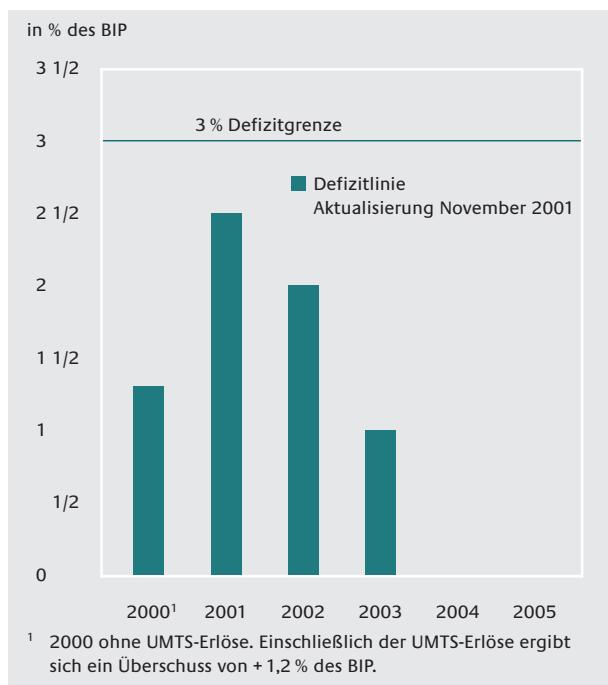
Die veränderten Wachstumsannahmen trüben auch die Aussichten für die Entwicklung des Defizits 2002. Gegenüber den Annahmen im letzten Stabilitätsprogramm, in dem für die Jahre 2002 bis 2004 ein jahresdurchschnittliches reales Wachstum von $2\frac{1}{2}\%$ unterstellt wurde, fällt die aktuelle Einschätzung der wirtschaftlichen Dynamik für 2002 mit $+1\frac{1}{4}\%$ deutlich verhaltener aus. Entsprechend hat die Steuerschätzung vom 8./9. November 2001 für das kommende Jahr zusätzliche, über den Basiseffekt 2001 hinausgehende Steuerausfälle projiziert. Angesichts der schwierigen Situation auf der Einnahmenseite wird der im letzten Stabilitätsprogramm vorgesehene Abbau des Defizits um

Entwicklung der Defizit-/Überschussquote

Defizit-/Überschussquote	2000 ¹	2001	2002 in % des BIP	2003	2004	2005
Projektion November 2001	$-1,3$	$-2\frac{1}{2}$	-2	-1	0	0
nachrichtlich: Zunahme des realen BIP in %	3,0	$\frac{3}{4}$	$1\frac{3}{4}$	$2\frac{1}{2}$	$2\frac{1}{2}$	$2\frac{1}{2}$
Projektion Oktober 2000	-1	$-1\frac{1}{2}$	-1	$-\frac{1}{2}$	0	0
nachrichtlich: Zunahme des realen BIP in %	2 $\frac{3}{4}$	2 $\frac{3}{4}$	2 $\frac{1}{2}$	2 $\frac{1}{2}$	2 $\frac{1}{2}$	$-\frac{1}{2}$

¹ 2000 ohne UMTS-Erlöse. Einschließlich UMTS-Erlöse ergibt sich ein Überschuss von 1,2 % des BIP.

Entwicklung der Defizitquote bis 2005



rund $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt des BIP in 2002 erheblich erschwert.

Andererseits besteht bei den öffentlichen Haushalten aller Ebenen aufgrund der erreichten Defizitpositionen die zwingende Notwendigkeit, auf dem in den vergangenen Jahren erfolgreich verfolgten Pfad der Defizitrückführung und des Abbaus der Schuldenquoten zu bleiben. Nur auf diese Weise können die Budgets ihre Handlungsspielräume, die durch steigende Zinslasten gefährdet würden, verteidigen oder zurückgewin-

nen. Dies gilt umso mehr, wenn weitere Risiken für die Haushaltsentwicklung ins Bild genommen werden. Angesichts eines in 2001 erwarteten gesamtstaatlichen Defizits von $-2\frac{1}{2}\%$ des BIP und einer unsicheren wirtschaftlichen Perspektive macht der kleiner gewordene „Sicherheitsabstand“ zur 3 %-Obergrenze deutlich, dass keine Alternative zu einer Fortsetzung des Konsolidierungskurses besteht. Bund, Länder und Gemeinden werden den Herausforderungen des nächsten Jahres durch eine straffe Haushaltsführung begegnen und das Defizit **2002** trotz schwacher Einnahmenentwicklung auf rund **-2% des BIP** reduzieren.

Deutschland hält an seinem Ziel fest, im Jahr 2004 zu einem ausgeglichenen Staatshaushalt zu gelangen. Dieses Ziel ist angesichts der auch mittelfristig spürbaren konjunkturbedingten Steuerausfälle der Jahre 2001 und 2002, der bereits beschlossenen Steuerentlastungsstufe 2003 sowie des Ausgangsniveaus 2001/2002 äußerst ambitioniert. Für Entlastung sorgen die Sozialversicherungen, die ab 2003 wieder Überschüsse aufweisen werden. Vor allem aber bleibt die Beschränkung des Ausgabenwachstums bei den Gebietskörperschaften auch in den Jahren nach 2002 die notwendige Voraussetzung für den Ausgleich des Staatshaushaltes im Sinne des Maastricht-Vertrags im Jahr 2004. Unter diesen Bedingungen kann das Defizit **2003** auf rund **-1% des BIP** sinken, um 2004 einen Wert „close to balance“ zu erreichen, wie es der Europäische Stabilitätspakt fordert.

Defizite/Überschüsse nach Ebenen

Defizit-/Überschussquote	2000 ¹	2001	2002 in % des BIP	2003	2004	2005
Bund einschließlich Sonderrechnungen	- 1,2	- 1 1/2	- 1 1/2	- 1	- 1/2	- 0
Länder und Gemeinden	- 0,2	- 1	- 1/2	- 1/2	- 0	- 0
Sozialversicherungen	+ 0,0	- 0	- 0	+ 0	+ 0	+ 0
Staat ²	- 1,3	- 2 1/2	- 2	- 1	- 0	- 0

¹ 2000 ohne UMTS-Erlöse. Einschließlich der UMTS-Erlöse ergibt sich für den Bund ein Saldo von + 1,3 %, für den Staat von + 1,2 %.
² Abweichungen des gesamtstaatlichen Defizits von der Summe der Defizite der einzelnen Ebenen sind rundungsbedingt.

Um den verstärkten Risiken Rechnung zu tragen, enthält diese Aktualisierung zusätzlich ein Szenario mit deutlich geringeren Wachstumsannahmen. Darüber hinaus wurde sowohl für das Baseline-Szenario als auch für das zusätzliche Szenario eine Sensitivitätsanalyse durchgeführt. Selbst im Fall einer Kumulation der Abweichungen sowohl bei den Wachstumsannahmen als auch bei der Ausgabenprojektion, die wir aus heutiger Sicht nicht erwarten, findet keine Abkehr vom Konsolidierungskurs statt. Auch im Fall eines derartig ungünstigen Szenarios wird der Konsolidierungspfad beibehalten. Ein ausgeglichener Staatshaushalt wird in jedem Fall im Jahr 2006 erreicht.

Bei einer weiterhin moderaten Ausgabenentwicklung, die auf Bundesebene schon im Hinblick auf den 2006 geplanten Ausgleich des Bundeshaushalts erforderlich ist, kann auch bei schwächeren Wachstum schon im Jahr **2005** ein gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo nahe bei **0 % des BIP** erreicht werden.

3. Konsolidierungskurs neu justieren – Wachstumsdynamik stärken

Der finanzpolitische Kurs wahrt ein ausgewogenes Verhältnis zwischen gestalterischer Politik und notwendiger Konsolidierung. Grundlage der steuerlichen Entlastungen ist und bleibt die Wahrung strikter Ausgabendisziplin. Der jahresdurchschnittliche Anstieg der Ausgaben des Gesamtstaates wird weiterhin auf 2 % begrenzt; für den Bund ist im Finanzplanungszeitraum bis 2005 sogar nur eine durchschnittliche nominale Ausgabensteigerung von 0,8 % vorgesehen. Parallel gewinnt die Verbesserung der Qualität des Budgets zunehmend an Bedeutung.

Durch spürbare Entlastungen von Arbeitnehmern und Familien werden der Konsum und die Sparfähigkeit der privaten Haushalte angeregt. Die fortwährende Entlastung von Unternehmen ist ein positiver Impuls für die Investitionstätigkeit

und trägt so zur Schaffung von Arbeitsplätzen bei. Eine zunehmende Fokussierung von Mitteln auf Bereiche wie Forschung und Bildung erhöht die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft und erleichtert die Nutzung der Chancen einer wissensbasierten Gesellschaft. Fortgesetzte Konsolidierung sowie die Bemühungen zur Steigerung der Erwerbstätigkeitsquote leisten überdies ihren Beitrag zur Bewältigung der Aufgaben, die aus der demographischen Entwicklung resultieren. Sie flankieren und ergänzen die Reformierung des deutschen Alterssicherungssystems.

Niedrige Geburtenraten und eine wachsende Lebenserwartung werden in den kommenden Jahrzehnten in Deutschland zu gravierenden Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung führen. Dies ist auch das Ergebnis von Modellrechnungen, die für Zwecke der Planungs- und Entscheidungsvorbereitung innerhalb der Bundesregierung im Jahr 2000 von der „Interministeriellen Arbeitsgruppe für Bevölkerungsfragen“ aktualisiert wurden. In den Modellrechnungen wird gezeigt, welche demographischen Entwicklungen sich – ausgehend von der gegenwärtigen Bevölkerungsstruktur – unter bestimmten Annahmen über die Geburtenhäufigkeit, die Sterblichkeit und die internationalen Wanderungen – in Zukunft ergeben. Danach ist selbst in der unten aufgeführten Modellvariante C, die vergleichsweise hohe Zuwanderungen aus dem Ausland unterstellt, mit einer Verdoppelung des Altenquotienten bis zum Jahr 2050 zu rechnen.

Mit der Schaffung einer Regelung zur innerstaatlichen Umsetzung der Vorgaben von Maastricht und des Stabilitäts- und Wachstumspaktes entspricht Deutschland auch den länderspezifischen Empfehlungen der „Grundzüge der Wirtschaftspolitik“, die als zentrales Koordinierungsinstrument für die Wirtschafts- und die Finanzpolitik in der EU einmal jährlich formuliert werden.

Im Einklang mit den Beschlüssen der ER von Lissabon, Stockholm und Göteborg wird besonde-

Veränderungen der Altersstruktur der Bevölkerung (Ageing)

Altenquotient ¹	1999	2010	2020	2030	2040	2050
Modell A ²	25,4	33,3	36,2	47,5	57,1	57,3
Modell B ²	25,4	33,1	35,5	45,6	53,6	53,4
Modell C ²	25,4	33,1	35	44,2	51,2	50,9

¹ Bevölkerung im Rentenalter (65 Jahre und älter) bezogen auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20 bis unter 65 Jahre).
² Varianten mit niedrigeren (A), mittleren (B) und höheren (C) Zuwanderungssalden.
Quelle: Modellrechnungen 2000 der Interministeriellen Arbeitsgruppe für Bevölkerungsfragen.

rer Wert auf Qualität und Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen gelegt. Ziel ist eine wirtschaftlich leistungsfähige, sozial gerechte und ökologisch verträgliche Entwicklung. Wesentliche Handlungsfelder auf diesem Weg sind:

- Fortsetzung des Konsolidierungskurses;
- Rückführung der Belastung mit Steuern und Abgaben;
- Stärkung zukunftsorientierter Bereiche der Finanzpolitik;
- Formulierung von Ansätzen zur Bewältigung der alterungsbedingten Belastungen.

Für die Steigerung von Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit ist der Übergang in die wissensbasierte Gesellschaft von zentraler Bedeutung. Die Bundesregierung forciert daher den Mitteleinsatz im Bereich von Bildung und Forschung. Im Jahr 2002 stehen dafür rund 8,4 Mrd. € und damit über 2,7 % mehr als im laufenden Jahr und 12 % mehr zur Verfügung als im Jahre 2000.

Mit der zielgerichteten Verwendung der im Zusammenhang mit der Versteigerung der UMTS-Lizenzen anfallenden Zinsersparnisse für zukunftsorientierte Bereiche werden Impulse für mehr Produktivität, mehr Wachstum und mehr Beschäftigung gegeben. Dieses Zukunftsinvestitionsprogramm hat die Schwerpunkte Verkehr, Forschung und Bildung, Altbausanierung und

Energieforschung. Es hat eine Laufzeit von 2001 bis 2003 und weist jährlich zusätzliche Investitionsausgaben von rund 2,1 Mrd. € aus.

4. Fazit

Die Bundesregierung verbindet wachstums- und stabilitätsorientierte gesamtwirtschaftliche Politik mit nachhaltigen Strukturreformen auf den Produkt-, Kapital- und Arbeitsmärkten. Dies entspricht auch den Anforderungen der „Grundzüge der Wirtschaftspolitik der EU und der Mitgliedstaaten“. Die Finanzpolitik trägt den gegenwärtigen konjunkturellen Unwägbarkeiten Rechnung, ohne das Ziel der mittelfristigen Konsolidierung aus den Augen zu verlieren.

Auch wenn vor dem Hintergrund der verschlechterten Rahmenbedingungen in der diesjährigen Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms eine Korrektur der in der im letzten Jahr aufgezeigten Defizitlinie erforderlich ist, ist darin keine Abkehr vom Konsolidierungskurs zu sehen. Die Bundesregierung hält an ihrem Ziel fest, in 2004 einen ausgeglichenen Staatshaushalt vorzulegen.

Das Bundesministerium der Finanzen veröffentlicht das aktualisierte Stabilitätsprogramm, u. a. über das Internet unter: www.bundesfinanzministerium.de.

Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2000

1. Art und Umfang der Erhebung der Steuerrückstände	43
2. Gesamtergebnis für das Bundesgebiet	43
3. Ergebnisse wichtiger Einzelsteuern	46

1. Art und Umfang der Erhebung der Steuerrückstände

Das Bundesministerium der Finanzen erstellt jährlich auf der Grundlage von Meldungen der Oberfinanzdirektionen einen ausführlichen Bericht über die Rückstände an Besitz- und Verkehrsteuern zum Jahresende. Nachstehend werden die wesentlichen Ergebnisse zum „Stand der Steuererhebung am 31. Dezember 2000 (Rückständestatistik)“ dargelegt.

Erfasst sind bei der Rückständestatistik ausschließlich die von den Finanzämtern erhobenen und über die Finanzkassen entrichteten Bundes- und Ländersteuern. Die Erhebung deckt damit fast $\frac{3}{4}$ der gesamten Steuereinnahmen ab. Nicht berücksichtigt sind die Einfuhrumsatzsteuer, die Zölle und Verbrauchsteuern sowie die Gemeindesteuern.

Bei den ermittelten Rückständen handelt es sich um Steueransprüche, die im Sinne des Steuer-

gesetzes entstanden und zum Soll gestellt sind. Die Fälligkeit dieser Steuerschulden ist zum Teil durch Verwaltungsakte der Finanzbehörden wie Stundung oder Aussetzung der Vollziehung hinausgeschoben. Bei den gestundeten Beträgen handelt es sich um solche, deren Einziehung vom Finanzamt wegen damit verbundener Härten für den Steuerpflichtigen hinausgezögert wird. Als Aussetzungen gelten Rückstände, bei denen von den Steuerpflichtigen eingelegte Rechtsmittel begründete Aussicht auf Erfolg haben. Die nicht gestundeten oder ausgesetzten Teile der Steuerrückstände, die „echten Rückstände“, befinden sich in Beitreibung. Es handelt sich hierbei um Zahlungsverpflichtungen, denen ohne Zustimmung der Finanzbehörden nicht nachgekommen worden ist.

Die Rückständestatistik ist lediglich eine Momentaufnahme eines Umwälzprozesses, bei dem laufend alte Schulden unterschiedlicher Fristigkeit abgelöst werden und neue hinzukommen. Insofern handelt es sich nicht um eine Einnahmereserve. Ziel der Steuerverwaltung muss aber sein, durch eine möglichst zeitnahe Steuererhebung den Bodensatz an Steuerrückständen so gering wie möglich zu halten.

2. Gesamtergebnis für das Bundesgebiet

a. Entwicklung der Steuererhebung und der Steuerrückstände

Entwicklung der Steuererhebung und der Steuerrückstände

Stand am 31.12.	Rückstände am 31.12. des Vorjahrs	Sollstellungen	In den letzten zwölf Monaten			Erlass	Niederschlagungen	Rückstände am Erhebungsstichtag (Sp. 4 - (5 + 6 + 7))
			Kassensoll (Sp. 2 + 3)	kassenmäßiges Aufkommen	in Mio. DM			
1	2	3	4	5	6	7	8	
1992	.	.	540 243	510 491	76	3 131	26 544	
1993	26 544	573 412	599 956	564 791	101	4 074	30 990	
1994	30 990	600 382	631 372	593 022	90	5 656	32 605	
1995	32 605	632 402	665 007	623 896	47	6 709	34 345	
1996	34 345	639 645	673 990	630 433	44	8 016	35 496	
1997	35 496	635 220	670 716	626 350	45	9 154	35 167	
1998	35 167	668 256	703 423	659 042	61	8 616	35 704	
1999	35 704	718 079	753 783	710 181	74	8 825	34 704	
2000	34 705	733 583	768 288	721 402	47	9 714	37 125	

Die im Laufe eines Jahres neu entstandenen Steuerforderungen bilden zusammen mit den zum Ende des vorangegangenen Berichtszeitraumes festgestellten Rückständen das **Kassensoll**. Zum Jahresende 2000 lag das Kassensoll der Besitz- und Verkehrsteuern mit 768 288 Mio. DM um 1,9 % über dem Wert des Vorjahrestichtages. Das **kassenmäßige Aufkommen** belief sich Ende 2000 auf 721 402 Mio. DM und übertraf damit das Vorjahresaufkommen um 1,6 %.

Der **Erlass** von Steuerbeträgen aus Billigkeitsgründen ging auf 47 Mio. DM zurück. Die verwaltungsinternen **Niederschlagungen** von Steueransprüchen wegen festgestellter Erfolglosigkeit der Beitreibung stiegen gegenüber dem Jahr 1999 um 10,1 % auf 9 714 Mio. DM. Damit ergibt sich für Erlass und Niederschlagungen zusammen ein Anteil von 1,27 % am Kassensoll (Vorjahr: 1,18 %).

Bereinigt man das Kassensoll um das kassenmäßige Aufkommen sowie die durch Erlass und Niederschlagung entstandenen Steuerausfälle, ergeben sich **Gesamtrückstände** aller Besitz- und Verkehrsteuern am Erhebungstag 31. Dezember 2000 in Höhe von 37 125 Mio. DM. Das bedeutet einen Anstieg um 2 420 Mio. DM bzw. 7,0 % gegenüber dem Vorjahr.

b. Entwicklung der Rückstände-, Erlass- und Niederschlagungsquoten

Gemessen am Kassensoll aller erfassten Besitz- und Verkehrsteuern resultieren als Rückstands-,

Erlass- und Niederschlagungsquoten die unten angegebenen Werte.

Der Anstieg der Rückstände um 7,0 % bewirkte in Verbindung mit dem Anstieg des Kassensolls von nur 1,9 % einen Anstieg der Rückstandsquote um 5,0 % auf 4,83 % (Ende 1999: 4,60 %).

Die Erlassquote verharrte auf Vorjahresniveau, während die Niederschlagungsquote deutlich anstieg.

c. Aufgliederung nach Rückstandsarten

Die Gesamtrückstände setzen sich aus den gestundeten und ausgesetzten Beträgen sowie den echten Rückständen zusammen. Die **Stundungen** erhöhten sich um 152 Mio. DM = 8,1 % auf 2 038 Mio. DM. Die **Aussetzungen** stiegen um 1 408 Mio. DM = 9,4 % auf 16 454 Mio. DM. Auch die **echten Rückstände**, die ohne Zustimmung der Finanzbehörden am Erhebungstichtag noch nicht gezahlt worden waren und bei denen im Allgemeinen eine Beitreibung eingeleitet worden ist, nahmen zu, und zwar um 860 Mio. DM = 4,8 % auf 18 633 Mio. DM.

Die Aufteilung der Gesamtrückstände nach den Merkmalen „gestundet“, „ausgesetzt“ und „echte Rückstände“ zeigt, dass sich der Anteil der ausgesetzten Rückstände im Jahr 2000 weiter erhöht hat. Er beträgt mittlerweile 44,3 %. Bei diesen Beträgen dürfte aufgrund der hohen Erfolgssichten eingelegter Rechtsmittel überwiegend

Entwicklung der Rückstände-, Erlass- und Niederschlagungsquoten

Stand am 31.12.	Rückstandsquote (Rückstand/Kassensoll)	in %	
		Erlassquote (Erlass/Kassensoll)	Niederschlagungsquote (Niederschlagung/Kassensoll)
1	2	3	4
1992	4,91	0,01	0,58
1993	5,17	0,02	0,68
1994	5,16	0,01	0,90
1995	5,16	0,01	1,01
1996	5,27	0,01	1,19
1997	5,24	0,01	1,36
1998	5,08	0,01	1,22
1999	4,60	0,01	1,17
2000	4,83	0,01	1,26

Aufgliederung nach Rückstandsarten

Stand am 31.12. 1	Rückstände gestundet			davon ausgesetzt		echte Rückstände	
	in Mio. DM 2	in Mio. DM 3	Anteil in % 4 (= 3/2)	in Mio. DM 5	Anteil in % 6 (= 5/2)	in Mio. DM 7	Anteil in % 8 (= 7/2)
1992	26 544	2 556	9,6	9 437	35,5	14 551	54,8
1993	30 990	2 643	8,5	10 309	33,3	18 047	58,2
1994	32 605	3 076	9,4	10 563	32,3	18 965	58,2
1995	34 345	2 755	8,0	10 849	31,6	20 740	60,4
1996	35 496	2 401	6,8	12 000	33,8	21 096	59,4
1997	35 167	2 278	6,5	13 297	37,8	19 592	55,7
1998	35 704	2 150	6,0	14 527	40,7	19 028	53,3
1999	34 704	1 886	5,4	15 046	43,4	17 773	51,2
2000	37 125	2 038	5,5	16 454	44,3	18 633	50,2

nicht mehr mit einer Zahlung zu rechnen sein. Demgegenüber verzeichnete der Anteil der echten Rückstände einen deutlichen Rückgang.

Um die Erfolgsaussichten für die Einziehung echter Rückstände besser beurteilen zu können, werden bei den Finanzämtern zusätzliche Informationen erhoben, die danach unterscheiden, ob diese Rückstände noch „nicht gemahnt“, „gemahnt“ oder in einer „Rückstandsanzeige aufgenommen“ sind. Nach dieser zusätzlichen Statistik waren 21,0 % der echten Rückstände zum Jahresende 2000 „weder gemahnt noch in eine Rückstandsanzeige aufgenommen“, 22,6 % „gemahnt“ sowie 56,3 % in einer „Rückstandsanzeige erfasst“. Davon wiederum waren bereits 27,0 % vor dem Berichtszeitraum fällig. In Verbindung mit den ausgesetzten Rückständen muss deshalb ein erheblicher Teil der statis-

tisch erfassten Rückstände als nicht realisierbar betrachtet werden.

d. Entwicklung der Rückstandsfälle

Die um 7,0 % höhere Rückstandssumme führt bei nur geringfügig gestiegener Fallzahl zu einem Anstieg des durchschnittlichen Rückstandsbetrages um 6,5 % auf 8 940 DM. Dabei entfielen rechnerisch 31,1 % aller Rückstandsfälle auf die Kraftfahrzeugsteuer, 25,7 % auf die veranlagte Einkommensteuer und 19,8 % auf die Umsatzsteuer. Die Aussagekraft dieser Angaben ist allerdings begrenzt, da sich die in den Durchschnitten niederschlagenden Sachverhalte aus schwer vergleichbaren Abgrenzungen des „Fall“-Begriffs ergeben. Als Beispiel seien die durchschnittlichen Summen je Rückstandsfall genannt: Kraftfahrzeugsteuer 399 DM, Versicherungsteuer 367 310 DM.

Entwicklung der Rückstandsfälle

Stand am 31.12. 1	Rückstände in Mio. DM 2	Zahl der Rückstandsfälle 3	Durchschnittsbetrag je Rückstandsfall in DM 4
1992	26 544	3 250 800	8 166
1993	30 990	4 065 700	7 622
1994	32 605	4 233 500	7 702
1995	34 345	4 609 400	7 451
1996	35 496	4 837 000	7 338
1997	35 167	4 850 400	7 250
1998	35 704	4 334 600	8 237
1999	34 704	4 135 900	8 391
2000	37 125	4 152 500	8 940

e. Einfluss von Rückständerveränderung, Erlass und Niederschlagung auf die Höhe der Steuereinnahmen

Zum Jahresende 2000 betrug der Anteil der nicht erfüllten Zahlungsverpflichtungen 1,6 % des Kassensolls. Bei rückläufigem Erlass ist dieser kräftige Anstieg auf deutlich höhere Rückstände und Niederschlagungen zurückzuführen.

3. Ergebnisse wichtiger Einzelsteuern

Mit einem Anteil von über 70 % bilden die Lohnsteuer und die Umsatzsteuer die für das Kassensoll wichtigsten Steuerarten. Bei den Rückständen dominieren hingegen die veranlagte Einkommensteuer, die Umsatzsteuer sowie die Körperschaftsteuer, deren Gesamtgewicht an den Rückständen aller Besitz- und Verkehrsteuern am 31. Dezember 2000 bei über 80 % lag.

Die Rückstände nahmen bei den meisten der erfassten Einzelsteuern zu. Im Einzelnen: Die Rückstände der **Lohnsteuer** lagen am 31. Dezember 2000 um 25,6 % über dem Vorjahr. Gleichzeitig stieg das Kassensoll um 2,4 %, sodass die Rückstandsquote um 22,6 % auf 0,73 % anstieg.

Bei der veranlagten **Einkommensteuer** verringerte sich die Rückstandsquote hingegen um 6,4 %. Ursache hierfür ist die Tatsache, dass das

Kassensoll mit + 10,9 % deutlich stärker zunahm als die Rückstände (+ 3,8 %).

Die mit 6,7 % zunehmenden Rückstände bei gleichzeitiger Zunahme des Kassensolls von 4,8 % ließen die Rückstandsquote der **Körperschaftsteuer** um 1,8 % auf 10,5 % ansteigen.

Die Rückstandsquote der **Umsatzsteuer** erhöhte sich deutlich um 15,0 % auf 4,83 %, weil die Rückstände um 11,5 % stiegen, während das Kassensoll um 3,0 % zurückging.

Ebenfalls über dem Vorjahreswert lagen die Rückstandsquoten von **Erbschaftsteuer** (+ 5,8 %) und **Kraftfahrzeugsteuer** (+ 0,1 %). Während bei der Erbschaftsteuer die Zunahme der Rückstände um 4,9 % bei leicht rückläufigem Kassensoll die Quote dominierte, war bei der Kraftfahrzeugsteuer mit - 0,4 % ein leichter Rückgang der Rückstandssumme festzustellen.

Die Anteile der **echten Rückstände**, also der nicht gestundeten oder ausgesetzten Beträge, an den Gesamtrückständen betrugen am 31. Dezember 2000 bei der Lohnsteuer 66,6 %, bei der veranlagten Einkommensteuer 42,5 %, bei der Umsatzsteuer 72,0 % und bei der Kraftfahrzeugsteuer 98,9 %.

Die tabellarische Übersicht auf der folgenden Seite zeigt die Ergebnisse der Rückständestatistik für die wichtigsten Einzelsteuern in den Jahren 1992 bis 2000.

Einfluss von Rückständerveränderungen auf die Höhe der Steuereinnahmen

Erhebungsstichtag 31.12.	Rückständerveränderung		Erlass in Mio. DM	Niederschlagungen in Mio. DM	Minderung des kassenmäßigen Aufkommens	
	1	2 in Mio. DM			4	5 (= 2 + 3 + 4)
1992		-	76	3 131	-	-
1993		4 446	101	4 074	8 621	1,4
1994		1 614	90	5 656	7 360	1,2
1995		1 740	47	6 709	8 496	1,3
1996		1 151	44	8 016	9 211	1,4
1997		- 329	45	9 154	8 870	1,3
1998		537	61	8 616	9 214	1,3
1999		- 1 000	74	8 824	7 899	1,0
2000		2 420	47	9 714	12 181	1,6

Ergebnisse wichtiger Einzelsteuern

Stand am 31.12.	Rückstände im Vorjahr	Soll- stellungen	in den letzten zwölf Monaten			Erlass	Nieder- schla- gungen	Rückstände 31.12. Sp. 4 abz. Sp. 5 + 6 + 7	von Rückständen sind		
			Kassensoll Sp. 2 + 3	Kassen- einnahmen	in Mio. DM				gestundet	ausgesetzt	echte Rückstände
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1. Lohnsteuer											
1992	.	.	253 181	251 302	2	213	1 663	128	198	1 337	
1993	1 663	260 248	261 911	259 818	1	288	1 805	103	193	1 510	
1994	1 805	268 050	269 855	267 622	1	390	1 842	77	204	1 561	
1995	1 842	283 541	285 383	282 805	1	449	2 127	45	211	1 871	
1996	2 127	280 292	282 419	279 758	1	546	2 114	18	306	1 790	
1997	2 114	281 866	283 980	281 513	1	567	1 899	23	399	1 477	
1998	1 899	292 691	294 590	292 087	2	529	1 972	15	509	1 448	
1999	1 972	310 888	312 860	310 496	1	491	1 872	17	583	1 272	
2000	1 872	318 503	320 375	317 538	1	486	2 351	62	723	1 566	
2. Veranlagte Einkommensteuer											
1992	.	.	53 430	42 410	38	957	10 025	962	4 505	4 557	
1993	10 025	36 476	46 501	34 212	18	947	11 324	894	4 789	5 642	
1994	11 324	28 241	39 566	26 261	17	1 364	11 924	1 037	4 948	5 939	
1995	11 924	16 689	28 613	14 753	20	1 576	12 265	916	5 109	6 240	
1996	12 265	15 226	27 491	12 535	13	1 985	12 958	886	5 409	6 663	
1997	12 958	9 960	22 918	7 505	20	2 359	13 034	911	5 877	6 246	
1998	13 034	16 252	29 287	14 087	15	2 064	13 121	807	6 281	6 032	
1999	13 121	27 282	40 403	25 104	23	2 142	13 132	878	6 262	5 993	
2000	13 132	31 681	44 813	28 714	21	2 449	13 629	975	6 856	5 798	
3. Körperschaftsteuer											
1992	.	.	37 241	33 063	4	259	3 915	435	2 045	1 435	
1993	3 915	30 343	34 258	29 232	43	326	4 657	401	2 589	1 668	
1994	4 657	22 451	27 108	21 971	3	540	4 594	355	2 450	1 789	
1995	4 594	20 742	25 336	20 231	1	576	4 528	453	2 409	1 667	
1996	4 528	32 650	37 178	31 593	1	691	4 893	406	2 677	1 810	
1997	4 893	36 669	41 562	35 664	3	962	4 933	262	3 041	1 630	
1998	4 933	41 532	46 466	40 209	11	710	5 536	448	3 587	1 501	
1999	5 536	47 362	52 898	46 735	3	733	5 426	177	3 915	1 334	
2000	5 427	49 988	55 415	48 832	2	793	5 788	194	4 035	1 559	
4. Umsatzsteuer											
1992	.	.	127 518	117 939	23	1 591	7 965	635	1 272	6 058	
1993	7 965	178 547	186 512	174 425	20	2 260	9 807	723	1 338	7 746	
1994	9 807	199 131	208 938	195 215	25	3 165	10 532	1 059	1 425	8 048	
1995	10 532	203 505	214 037	198 485	19	3 879	11 655	980	1 545	9 131	
1996	11 655	204 697	216 352	200 379	25	4 552	11 396	729	1 836	8 831	
1997	11 396	204 201	215 597	199 871	17	4 942	10 766	730	1 936	8 100	
1998	10 766	208 277	219 043	203 630	28	4 922	10 464	532	1 870	8 062	
1999	10 463	222 627	233 090	218 200	42	5 061	9 787	504	1 925	7 358	
2000	9 787	216 196	225 983	209 501	19	5 554	10 908	503	2 554	7 851	
5. Erbschaftsteuer											
1992	.	.	3 879	3 044	1	6	829	156	517	156	
1993	829	3 340	4 168	3 044	1	131	992	221	603	168	
1994	992	3 516	4 508	3 479	1	26	1 002	224	610	168	
1995	1 002	3 610	4 612	3 549	1	14	1 049	172	662	215	
1996	1 049	4 294	5 343	4 051	1	19	1 272	145	862	265	
1997	1 272	4 129	5 401	4 061	1	19	1 321	197	885	239	
1998	1 321	4 890	6 210	4 810	4	12	1 385	207	919	259	
1999	1 385	5 978	7 363	5 977	1	34	1 353	185	907	261	
2000	1 353	5 947	7 300	5 832	1	49	1 418	177	940	301	
6. Kraftfahrzeugsteuer											
1992	.	.	12 343	11 877	1	38	427	5	9	414	
1993	427	14 202	14 629	13 931	1	55	642	5	9	628	
1994	642	14 312	14 954	14 169	1	102	681	5	11	665	
1995	681	13 874	14 555	13 815	1	115	623	5	8	611	
1996	623	13 860	14 483	13 745	1	99	638	5	12	621	
1997	638	14 634	15 272	14 420	0	104	747	8	19	720	
1998	747	15 188	15 935	15 175	1	131	628	5	15	608	
1999	628	13 792	14 420	13 771	1	131	517	4	3	510	
2000	517	13 836	14 353	13 734	0	104	515	2	4	509	

Bericht der Bundesregierung über den Stand der Auszahlungen und die Zusammenarbeit der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ mit den Partnerorganisationen

Der Deutsche Bundestag hat mit Entschließung vom 28. Juni 2001 (Bundestagsdrucksache 14/6465) die Bundesregierung aufgefordert, „dem Deutschen Bundestag regelmäßig, in den ersten zwei Jahren pro Quartal, in den darauf folgenden Jahren bis zum Abschluss der Auszahlungen an die Anspruchsberechtigten halbjährlich, einen Bericht über den Stand der Auszahlungen und die Zusammenarbeit der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ mit den Partnerorganisationen vorzulegen.“

Es folgt die Zusammenfassung des 1. Berichts mit Stand vom 30. September 2001.

Durch das Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ vom 11. August 2000 (BGBl. 2000 I 1263 ff. geändert durch das Erste Änderungsgesetz vom 4. August 2001, BGBl. 2001 I 2036 f., im Folgenden „Stiftungsgesetz“ EVZStiftG) wurde die Stiftung ins Leben gerufen.

Die Stiftung ist mit einem Mindestkapital von 10 Milliarden DM ausgestattet, das zu gleichen Teilen von den in der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft zusammengeschlossenen Unternehmen und vom Bund aufgebracht wird. Nach § 2 Abs. 1 EVZStiftG ist es Zweck der Stiftung, „über Partnerorganisationen Finanzmittel zur Gewährung von Leistungen an ehemalige

Zwangsarbeiter und von anderem Unrecht aus der Zeit des Nationalsozialismus Betroffene bereitzustellen“.

Im 1. Halbjahr 2001 hat der Vorstand der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ mit den in § 9 Abs. 2 Nummern 1 bis 7 EVZStiftG genannten Partnerorganisationen „Partnerverträge“ abgeschlossen. Diese Verträge regeln die ordnungsgemäße Verwendung der Stiftungsmittel für die Leistungsberechtigten, die Aufgaben der Partnerorganisationen für das Antrags-, Beschwerde- und Auszahlungsverfahren, die Höhe der Verwaltungskosten sowie die Kontrollrechte der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ bezüglich der Feststellung von Leistungsberechtigten und der Verwaltungskosten (insgesamt 8,1 Mrd. DM).

Gemäß dem Auftrag des Deutschen Bundestages in der Gesetzesbegründung zu § 9 Abs. 2 EVZStiftG und dem Beschluss des Kuratoriums der Stiftung vom 31. August 2000 hat der Stiftungsvorstand ferner nach Verhandlungen mit den jeweils zuständigen Partnerorganisationen aus Weißrussland und Russland und den Regierungen Estlands, Lettlands und Litauens „Kooperationsvereinbarungen“ initiiert, die zur Einrichtung gesonderter zentraler Antragsannahmestellen und unabhängiger Beschwerdestellen in diesen Staaten führten.

Nach dem Stiftungsgesetz sind 50 Millionen DM für den Ausgleich sonstiger Personenschäden im Zusammenhang mit nationalsozialistischem Unrecht bestimmt. Über diese Anträge entscheiden die Partnerorganisationen. Das Kuratorium hat am 21. Juni 2001 Richtlinien für diese Bereiche verabschiedet. Sie sind auf der Homepage der Stiftung veröffentlicht (www.stiftung-evz.de, unter Dokumente).

Für den Ausgleich von Vermögensschäden sieht das Gesetz die International Organization for Migration (IOM) in Genf als Partnerorganisation der Stiftung vor. Anträge zum Ausgleich

von Vermögensschäden sind dementsprechend an die IOM zu stellen. Über die Begründetheit der Ansprüche und die Höhe der Ausgleichszahlungen entscheidet jedoch nicht die IOM selbst, sondern die bei ihr ansässige unabhängige Vermögenskommission. Die Vermögenskommission hat Richtlinien über Grundsätze und Verfahren ihrer Arbeit dem Kuratorium für die Sitzung am 11. Oktober 2001 zur Kenntnisnahme vorgelegt.

In § 9 Abs. 12 EVZStiftG ist eine Erstattung für Aufwendungen von Rechtsanwälten und Rechtsbeiständen vorgesehen, wenn diese durch ihr Tätigwerden zugunsten der nach § 11 Anspruchsberechtigten zur Errichtung der Stiftung beigetragen oder auf andere Weise ihr Zustandekommen gefördert haben. Das Kuratorium hat während seiner Sitzung am 25. Januar 2001 Richtlinien für die Erstattung von Aufwendungen verabschiedet. Sie beziehen sich auf die deutschen Anwälte und Rechtsbeistände. Auszahlungen an diese sind erst nach Prüfung der Anträge, die bis zum Ende der vereinbarten Antragsfrist am 13. Februar 2002 eingehen, möglich. Die Richtlinien wurden veröffentlicht in:

- BRAK-Mitt. 2/2001, Seite 74
- NJW 2001, Heft 18, Seite 1337 f.

In den vergangenen Monaten hat die Bundesstiftung auf Antrag der Partnerorganisationen so genannte „andere Haftstätten“ gemäß § 12 Abs. 1 EVZStiftG als KZ-ähnliche Haftstätten eingestuft. Es ist vorgesehen, die Liste der anerkannten „anderen Haftstätten“ auf der Homepage der Stiftung im Internet zu veröffentlichen (www.stiftung-evz.de).

Mit den Partnerorganisationen wurden Vereinbarungen zur Listenmeldung und zur Prüfung der Leistungsberechtigung von Antragstellern getroffen. Es wurde vereinbart, dass die Partnerorganisationen die Mittel nach Bedarf trachenweise bei der Bundesstiftung abrufen. Dafür können sie in regelmäßigen Abständen (in

der Regel alle zwei Monate) Listen mit den Personen übermitteln, deren Anträge positiv beschieden wurden. Innerhalb einer vierwöchigen Frist prüfen die Prüfteams der Bundesstiftung stichprobenartig die Leistungsberechtigung der gemeldeten Personen vor Ort in den Partnerorganisationen. Eine vollständige Prüfung aller Entscheidungen der Partnerorganisationen bei mehr als 1,5 Millionen potenziellen Leistungsberechtigten wäre durch die Bundesstiftung aus Zeit-, Kapazitäts- und Kostengründen nicht möglich.

Darüber hinaus gleicht die Bundesstiftung die in den Listen enthaltenen Personendaten mit den Angaben von Unternehmen über früher geleistete Zahlungen, mit den gemeldeten Daten von Antragstellern der anderen Partnerorganisationen sowie mit den Daten des österreichischen Versöhnungsfonds ab, um zu gewährleisten, dass Unternehmensleistungen angerechnet und Doppelzahlungen ausgeschlossen werden.

Zukünftig werden zu den Ex-ante-Prüfungen auch Ex-post-Prüfungen treten, bei denen stichprobenartig ermittelt werden soll, ob das Geld bei den Personen, für die die Bundesstiftung eine Leistung überwiesen hat, auch angekommen ist. Diese Prüfungen ergänzen das elektronische Verfahren, wonach die Partnerorganisationen der Bundesstiftung zweimonatlich Übersichten über die erfolgten Auszahlungen zuleiten.

Die Leistungen werden in zwei Raten ausgezahlt, die sich wiederum in Tranchen unterteilen, die in der Regel im 2-monatigen Rhythmus überwiesen werden. Erst nachdem alle Leistungsberechtigten ihre 1. Rate erhalten haben, kann mit Auszahlung der 2. Rate begonnen werden. Nach Feststellung „ausreichender Rechtssicherheit“ durch den Beschluss des Deutschen Bundestages vom 30. Mai 2001 konnten die Partnerorganisationen vertragsgemäß eine erste Liste einreichen, für die die Auszahlung im Monat Juni 2001 beginnen konnte.

Die Auszahlungen werden durch die Partnerorganisation über ein separat geführtes Konto abgewickelt. Die Partnerorganisation stellt sicher, dass die Zahlungen seitens der Bank zugunsten der Berechtigten innerhalb einer kurzen Frist von einigen Arbeitstagen nach Eingang der Überweisung der Bundesstiftung eingeleitet werden. Die Auszahlung an die Leistungsberechtigten erfolgt je nach Partnerorganisation durch Überweisung, Scheck oder Barauszahlung.

Die Partnerorganisationen sind verpflichtet, der Bundesstiftung namentlich jene Leistungsberechtigten zu melden, an die eine Zahlung erfolgt ist. Die Mittel, die nach einer bestimmten Zeit (2 bzw. 3 Monate) von den Partnerorganisationen nicht an die Antragsteller ausgezahlt werden konnten, werden mit den nächsten Tranchen verrechnet.

Der Vorstand überwacht nach dem EVZStiftG die zweckentsprechende und wirtschaftliche Verwendung der Stiftungsmittel und ist für die Verteilung der Stiftungsmittel an die Partnerorganisationen und die Bewirtschaftung des Fonds „Erinnerung und Zukunft“ verantwortlich. Die Bundesstiftung steht dabei unter der Rechtsaufsicht des Bundesfinanzministeriums und unterliegt der Prüfung des Bundesrechnungshofes. Die Rechnung und die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Bundesstiftung werden durch das Bundesamt zur Regelung offener Vermögensfragen geprüft. Das Kuratorium der Bundesstiftung überwacht als international besetztes Gremium die Arbeit der Bundesstiftung. Der Vorstand hat im Übrigen in allen bisherigen Kuratoriumssitzungen Rechenschaft über den Status der Finanzen abgelegt.

Die Stiftungsinitiative der Deutschen Wirtschaft hat Anfang Oktober bis auf einen Restbetrag von 126 Millionen DM ihren Beitrag zum Stiftungsvermögen an die Bundesstiftung entrichtet. Einen Teilbetrag von rund 60 Millionen DM hat die Versicherungswirtschaft vorab gem. § 3 Abs. 2 Nr. 1 des Stiftungsgesetzes bereits an die ICHEIC (Inter-

national Commission on Holocaust Era Insurance Claims) gezahlt. Der übrige Betrag ist von der Versicherungswirtschaft zugunsten der Bundesstiftung zunächst verzinslich hinterlegt. Der übrige Betrag wurde von der Versicherungswirtschaft zugunsten der Bundesstiftung zunächst verzinslich hinterlegt. Er ist inzwischen dorthin überwiesen worden. Die Verwendung wird vom erfolgreichen gesetzeskonformen Abschluss der Verhandlungen mit der ICHEIC abhängig gemacht.

Unter Berücksichtigung der inzwischen eingegangenen Einzahlungen der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft, der angerechneten Leistungen für die ICHEIC in Höhe von 126 Millionen DM, der gezahlten Anwaltshonorare von 125 Millionen DM und des inzwischen vollständig angelegten Fonds „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (700 Millionen DM) sowie der Auszahlungen an Leistungsberechtigte und Erstattung der Verwaltungskosten (zusammengefasst 1,35 Milliarden DM) ergibt sich ein Vermögensstand per 30. September 2001 in Höhe von 7 576 482 284,90 DM.

Die Bundesstiftung hat per 30. September 2001 einen Zinsertrag in Höhe von 260 554 607,05 DM erwirtschaftet. Außerdem hat die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft, wie vertraglich festgelegt, 100 Millionen DM an zusätzlichen Zinsen zur Verfügung gestellt. Der Gesamtzinsertrag beträgt demnach 360 554 607,05 DM.

An Zustiftungen hat die Bundesstiftung bis zum 30. September 2001 20 964 850,43 DM erhalten.

Die Bundesstiftung hat im August 2001 mit den Partnerorganisationen die regelmäßige Führung einer Statistik vereinbart, die jeweils am Quartalsende ermöglicht, eine Übersicht über die Antragseingänge und den Stand der Antragsbearbeitung zu erlangen. Die Zahl der Anträge besagt aber noch nichts über die Zahl der Leistungsberechtigten und ermöglicht, da die Leistungskategorien noch nicht mit erfasst werden, auch keine

Aussagen über die Ausschöpfung des jeweiligen Plafonds.

Die Partnerorganisationen haben zum Teil noch keine Ablehnungen von Anträgen ausgesprochen, da diese Ablehnungen den Zugang zu einem Beschwerdeverfahren ermöglichen würden. Bei mehreren Partnerorganisationen ist aber die vom Gesetz geforderte Beschwerdestelle noch nicht eingerichtet und die entsprechende Beschwerdeordnung, die die Unabhängigkeit der Beschwerdestelle sichern soll, noch nicht mit der Bundesstiftung abgestimmt. Deswegen ist in dieser ersten Statistik der Bereich Beschwerdeverfahren noch nicht berücksichtigt.

Da die Anträge für Vermögensschäden letztlich bei der IOM (International Organization for Migration) bearbeitet werden, hat diese mit mehreren Partnerorganisationen vereinbart, dass die Anträge direkt bei der IOM eingereicht werden.

Die von den Partnerorganisationen angegebenen Zahlen über vermutete Leistungsberechtigte

umfassen auch die Zahlen im Rahmen der „Öffnungsklausel“ des § 11 Abs. 1 Satz 2 (insbesondere Zwangsarbeiter in der Landwirtschaft).

Die Bundesstiftung hat nach Feststellung der Rechtssicherheit durch den Deutschen Bundestag im Juni 2001 mit den Auszahlungen begonnen, nachdem die Partnerorganisationen jeweils eine erste Liste mit geprüften Leistungsberechtigten an die Bundesstiftung eingereicht haben. Bis zum 30. September 2001 erfolgten aufgrund der eingereichten Listen die unten angegebenen Auszahlungen in den jeweiligen Tranchen.

Damit hat die Bundesstiftung mit Stand vom 30. September 2001 in insgesamt 15 Tranchen für 319 817 Antragsteller 1 287 269 084,49 DM (1,287 Milliarden DM) an die Partnerorganisationen überwiesen.

Entsprechend den Vorschriften von § 3 Abs. 1 Nr. 1 und § 9 Abs. 4 Nr. 3 und Abs. 5 EVZStiftG verhandelt die Stiftung auch die Regelungen mit der International Commission on Holocaust Era Insurance Claims (ICHEIC) bezüglich Versicherungsan-

Auszahlungsdatum	Partnerorganisation	Tranche	Anzahl der Antragsteller	Gesamtbetrag in DM
13. Juni 2001	Tschechien	01	10 000	55 612 425,00
15. Juni 2001	Polen	01	9 816	56 882 250,00
18. Juni 2001	JCC ¹	01	9 994	99 830 000,00
25. Juli 2001	Ukraine	01	9 920	39 157 755,00
26. Juli 2001	IOM ²	01	99	514 150,00
26. Juli 2001	Belarus	01	9 977	39 006 500,00
30. Juli 2001	JCC ¹	02	11 896	118 833 999,99
1. August 2001	Polen	02	98 725	285 880 500,00
3. August 2001	Tschechien	02	23 427	101 821 087,50
16. August 2001	Ukraine	02	30 011	87 506 250,00
24. August 2001	Russland	01	2 291	5 222 510,00
29. August 2001	Polen	03	69 977	151 171 500,00
03. September 2001	Belarus	02	11 033	27 469 338,00
07. September 2001	Belarus (Esten)	02a	1 088	2 730 819,00
24. September 2001	JCC ¹	03	21 563	215 630 000,00

¹ Jewish Claims Conference.

² International Organization for Migration.

sprüchen aus der NS-Zeit gegenüber deutschen Unternehmen. In den komplizierten Verhandlungen sind in der letzten Zeit gewisse Fortschritte erzielt worden.

In den internationalen Verhandlungen, die zum Abschluss des deutsch-amerikanischen Regierungsabkommens und der Gemeinsamen Erklärung vom 17. Juli 2000 führten, sind zwei

Übersicht Monatsstatistik der Partnerorganisationen zu Ende September 2001

	Polen	Weißrussland	IOM ¹	Ukraine	Tschechien	Russland	JCC ²
Anträge wegen Zwangarbeit							
Geschätzte Gesamtzahl der Leistungsberechtigten:	500 000	160 000	68 000	538 000	100 000	500 000	160 000
Anzahl der bisher eingegangenen fristwahrenden Anträge:	550 313	119 500	258 000	482 128	91 000	157 701	200 000
Davon:							
Anzahl der bisher eingegangenen Anträge auf offiziellen Antragsformularen:	491 023	108 900	230 000	472 970	88 000	137 131	182 000
Anzahl der bisher eingegangenen Anträge von Rechtsnachfolgern:	48 054	10 507	30 000	37 039	9 500	20 570	7 128
Anzahl der bearbeiteten Anträge:	287 778	105 681	2 808	39 931	75 000	28 294	60 000
Anzahl der positiv entschiedenen Anträge:	235 432	34 360	2 720	39 931	50 000	19 947	43 423
Anzahl der wegen ungenügenden Nachweisen zurückgestellten Anträge:	24 034	3 117	27	4 038	10 000	9 147	0
Anzahl der abgelehnten Anträge:	28 312	0	1	-	2 300	0	0
Anträge wegen „sonstiger Personenschäden“							
Anzahl der eingegangenen, fristwahrenden Anträge:	3007	36	-	184	1 500	205	4 700
Davon:							
Anzahl der eingegangenen Anträge auf offiziellen Antragsformularen:	447	35	-	120	1 500	205	4 343
Anzahl der bisher eingegangenen Anträge von Rechtsnachfolgern:	-	1	-	4	-	0	189
Anträge wegen Vermögensschäden							
Anzahl der eingegangenen fristwahrenden Anträge:	130	0	17 000	-	-	11	500
Davon:							
Anzahl der eingegangenen Anträge auf offiziellen Antragsformularen:	110	0	6 400	-	-	11	-
Anzahl der bisher eingegangenen Anträge von Rechtsnachfolgern	0	0	3 200	-	-	0	-
Archivrecherche							
Für wie viele Antragsteller müssen in Deutschland Nachweise gesucht werden?*	192 500	19 500	220 000	44 120	25 000	80 000	160 000
Davon:							
beim Internationalen Suchdienst in Arolsen:	72 500	15 000	220 000	32 080	25 000	80 000	-
in anderen deutschen Archiven (das heißt, wenn Rechercheergebnis beim Internationalen Suchdienst negativ):	120 000	4 500	60 000	12 040	25 000	0	35 000

* Die Partnerorganisationen können zurzeit noch nicht beurteilen, in welchen Archiven zu suchen ist; andererseits ist noch nicht klar, welche Institutionen und Unternehmen sich dem Archivverbund anschließen werden, der zurzeit in Deutschland aufgebaut wird. Mehrfachnennungen (Anfragen beim Internationalen Suchdienst und/oder in anderen deutschen Archiven) sind deshalb üblich. Die Zeile 1 stellt darum auch nicht die Summe aus Zeile 2 und 3 dar.

¹ International Organization for Migration.

² Jewish Claims Conference.

amerikanische Schiedspersonen, Mr. Katzenbach und Mr. Feinberg beauftragt worden, Vorschläge für die Erstattung von Aufwendungen der amerikanischen Anwälte auszuarbeiten. Diese Vorschläge wurden der Bundesstiftung am 14. Juni 2001 übermittelt und vom Kuratorium in seiner

Sitzung am 21. Juni 2001 gebilligt. Die Schiedspersonen verteilen daraufhin knapp 125 Millionen DM in unterschiedlich hohen Einzelbeträgen an 51 Anwaltskanzleien in den USA, entsprechend deren Beiträgen zur Entstehung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“.

Neuer Finanzierungsschlüssel bei den Vereinten Nationen

1. Vorgeschichte	55
2. Die Verhandlungen über die Kosten des regulären Haushalts	55
3. Verteilungswirkungen der Neuordnung	58
4. Die Verhandlungen über die Kosten der Friedenssicherung	59
5. Zahlungen der Beitragsrückstände der USA	61

Rechtzeitig vor dem ersten Auftritt von Präsident Bush vor den Vereinten Nationen in New York im November 2001 war von den USA sichergestellt, dass ein gehöriger Teil ihrer Schulden bei den Vereinten Nationen (VN) beglichen wurde. Damit erfüllten sie eine Verpflichtung aus den Verhandlungen über einen neuen Finanzierungsschlüssel bei den VN ab 2001, bei denen ihr Beitragsanteil von 25 auf 22 % für den regulären VN-Haushalt reduziert wurde. Die Einigung erfolgte buchstäblich in letzter Minute. Sie wurde am 23. Dezember 2000 von der Generalversammlung angenommen; am gleichen Tag wurde erstmals seit 1973 eine Neuregelung für die Lastenverteilung der Friedensoperationen mit Wirkung vom 1. Juli 2001 verabschiedet. Die von den Mitgliedern gemäß den beiden Veranlagungsschlüsseln zu leistenden Zahlungen sind Pflichtbeiträge, ebenso die für die bestehenden internationalen Gerichte (für das ehemalige Jugoslawien und Ruanda), die separat erhoben werden. Die deutschsprachigen Mitglieder (Deutschland, Liechtenstein, Österreich) und der Nichtmitgliedstaat Schweiz zahlen zudem Beiträge in einen Treuhandfonds, aus dem der Deutsche Übersetzungsdiensst der Vereinten Nationen finanziert wird.

1. Vorgeschichte

In ihrer Abschlusserklärung zum Millenniumsgipfel vom 8. September 2000 versprachen die in

New York versammelten Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Weltorganisation sich und dem VN-Generalsekretär, „die Organisation rechtzeitig und berechenbar mit den Mitteln“ auszustatten, „die sie benötigt, um die ihr übertragenen Mandate zu erfüllen“. In seinem Bericht an die Millenniums-Versammlung der Vereinten Nationen hatte Generalsekretär Kofi Annan auf die bescheidene Mittelausstattung des VN-Haushalts hingewiesen und dies mit einem immer wieder gern gewählten Vergleich unterlegt: Die Weltorganisation erhalte zur Erfüllung ihrer Kernaufgaben gegenwärtig 1,25 Mrd. US-Dollar im Jahr und damit einen Betrag, der etwa 4 % des Haushalts der Stadt New York entspreche und um fast 1 Mrd. US-Dollar unter dem liege, was die Stadt Tokyo für ihre Feuerwehr ausgebe. Unerwähnt blieb allerdings, dass im Wege der kollektiven finanziellen Verantwortung für die Einrichtungen des gesamten Verbandes der Vereinten Nationen annähernd die gleiche Mitgliedschaft für den gleichen Zeitraum auch zu Pflichtbeiträgen für derzeit 15 Friedenssicherungseinsätze mit einem geschätzten Gesamtvolume von rund 3 Mrd. Dollar, zwei internationale Gerichte (für das ehemalige Jugoslawien und Ruanda) mit Budgets von zusammen 200 Mio. Dollar und die Sonderorganisationen – ohne IMF und Weltbankgruppe, aber unter Einschluss der IAEA – mit Budgets von zusammen etwa 1,8 Mrd. Dollar im Jahr aufkommen muss.

2. Die Verhandlungen über die Kosten des regulären Haushalts

Grundlage oder Ausgangspunkt für die Berechnung der Beitragsanteile zu diesen Haushalten ist die *Beitragstabelle für die Aufteilung der Ausgabenlast der Vereinten Nationen*. Der Schlüssel für das reguläre Budget der Hauptorganisation wird jeweils von der Generalversammlung für drei Jahre festgelegt; ein neuer Schlüssel musste zum 1. Januar 2001 beschlossen sein. Dies geschah unter durchaus dramatischen Umständen am 23. Dezember 2000 durch die Generalversammlung.

Im vergangenen Herbst war zunächst noch nicht abzusehen gewesen, wie eine Einigung in der Beitragsfrage aussehen könnte. Denn einerseits wollten die USA ihren Beitrag vermindern, andererseits wollte kein anderes Land höhere Beiträge entrichten. Es ist daher nicht verwunderlich, dass bereits kurz nachdem die Mittelzusage den Staats- und Regierungschefs so leicht über die Lippen gekommen war, in dem für die Themen Verwaltung und Haushalt zuständigen 5. Hauptausschuss der Generalversammlung jahrzehntealte Auseinandersetzungen darüber fortgesetzt wurden, welche Anteile das einzelne Mitglied zu übernehmen hat. Bei der Beurteilung der Interessenlagen wird häufig verkannt, dass die Belastungen im Prinzip für alle vergleichbar sind. Solange sich der Grundsatz von der Veranlagung nach der Leistungsfähigkeit („capacity to pay“) im Beitragssystem einigermaßen widerspiegelt, ist die Floskel „Die Reichen zahlen mehr, die Armen weniger“ so nicht richtig. Im Extrem zeigen nämlich die – politisch motivierten – Untergrenzen in den Beitragssystemen der VN-Organisationen gerade das Gegenteil: Durch die Höchstgrenze für den einzelnen Beitragspflichtigen von 22 % zahlen die Vereinigten Staaten ab 2001 etwa 8 % weniger, als sie bei strikter Anwendung der Kriterien zu zahlen hätten, was zugleich heißt, dass von den übrigen Mitgliedstaaten ein Betrag zu übernehmen ist, der 8 000mal dem Mindestbeitrag zum Haushalt der Organisation (0,001 %) entspricht. Gleichzeitig stellte der Beitragsausschuss – ein Nebenorgan der Generalversammlung – fest, dass infolge der Anwendung dieses politisch motivierten Mindestsatzes 37 UN-Mitglieder immer noch zu hoch veranlagt werden, also oberhalb ihrer Leistungsfähigkeit.

Die finanzielle Hauptlast für den Haushalt der VN liegt bei 50 Mitgliedstaaten, die für 99 % der Beiträge haften, während 140 Mitgliedstaaten den restlichen Prozentpunkt aufbringen. Gleichwohl war das Unverständnis auch der – zum überwiegenden Teil in der Sache gar nicht betroffenen – Mitglieder gegenüber dem mit finanziellen

oder ökonomischen Argumenten begründeten US-Anliegen nach weiterer Absenkung des Höchstsatzes von 25 % auf 22 % nachvollziehbar, da die USA schon jetzt von der eingeführten Höchstgrenze profitieren. Ebenso wenig überzeugte das US-Argument, eine erneute Absenkung des Höchstsatzes sei gerechtfertigt, weil seit der letzten Absenkung 1972 56 neue Mitglieder beigetreten seien. Denn entscheidend ist nicht die Zahl der neuen Mitglieder, sondern die Verteilungsmasse, die sie einbringen. Und die Neuzugänge waren entweder Klein- oder Kleinststaaten mit den niedrigsten Beitragssätzen oder ihr Bruttosozialprodukt (BSP) war bereits – wie bei den Nachfolgestaaten der Sowjetunion – Bestandteil des Ganzen, das verteilt wurde. Sie brachten zwar neue Namen, aber keine zusätzliche Verteilungsmasse.

Insgesamt aber ist die Interessenslage der großen Mehrheit der Mitgliedstaaten durch das allgemeine politische Ziel gekennzeichnet, die für sie wichtige Organisation arbeitsfähig zu halten und sie nicht durch einen übermächtigen säumigen Zahler in ihrem Bestand gefährdet zu sehen. Dazu gehörte allerdings auch, dass sie nicht zum Nachteil der anderen großen Beitragszahler handeln durften, von denen allein die EU-Mitgliedstaaten und Japan nicht nur zu über 55 % veranlagt werden, sondern ihre Beiträge auch pünktlich zahlen. Dagegen musste eine Minderheit der Schwellenländer aus der „Gruppe der 77“ (G-77) und aus Osteuropa darauf achten, dass die Kriterien nicht in einer Weise verändert wurden, die ihnen beträchtliche Mehrleistungen abverlangten.

Die EU hatte zu Beginn der Verhandlungen im 5. Hauptausschuss nochmals deutlich gemacht, dass sie zu Zugeständnissen zugunsten der USA nicht bereit sei. Sie leiste mit 36 % Beitragsanteil bereits ein Fünftel mehr, als ihr Anteil von rund 30 % am Welt-BSP ausmache, während die USA bei etwa gleichem BSP-Anteil jetzt auf 22 % abgesenkt werden wollten. Die einfache Lösung über die Einrichtung von Mindestanteilen für die Stän-

digen Mitglieder des Sicherheitsrats in Höhe von 2,5 oder 3 %, die dazu geführt hätte, dass Russland und China die Senkung des US-Beitrags bezahlt hätten, scheiterte am entschiedenen Widerstand Chinas.

Um die amerikanischen Ziele durchzusetzen, musste dem Ständigen Vertreter der USA und Verhandlungsführer Richard Holbrooke nunmehr der Spagat gelingen, eine konsensfähige Änderung der Veranlagungsmethode zu erreichen, mit der einerseits die durch die Absenkung des Höchstsatzes entstehende Lücke gefüllt und andererseits der Konsens in Budgetfragen erhalten bleiben würde. Diesen seit Jahren etablierten, die US-Interessen im gesamten Haushaltbereich absichernden Abstimmungsmodus wollte er nicht aufs Spiel setzen. Deswegen verschwand auch die zeitweilig erwogene Unterstützung eines Vorschlags, den Uganda als eine von 12 Modellrechnungen in die Diskussion gebracht hatte und der eine Absenkung des US-Beitrages bei Übernahme des Absenkungsvolumens durch die Mitgliedstaaten vorsah, die nicht zum Kreise der „G-77“ (plus China) gehören, endgültig aus seinem Drophpotenzial.

Mangels schlüssiger und allgemein akzeptabler Reformideen blieb nur noch die Lösung über eine Variation von Elementen und Kriterien der bisherigen Beitragsbemessung. Von ihnen kamen nur die Veränderung des Veranlagungszeitraums bei der Berücksichtigung des BSP und/oder die Reduzierung des Kreises der Begünstigten oder der Margen bei den Abschlägen wegen eines niedrigen BSP pro Kopf in Frage. Letztere verschiebt die Belastung zwischen Nehmern und Gebern um annähernd 10 %. Sie ist auf Entwicklungsländer zugeschnitten, schlägt sich im Wesentlichen aber nur zugunsten der Schwellenländer nieder. Ihr Abbau war gegen den Willen der großen Gruppe der Nutznießer aus dieser Ländergruppe nicht durchsetzbar. Als konsensfähig erwies sich am Ende des Verhandlungsmarathons nur die weitere Verminderung des Veranlagungszeitraums für die Ermittlung des BSP – ein Korrek-

turfaktor, dessen Veränderung sich im Prinzip auf alle Mitglieder auswirkt.

In Tag- und Nachsitzungen wurde im Dezember 2000 auf dieser Basis der Rahmen für eine Einigung abgesteckt, der als einzige Veränderung gegenüber der bisherigen Beitragsbemessung eine Absenkung des Höchstsatzes von 25 auf 22 % und eine Verkürzung der Referenzperiode auf viereinhalb Jahre vorsah. Proberechnungen ergaben, dass es bei einigen Schwellenländern und bei den Übergangsvolkswirtschaften zu drastischen Erhöhungen der Beitragssätze kommen würde. Außerdem stellte sich heraus, dass in vielen Fällen die Beiträge der großen Geber aus den Industrieländern tendenziell sanken. Daher konzentrierten sich die Bemühungen der USA erneut darauf, die EU zu Zusatzleistungen zu drängen. Ihre Versuche scheiterten bis in die Schlussphase der Beratungen an der Standhaftigkeit der französischen EU-Präsidentschaft, eine einheitliche Abwehrfront trotz durchaus unterschiedlicher sachlicher Einzelinteressen und politischer Überzeugungen innerhalb der EU aufrechtzuerhalten.

3. Verteilungswirkungen der Neuordnung

Um die von exzessiven Beitragserhöhungen betroffenen Mitgliedstaaten in einen Konsens einzubinden, boten die Vereinigten Staaten an, den Vereinten Nationen einen Betrag in Höhe ihrer Einsparung von 3 Prozentpunkten, also von rund 34 Mio. Dollar, zur Glättung extremer Beitragszuwächse im Jahre 2001 zur Verfügung zu stellen. Diese einmalige Sonderleistung wird aber nicht etwa aus dem US-Budget und damit durch den amerikanischen Steuerzahler aufgebracht; sie wird vielmehr als Schenkung von dem Mediennogul und CNN-Gründer Ted Turner bereitgestellt. Später behaupten, die USA wollten damit eine Zusage der Staats- und Regierungschefs vom Millenniums-Gipfel umsetzen, dem Privatsektor mehr Gelegenheit zu geben, einen Beitrag zur Verwirklichung der Ziele und Programme der Vereinten Nationen zu leisten.

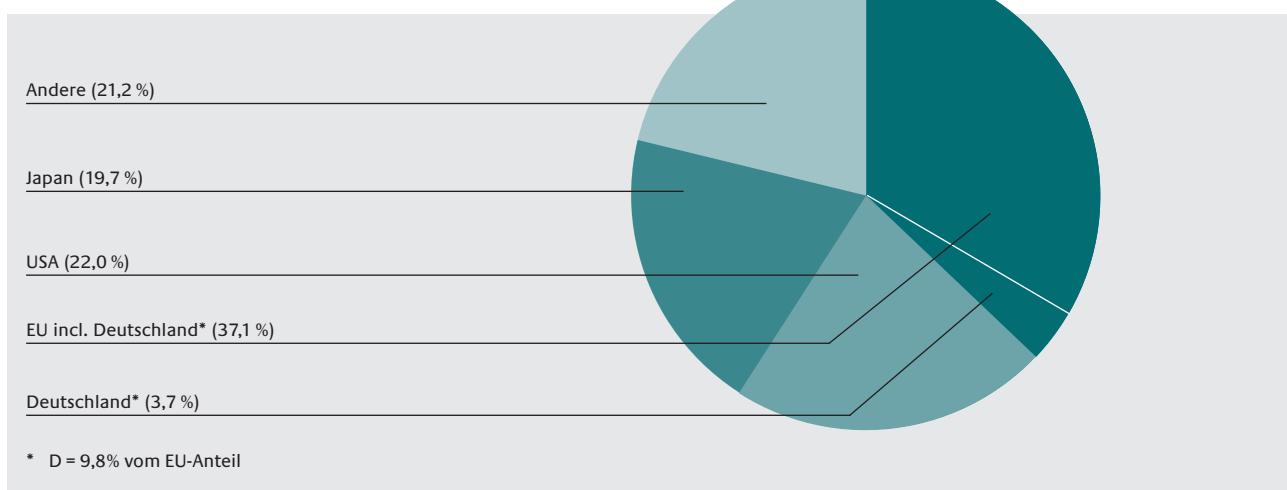
Den Verwendungszweck beschrieb die Generalversammlung in ihrer Resolution 55/5B, die am 23. Dezember ohne formliche Abstimmung angenommen wurde: Die Veränderung einiger Elemente der Beitragsfestsetzung führe zu beträchtlichen Mehrbelastungen einzelner Mitgliedstaaten; daher würden übergangsweise Erleichterungen gewährt, für die im Jahre 2001 der Sonderbeitrag des (entlasteten) größten Beitragszahlers verwendet würde. Das Kriterium war also die „Beträchtlichkeit“ von Mehrbelastungen.

Bereits bei den ersten Beitragsfestsetzungen in der Geschichte der VN wurde für einzelne Länder ein sprunghaftes Ansteigen oder Absinken von Beitragssätzen registriert. Der Beitragsausschuss hatte seinerzeit Schwankungen von bis zu 10 % für vertretbar gehalten. Als sich die Fälle häuften, wurde 1986 ein Begrenzungskorridor eingeführt, der Anstieg und Absinken von Beitragsraten nur in festgelegten Grenzen erlaubte. Diese Regelung wurde mit den Skalen 1995 bis 1997 und 1998 bis 2000 abgeschafft, sodass die Beitragsberechnungen auch für 2001 bis 2003 nicht mehr gebremst werden.

Von dem neuen Berechnungsschlüssel profitieren vor allem die Industrienationen. So hätte sich für Russland durch die Neuberechnung der Belas-

tungsschlüssel der Beitrag ermäßigt, er wäre von 1,08 % im Jahre 2000 auf 0,75 % im Jahre 2001 abgesunken. Russland war aber sogar bereit, seinen Beitrag durch freiwillige Leistungen für die Jahre 2001 bis 2003 auf 1,2 % aufzustocken und stellte die Differenz als Ausgleichsmasse für die besonders belasteten Länder zur Verfügung. Für dieses Entgegenkommen spielte sicher eine Rolle, dass Chinas Beitrag – bis 2000 mit 0,99 % der kleinste Zahler unter den Ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats – auf 1,54 % im Jahre 2001 anstieg und dass für die Zugehörigkeit zur so genannten Genfer Gruppe, in der die großen Beitragszahler ihre Zusammenarbeit im UN-Bereich abstimmen, ein Mindestbeitragsanteil von 1 % vorgesehen ist. Japan verzichtete auf eine finanzielle Kompensation durch die USA. Sein Beitragssatz sank ohnehin von 20,75 % (2000) auf 19,52 % (2001). Und es wäre sicherlich bei seinen asiatischen Nachbarn nicht gut angekommen, wenn Japan Ansprüche erhoben hätte, während einige politisch wichtige Schwellenländer in geographischer Nähe „exzessive“ Steigerungsraten akzeptieren sollten. Kanada, das seit Jahren sinkende Beitragsraten aufweist, verzichtete ebenfalls auf einen Ausgleich. Am kräftigsten profitiert hat die EU, obwohl ihr Beitrag als Gruppe nur von 36,59 % (2000) auf 37,05 % (2001) steigt. Von einem beträchtlichen Anstieg, der Anspruchsvorausset-

Reguläres Budget der Vereinten Nationen 2001 – Finanzierungsanteile –



zung für Ausgleichsmaßnahmen sein sollte, kann jedoch keine Rede sein. Lediglich einzelne EU-Mitglieder könnten sich dieser Kategorie zurechnen wie etwa Griechenland mit einer Beitragserhöhung von 0,35 % (2000) auf 0,54 % (2001) oder Irland mit einem Anstieg von 0,22 auf 0,29 % im gleichen Zeitraum.

Auch Großbritannien mit einem Beitragsanstieg von 5,092 auf 5,568 % in 2001 zählt sich zu den Belasteten. Dagegen sinken die Beitragssätze der anderen großen Zahler in der EU von 2000 auf 2001 ab: Deutschland von 9,857 auf 9,825 %, Frankreich von 6,545 auf 6,503 % und Italien von 5,437 auf 5,094 %. Dennoch bekommen alle EU-Mitglieder Zuschüsse aus dem Turner-Topf. Insgesamt erhält die EU bei einem Beitragsanteil von rund 37 % fast 42 % der Turner-Spende.

Beachtliche Belastungssteigerungen entstehen durch die Änderung der Methodik im Zusammentreffen mit der völligen Abschaffung des Begrenzungsschemas bei einigen Schwellenländern Lateinamerikas und Asiens sowie bei Übergangsvolkswirtschaften in Osteuropa, soweit sie in jüngster Zeit Prozesse wirtschaftlicher Erholung durchgemacht haben, da bei ihnen jetzt durch die Verkürzung des Veranlagungszeitraums arme Jahre aus der Berechnung ausscheiden. So steigen in Lateinamerika von 2000 auf 2001 die Beitragssätze für Brasilien um 52 %, für Chile um 46 %, für Kolumbien um 71 % und für Uruguay um 56 %. In Asien sind es bei der Republik Korea 72 %, bei Singapur 120 % und bei Thailand 62 %, während sich in Afrika lediglich die Zahllast von Nigeria fast verdoppelt. In Osteuropa beträgt die Mehrbelastung Tschechiens 77 % und die Polens 80 %.

Beim Ausgleich besonders krasser Fälle wird die Ausgleichsmasse aus der freiwilligen Beitragsaufstockung Russlands von etwa 0,5 % mit herangezogen, die für alle drei Jahre der jetzt gültigen Skala zur Verfügung steht.

Mit der Schenkung Turners konnten die USA den Konsens über die Absenkung ihres Beitrags

sichern. Parallel dazu hatte Botschafter Holbrooke die Bemühungen intensiviert, die Absenkung des US-Beitragssatzes bei den friedenssichernden Maßnahmen von etwa 31 auf 25 % sicherzustellen.

4. Die Verhandlungen über die Kosten der Friedenssicherung

Für die Aufteilung der mit hohen und wenig planbaren Kosten verbundenen Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen, die bis Mitte 2002 bis zu 3,5 Mrd. Dollar hochgerechnet wurden, war bereits 1973 ein vorläufiger Rahmen gefunden worden. Danach wurden die Kosten auf der Basis des Beitragsschlüssels für den regulären Haushalt, jedoch unter noch stärkerer Berücksichtigung der unterschiedlichen Leistungsfähigkeit innerhalb der Mitgliedschaft, aufgeschlüsselt. Diese wurde zu diesem Zweck in vier Gruppen eingeteilt: Die niedrigsten Beiträge zahlten die am wenigsten entwickelten Länder (LDC), denen ein Abschlag von 90 % auf ihren Beitragssatz zum regulären Budget gewährt wurde. Die übrigen Entwicklungsländer, Schwellenländer und Übergangsvolkswirtschaften zahlten 20 % des Regelbeitrags. Zum vollen Beitragssatz wurden die entwickelten Länder – weitgehend die in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) vereinten Industrieländer – veranlagt, während die Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats wegen ihrer besonderen Verantwortung für Frieden und Sicherheit neben ihrem Anteil zum regulären Haushalt anteilmäßig auch noch die Beitragsausfälle übernahmen, die durch die Absenkungen bei den Entwicklungsländern auf 10 bzw. 20 % des regulären Beitragssatzes entstanden.

Dieses grobe Raster wurde schon seit Jahren als zu starres Korsett für eine angemessene Beitragsberechnung empfunden. Für eine Lösung, die eine wirtschaftlich eher vertretbare Aufteilung der Kosten der Friedenssicherungseinsätze und die politische Forderung des größten Beitragszahlers auf Minderung seiner Beitragslast auf 25 % ermöglichen würde, gab es mehrere

Denkansätze. In Zahlen müsste die Belastung der übrigen Mitgliedstaaten – soweit wie möglich nach ökonomischen Kriterien – so gestaltet werden, dass für die USA eine Mehrbelastung gegenüber dem neuen Höchstsatz beim regulären Haushalt von allenfalls 3 Prozentpunkten verbliebe. Auch hier bot sich die Einführung von Mindestbeiträgen für die Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats an. Gedacht wurde auch an Aufschläge für die nichtständigen Mitglieder des Rates, eine Höherveranlagung der beitragsstärksten Gruppe der Industrieländer und eine stärkere Abstufung bei den Entwicklungsländern durch Festlegung von Leistungskriterien.

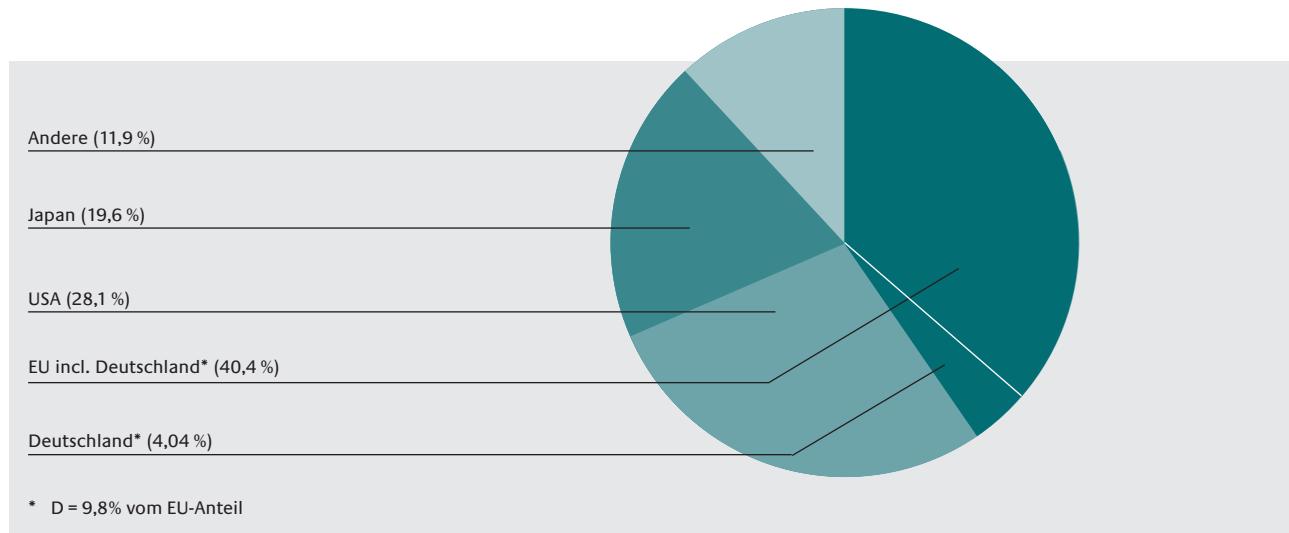
Die drei ersten Optionen scheiterten am entschiedenen Widerstand der Betroffenen, während der schon seit längerer Zeit diskutierte Vorschlag zur Auffächerung innerhalb der Gruppe der Schwellenländer auf der Basis des Pro-Kopf-BSP durchsetzbar erschien. So hat die Generalversammlung am 23. Dezember 2000 im allgemeinen Einvernehmen festgelegt, dass ab dem 1. Juli 2001 für die Beitragsermittlung zu den Friedensoperationen zwar weiterhin von der Beitragsskala zum regulären Budget ausgegangen wird; gleichzeitig soll das Verfahren jedoch durch ein System von Anpassungen in zehn Stufen transparenter und für die Mitgliedstaaten besser berechenbar gemacht

werden. Unverändert bleiben die Veranlagungskriterien für die fünf Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats, für die Industrieländer (100 %) und für die Gruppe der 48 LDC, die jetzt in einer Gruppe zusammengefasst werden und 90 % Rabatt erhalten. Die übrigen Entwicklungsländer werden in sieben Stufen eingeteilt, denen Abschläge vom Regelbeitrag gewährt werden, die durch das Verhältnis ihres Pro-Kopf-BSP zum Durchschnitts-BSP aller Mitgliedstaaten zu ermitteln sind.

Bald wurde deutlich, dass die Vereinigten Staaten mit dieser Anpassung, die über einen langen Zeitraum mehr Gerechtigkeit in die Beitragsbemessung bringen kann, nicht an ihr Ziel einer Beitragsabsenkung von über 6 Prozentpunkten kommen konnten. Hier wird auch die von der Generalversammlung eingeräumte Möglichkeit, freiwillig in höhere Kategorien aufzusteigen, keine kurzfristige Entlastung bringen. Trotzdem haben die USA das Ergebnis mitgetragen – auch den Teil, der festlegt, dass die Struktur der Entlastungskategorien erstmals nach neun Jahren überprüft werden kann. Bei der Skala zum regulären Budget sind die Elemente und Kriterien allerdings für sechs Jahre festgeschrieben.

Bei den Sonderorganisationen müssen die im Dezember 2000 getroffenen, zunächst nur für die

Aufteilung der Kosten der Friedenssicherung 2001



Hauptorganisation geltenden Neuregelungen einzeln umgesetzt werden. Dabei hat sich gezeigt, dass die „Verlierer“ von New York sich bemühen, bei den Sonderorganisationen das New Yorker Verhandlungsergebnis zu ihren Gunsten zu korrigieren. Darüber hinaus setzt sich insbesondere Frankreich grundsätzlich dafür ein, den Höchstbeitrag in Sonderorganisationen bei 25 % zu belassen.

5. Zahlungen der Beitragsrückstände der USA

Obwohl es den USA nicht gelungen ist, alle angestrebten Ziele vollständig zu erreichen, hat der entschiedenste Gegner der Vereinten Nationen im US-Kongress, Senator Jesse Helms, der 1999 mit der Helms-Biden-Gesetzgebung weitere Zahlungen vor allem vom Erreichen der 25 %-Marke bei der Friedenssicherung abhängig gemacht hatte, mit dem Ergebnis der Beitragsdebatte offensichtlich seinen Frieden gemacht. Er baute bei der Begründung seines Antrags im US-Senat, 582 Mio. Dollar rückständiger Beträge freizugeben, dem Senat und sich selbst goldene Brücken. Das Wunschziel habe zwar nicht erreicht werden können, weil die neureichen Staaten des Mittleren Ostens sich ebenso geweigert hätten, zur Entlastung der USA beizutragen wie die reichen NATO-Verbündeten. Dennoch sei aber ein deutlicher Trend in Richtung auf die anvisierte Absenkung von 25 % auszumachen.

Holbrooke kommentierte sein Verhandlungsergebnis so: „Wir hatten einen fast unerfüllbaren Auftrag des Gesetzgebers, und wir haben ihn fast

erfüllt.“ Dabei hatte er in einer besonders von ihm mit undiplomatischer Schärfe geführten Auseinandersetzung in dem für ihn ungewohnten multilateralen Umfeld lernen müssen, wie schwer es ist, einen Konsens zu „kaufen“. Sein machtpolitischer Kraftakt hatte seinen Preis. Schließlich durften sich aus der notwendig werdenden US-Sonderleistung die beim Ringen um die Beitragsabsenkung entschiedensten Kontrahenten, die EU-Mitgliedstaaten, reichlich bedienen. Der gesamten Mitgliedschaft haben allerdings die Verhandlungen vom Dezember 2000 erneut vor Augen geführt, dass es eine Reform des Beitragsystems, die diesen Namen verdient, so schnell nicht geben wird.

Optimisten im UN-Sekretariat überlegten schon, wie die US-Zahlung, außer zu der längst fälligen Begleichung der Außenstände bei den truppenstellenden Staaten der Friedenssicherungseinsätze, verwendet werden sollte. Pessimisten, und sie sollten – jedenfalls teilweise – Recht behalten, warnten: Von den insgesamt 582 Mio. Dollar rückständiger Beträge wurden von den USA nur 475 Mio. Dollar überwiesen. 107 Mio. Dollar haben die USA sich aber „gutgeschrieben“ und damit vorab mit fälligen Erstattungsansprüchen verrechnet. Für die Erstattung an die übrigen truppenstellenden Staaten bleiben damit statt der erhofften 582 nur 475 Mio. Dollar. Die USA haben ihre Gesamtansprüche damit fast zu 100 % realisiert.

Für die Finanzierung zusätzlicher Aktivitäten bleibt somit kein Raum.

Entwurf für ein Viertes Finanzmarktförderungsgesetz

Ein Gesetz zur weiteren Fortentwicklung des Finanzplatzes Deutschland

Mit dem vorgelegten Entwurf zum Vierten Finanzmarktförderungsgesetz verfolgt die Bundesregierung drei Hauptziele. Beabsichtigt ist,

- den Anlegerschutz durch die Erhöhung der Marktintegrität und der Markttransparenz zu verbessern,
- die Handlungsmöglichkeiten der Marktteilnehmer zu erweitern und zu flexibilisieren sowie
- Lücken im Abwehrsystem gegen die Geldwäsche zu schließen und das Aufspüren von Geldern zu erleichtern, die der Finanzierung terroristischer Vereinigungen dienen.

Auf diese Weise wird die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes Deutschland gestärkt und die Funktion des Kapitalmarkts als Motor für Wachstum und Beschäftigung fortentwickelt.

Die Schwerpunkte der geplanten Maßnahmen liegen dabei im

I. Börsenrecht	63
II. Wertpapierhandelsrecht	64
III. Investmentrecht	65
IV. Kreditwesen	66
V. Versicherungswesen	67
VI. Hypothekenbankgesetz	67

I. Börsenrecht

Ziel der geplanten Änderungen im Börsengesetz ist es, den Börsen mehr Flexibilität bei der Gestaltung des Börsenhandels zu geben und die

Möglichkeit zu eröffnen, auf Veränderungen des Marktes angemessen reagieren zu können. Dies bedeutet im Einzelnen:

Entkoppelung von Wertpapierzulassung und Preisfeststellung. Die bisherige Koppelung der Zulassung von Wertpapieren in einem Marktsegment mit einer einzigen Form der Preisfeststellung (amtlicher Handel und geregelter Markt ausschließlich durch Kursmakler beziehungsweise Börsenmakler) wird aufgegeben.

Flexibilisierung der Anforderungen für den börslichen Handel. Das erste Segment (amtlicher Markt) tritt an die Stelle des bisherigen amtlichen Handels. Im zweiten Segment (geregelter Markt) gelten weiterhin die für den geregelten Markt vorgesehenen Mindeststandards. Darüber hinaus besteht für die Börsen die Möglichkeit, in Abstimmung mit der Aufsicht für bestimmte Teilbereiche der Marktsegmente zusätzliche Anforderungen einzuführen. Im geregelten Markt sollen künftig auch Wertpapiere unter erleichterten Bedingungen in den Handel einzbezogen und gehandelt werden können, die bisher nur im Freiverkehr gehandelt wurden. Amtlicher Markt und geregelter Markt erfüllen die Voraussetzungen eines geregelten Marktes im Sinne der europäischen Wertpapierdienstleistungsrichtlinie. Wertpapiere, die diese Anforderungen nicht erfüllen, können weiterhin im Freiverkehr gehandelt werden.

Neuordnung des Maklerrechts. Die amtliche Kursfeststellung durch Kursmakler entfällt. Es bleibt den Börsen überlassen, wie sie die von ihnen eingesetzten Handelssysteme (Parketthandel, elektronisch gestützter Handel oder vollelektronischer Handel) ausgestalten. Die Festlegungen sollen in der Börsenordnung erfolgen.

Veröffentlichung von Verkaufsbeschränkungen (Lock-up-Fristen). Lock-up-Fristen sind künftig im Börsenprospekt zu veröffentlichen. Die Regelung soll privatrechtliche Verkaufsbeschränkungen etwa im Hinblick auf den Verkauf

großer Aktienpakete oder den Bestand von Altaktionären, für den Anleger transparent machen. Die Börsen können Maßnahmen anordnen, die die Einhaltung der Vereinbarungen sicherstellen.

II. Wertpapierhandelsrecht

Die Änderungen im Wertpapierhandelsgesetz stärken den Anlegerschutz durch die Verbesserung der Marktintegrität und höhere Transparenzanforderungen.

Neuregelung der Kurs- und Marktmanipulation. Die Präzisierung der Tatbestandsmerkmale, die Schärfung der Eingriffsrechte und eine zentrale Verfolgungszuständigkeit des Bundes bei der künftigen Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht ermöglichen es, Kurs- und Marktpreismanipulationen künftig wirksam zu ahnden. Bei weniger gravierenden Verstößen, die bisher nicht verfolgt wurden, kann die Bundesanstalt Bußgelder verhängen. Die Zuständigkeit für die Verfolgung der Kurs- und Marktpreismanipulation wird auf die Bundesanstalt übertragen, da das Bundesaufsichtsamt für den Wertpapierhandel als Teil der künftigen Anstalt bereits über die notwendigen Erfahrungen und Informationen aus der Insiderverfolgung verfügt. Damit wird auch der Entwicklung auf europäischer Ebene Rechnung getragen. Der von der Europäischen Kommission vorgelegte Entwurf für eine Marktmissbrauchs-Richtlinie sieht vor, dass in jedem Mitgliedstaat nur eine einzige Behörde für die Überwachung und Verfolgung von Marktmanipulationen und Insidervergehen zuständig ist.

Konkretisierung der Vorschriften zur Ad-hoc-Publizität. Damit die Ad-hoc-Publizität ihr Ziel – die Herstellung von Transparenz an den Kapitalmärkten – besser erreichen kann, werden die zugrunde liegenden Vorschriften konkretisiert. Bei der Benutzung von Unternehmenskennzahlen soll die Vergleichbarkeit durch die Verwendung üblicher Parameter erhöht werden. Falsche Angaben sind umgehend zu berichtigen.

Veröffentlichung der Geschäfte von Unternehmensinsidern (Directors' Dealings). Der Gesetzentwurf sieht vor, dass Geschäfte von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern börsennotierter Gesellschaften und ihren Verwandten ersten Grades in Wertpapieren der eigenen Gesellschaft unverzüglich zu veröffentlichen sind. Die Kenntnis über solche Transaktionen ist für den Markt häufig von großer Bedeutung, da diese Anhaltspunkte über die Einschätzung der weiteren Geschäftsaussichten durch die Unternehmensleitung geben. Die Veröffentlichung dieser Geschäfte ist ein wichtiger Beitrag zur Prävention von Insidergeschäften.

Schaffung einer Anspruchsgrundlage für Schadensersatzansprüche von Anlegern bei der verspäteten, unterlassenen oder unrichtigen Veröffentlichung kursbeeinflussender Tatsachen. Die neuen §§ 37b und 37c WpHG schaffen eine eigenständige Anspruchsgrundlage für Anleger, die durch die unterlassene oder verspätete Veröffentlichung oder die unrichtige Behauptung potenziell kurserheblicher Tatsachen durch den Emittenten bei ihren Wertpapiergeschäften einen Schaden erlitten haben. Die neuen Vorschriften sind erforderlich, da einerseits Anleger bei der unterlassenen oder verspäteten Veröffentlichung oder der unrichtigen Behauptung solcher Tatsachen bislang nur unzureichend geschützt sind und andererseits das Publizitätsverhalten einiger börsennotierter Unternehmen insoweit starke Mängel aufweist.

Neufassung des Rechts der Termingeschäfte. Die gegenwärtig im Börsengesetz und im BGB enthaltenen Regelungen zu den Termingeschäften werden im Wertpapierhandelsgesetz neu geregelt. Dabei werden die Defizite der gegenwärtigen Regelung – nämlich Rechtsunsicherheit, was überhaupt ein Termingeschäft ist, und das unklare Verhältnis zwischen den börsenrechtlichen Vorschriften und der Regelung des § 764 BGB zu so genannten Differenzgeschäften – beseitigt.

Neuregelung zu organisierten Märkten mit Sitz im Ausland. Nach der bisherigen Rechtslage

können ausländische Börsen ihre Handelsbildschirme in der Bundesrepublik Deutschland aufstellen, ohne ein Genehmigungs- oder Anzeigeverfahren zu durchlaufen. Im Ausland ist das Aufstellen von Handelsbildschirmen dagegen in der Regel genehmigungspflichtig. Zur Sicherstellung des Anlegerschutzes und im Interesse der Marktintegrität sowie zur Anpassung an die internationale Praxis ist deshalb eine gesetzliche Regelung des Aufstellens von Handelsbildschirmen durch ausländische Börsen erforderlich.

Ermächtigung zur Untersagung von Leerverkäufen. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht wird ermächtigt, bei drohenden erheblichen Marktstörungen Leerverkäufe zu untersagen. Dies dient der Stabilität der Finanzmärkte und des internationalen Finanzsystems.

Ausdehnung der Wohlverhaltensregeln auf Finanzanalysten. Finanzanalysten werden durch Ergänzung der Wohlverhaltensvorschriften des Wertpapierhandelsgesetzes verpflichtet, bestimmte Grundregeln der Analyse (z. B. Verständlichkeit, Sorgfalt usw.) einzuhalten sowie ihre wirtschaftlichen Interessen in dem analysierten Wertpapier offen zu legen. Die gesetzliche Regelung für Finanzanalysten im WpHG ist auf Wertpapierdienstleistungsunternehmen und ihre Mitarbeiter beschränkt.

III. Investmentrecht

Der dritte Schwerpunkt des Gesetzes betrifft den Bereich des Investmentrechts. Hier wird das Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften (KAGG) neueren Entwicklungen angepasst. Die Änderungen dienen der Beseitigung nicht mehr erforderlicher Anlagebeschränkungen und damit der Stärkung des Investmentstandorts Deutschland sowie der Verbesserung des Anlegerschutzes und der Verbraucherfreundlichkeit.

Erweiterung der zulässigen Nebentätigkeiten von Kapitalanlagegesellschaften. Die Kapitalanlagegesellschaften sollen künftig auch

konzernfremde Fondsanteile vertreiben und Anlageberatung leisten dürfen. Der Vertrieb konzernfremder Anteile ermöglicht dem Anleger den Erwerb von Anteilen verschiedener Anbieter aus einer Hand und ist daher verbraucherfreundlich. Durch die vorgesehene Erweiterung der Geschäftstätigkeit wird zugleich die Wettbewerbsgleichheit kleinerer und mittlerer Gesellschaften mit großen Kapitalanlagegesellschaften verbessert, weil die von den kleineren und mittleren Gesellschaften angebotene Angebotspalette abgerundet werden kann. Die Zulassung der Beratung eröffnet den Kapitalanlagegesellschaften die Möglichkeit, Dritte zu beraten, die damit das Spezialwissen dieser Gesellschaften nutzen können.

Einführung von Anteilen mit unterschiedlichen Rechten. Bisher konnten die mit den Anteilscheinen verbundenen Rechte nicht unterschiedlich ausgestaltet werden. Dies hatte zur Folge, dass z. B. thesaurierende und ausschüttende Sondervermögen getrennt aufgelegt werden mussten. Die Einführung verschiedener Anteilklassen ermöglicht es den Kapitalanlagegesellschaften nunmehr, unterschiedliche Anteilklassen innerhalb eines Sondervermögens zu begründen.

Erweiterung der Anlagemöglichkeiten für Wertpapier- und Grundstücks-Sondervermögen. Die Möglichkeit für Wertpapier-Sondervermögen, Wertpapierindices nachzubilden und zu diesem Zweck die Anlagegrenzen zu überschreiten, wird über die bisher zulässigen Aktienindices hinaus auf alle Wertpapierindices erweitert, die allgemein und von der Bankenaufsichtsbehörde anerkannt sind.

Offene Immobilienfonds. Bisher darf das von den Anlegern zur Verfügung gestellte Vermögen dieser Fonds nur zu einem geringen Teil in Immobilien außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums investiert werden. Diese Beschränkung soll, bei Beachtung einer Währungsrisiko-Obergrenze von 30 Prozent des Fondsvermögens, weitgehend aufgehoben werden. Der Erwerb von Erbbaurechten an Grundstücken soll dem Erwerb

von Volleigentum gleichgestellt werden. Der Erwerb von Wohnungseigentum und Teileigentum sowie von Wohnungs- und Teilerbbaurechten wird innerhalb des EWR in größerem Umfang und in diesem Rahmen zukünftig auch außerhalb des EWR zugelassen. Bei den Immobilienfonds sollen aber nicht nur die Ertragschancen verbessert werden, sondern auch der Schutz der Anleger. Dem soll die tägliche Ermittlung des Anteilspreises und die zeitliche Begrenzung der Tätigkeit im Sachverständigenausschuss dienen.

IV. Kreditwesen

Im Kreditwesengesetz wird der Fortentwicklung der internationalen Standards im Bereich der Bankenaufsicht Rechnung getragen. Darüber hinaus erfolgen Anpassungen des gesetzlichen Rahmens an die technologischen Entwicklungen, die gerade bei den Bank- und Finanzdienstleistungen zu tief greifenden Veränderungen geführt haben. Mit dem Gesetz werden die E-Geld-Richtlinie der Europäischen Union umgesetzt sowie bestehende Lücken im Abwehrsystem gegen die Geldwäsche geschlossen.

Baseler Aufsichtsgrundsätze. Anpassungsbedarf besteht bei der Umsetzung der unter Teilnahme Deutschlands geschaffenen Grundsätze für eine wirksame Bankenaufsicht (Aufsichtsgrundsätze) des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht vom September 1997. Die Festlegung dieses internationalen Aufsichtsstandards im KWG verlangt die Präzisierung und Erweiterung einzelner Ermächtigungsgrundlagen des Gesetzes. Die nationalrechtliche Umsetzung schafft die notwendige Verbindlichkeit und dürfte in Bezug auf den Finanzplatz Deutschland und des dortigen Aufsichtsregimes auf internationaler Ebene eine nicht unbedeutliche Symbolwirkung haben.

Vollständige Umsetzung der europäischen E-Geld-Richtlinie. Die europäische E-Geld-Richtlinie ist bisher nicht vollständig im KWG umgesetzt worden. Ergänzungen waren u. a. bei den Ausnahmetatbeständen des § 2 KWG, bei der Festle-

gung des Anfangskapitals (§ 33 KWG), beim Eigenkapital (§ 10 KWG), der Einräumung des Europäischen Passes (Errichtung von Zweigniederlassungen sowie freie Ausübung des grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehrs) und bezüglich der Schaffung einer verbraucherschützenden Regelung der Rücktauschbarkeit von elektronischem Geld erforderlich. Die vorgeschlagenen Änderungen stellen die vollständige Umsetzung der E-Geld-Richtlinie und damit den Zugang von E-Geld-Instituten aus einem Mitgliedstaat zum Markt eines anderen Mitgliedstaats sicher; sie leisten einen Beitrag zum freien Kapitalverkehr und zur freien Erbringung grenzüberschreitender Dienstleistungen.

Geldwäsche und Aufspüren der Finanzströme terroristischer Netzwerke. Die diesbezüglichen Änderungen im KWG dienen insbesondere dazu, erkannte Lücken im Abwehrsystem gegen Geldwäsche im Finanzmarktsektor zu schließen, Zahlungsströme und deren Herkunft für die Aufsicht transparenter zu machen und von den Instituten organisatorische Vorkehrungen zu verlangen, die sie bei konsequenter Anwendung in die Lage versetzen, Geldwäscheaktivitäten innerhalb der Institute besser zu erkennen und die erforderlichen Gegenmaßnahmen einzuleiten. Dem Maßnahmepaket liegt eine risikoorientierte Präventionsstrategie zugrunde. Es dient der Sicherung des deutschen Finanzmarkts gegen Geldwäsche und schafft gleichzeitig die Voraussetzung dafür, dass Gelder im Finanzkreislauf, die der Logistik des Terrorismus dienen, besser erkannt und von den Ermittlungsbehörden bzw. nach dem Außenwirtschaftsgesetz sichergestellt bzw. eingefroren werden können.

Anteilseignerkontrolle. Die Änderungen des § 2b KWG folgen den Empfehlungen der vom Forum für Finanzmarktaufsicht eingesetzten Arbeitsgruppe „bedeutende Beteiligungen an Instituten“, deren Aufgabe es war, das Regelwerk zur Anteilseignerkontrolle zwischen Versicherungs- und Bankenaufsicht zu harmonisieren und effizienter zu gestalten.

Rechtsverordnungsermächtigungen im Bereich der Solvenz- und Liquiditätsaufsicht. Gemäß § 10 Abs. 1 Satz 1 KWG müssen die Institute im Interesse der Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber ihren Gläubigern, insbesondere zur Sicherheit der ihnen anvertrauten Vermögenswerte, angemessene Eigenmittel haben. Diese Vorschrift wird bislang lediglich durch die Verfassung entsprechender Grundsätze der Bundesanstalt nach § 10 Abs. 1 Satz 2 KWG in Form von Verwaltungsvorschriften konkretisiert. Die Solvabilitätsgrundsätze sollen nunmehr ebenso wie die Liquiditätsgrundsätze (§ 11 KWG) als Rechtsverordnung erlassen werden.

V. Versicherungswesen

Im Bereich des Versicherungswesens wird die Aufsicht über reine Rückversicherungsunternehmen neu geregelt. Der Ausfall eines Rückversicherers kann die finanzielle Situation der betroffenen Erstversicherer in hohem Maße gefährden. Es soll daher sichergestellt werden, dass die Rückversi-

cherer jederzeit willens und in der Lage sind, ihren Verpflichtungen gegenüber den Erstversicherern nachzukommen. Auch im Hinblick auf die weitere Entwicklung innerhalb der EU werden den Rückversicherern aufsichtsrechtliche Vorgaben hinsichtlich der Rechtsform, der Beachtung allgemeiner Vermögensanlagegrundsätze und hinsichtlich der Qualifikation ihrer Geschäftsleiter gemacht. Die indirekte Beaufsichtigung der Rückversicherer bleibt unberührt.

VI. Hypothekenbankgesetz

Die Änderungen im Hypothekenbankgesetz betreffen vor allem die Erweiterung des Kommunalgeschäfts auf Kanada, USA und Japan sowie marginale Geschäftserweiterungen „rund um die Immobilie“, wie z. B. die Vermittlung von Immobilien, die Erarbeitung von Standortanalysen sowie Finanzierungs- und Vermögensberatung auch über die konkret beliebte Immobilie hinaus. Darüber hinaus dürfen in gewissem Umfang derivative Finanzinstrumente in Deckung genommen werden.



Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur wirtschaftlichen Lage	74
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	108
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	128
Vergleich der jüngsten Vorausschätzungen G-7/EU 15/Eurozone	132
Statistischer Anhang zur wirtschaftlichen Lage	137

Nur in der Online-Version unter www.bundesfinanzministerium.de enthalten.

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur wirtschaftlichen Lage

1.	Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	74
2.	Arbeitsmarkt	76
2.1	Bundesrepublik Deutschland	76
2.2	Früheres Bundesgebiet	78
2.3	Neue Länder und Berlin-Ost	80
3.	Produzierendes Gewerbe	82
3.1	Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes	82
3.1.1	Bundesrepublik Deutschland	82
3.1.2	Früheres Bundesgebiet	84
3.1.3	Neue Länder und Berlin-Ost	86
3.2	Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes	88
3.2.1	Bundesrepublik Deutschland	88
3.2.2	Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost	90
3.3	Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes	92
3.3.1	Bundesrepublik Deutschland	92
3.3.2	Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost	94
4.	Privater Konsum	96
5.	Außenwirtschaft	98
6.	Preise	100
6.1	Lebenshaltung, Erzeugerpreise, Baupreise	100
6.2	Weltmarktpreise, Außenwert der DM, Außenhandelspreise	102
7.	Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1970 bis 2000	104
7.1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	104
7.2	Preise	105
7.3	Außenwirtschaft	106
7.4	Einkommensverteilung	107

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1.	Kreditmarktmittel des Bundes nach Eingliederung der Sondervermögen	108
2.	Gewährleistungen	108
3.	Veröffentlichungskalender der Monatsberichte	109
4.	Bundesaushalt 1997 bis 2002	109
5.	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 1997 bis 2002	110
6.	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Haushaltssoll 2002	112
7.	Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1996 bis 2002	116
8.	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2001	118
9.	Steuer- und Abgabenquoten	120

10.	Entwicklung der öffentlichen Schulden	121
11.	Steueraufkommen nach Steuergruppen	122
12.	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltsalden	123
13.	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	124
14.	Steuerquote im internationalen Vergleich	125
15.	Abgabenquote im internationalen Vergleich	126
16.	Entwicklung der EU-Haushalte von 1997 bis 2002	127

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1.	Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2001 im Vergleich zum Jahressoll 2001	128
2.	Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2001	128
3.	Die Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder	129
4.	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder, Oktober 2001	130

Vergleich der jüngsten Vorausschätzungen G-7/EU 15/Eurozone

1.	BiP/Verbraucherpreise/Arbeitslosenquote	132
2.	Öffentlicher Haushaltssaldo/Staatsschuldenquote/Leistungsbilanzsaldo	134

Statistischer Anhang zur wirtschaftlichen Lage

Nur in der Online-Version unter www.bundesfinanzministerium.de/Monatsbericht-des-BMF-.686.htm enthalten.

*1.	Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	137
*2.	Arbeitsmarkt	138
*2.1	Früheres Bundesgebiet	138
*2.2	Neue Länder und Berlin-Ost	139
*3.	Produzierendes Gewerbe	140
*3.1	Produktion des Produzierenden Gewerbes	140
*3.1.1	Bundesrepublik Deutschland	140
*3.1.2	Früheres Bundesgebiet	142
*3.1.3	Neue Länder und Berlin-Ost	144
*3.2	Auftragseingang der Industrie	146
*3.2.1	Bundesrepublik Deutschland	146
*3.2.1.1	Werte	146
*3.2.1.2	Volumen	147
*3.2.2.	Früheres Bundesgebiet	148
*3.2.2.1	Werte	148
*3.2.2.2	Volumen	149
*3.2.3	Neue Länder und Berlin-Ost	150
*3.2.3.1	Werte	150
*3.2.3.2	Volumen	151

*3.3	Umsatz der Industrie	152
*3.3.1	Bundesrepublik Deutschland	152
*3.3.2	Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost	153
*3.4	Lage in der Bauwirtschaft	154
*3.4.1	Bundesrepublik Deutschland	154
*3.4.2	Früheres Bundesgebiet	155
*3.4.3	Neue Länder und Berlin-Ost	156
*4.	Löhne und Gehälter	157
*5.	Außenwirtschaft	158
*5.1	Einfuhr nach Warengruppen	158
*5.2	Ausfuhr nach Warengruppen	159
*5.3	Einfuhr nach Ländergruppen und Ländern	160
*5.4	Ausfuhr nach Ländergruppen und Ländern	161
*5.5	Struktur des Außenhandels nach Warengruppen	162
*5.6	Index der tatsächlichen Werte, des Volumens und der Durchschnittswerte der Ein- und Ausfuhr	162
*5.7	Handelsbilanzsaldo	162
*5.8	Leistungsbilanzsaldo	163
*5.9	Zahlungsbilanz und Währungsbestände	163
*6.	Preise	164
*7.	Zinssätze	165

Übersichten und Grafiken zur wirtschaftlichen Lage

1. Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung saisonbereinigte Zahlen¹⁾, Bundesrepublik Deutschland

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in %							
	1999		2000			2001		
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts								
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Preisen von 1995	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4	0	- 0,1
Erwerbstätige ²⁾	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	0	0	- 0,1
Produktivität (BIP je Erwerbstädtigen, in Preisen von 1995) ³⁾	+ 1,1	+ 0,5	- 0,3	- 0,2	+ 0,4	+ 0,9	- 0,7	- 0,3
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1995								
Bruttoinlandsprodukt	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4	0	- 0,1
Inlandsnachfrage	+ 0,6	+ 0,2	+ 1,4	- 0,1	+ 0,7	- 0,8	+ 0,1	- 1,3
Private Konsumausgaben ⁴⁾	+ 0,7	+ 0,3	+ 1,1	- 0,3	- 0,4	+ 1,2	+ 0,8	- 0,2
Konsumausgaben des Staates	+ 0,6	+ 0,5	- 0,1	- 0,4	+ 0,9	+ 1,1	0	- 0,6
Ausrüstungen	+ 0,7	+ 4,8	+ 1,5	+ 4,0	- 0,5	- 0,9	- 3,2	- 1,8
Bauten	- 0,9	- 1,2	- 0,5	- 1,1	- 1,7	- 3,3	- 0,6	0
Sonstige Anlagen	+ 2,8	+ 2,5	+ 0,7	+ 0,8	+ 3,0	+ 1,0	+ 1,8	+ 0,7
Vorratsveränderung ^{5) 6)}	+ 0,2	- 0,4	+ 0,7	- 0,1	+ 0,9	- 1,2	0	- 0,8
Exporte	+ 2,7	+ 4,4	+ 2,4	+ 3,4	+ 3,4	- 0,4	+ 0,8	+ 1,1
Importe	+ 2,1	+ 1,8	+ 3,2	+ 2,8	+ 5,1	- 3,9	+ 1,2	- 2,2
nachrichtlich: Außenbeitrag ⁶⁾	+ 0,2	+ 0,8	- 0,2	+ 0,2	- 0,5	+ 1,2	- 0,1	+ 1,1
Preisentwicklung³⁾								
Bruttoinlandsprodukt	0	- 0,3	- 0,1	+ 0,2	- 0,1	+ 1,0	+ 0,3	- 0,6
Inlandsnachfrage	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,2
Private Konsumausgaben	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,1
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer ^{2) 3)}	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4	- 0,1	+ 1,1	+ 0,2	+ 0,3
Lohnkosten je Produkteinheit ^{2) 3)}	- 0,9	- 0,1	+ 0,8	+ 0,6	- 0,4	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,6

Quellen: Deutsche Bundesbank und Statistisches Bundesamt.

¹⁾ Saisonbereinigungsverfahren X12-Arima; der Kalendereinfluss ist, soweit in den Reihen nachweisbar, ebenfalls ausgeschaltet.

²⁾ Inlandskonzept.

³⁾ Kalendereinfluss nicht ausgeschaltet.

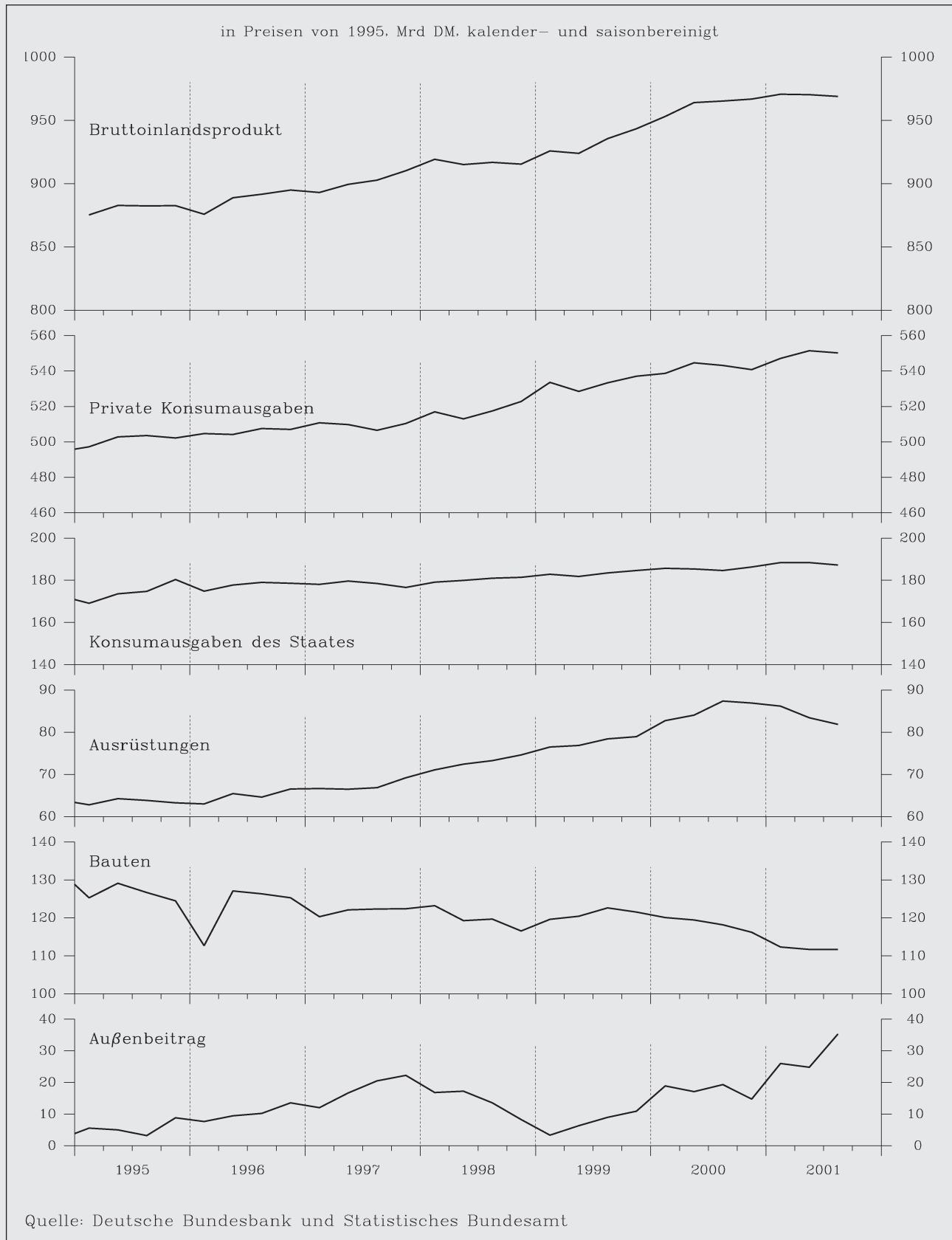
⁴⁾ Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.

⁵⁾ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

⁶⁾ Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt.

1. Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

saisonbereinigte Zahlen¹⁾, Bundesrepublik Deutschland



2. Arbeitsmarkt

2.1 Bundesrepublik Deutschland

	Ursprungszahlen in 1.000					
	2 0 0 0			2 0 0 1		
	Sept.	Okt.	Nov.	Sept.	Okt.	Nov.
Erwerbstätige insgesamt ¹	39 117	39 240	39 151	39 115	.	.
Arbeitslose insgesamt	3 685	3 611	3 645	3 743	3 725	3 789
Zugänge an Arbeitslosen	529	587	580	579	554	584
Abgänge an Arbeitslosen	624	661	545	625	571	521
Arbeitslosenquote (in % ²)	9,0	8,9	8,9	9,0	9,0	9,2
Kurzarbeiter	66	66	70	114	140	169
Offene Stellen	525	491	468	485	443	408
Veränderungen in 1.000 ³						
gegen Vorzeitraum				gegen Vorjahreszeitraum		
2 0 0 1						
	Sept.	Okt.	Nov.	Sept.	Okt.	Nov.
Erwerbstätige insgesamt ¹	+ 221	.	.	- 2	.	.
Arbeitslose insgesamt	- 46	- 18	+ 63	+ 58	+ 114	+ 144
Zugänge an Arbeitslosen	+ 32	- 25	+ 30	+ 51	- 33	+ 4
Abgänge an Arbeitslosen	+ 68	- 54	- 51	+ 1	- 90	- 25
Kurzarbeiter	+ 22	+ 26	+ 29	+ 48	+ 74	+ 99
Offene Stellen	- 23	- 42	- 35	- 40	- 49	- 60
Saisonbereinigte Zahlen in 1.000 ⁴						
2 0 0 1						
	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Erwerbstätige insgesamt ¹	38 769	38 764	38 765	38 752	.	.
Arbeitslose insgesamt	3 852	3 864	3 866	3 890	3 919	3 936
Arbeitslosenquote (in % ²)	9,3	9,3	9,3	9,4	9,5	9,5
Offene Stellen ⁵	1	0	0	0	0	0
Veränderungen gegen Vorzeitraum in 1.000 (saisonbereinigt ⁴)						
2 0 0 1						
	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Erwerbstätige insgesamt ¹	- 10	- 5	+ 1	- 13	.	.
Arbeitslose insgesamt	+ 18	+ 12	+ 2	+ 24	+ 29	+ 17
Offene Stellen ⁵	0	- 1	0	0	0	0

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

¹ Inlandskonzept.

² Basis: alle zivilen Erwerbspersonen.

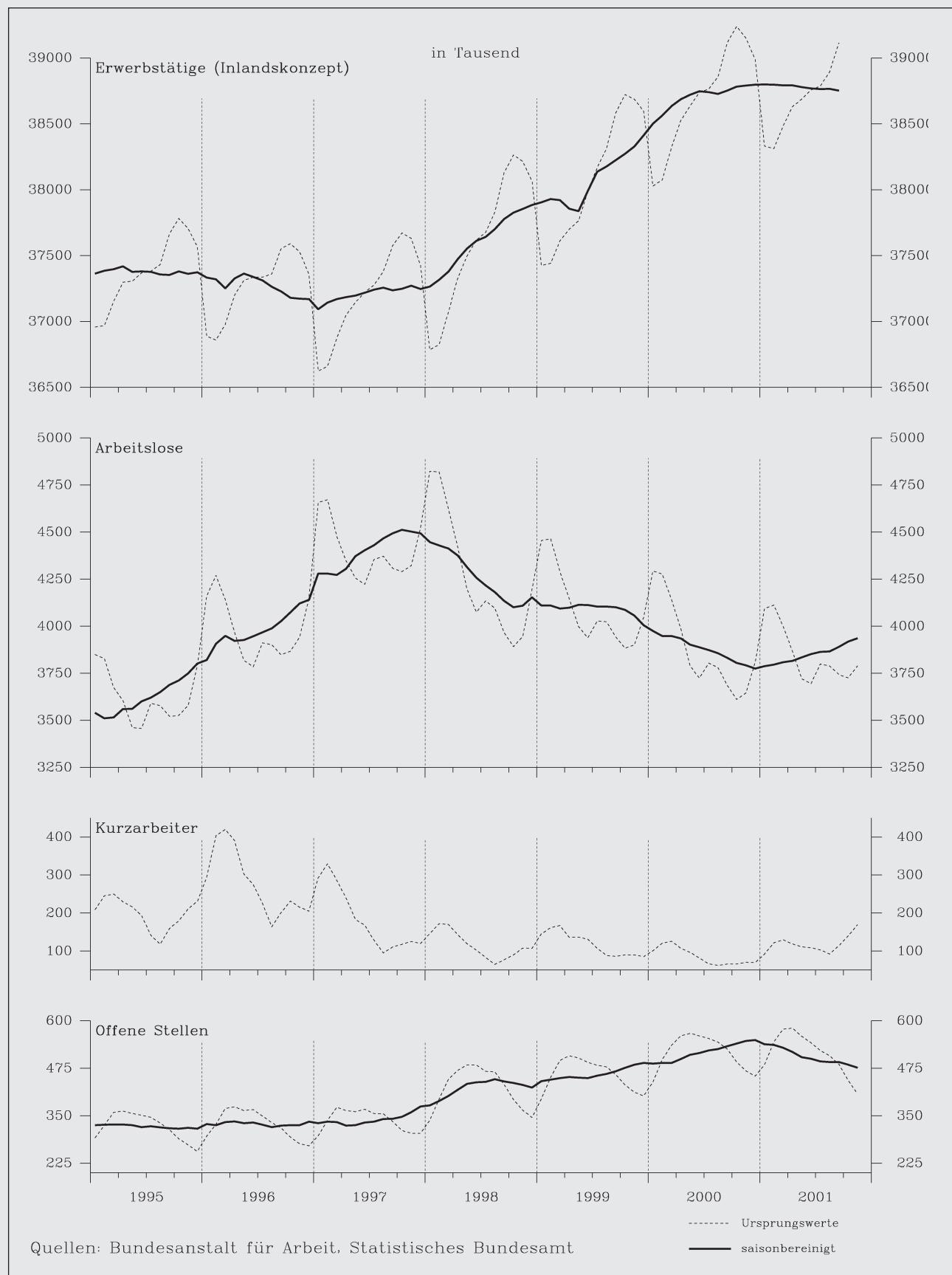
³ Ursprungszahlen.

⁴ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

⁵ Offene Stellen in Ostdeutschland nicht saisonbereinigt.

2. Arbeitsmarkt

2.1 Bundesrepublik Deutschland



2. Arbeitsmarkt

2.2 Früheres Bundesgebiet

	Ursprungszahlen in 1.000					
	2 0 0 0			2 0 0 1		
	Sept.	Okt.	Nov.	Sept.	Okt.	Nov.
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	2 383	2 342	2 360	2 422	2 413	2 468
Zugänge an Arbeitslosen	356	401	393	394	390	409
Abgänge an Arbeitslosen	417	441	375	419	399	354
Arbeitslosenquote (in % ²)	7,2	7,1	7,2	7,2	7,2	7,4
Kurzarbeiter	47	48	52	89	114	142
Offene Stellen	461	432	413	417	380	348
Veränderungen in 1.000 ³						
gegen Vorzeitraum				gegen Vorjahreszeitraum		
2 0 0 1						
	Sept.	Okt.	Nov.	Sept.	Okt.	Nov.
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	- 25	- 9	+ 55	+ 39	+ 70	+ 108
Zugänge an Arbeitslosen	+ 7	- 4	+ 19	+ 38	- 11	+ 16
Abgänge an Arbeitslosen	+ 33	- 19	- 46	+ 2	- 42	- 21
Kurzarbeiter	+ 20	+ 24	+ 28	+ 43	+ 66	+ 89
Offene Stellen	- 22	- 37	- 31	- 44	- 53	- 65
Saisonbereinigte Zahlen in 1.000 ⁴						
2 0 0 1						
	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	2 478	2 489	2 496	2 510	2 522	2 540
Arbeitslosenquote (in % ²)	7,4	7,4	7,4	7,5	7,5	7,6
Offene Stellen	0	0	0	0	0	0
Veränderungen gegen Vorzeitraum in 1.000 (saisonbereinigt ⁴)						
2 0 0 1						
	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	+ 12	+ 11	+ 7	+ 14	+ 12	+ 18
Offene Stellen	0	0	0	0	0	0

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

¹ Nach Umstellung der Berechnungen durch die Bundesanstalt für Arbeit ist eine Gliederung nach Gebietsständen nicht mehr möglich.

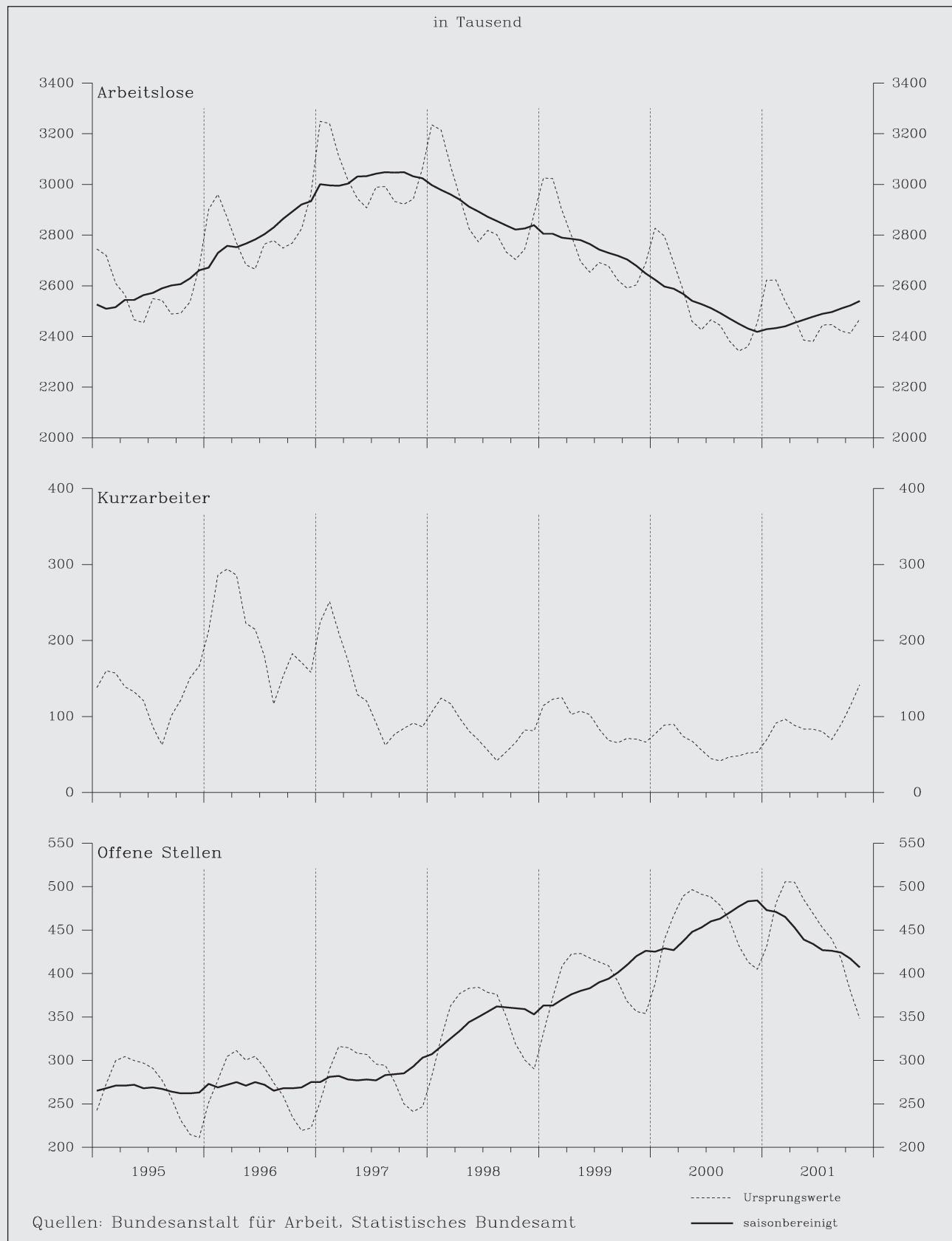
² Basis: alle zivilen Erwerbspersonen.

³ Ursprungszahlen.

⁴ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

2. Arbeitsmarkt

2.2 Früheres Bundesgebiet



2. Arbeitsmarkt

2.3 Neue Länder und Berlin-Ost

	Ursprungszahlen in 1.000					
	2 0 0 0			2 0 0 1		
	Sept.	Okt.	Nov.	Sept.	Okt.	Nov.
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	1 302	1 268	1 285	1 321	1 313	1 321
Zugänge an Arbeitslosen	172	186	187	185	164	175
Abgänge an Arbeitslosen	207	220	170	206	172	167
Arbeitslosenquote (in % ²)	16,6	16,1	16,3	16,9	16,8	16,9
Kurzarbeiter	19	18	18	24	26	28
Offene Stellen	64	59	54	68	63	59
Veränderungen in 1.000 ³						
gegen Vorzeitraum				gegen Vorjahreszeitraum		
2 0 0 1						
	Sept.	Okt.	Nov.	Sept.	Okt.	Nov.
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	- 21	- 8	+ 8	+ 19	+ 44	+ 36
Zugänge an Arbeitslosen	+ 25	- 21	+ 12	+ 13	- 22	- 12
Abgänge an Arbeitslosen	+ 35	- 34	- 5	- 1	- 48	- 4
Kurzarbeiter	+ 2	+ 2	+ 2	+ 5	+ 9	+ 9
Offene Stellen	0	- 5	- 4	+ 4	+ 4	+ 5
Saisonbereinigte Zahlen in 1.000 ⁴						
2 0 0 1						
	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	1 374	1 375	1 370	1 380	1 397	1 396
Arbeitslosenquote (in % ²)	17,5	17,6	17,5	17,6	17,8	17,8
Offene Stellen	66	66	65	67	67	69
Veränderungen gegen Vorzeitraum in 1.000 (saisonbereinigt ⁴)						
2 0 0 1						
	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	+ 6	+ 1	- 5	+ 10	+ 17	- 1
Offene Stellen	+ 1	0	- 1	+ 2	0	+ 2

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

¹ Nach Umstellung der Berechnungen durch die Bundesanstalt für Arbeit ist eine Gliederung nach Gebietsständen nicht mehr möglich.

² Basis: alle zivilen Erwerbspersonen.

³ Ursprungszahlen.

⁴ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

2. Arbeitsmarkt

2.3 Neue Länder und Berlin-Ost



3. Produzierendes Gewerbe

3.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

3.1.1 Bundesrepublik Deutschland

Produktion ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)				
	2001				
	Juli	Aug.	Sept.	Okt. ^p	Sept./Okt. ^p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 1,3	+ 2,2	- 1,8	- 2,1	- 1,9
Industrie ³	- 1,7	+ 2,4	- 1,7	- 2,5	- 1,8
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 2,0	+ 0,9	- 1,5	- 1,0	- 1,5
- Investitionsgüterproduzenten	- 1,9	+ 3,2	- 0,8	- 4,0	- 1,3
- Konsumgüterproduzenten	- 0,8	+ 3,4	- 4,2	- 2,1	- 3,6
- Gebrauchsgüterproduzenten	- 2,7	+ 8,7	- 8,1	- 5,2	- 6,7
- Verbrauchsgüterproduzenten	- 0,4	+ 2,0	- 3,2	- 1,2	- 2,8
Energie ⁴	+ 0,5	+ 1,5	- 0,6	- 5,5	- 2,7
Bauhauptgewerbe ⁵	0	+ 1,6	- 2,8	+ 5,3	+ 0,7
Produktion ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶				
	2001				
	Juli	Aug.	Sept.	Okt. ^p	Jan.-Okt. ^p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 3,0	- 1,1	- 2,5	- 3,9	+ 0,1
Industrie ³	- 1,9	0	- 1,9	- 3,7	+ 1,6
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 3,1	- 2,2	- 2,7	- 4,1	+ 0,2
- Investitionsgüterproduzenten	- 1,1	+ 1,0	- 0,9	- 2,7	+ 3,8
- Konsumgüterproduzenten	- 1,1	+ 2,0	- 1,9	- 4,6	+ 0,1
- Gebrauchsgüterproduzenten	- 2,1	+ 7,8	- 0,4	- 7,8	+ 2,0
- Verbrauchsgüterproduzenten	- 0,9	+ 0,8	- 2,3	- 3,7	- 0,4
Energie ⁴	- 6,2	- 1,9	- 1,9	- 6,7	- 3,9
Bauhauptgewerbe ⁵	- 9,7	- 10,3	- 8,9	- 4,0	- 11,0
Kapazitäts- und Geräteauslastung	In % der betriebsüblichen Vollauslastung (saisonbereinigt ⁷)				
	2000		2001		
	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.
Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe
	2000	2001			
	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Geräteauslastung im Bauhauptgewerbe

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Verfahren Census X-12-ARIMA.

² 1995 = 100.

³ Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen) = Verarbeitendes Gewerbe – soweit nicht der Energie zugeordnet – sowie Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden.

⁴ Energieversorgung sowie insbesondere Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung.

⁵ Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau.

⁶ Ursprungszahlen arbeitstäglich bereinigt, Census X-12-ARIMA-Verfahren.

⁷ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

p = Vorläufiges Ergebnis.

3. Produzierendes Gewerbe

3.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

3.1.1 Bundesrepublik Deutschland



3. Produzierendes Gewerbe

3.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

3.1.2 Früheres Bundesgebiet

Produktion ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)				
	2001				
	Juli	Aug.	Sept.	Okt. ^p	Sept./Okt. ^p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 1,3	+ 2,0	- 1,6	- 2,3	- 1,8
Industrie ³	- 1,7	+ 2,1	- 1,5	- 2,7	- 1,9
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 2,0	+ 0,4	- 1,2	- 1,0	- 1,5
- Investitionsgüterproduzenten	- 1,9	+ 3,2	- 0,6	- 4,3	- 1,2
- Konsumgüterproduzenten	- 1,0	+ 2,8	- 3,8	- 2,5	- 3,7
. Gebrauchsgüterproduzenten	- 2,2	+ 8,1	- 7,9	- 5,6	- 7,0
. Verbrauchsgüterproduzenten	- 0,7	+ 1,5	- 2,6	- 1,7	- 2,7
Energie ⁴	+ 0,6	+ 1,4	- 0,5	- 5,6	- 2,6
Bauhauptgewerbe ⁵	+ 0,5	+ 1,3	- 2,9	+ 5,8	+ 0,5
Produktion ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶				
	2001				
	Juli	Aug.	Sept.	Okt. ^p	Jan.-Okt. ^p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 3,0	- 1,4	- 2,6	- 4,1	0
Industrie ³	- 2,2	- 0,6	- 2,1	- 4,0	+ 1,3
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 3,4	- 2,8	- 2,9	- 4,3	0
- Investitionsgüterproduzenten	- 1,2	+ 0,7	- 1,2	- 3,0	+ 3,6
- Konsumgüterproduzenten	- 1,5	+ 1,2	- 2,5	- 5,4	- 0,6
. Gebrauchsgüterproduzenten	- 1,9	+ 7,2	- 0,7	- 8,8	+ 1,2
. Verbrauchsgüterproduzenten	- 1,4	- 0,1	- 3,0	- 4,5	- 1,0
Energie ⁴	- 6,5	- 2,2	- 2,2	- 6,9	- 4,3
Bauhauptgewerbe ⁵	- 7,6	- 9,1	- 7,4	- 2,7	- 9,6
Kapazitäts- und Geräteauslastung	In % der betriebsüblichen Vollauslastung (saisonbereinigt ⁷)				
	2000		2001		
	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.
Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe ⁸	87,7	87,8	87,0	85,6	84,6
	2001				
	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Geräteauslastung im Bauhauptgewerbe	60,8	61,2	60,8	58,8	59,2

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung

¹ Verfahren Census X-12-ARIMA.

² 1995 = 100.

³ Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen) = Verarbeitendes Gewerbe – soweit nicht der Energie zugeordnet – sowie Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden.

⁴ Energieversorgung sowie insbesondere Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung.

⁵ Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau.

⁶ Ursprungszahlen arbeitstäglich bereinigt, Census X-12-ARIMA-Verfahren.

⁷ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

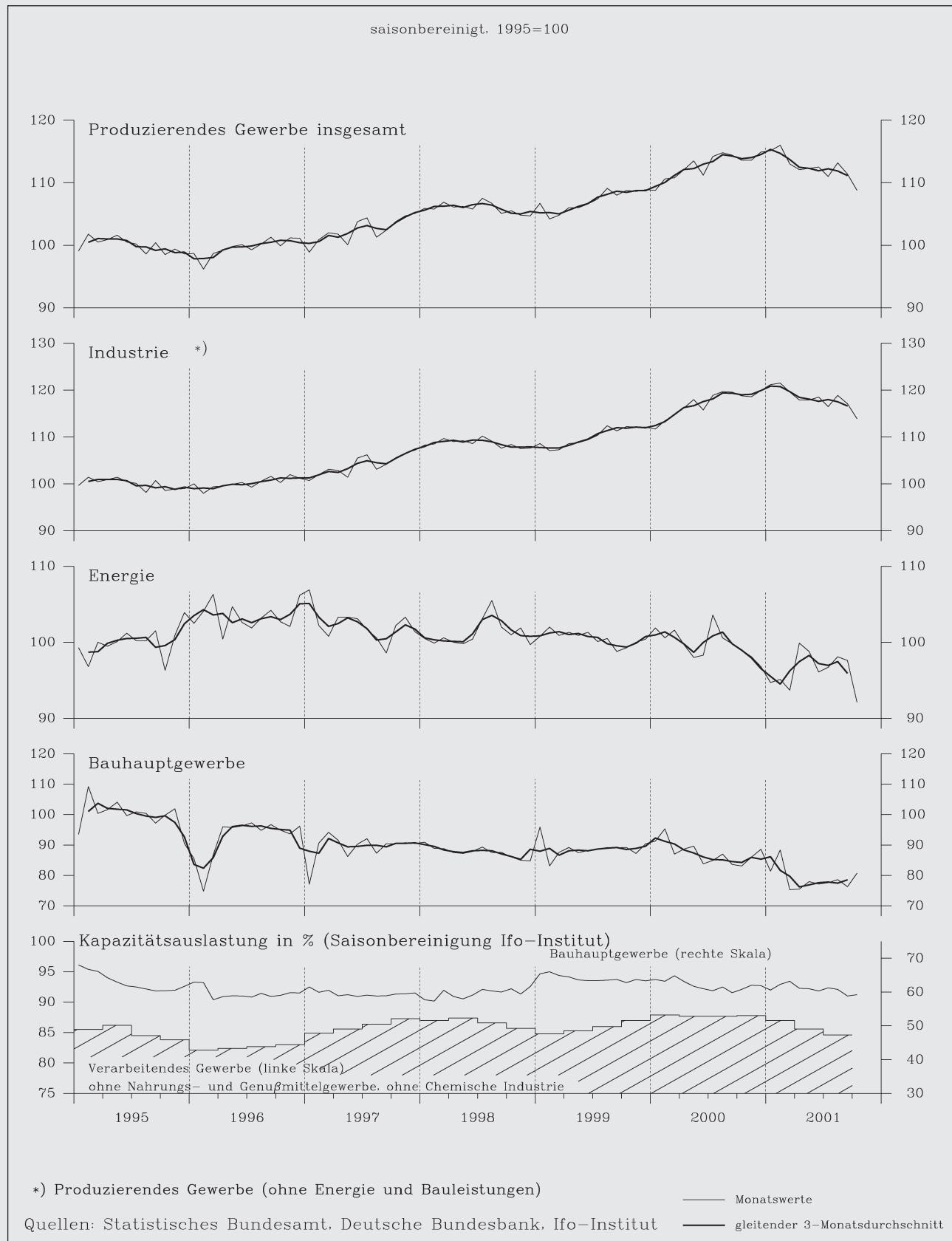
⁸ Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe und ohne Chemische Industrie.

^p = Vorläufiges Ergebnis.

3. Produzierendes Gewerbe

3.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

3.1.2 Früheres Bundesgebiet



3. Produzierendes Gewerbe

3.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

3.1.3 Neue Länder und Berlin-Ost

Produktion ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)				
	2001				
	Juli	Aug.	Sept.	Okt. ^p	Sept./Okt. ^b
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 1,9	+ 4,9	- 4,1	+ 0,2	- 1,6
Industrie ³	- 2,1	+ 5,7	- 5,0	+ 0,3	- 2,2
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 2,5	+ 5,3	- 3,5	- 1,3	- 1,7
- Investitionsgüterproduzenten	- 3,6	+ 3,4	- 4,0	+ 1,3	- 1,7
- Konsumgüterproduzenten	+ 0,1	+ 8,7	- 8,1	+ 1,8	- 3,4
. Gebrauchsgüterproduzenten	- 8,3	+ 16,3	- 10,2	- 0,7	- 3,7
. Verbrauchsgüterproduzenten	+ 1,8	+ 7,2	- 7,6	+ 2,2	- 3,4
Energie ⁴	+ 0,1	+ 1,9	- 1,0	- 4,9	- 2,5
Bauhauptgewerbe ⁵	- 2,1	+ 2,7	- 2,0	+ 3,4	+ 1,0
Produktion ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶				
	2001				
	Juli	Aug.	Sept.	Okt. ^p	Jan.-Okt. ^b
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 3,3	+ 1,8	- 1,5	- 1,5	+ 0,2
Industrie ³	+ 1,4	+ 7,4	+ 2,4	+ 1,2	+ 5,4
- Vorleistungsgüterproduzenten	+ 0,1	+ 5,4	+ 0,5	- 1,5	+ 4,1
- Investitionsgüterproduzenten	+ 1,5	+ 8,0	+ 4,3	+ 3,0	+ 6,7
- Konsumgüterproduzenten	+ 3,4	+ 10,1	+ 3,5	+ 4,1	+ 6,2
. Gebrauchsgüterproduzenten	- 4,3	+ 13,9	+ 2,8	+ 7,3	+ 12,9
. Verbrauchsgüterproduzenten	+ 4,7	+ 9,4	+ 3,8	+ 3,5	+ 4,9
Energie ⁴	- 2,8	+ 0,8	+ 0,2	- 4,4	- 0,8
Bauhauptgewerbe ⁵	- 18,1	- 15,0	- 15,3	- 9,8	- 17,0
Kapazitäts- und Geräteauslastung	In % der betriebsüblichen Vollauslastung (saisonbereinigt ⁷)				
	2000		2001		
	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.
Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe	85,0	84,3	82,8	82,4	81,2
	2000	2001			
	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Geräteauslastung im Bauhauptgewerbe	64,4	65,2	65,3	66,8	66,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Verfahren Census X-12-ARIMA.

² 1995 = 100.

³ Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen) = Verarbeitendes Gewerbe – soweit nicht der Energie zugeordnet – sowie Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden.

⁴ Energieversorgung sowie insbesondere Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung.

⁵ Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau.

⁶ Ursprungszahlen arbeitstäglich bereinigt, Census X-12-ARIMA-Verfahren.

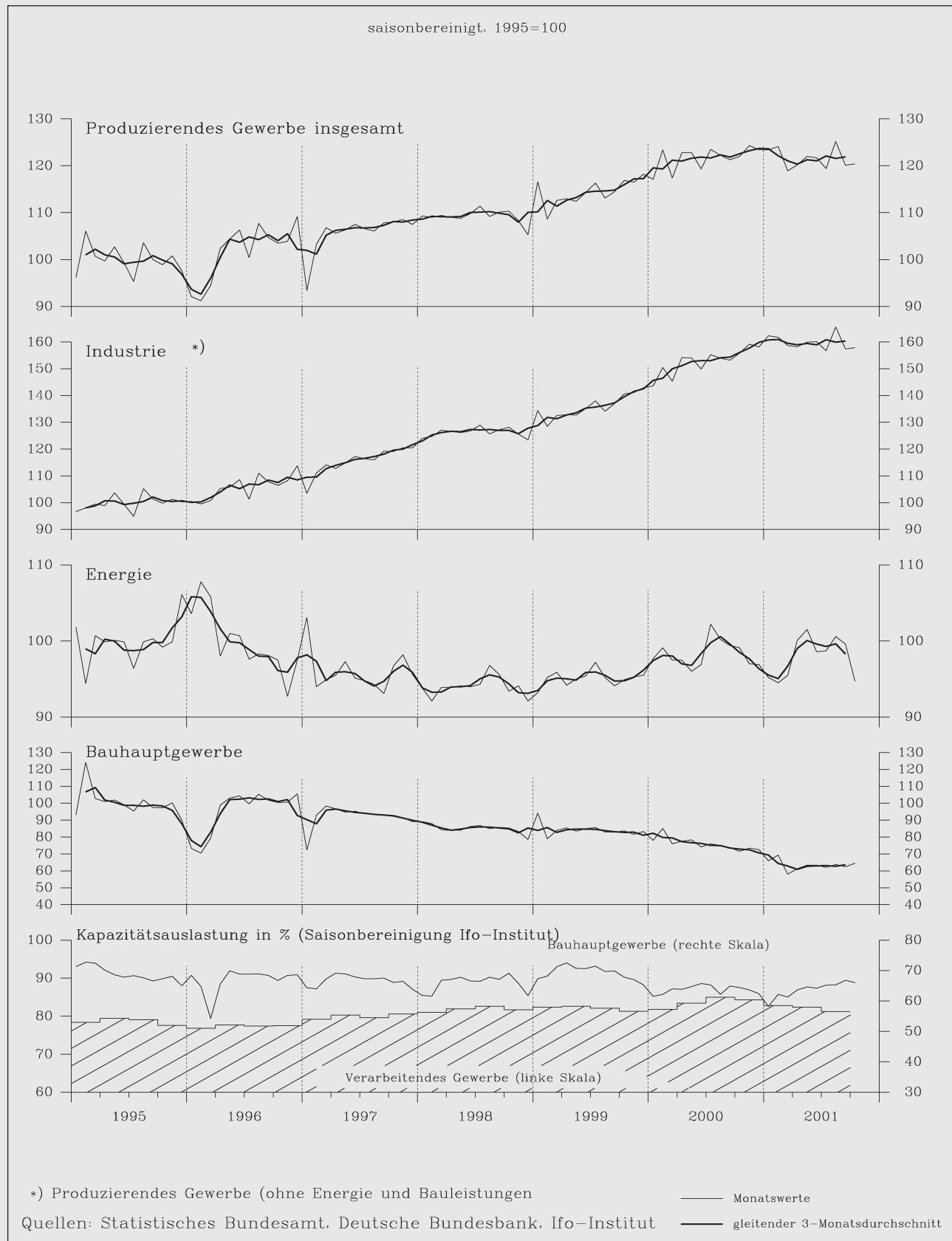
⁷ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

p = Vorläufiges Ergebnis.

3. Produzierendes Gewerbe

3.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

3.1.3 Neue Länder und Berlin-Ost



3. Produzierendes Gewerbe

3.2 Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

3.2.1 Bundesrepublik Deutschland

Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)							
	Werte				Volumen			
	2001							
	Aug.	Sept.	Okt. ^p	Sept./Okt. ^p	Aug.	Sept.	Okt. ^p	Sept./Okt. ^p
Industrie insgesamt³	+ 0,9	- 4,4	- 0,8	- 4,4	+ 0,8	- 4,1	- 0,9	- 4,2
Inland	+ 2,1	- 3,5	- 1,8	- 3,3	+ 2,0	- 3,3	- 1,9	- 3,3
Ausland	- 0,7	- 5,4	+ 0,4	- 5,6	- 0,7	- 5,4	+ 0,5	- 5,4
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 0,7	- 4,1	- 0,3	- 3,9	+ 1,1	- 3,9	- 0,1	- 3,4
Inland	+ 0,7	- 1,0	- 3,0	- 2,1	+ 0,8	- 0,7	- 2,8	- 1,6
Ausland	+ 0,7	- 9,1	+ 4,3	- 6,8	+ 1,3	- 8,7	+ 4,5	- 6,1
Investitionsgüterproduzenten	+ 1,3	- 4,2	- 2,8	- 4,9	+ 1,0	- 3,8	- 3,0	- 4,8
Inland	+ 4,8	- 6,0	- 1,9	- 4,8	+ 4,7	- 5,7	- 2,2	- 4,6
Ausland	- 1,9	- 2,3	- 3,6	- 5,0	- 2,2	- 2,2	- 3,8	- 5,1
Konsumgüterproduzenten ⁴	- 0,6	- 6,1	+ 5,5	- 3,9	- 0,6	- 6,1	+ 5,2	- 3,8
Inland	- 1,7	- 3,4	+ 1,8	- 3,4	- 1,8	- 3,4	+ 1,6	- 3,6
Ausland	+ 1,9	- 11,4	+ 13,4	- 4,6	+ 2,1	- 11,5	+ 13,2	- 4,6
Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁵							
	Werte				Volumen			
	2001							
	Aug.	Sept.	Okt. ^p	Jan.-Okt. ^p	Aug.	Sept.	Okt. ^p	Jan.-Okt. ^p
Industrie insgesamt³	- 3,9	- 9,4	- 6,2	- 0,5	- 4,7	- 9,8	- 6,5	- 1,8
Inland	- 2,8	- 8,2	- 4,4	- 1,5	- 3,7	- 8,7	- 5,0	- 2,7
Ausland	- 5,2	- 10,9	- 8,2	+ 0,8	- 6,0	- 11,2	- 8,3	- 0,7
Vorleistungsgüterproduzenten	- 7,7	- 13,3	- 7,5	- 2,9	- 7,4	- 12,5	- 6,1	- 4,2
Inland	- 5,5	- 9,3	- 6,2	- 2,3	- 5,2	- 8,7	- 5,1	- 3,5
Ausland	- 11,2	- 19,1	- 9,6	- 3,7	- 11,1	- 18,3	- 7,8	- 5,2
Investitionsgüterproduzenten	- 2,1	- 7,2	- 7,2	+ 0,6	- 3,5	- 8,1	- 8,7	- 0,4
Inland	- 0,4	- 7,4	- 4,4	- 1,4	- 2,0	- 8,6	- 6,4	- 2,2
Ausland	- 3,8	- 6,8	- 9,5	+ 2,6	- 5,0	- 7,7	- 10,6	+ 1,3
Gebrauchsgüterproduzenten	- 0,7	- 5,6	0	+ 0,7	- 2,2	- 6,9	- 1,3	- 0,9
Inland	- 2,2	- 7,7	+ 0,1	- 0,2	- 3,6	- 9,1	- 1,2	- 1,8
Ausland	+ 2,3	- 0,8	- 0,5	+ 2,6	+ 0,8	- 2,1	- 1,6	+ 1,1
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 2,5	- 7,0	+ 4,5	+ 2,9	+ 1,1	- 8,0	+ 3,3	+ 1,4
Inland	- 2,0	- 7,0	+ 1,6	+ 0,1	- 3,5	- 8,4	0	- 1,5
Ausland	+ 12,8	- 6,7	+ 11,0	+ 9,1	+ 11,6	- 7,2	+ 10,6	+ 7,8
Nachrichtlich:								
Konsumgüterproduzenten ⁴	+ 0,7	- 6,2	+ 1,8	+ 1,5	- 0,8	- 7,3	+ 0,5	0
Inland	- 2,1	- 7,3	+ 0,8	0	- 3,6	- 8,8	- 0,7	- 1,7
Ausland	+ 6,2	- 3,0	+ 3,1	+ 4,7	+ 4,8	- 3,9	+ 2,2	+ 3,3
Auftragsbestand	Reichweite in Monaten (saisonbereinigt ⁶)							
	1999	2000			2001			
	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt
Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe
Investitionsgüter prod. Gewerbe
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

² 1995 = 100.

³ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herst. und Verarbeit. von Spalt- und Brutstoffen.

⁴ Gebrauchs- und Verbrauchsgüterproduzenten.

⁵ Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

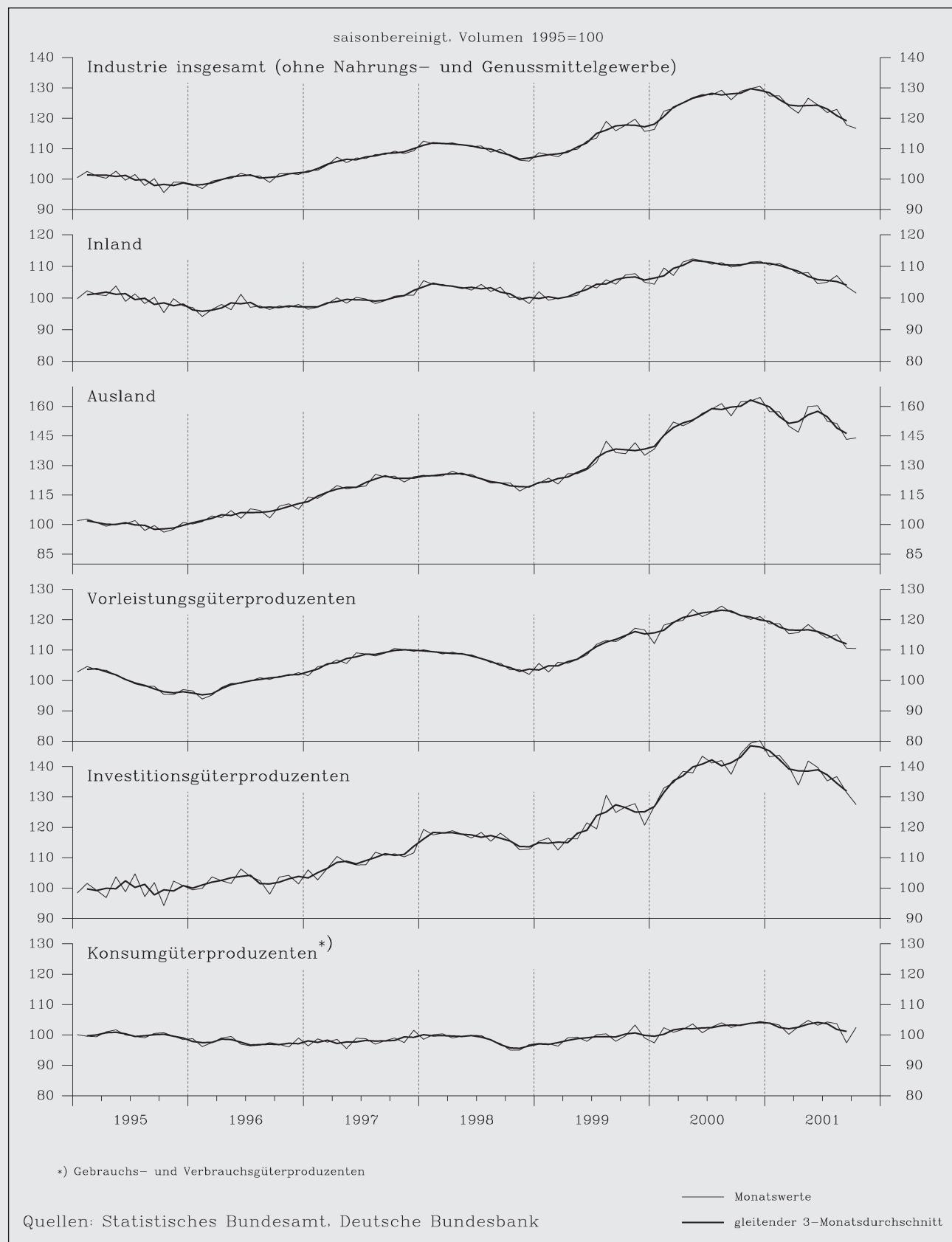
⁶ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

^p = Vorläufiges Ergebnis.

3. Produzierendes Gewerbe

3.2 Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

3.2.1 Bundesrepublik Deutschland



3. Produzierendes Gewerbe

3.2 Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

3.2.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost

Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)							
	Werte				Volumen			
	2001							
	Aug.	Sept.	Okt. ^p	Sept./Okt. ^p	Aug.	Sept.	Okt. ^p	Sept./Okt. ^p
Früheres Bundesgebiet								
Industrie insgesamt ³	+ 0,4	- 5,2	+ 0,1	- 5,0	+ 0,5	- 5,1	0	- 4,8
Inland	+ 2,0	- 4,1	- 1,5	- 3,9	+ 1,9	- 3,9	- 1,6	- 3,7
Ausland	- 1,3	- 6,5	+ 2,1	- 6,2	- 1,1	- 6,6	+ 2,1	- 6,1
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 0,3	- 4,3	- 0,2	- 4,3	+ 0,6	- 4,0	- 0,1	- 3,7
Investitionsgüterproduzenten	+ 0,8	- 5,7	- 1,0	- 5,8	+ 0,7	- 5,6	- 1,4	- 6,0
Konsumgüterproduzenten ⁴	- 0,7	- 6,0	+ 5,8	- 3,7	- 0,5	- 6,2	+ 5,6	- 3,8
Neue Länder und Berlin-Ost								
Industrie insgesamt ³	+ 4,8	+ 7,3	- 11,3	+ 3,6	+ 4,9	+ 7,4	- 11,0	+ 3,9
Inland	+ 2,3	+ 2,8	- 4,5	+ 1,6	+ 2,4	+ 3,0	- 4,5	+ 1,9
Ausland	+ 10,2	+ 16,9	- 23,5	+ 8,2	+ 10,3	+ 17,1	- 23,3	+ 8,5
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 4,0	- 2,5	- 0,6	- 0,9	+ 4,2	- 2,1	- 0,8	- 0,5
Investitionsgüterproduzenten	+ 7,0	+ 21,3	- 22,8	+ 11,1	+ 7,0	+ 21,5	- 22,5	+ 11,5
Konsumgüterproduzenten ⁴	+ 0,1	- 5,1	- 0,4	- 5,3	- 0,5	- 4,7	- 0,6	- 5,2
Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁵								
Auftragseingang ²	Werte				Volumen			
	2001							
	Aug.	Sept.	Okt. ^p	Jan.-Okt. ^p	Aug.	Sept.	Okt. ^p	Jan.-Okt. ^p
Früheres Bundesgebiet								
Industrie insgesamt ³	- 4,8	- 10,8	- 6,8	- 1,1	- 5,5	- 11,2	- 7,0	- 2,4
Inland	- 3,4	- 9,2	- 5,0	- 2,1	- 4,1	- 9,7	- 5,6	- 3,2
Ausland	- 6,5	- 12,7	- 8,8	- 0,1	- 7,2	- 13,1	- 8,9	- 1,4
Vorleistungsgüterproduzenten	- 8,8	- 14,3	- 8,5	- 3,7	- 8,6	- 13,6	- 7,1	- 5,1
Investitionsgüterproduzenten	- 2,9	- 9,2	- 7,7	+ 0,1	- 4,3	- 10,1	- 9,2	- 0,9
Gebrauchsgüterproduzenten	- 1,3	- 5,6	+ 0,4	+ 0,5	- 2,7	- 6,9	- 0,9	- 1,0
Verbrauchsgüterproduzenten nachrichtlich:	+ 1,9	- 7,5	+ 4,1	+ 2,4	+ 0,5	- 8,6	+ 3,0	+ 0,9
Konsumgüterproduzenten ⁴	+ 0,1	- 6,3	+ 1,7	+ 1,2	- 1,3	- 7,6	+ 0,6	- 0,3
Neue Länder und Berlin-Ost								
Industrie insgesamt ³	+ 8,4	+ 11,1	+ 3,0	+ 8,2	+ 6,7	+ 10,3	+ 2,9	+ 6,6
Inland	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,2	+ 4,0	+ 1,1	+ 2,0	+ 1,7	+ 2,6
Ausland	+ 25,4	+ 33,3	+ 5,5	+ 18,6	+ 23,3	+ 32,4	+ 5,9	+ 16,8
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 4,5	- 1,0	+ 3,2	+ 7,4	+ 4,6	- 0,2	+ 4,9	+ 5,9
Investitionsgüterproduzenten	+ 12,5	+ 29,7	+ 2,6	+ 9,2	+ 8,6	+ 27,2	+ 0,7	+ 7,5
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 7,3	- 5,7	- 5,0	+ 2,8	+ 4,2	- 7,7	- 6,6	+ 0,9
Verbrauchsgüterproduzenten nachrichtlich:	+ 15,0	+ 4,2	+ 11,6	+ 11,7	+ 12,8	+ 2,5	+ 9,7	+ 9,7
Konsumgüterproduzenten ⁴	+ 10,5	- 1,9	+ 1,0	+ 6,1	+ 7,8	- 3,7	- 0,6	+ 4,2
Reichweite in Monaten (saisonbereinigt ⁶)								
Auftragsbestand	1999				2000			
	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.
Früheres Bundesgebiet								
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt ⁷⁸	2,8	2,8	3,0	3,1	3,0	2,9	3,0	2,8
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe ⁸	2,2	2,4	2,4	2,5	2,5	2,5	2,7	2,5
Investitionsgüter prod. Gewerbe	3,4	3,3	3,6	3,8	3,5	3,6	3,5	3,3
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	2,0	2,0	2,0	2,1	2,1	1,9	1,9	2,0
Neue Länder und Berlin-Ost								
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	2,7	2,9	2,6	3,1	3,0	3,2	3,1	2,8
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1,8	2,2	1,8	2,0	1,9	2,0	2,3	1,8
Investitionsgüter prod. Gewerbe	3,6	3,8	3,5	4,1	4,0	4,4	4,2	3,6
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	1,8	1,9	1,7	1,9	1,9	2,1	1,9	1,7

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

² 1995 = 100.

³ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herst. und Verarbeit. von Spalt- und Brutstoffen.

⁴ Gebrauchs- und Verbrauchsgüterproduzenten.

⁵ Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

⁶ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

⁷ Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe.

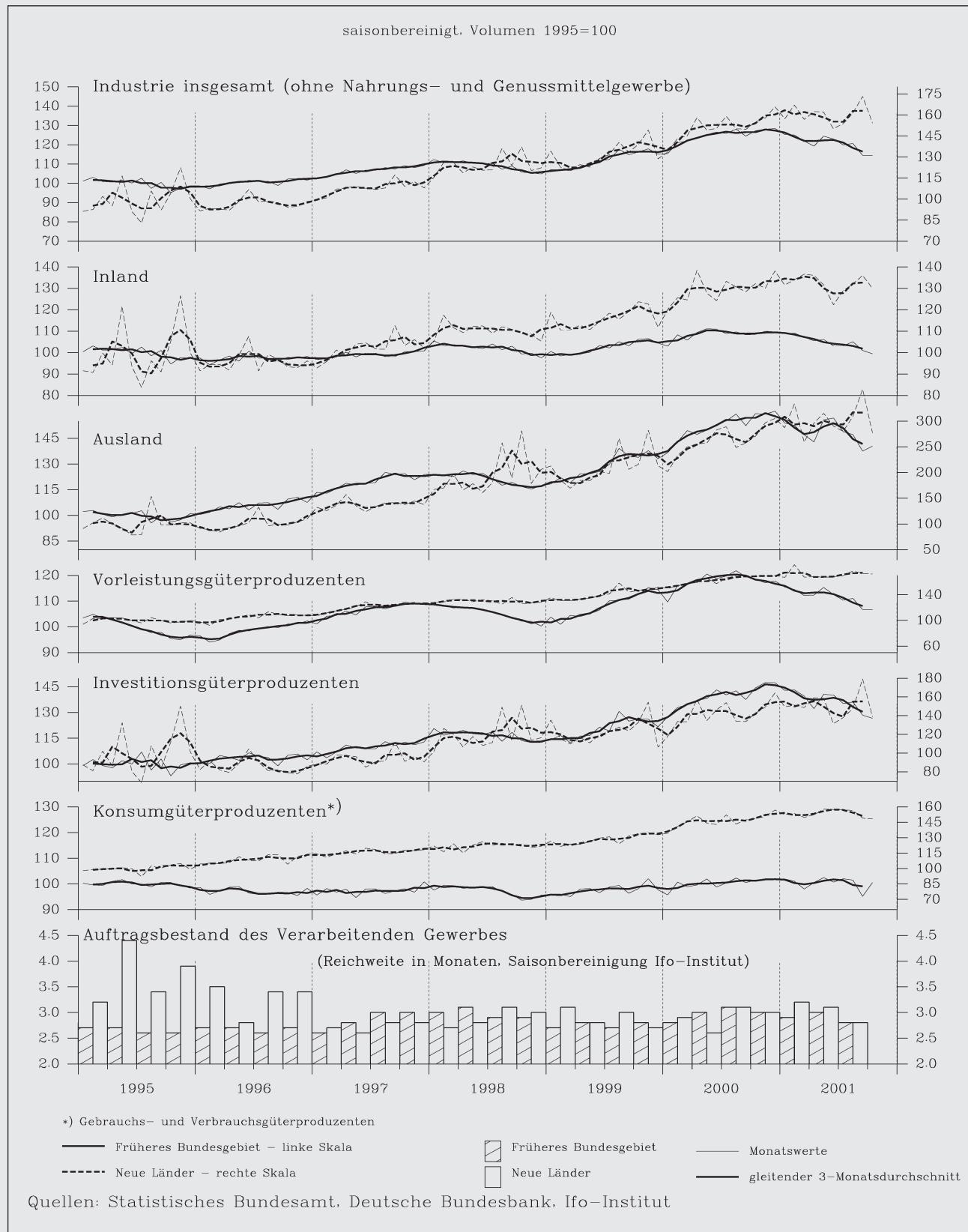
⁸ Ohne Chemische Industrie.

^p = Vorläufiges Ergebnis.

3. Produzierendes Gewerbe

3.2 Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

3.2.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost



3. Produzierendes Gewerbe

3.3 Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes

3.3.1 Bundesrepublik Deutschland

Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)							
	Werte				Volumen			
	2001							
	3.Vj.	Aug.	Sept.	Aug./Sept.	3.Vj. ^P	Aug.	Sept. ^P	Aug./Sept. ^P
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 7,6	+ 3,5	- 5,3	- 4,1	- 7,4	+ 3,5	- 5,2	- 4,1
Hochbau	- 8,0	+ 2,1	- 2,3	- 4,4	- 7,8	+ 2,3	- 2,5	- 4,2
Wohnungsbau	- 14,1	+ 3,0	- 0,2	- 8,0	- 13,9	+ 2,8	- 0,2	- 8,0
Hochbau ohne Wohnungsbau	- 4,4	+ 1,7	- 3,7	- 2,5	- 4,1	+ 2,0	- 3,7	- 2,1
- Gewerblicher Hochbau	- 0,9	+ 3,8	- 4,1	+ 4,5
- Unternehmen Bahn/Post
- Öffentlicher Hochbau	- 17,4	- 7,3	- 1,5	- 24,2
Tiefbau	- 7,0	+ 5,2	- 8,7	- 3,9	- 7,0	+ 5,1	- 8,9	- 3,9
Straßenbau	- 8,0	+ 7,4	- 5,7	- 1,1	- 8,4	+ 7,2	- 5,7	- 1,5
Tiefbau ohne Straßenbau	- 6,4	+ 3,9	- 10,4	- 5,2	- 6,2	+ 4,0	- 10,5	- 5,1
- Gewerblicher Tiefbau	- 8,5	- 1,6	- 4,7	- 9,4
- Unternehmen Bahn/Post
- Öffentlicher Tiefbau	- 4,7	+ 9,0	- 15,1	- 1,2
Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ³							
	Werte				Volumen			
	2001							
	3.Vj.	Aug.	Sept.	Jan.-Sept.	3.Vj. ^P	Aug.	Sept. ^P	Jan.-Sept. ^P
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 4,3	+ 2,0	- 8,7	- 5,0	- 3,9	+ 2,5	- 8,1	- 4,7
Hochbau	- 7,1	+ 0,2	- 12,4	- 7,4	- 6,3	+ 1,0	- 11,4	- 6,8
Wohnungsbau	- 17,4	- 17,2	- 13,6	- 16,5	- 16,5	- 16,3	- 12,6	- 15,7
Hochbau ohne Wohnungsbau	- 0,7	+ 12,4	- 11,6	- 1,5	+ 0,3	+ 13,4	- 10,8	- 0,8
- Gewerblicher Hochbau	- 0,1	+ 17,0	- 12,3	- 0,8
- Unternehmen Bahn/Post
- Öffentlicher Hochbau	- 2,6	- 3,9	- 8,5	- 4,3
Tiefbau	- 0,5	+ 4,2	- 3,7	- 1,5	- 0,5	+ 4,2	- 3,5	- 1,8
Straßenbau	+ 0,5	+ 6,9	- 2,6	- 0,6	+ 0,2	+ 6,6	- 2,7	- 1,6
Tiefbau ohne Straßenbau	- 1,4	+ 2,4	- 4,4	- 1,9	- 0,8	+ 2,8	- 3,9	- 1,8
- Gewerblicher Tiefbau	- 3,8	- 3,2	- 5,4	- 6,5
- Unternehmen Bahn/Post
- Öffentlicher Tiefbau	+ 1,0	+ 7,5	- 3,5	+ 2,1
Auftragsbestand	Reichweite in Monaten (saisonbereinigt ⁴)							
	2000				2001			
	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Bauhauptgewerbe insgesamt
Hochbau
Tiefbau

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

² Einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten, 1995 = 100.

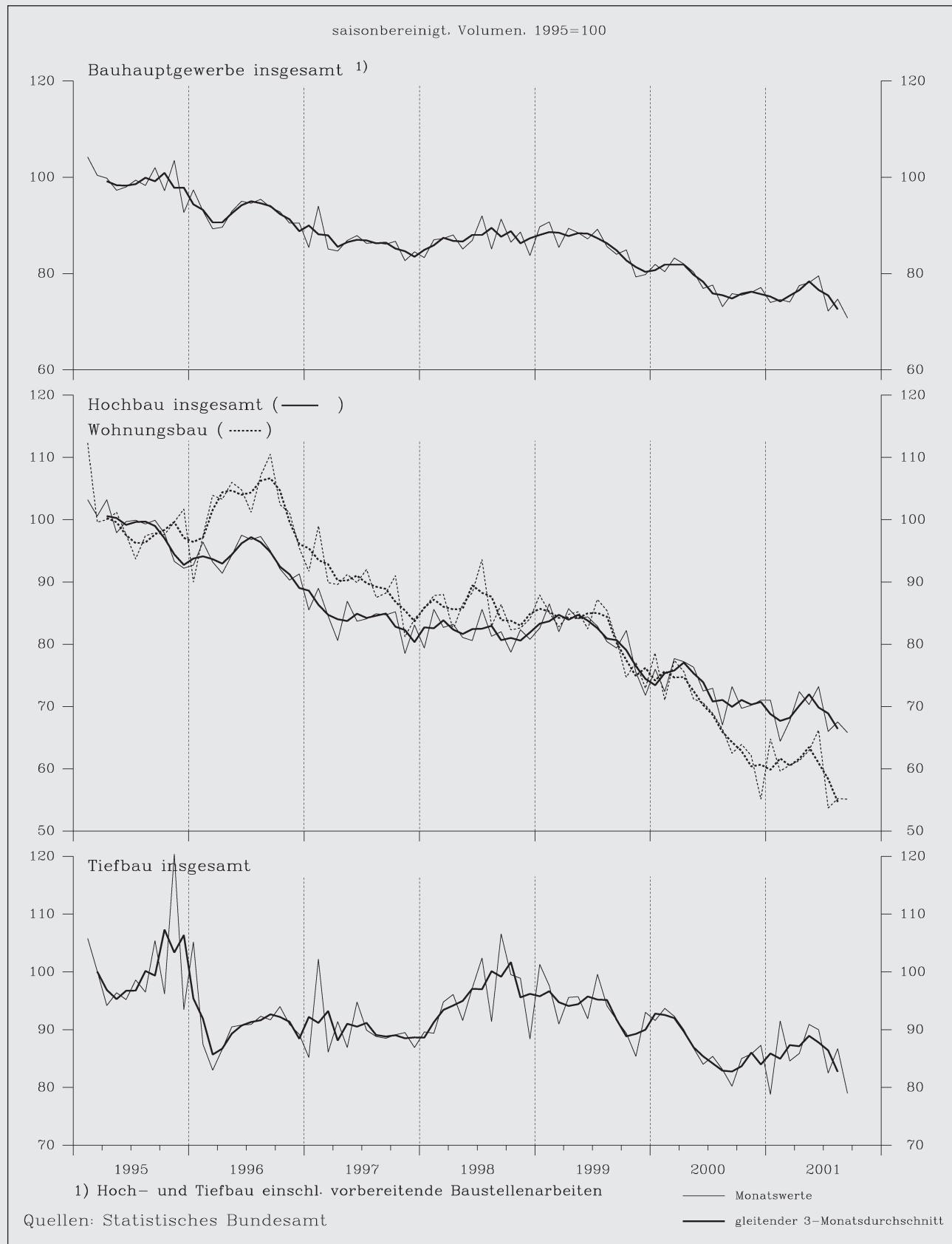
³ Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

⁴ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

3. Produzierendes Gewerbe

3.3 Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes

3.3.1 Bundesrepublik Deutschland



3. Produzierendes Gewerbe

3.3 Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes

3.3.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost

Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)							
	Werte				Volumen			
	2001							
	3.Vj.	Aug.	Sept.	Aug./Sept.	3.Vj. ^p	Aug.	Sept. ^p	Aug./Sept. ^p
Früheres Bundesgebiet								
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 7,7	+ 3,9	- 3,4	- 2,6	- 7,4	+ 4,2	- 3,5	- 2,4
Hochbau	- 8,7	+ 1,2	+ 0,5	- 3,4	- 8,5	+ 1,3	+ 0,7	- 3,2
Wohnungsbau	- 15,4	+ 1,5	+ 2,3	- 8,8	- 15,3	+ 1,5	+ 2,4	- 8,8
Hochbau ohne Wohnungsbau	- 4,9	+ 1,1	- 0,4	- 0,5	- 4,5	+ 1,3	- 0,2	- 0,2
Tiefbau	- 6,2	+ 8,1	- 8,8	- 1,4	- 6,1	+ 8,2	- 9,0	- 1,4
Straßenbau	- 2,5	+ 9,0	- 4,8	+ 3,0	- 2,5	+ 9,0	- 4,7	+ 2,9
Tiefbau ohne Straßenbau	- 8,1	+ 7,4	- 11,1	- 3,7	- 7,8	+ 7,8	- 11,3	- 3,5
Neue Länder und Berlin-Ost								
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 7,4	+ 1,5	- 11,4	- 9,2	- 7,1	+ 1,7	- 11,2	- 8,9
Hochbau
Wohnungsbau
Hochbau ohne Wohnungsbau
Tiefbau
Straßenbau
Tiefbau ohne Straßenbau
Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ³								
Auftragseingang ²	Werte				Volumen			
	2001							
	3.Vj.	Aug.	Sept.	Jan.-Sept.	3.Vj. ^p	Aug.	Sept. ^p	Jan.-Sept. ^p
Früheres Bundesgebiet								
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 2,1	+ 6,6	- 7,2	- 1,7	- 2,0	+ 6,8	- 6,8	- 1,6
Hochbau	- 4,5	+ 4,6	- 9,8	- 3,2	- 4,0	+ 5,2	- 9,2	- 3,0
Wohnungsbau	- 14,9	- 14,6	- 10,7	- 10,6	- 14,2	- 13,9	- 10,0	- 10,2
Hochbau ohne Wohnungsbau	+ 1,8	+ 17,6	- 9,2	+ 1,2	+ 2,2	+ 18,2	- 8,8	+ 1,4
Tiefbau	+ 1,2	+ 9,0	- 3,2	+ 0,8	+ 1,1	+ 8,9	- 3,3	+ 0,3
Straßenbau	+ 4,9	+ 14,8	0,0	- 0,3	+ 4,1	+ 13,8	- 0,6	- 1,7
Tiefbau ohne Straßenbau	- 1,0	+ 5,8	- 5,1	+ 1,5	- 0,8	+ 6,2	- 4,8	+ 1,3
Neue Länder und Berlin-Ost								
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 11,0	- 10,7	- 13,9	- 15,5	- 9,8	- 9,4	- 12,7	- 14,2
Hochbau	- 17,4	- 14,2	- 22,8	- 22,0	- 15,7	- 12,6	- 21,2	- 20,3
Wohnungsbau	- 26,2	- 25,5	- 23,4	- 33,5	- 24,7	- 24,1	- 21,9	- 31,9
Hochbau ohne Wohnungsbau	- 10,7	- 5,4	- 22,2	- 12,2	- 9,0	- 3,7	- 20,8	- 10,4
Tiefbau	- 5,1	- 7,3	- 5,1	- 7,9	- 4,2	- 6,3	- 4,0	- 6,9
Straßenbau	- 9,3	- 8,9	- 8,6	- 1,6	- 8,6	- 8,3	- 7,8	- 1,2
Tiefbau ohne Straßenbau	- 2,2	- 6,1	- 2,5	- 11,4	- 1,0	- 4,9	- 1,4	- 10,2
Reichweite in Monaten (saisonbereinigt ⁴)								
Auftragsbestand	2000				2001			
	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Früheres Bundesgebiet								
Bauhauptgewerbe insgesamt	2,6	2,7	2,6	2,7	2,7	2,8	2,7	2,4
Hochbau	2,6	2,5	2,5	2,6	2,7	2,8	2,7	2,3
Tiefbau	3,0	2,9	2,9	2,9	2,9	2,9	2,8	2,8
Neue Länder und Berlin-Ost								
Bauindustrie insgesamt	1,9	2,0	1,8	1,9	2,0	2,0	2,0	2,0
Hochbau	1,8	2,0	1,6	1,9	2,0	2,0	2,0	2,0
Tiefbau	2,0	1,9	2,1	1,9	1,8	1,9	2,1	2,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

² Einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten, 1995 = 100.

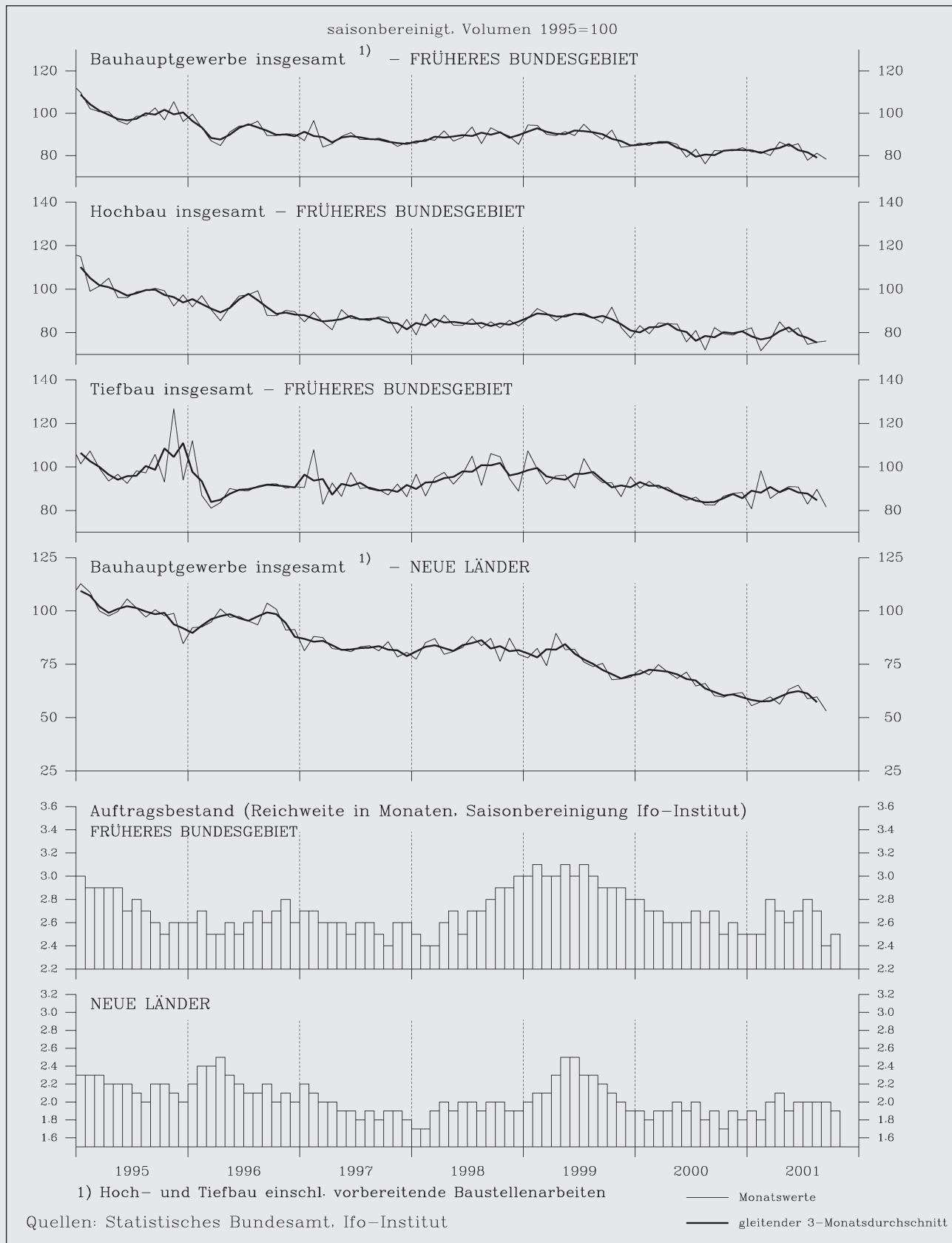
³ Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

⁴ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

3. Produzierendes Gewerbe

3.3 Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes

3.3.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost



4. Privater Konsum (Einzelhandelsumsätze)

	Veränderung gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)							
	Werte				Volumen			
	2001							
	Aug.	Sept.	Okt.	Sept./Okt.	Aug.	Sept.	Okt.	Sept./Okt.
Einzelhandel insgesamt	+ 0,7	0	- 1,8	- 0,6	+ 0,9	- 0,3	- 1,5	- 0,6
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen)	+ 0,3	- 0,8	- 2,6	- 1,9	+ 0,5	- 0,9	- 2,2	- 1,8
	Veränderung gegen Vorjahreszeitraum in % ²							
	Werte				Volumen			
	2001							
	Aug.	Sept.	Okt.	Jan.-Okt.	Aug.	Sept.	Okt.	Jan.-Okt.
Einzelhandel (EH) insgesamt	+ 2,4	- 0,8	+ 4,2	+ 2,0	+ 0,6	- 1,8	+ 2,8	+ 0,3
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen)	+ 2,5	- 1,1	+ 2,4	+ 2,0	+ 0,5	- 2,3	+ 1,1	+ 0,3
EH mit Waren verschiedener Art ^{3,4}	+ 6,9	+ 2,2	+ 5,9	+ 4,1	+ 3,3	- 1,2	+ 2,3	+ 1,2
Hauptrichtung Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	+ 8,7	+ 3,0	+ 7,6	+ 5,2	+ 4,7	- 0,8	+ 3,6	+ 2,0
Sonstige Waren verschiedener Art	- 3,3	- 2,1	- 4,2	- 2,3	- 4,5	- 3,3	- 5,4	- 3,2
Fach-Einzelhandel ⁵ mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ³	+ 3,0	- 7,9	+ 2,8	- 0,5	- 0,7	- 11,2	- 0,9	- 3,5
Apotheken; Fach-Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln ³	+ 7,8	+ 2,2	+ 6,2	+ 6,8	+ 6,2	+ 0,6	+ 4,6	+ 5,6
Sonstiger Fach-Einzelhandel ³	- 2,9	- 2,9	- 1,7	- 1,7	- 3,6	- 3,4	- 2,5	- 2,3
darunter: Bekleidung	- 5,1	+ 5,3	- 4,6	- 0,8	- 5,7	+ 5,0	- 5,1	- 1,0
Möbel, Einrichtungsgegenstände und Hausrat a.n.g.	- 0,7	- 5,5	0	- 1,2	- 2,5	- 7,2	- 1,7	- 2,6
Elektrische Haushalts-, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie Musikinstrumente	- 4,9	- 9,9	- 1,3	- 5,1	- 4,0	- 8,7	0	- 3,9
Metallwaren, Anstrichmittel, Bau- und Heimwerkerbedarf	- 2,6	- 7,7	+ 0,5	- 4,0	- 3,1	- 8,1	+ 0,1	- 4,5
Fach-Einzelhandel a.n.g. ⁶	- 2,7	- 5,8	- 0,9	- 1,5	- 3,1	- 5,7	- 1,3	- 2,0
Antiquitäten und Gebrauchtwaren ³	+ 20,5	+ 0,8	- 6,2	+ 2,2	+ 19,5	0	- 7,0	+ 1,5
Nicht in Verkaufsräumen betriebener Einzelhandel ⁷	- 2,7	- 9,1	- 0,3	+ 2,0	- 3,4	- 3,5	+ 5,9	+ 0,6
Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen, Teilen und Zubehör; Tankstellen	+ 2,0	+ 1,0	+ 11,0	+ 2,1	+ 0,7	- 0,2	+ 9,6	+ 0,7

Quellen: Statistisches Bundesamt.

¹ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

² Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt; Klassifikation WZ 93; 1995 = 100.

³ In Verkaufsräumen.

⁴ Breites bzw. gemischtes Waren sortiment z. B.: Warenhäuser, Supermärkte u. Ä.

⁵ Abgegrenztes Sortiment z. B.: Fachgeschäfte.

⁶ Zum Beispiel feinmechanische und optische Erzeugnisse, Computer, Sport und Freizeitbedarf.

⁷ Zum Beispiel Versandhandel, Verkaufsstände und Märkte.

4. Privater Konsum (Einzelhandelsumsätze)

1995 = 100, saisonbereinigt



5. Außenwirtschaft

	Werte in Mrd. DM					
	2 0 0 0			2 0 0 1		
	Sept.	Okt.	Jan.-Okt.	Sept.	Okt.	Jan.-Okt.
Einfuhr	87,5	97,8	856,4	84,4	94,5	903,9
Ausfuhr	95,8	111,1	959,5	97,1	112,3	1045,0
Saldo der Handelsbilanz	+ 8,3	+ 13,3	+103,1	+ 12,7	+ 17,9	+141,1
Ergänzungen zum Warenverkehr	- 0,9	- 1,7	- 9,8	- 1,2	- 0,8	- 10,2
Dienstleistungen	- 7,5	- 8,5	- 75,4	- 8,0	- 7,4	- 81,1
Erwerbs- und Vermögenseinkommen	- 0,4	+ 1,9	+ 2,3	+ 0,5	+ 4,4	- 4,4
laufenden Übertragungen	- 2,9	- 5,8	- 43,1	- 4,7	- 5,4	- 43,4
Leistungsbilanz	- 3,4	- 0,9	- 23,0	- 0,7	+ 8,6	+ 2,0
Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum ¹						
2 0 0 1						
	2.Vj.	3.Vj.	Aug.	Sept.	Okt.	Jan.-Okt.
in Mrd. DM						
Saldo der Handelsbilanz	+ 6,4	+ 20,3	+ 10,5	+ 4,3	+ 4,6	+ 38,1
Ergänzungen zum Warenverkehr	- 0,4	- 0,3	+ 0,1	- 0,3	+ 0,9	- 0,4
Dienstleistungen	+ 0,8	- 2,4	+ 0,8	- 0,5	+ 1,2	- 5,7
Erwerbs- und Vermögenseinkommen	- 6,7	+ 0,5	+ 3,5	+ 0,9	+ 2,5	- 6,6
laufenden Übertragungen	- 2,1	+ 1,2	+ 2,6	- 1,8	+ 0,4	- 0,3
Leistungsbilanz	- 2,0	+ 19,3	+ 17,5	+ 2,7	+ 9,5	+ 25,0
in %						
Einfuhr	+ 7,9	+ 0,1	- 2,1	- 3,5	- 3,5	+ 5,5
Ausfuhr	+ 9,3	+ 7,2	+ 9,3	+ 1,3	+ 1,1	+ 8,9
Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ²)						
2 0 0 1						
Werte			Volumen ³			
Sept.	Okt.	Sept./Okt.	Aug.	Sept.	Aug. / Sept.	
Einfuhr	+ 1,9	- 2,6	- 0,1	0	+ 0,2	- 0,8
Ausfuhr	- 4,6	+ 0,7	- 2,5	+ 4,5	- 2,6	+ 3,7

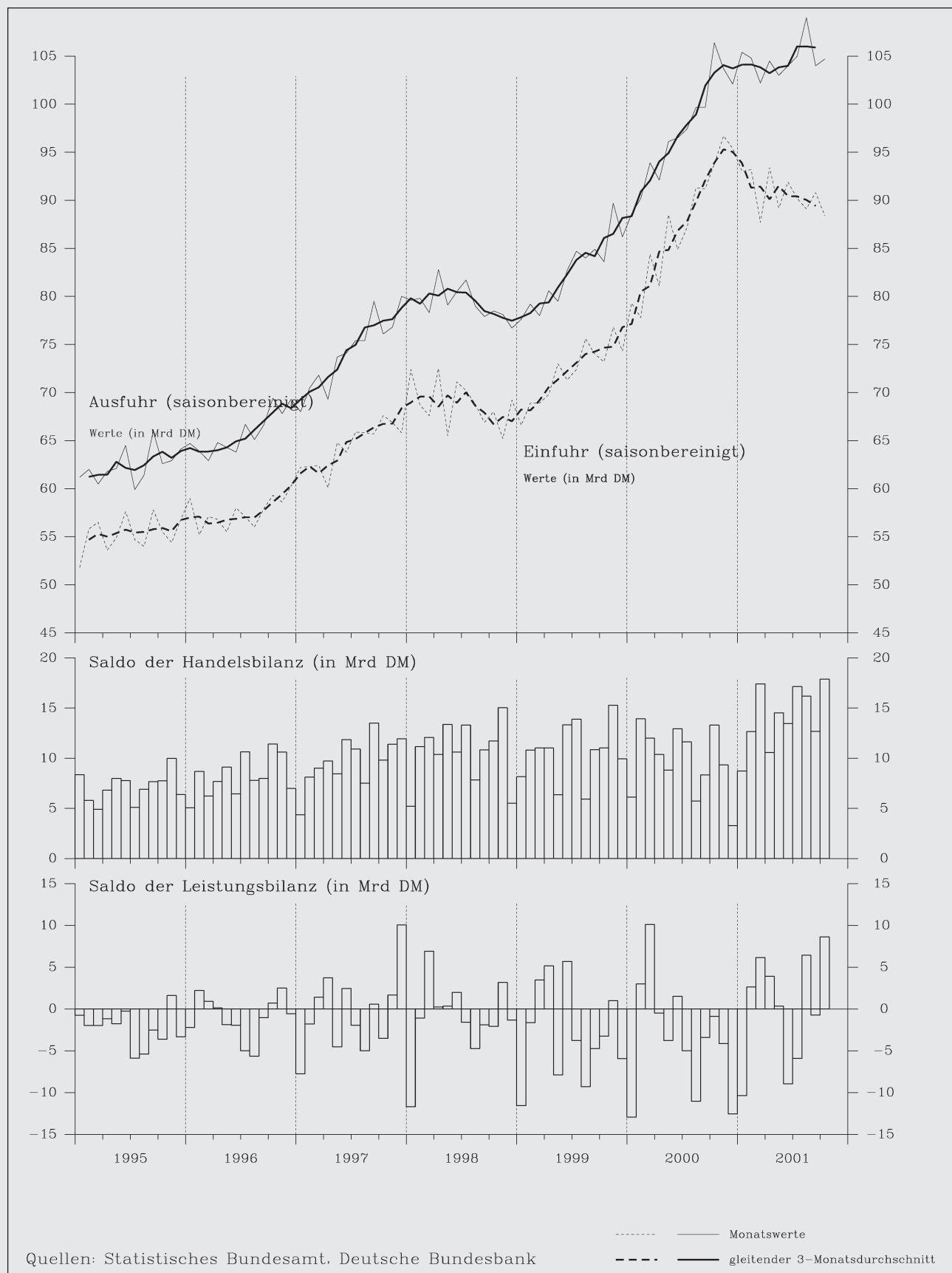
Quellen: Statistisches Bundesamt und Deutsche Bundesbank.

¹ Ursprungszahlen.

² Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

³ Mengen bewertet mit Durchschnittswerten des Jahres 1991; Schätzung der Deutschen Bundesbank.

5. Außenwirtschaft



6. Preise

6.1 Lebenshaltung, Erzeugerpreise, Baupreise

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in %			Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %		
	2001					
	Sept.	Okt.	Nov.	Sept.	Okt.	Nov.
Preisindex für die Lebenshaltung¹⁾						
Insgesamt	0	- 0,3	- 0,2	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,7
Waren	+ 0,4	- 0,5	- 0,3	+ 2,2	+ 1,9	+ 1,2
- Verbrauchsgüter	+ 0,4	- 0,8	- 0,7	+ 3,2	+ 2,7	+ 1,4
darunter:						
Nahrungsmittel	- 0,2	+ 0,1	- 0,6	+ 6,4	+ 6,6	+ 5,4
darunter:						
Saisonwaren ²⁾	- 0,9	+ 0,2	- 2,7	+ 7,2	+ 8,4	+ 4,1
- Gebrauchsgüter mit mittl. Lebensdauer	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,3	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,3
- Langlebige Gebrauchsgüter	0	0	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3
Dienstleistungen	- 0,4	- 0,2	0	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,1
darunter:						
- Wohnungsmiete	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,3
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte³⁾						
Insgesamt	+ 0,1	- 0,9	.	+ 1,9	+ 0,6	.
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie	+ 0,3	- 1,7	.	+ 2,0	- 0,7	.
- Energie	+ 0,8	- 3,9	.	+ 5,9	- 0,5	.
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 0,1	- 0,2	.	- 0,7	- 1,0	.
Investitionsgüterproduzenten	0	+ 0,1	.	+ 1,2	+ 1,2	.
Konsumgüterproduzenten	0	+ 0,1	.	+ 2,6	+ 2,6	.
- Gebrauchsgüterproduzenten	- 0,1	+ 0,2	.	+ 2,3	+ 2,1	.
- Verbrauchsgüterproduzenten	0	+ 0,1	.	+ 2,6	+ 2,8	.
Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte³⁾						
Insgesamt	+ 0,7	- 1,6	.	+ 4,8	+ 1,6	.
Pflanzliche Produkte	+ 2,2	- 2,9	.	+ 6,9	+ 4,3	.
Tierische Produkte	0	- 0,9	.	+ 3,8	+ 0,4	.
2001						
Baupreise³⁾	Febr.	Mai	Aug.	Febr.	Mai	Aug.
	- 0,1	0	- 0,1	+ 0,1	- 0,1	- 0,2
Wohngebäude						
Straßenbau	0	- 0,1	- 0,1	+ 2,0	+ 1,2	+ 0,4

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹⁾ Alle privaten Haushalte, 1995 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose).

²⁾ Obst, Gemüse (einschließlich Kartoffeln), Fische.

³⁾ 1995 = 100.

6. Preise

6.1 Lebenshaltung, Erzeugerpreise, Baupreise



6. Preise

6.2 Weltmarktpreise, Außenwert der DM, Außenhandelspreise

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in %			Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %		
	2 0 0 1					
	Sept.	Okt.	Nov.	Sept.	Okt.	Nov.
Weltmarktpreise für Rohstoffe¹⁾						
Insgesamt	- 1,0	- 12,1	- 6,9	- 16,8	- 25,6	- 31,9
- Nahrungs- und Genußmittel	- 2,7	- 2,4	+ 3,7	- 7,1	- 9,5	- 3,9
- Industrie-Rohstoffe	- 2,5	- 2,5	+ 0,3	- 14,9	- 14,1	- 15,2
- Energierohstoffe (Kohle und Rohöl)	- 0,4	- 16,2	- 10,7	- 18,4	- 30,6	- 39,4
Entwicklung des Außenwertes der DM						
Außenwert der DM gegenüber dem US-Dollar ²⁾	+ 1,2	- 0,6	.	+ 4,5	+ 5,9	.
Effektiver Wechselkurs des Euro gegenüber den Währungen von 13 Ländern ³⁾	+ 0,3	0	.	+ 6,3	+ 7,8	.
Außenhandelspreise²⁾						
Einfuhrpreise insgesamt	- 0,5	- 1,6	.	- 3,6	- 5,6	.
darunter:						
Güter der Ernährungswirtschaft	0	- 0,4	.	+ 3,0	+ 0,7	.
Güter der gewerblichen Wirtschaft	- 0,6	- 1,8	.	- 4,4	- 6,4	.
- Rohstoffe und Halbwaren	- 1,8	- 7,4	.	- 14,9	- 21,2	.
- Fertigwaren	- 0,2	- 0,1	.	- 0,6	- 1,1	.
Ausfuhrpreise insgesamt	- 0,1	- 0,3	.	- 0,3	- 0,8	.
Terms of Trade	+ 0,4	+ 1,4	.	+ 3,5	+ 5,0	.

Quellen: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Deutsche Bundesbank und Statistisches Bundesamt.

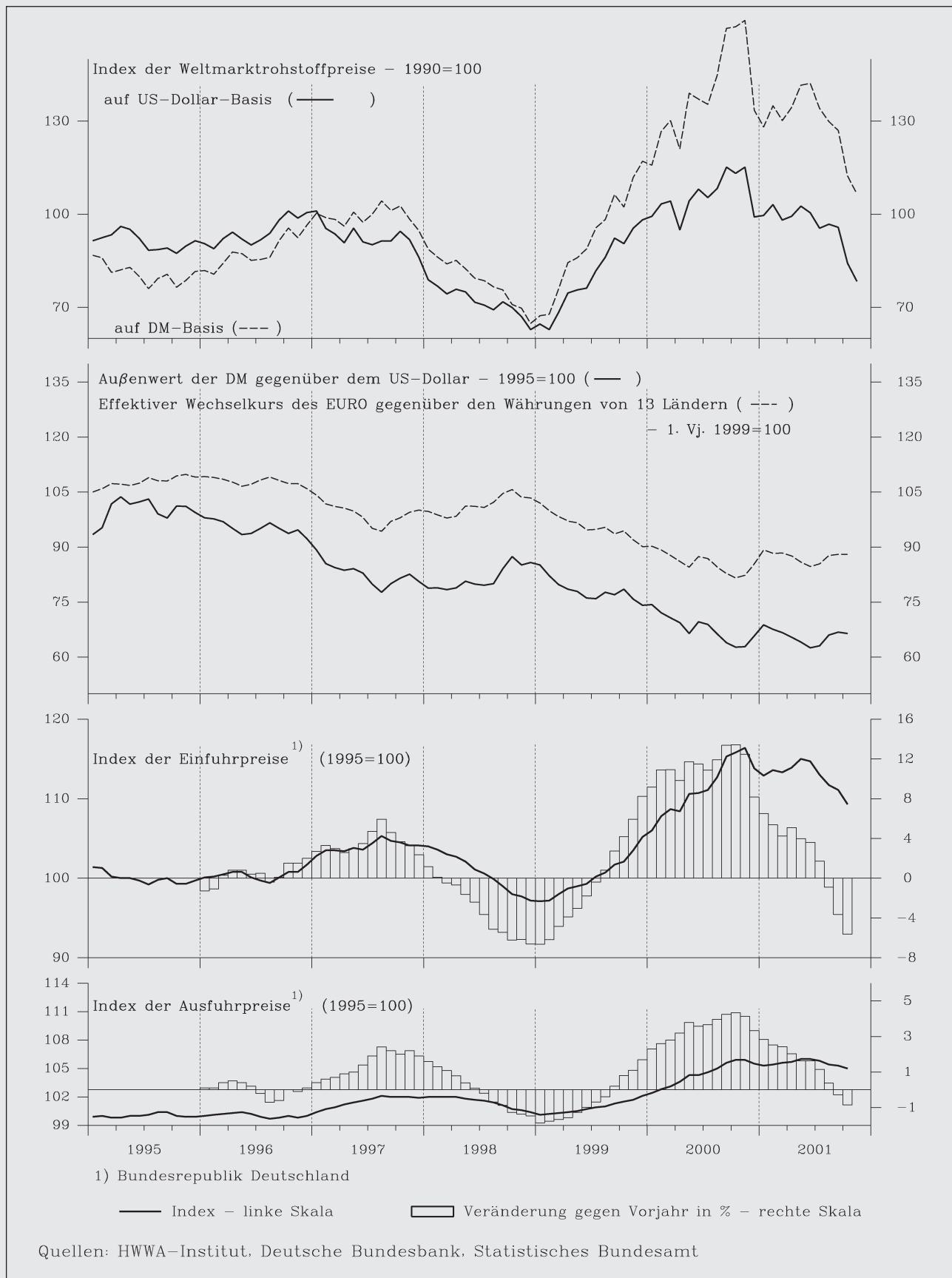
¹⁾ HWWA-Index auf US-Dollar-Basis, 1990 = 100.

²⁾ 1995 = 100.

³⁾ 1999 = 100.

6. Preise

6.2 Weltmarktpreise, Außenwert der DM, Außenhandelspreise



7. Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1970 bis 2000

7.1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland		Arbeitslose nach BA	Arbeitslosenquote ²	Ausländische Erwerbspersonen	Bruttoinlandsprodukt (real)					
	Mio.	Veränderung in % p. a.				Erwerbsquote ¹	in %	Mio.	in %	Mio.	gesamt
1970	26,6	1,3	44,0	0,15	0,6	1,82		5,0	3,7	4,1	25,5
1971	26,7	0,4	43,8	0,19	0,7	2,14		3,1	2,6	3,9	26,2
1972	26,8	0,4	43,8	0,25	0,9	2,31		4,3	3,8	4,7	25,4
1973	27,1	1,1	44,1	0,27	1,0	2,52		4,8	3,6	4,7	23,9
1974	26,7	- 1,2	44,0	0,58	2,1	2,53		0,2	1,4	2,8	21,6
1975	26,0	- 2,7	43,8	1,07	3,9	2,29		- 1,3	1,5	3,0	20,4
1976	25,9	- 0,5	43,8	1,06	3,9	2,12		5,3	5,9	4,7	20,1
1977	25,9	0,1	43,9	1,03	3,9	2,06		2,8	2,7	3,6	20,3
1978	26,1	0,8	44,2	0,99	3,7	2,06		3,0	2,2	3,2	20,6
1979	26,6	1,7	44,7	0,88	3,3	2,12		4,2	2,5	3,1	21,7
1980	27,0	1,6	45,3	0,89	3,3	2,23		1,0	- 0,6	0,0	22,6
1981	27,0	- 0,1	45,8	1,27	4,7	2,18		0,1	0,2	0,9	21,6
1982	26,6	- 1,2	46,2	1,83	6,7	2,15		- 0,9	0,3	0,4	20,4
1983	26,3	- 1,4	46,4	2,26	8,1	2,11		1,8	3,2	3,5	20,4
1984	26,3	0,2	46,7	2,27	8,1	2,03		2,8	2,6	3,0	20,0
1985	26,5	0,7	47,2	2,30	8,2	1,97		2,0	1,3	2,0	19,5
1986	26,9	1,4	47,6	2,23	7,9	1,97		2,3	0,9	1,8	19,4
1987	27,1	0,7	47,9	2,23	7,9	2,00		1,5	0,7	2,2	19,4
1988	27,3	0,8	48,0	2,24	7,7	2,05		3,7	2,9	3,6	19,6
1989	27,7	1,5	47,8	2,04	7,1	2,08		3,6	2,1	3,0	20,2
1990	28,5	3,0	48,0	1,88	6,5	2,24		5,7	2,7	3,5	20,9
1991	29,2	2,5	48,2	1,69	5,7	2,61		5,0	2,5	3,7	21,3
1991	38,5	.	51,3	2,60	7,3	23,8
1992	37,9	- 1,5	50,7	2,98	7,7	.	2,2	3,8	2,7	24,0	
1993	37,4	- 1,3	50,2	3,42	8,9	.	- 1,1	0,3	1,6	23,0	
1994	37,3	- 0,2	50,4	3,70	9,6	.	2,3	2,5	2,6	23,1	
1995	37,4	0,2	50,2	3,61	9,4	.	1,7	1,5	2,8	22,4	
1996	37,3	- 0,3	50,4	3,97	10,4	.	0,8	0,8	2,2	21,8	
1997	37,2	- 0,2	50,7	4,38	11,4	.	1,4	1,6	2,0	21,4	
1998	37,6	1,1	51,1	4,28	11,1	.	2,0	0,9	1,3	21,4	
1999	38,1	1,3	51,4	4,10	10,5	.	1,8	0,6	1,3	21,6	
2000	38,7	1,6	51,8	3,89	9,6	.	3,0	1,4	2,3	21,6	
1975/1970	26,7	- 0,4	43,9	0,47	1,7	2,36	2,2	2,6	3,8	23,5	
1980/1975	26,3	0,7	44,4	0,97	3,6	2,12	3,3	2,5	2,9	21,1	
1985/1980	26,5	- 0,4	46,4	1,99	7,1	2,09	1,2	1,5	2,0	20,4	
1990/1985	27,5	1,5	47,9	2,12	7,4	2,07	3,4	1,9	2,8	19,9	
1995/1990	37,7	.	50,6	3,26	8,6	23,3	
1996/1991	37,4	- 0,6	50,4	3,53	9,2	.	1,2	1,8	2,4	22,9	
2000/1995	37,8	0,7	51,1	4,12	10,6	.	1,8	1,1	1,8	21,6	
1980/1970	26,5	0,2	44,1	0,72	2,7	2,24	2,7	2,6	3,4	22,3	
1985/1975	26,4	0,2	45,4	1,48	5,4	2,10	2,2	2,0	2,5	20,7	
1990/1980	27,0	0,5	47,2	2,06	7,3	2,08	2,3	1,7	2,4	20,1	

¹ Erwerbstätige im Inland + Arbeitslose in % der Wohnbevölkerung.

² Arbeitslose nach BA in % der zivilen Erwerbspersonen nach BA.

³ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

7. Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1970 bis 2000

7.2 Preise¹

Jahr	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlands- nachfrage	Konsum der Privaten Haushalte	Preisindex für die Lebens- haltung ^{2,3} Veränderung in % p. a.	Lohnstück- kosten ⁴	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Verdienst je Arbeitnehmer
1970	7,7	10,6	6,1	3,5	3,4	11,8	13,1	15,3
1971	7,7	3,3	7,2	5,1	5,3	8,5	11,0	11,1
1972	5,3	0,3	5,3	5,6	5,5	5,5	9,8	9,0
1973	6,4	- 1,2	6,5	6,5	6,9	7,9	11,4	11,0
1974	7,0	- 6,8	8,0	7,1	7,0	9,8	7,3	10,8
1975	5,7	2,0	5,5	6,0	6,0	5,4	4,3	6,2
1976	3,6	- 2,5	4,2	4,2	4,3	1,7	9,1	6,9
1977	3,7	0,1	3,7	3,3	3,7	3,8	6,7	6,8
1978	4,3	3,4	3,6	2,6	2,7	3,2	7,4	5,3
1979	3,8	- 3,4	4,7	4,2	4,1	3,2	8,2	5,7
1980	5,0	- 5,8	6,6	5,8	5,4	7,4	6,0	6,6
1981	4,2	- 5,4	5,4	6,2	6,3	4,6	4,3	4,8
1982	4,4	0,7	4,1	5,1	5,2	4,0	3,5	3,9
1983	3,3	1,0	3,0	3,2	3,3	0,4	5,1	3,2
1984	2,1	- 1,7	2,5	2,5	2,4	0,7	4,9	3,0
1985	2,1	0,1	2,0	1,8	2,0	1,6	4,1	2,9
1986	3,2	11,3	0,4	- 0,6	- 0,1	2,7	5,6	3,6
1987	1,9	3,9	1,1	0,5	0,2	2,4	3,4	3,1
1988	1,5	0,1	1,4	1,3	1,3	0,1	5,3	3,0
1989	2,4	- 2,3	3,0	2,9	2,8	0,7	6,1	3,0
1990	3,2	0,7	3,1	2,7	2,7	2,0	9,1	4,7
1991	3,9	- 0,9	4,3	3,7	3,5	3,3	9,1	5,9
1991
1992	5,0	2,2	4,5	4,4	5,0	6,4	7,4	10,4
1993	3,7	1,7	3,2	3,8	4,5	3,8	2,5	4,4
1994	2,5	0,4	2,4	2,5	2,7	0,5	4,9	2,0
1995	2,0	1,2	1,7	1,8	1,7	2,1	3,8	3,2
1996	1,0	- 0,4	1,1	1,7	1,4	0,2	1,8	1,4
1997	0,7	- 1,8	1,2	2,0	1,9	- 0,7	2,1	0,3
1998	1,1	2,0	0,6	1,1	1,0	0,2	3,1	1,0
1999	0,5	0,4	0,3	0,3	0,6	0,6	2,3	1,4
2000	- 0,4	- 4,5	1,1	1,4	1,9	- 0,2	2,6	1,6
1975/1970	6,4	- 0,5	6,5	6,1	6,1	7,4	8,7	9,6
1980/1975	4,1	- 1,7	4,6	4,0	4,0	3,9	7,5	6,2
1985/1980	3,2	- 1,1	3,4	3,7	3,8	2,2	4,4	3,6
1990/1985	2,4	2,6	1,8	1,4	1,4	1,6	5,9	3,5
1995/1990
1996/1991	2,8	1,0	2,6	2,8	3,1	2,6	4,1	4,2
2000/1995	0,6	- 0,9	0,9	1,3	2,2	0,0	2,4	1,1
1980/1970	5,2	- 1,1	5,5	5,0	5,1	5,6	8,1	7,9
1985/1975	3,6	- 1,4	4,0	3,9	3,9	3,0	5,9	4,9
1990/1980	2,8	0,8	2,6	2,5	2,6	1,9	5,1	3,5

¹ 1970 – 1. Angabe 1991 Früheres Bundesgebiet: Preisbasis 1991; ab 2. Angabe 1991 Deutschland: Preisbasis 1995.

² Gerechnet nach Messzahlen des jeweiligen Originalbasisjahrs.

³ Ab 1963 alle privaten Haushalte.

⁴ Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer, dividiert durch das reale BIP je Erwerbstägigen (Inlandskonzept).

7. Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1970 bis 2000

7.3 Außenwirtschaft

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. DM			Anteile am BIP in %		
1970	10,5	14,7	13,73	3,23	21,2	19,1	2,0	0,5
1971	8,9	10,0	13,43	2,26	20,8	19,0	1,8	0,3
1972	9,1	7,6	16,65	4,24	20,6	18,6	2,0	0,5
1973	18,0	13,3	26,93	12,79	21,8	18,9	2,9	1,4
1974	29,7	24,6	43,76	26,29	26,4	22,0	4,4	2,7
1975	- 2,5	3,4	30,05	11,65	24,7	21,8	2,9	1,1
1976	13,5	17,4	25,44	7,91	25,7	23,4	2,3	0,7
1977	5,8	5,2	28,61	8,46	25,5	23,1	2,4	0,7
1978	4,5	3,6	32,39	17,06	24,8	22,3	2,5	1,3
1979	9,4	18,5	9,30	- 9,39	25,1	24,4	0,7	- 0,7
1980	11,8	16,8	- 6,85	- 28,50	26,4	26,9	- 0,5	- 1,9
1981	13,4	8,3	12,32	- 11,76	28,7	27,9	0,8	- 0,8
1982	7,5	1,7	38,14	10,47	29,9	27,5	2,4	0,7
1983	1,1	2,3	33,51	11,74	28,7	26,7	2,0	0,7
1984	11,8	10,5	43,26	21,53	30,6	28,2	2,5	1,2
1985	10,5	7,3	63,87	41,07	32,5	29,0	3,5	2,3
1986	- 2,1	- 9,1	99,91	79,55	30,2	25,0	5,2	4,1
1987	- 0,7	- 0,8	99,96	79,70	29,0	23,9	5,0	4,0
1988	7,5	7,0	109,71	86,27	29,6	24,3	5,2	4,1
1989	13,2	14,0	120,14	103,93	31,5	26,1	5,4	4,7
1990	11,0	9,6	141,95	78,78	32,1	26,3	5,9	3,2
1991	14,1	15,6	152,16	- 7,65	33,6	27,8	5,7	- 0,3
1991	.	.	- 6,88	- 34,61	26,3	26,5	- 0,2	- 1,2
1992	0,2	0,3	- 7,78	- 25,08	24,5	24,8	- 0,2	- 0,8
1993	- 4,8	- 6,5	5,69	- 19,16	22,8	22,6	0,2	- 0,6
1994	8,6	8,0	10,78	- 44,48	23,6	23,3	0,3	- 1,3
1995	7,8	6,4	22,70	- 32,46	24,5	23,8	0,6	- 0,9
1996	5,2	3,6	37,27	- 14,32	25,3	24,3	1,0	- 0,4
1997	12,6	11,7	50,16	- 3,34	27,9	26,5	1,4	- 0,1
1998	7,1	7,0	54,95	- 9,91	29,0	27,6	1,5	- 0,3
1999	4,8	7,2	32,90	- 29,96	29,7	28,9	0,9	- 0,8
2000	16,5	18,5	15,55	- 7,70	33,7	33,3	0,4	- 0,2
1975/1970	12,1	11,6	26,16	11,45	22,9	20,0	2,8	1,2
1980/1975	8,9	12,1	17,78	- 0,89	25,5	24,0	1,5	0,0
1985/1980	8,8	6,0	38,22	14,61	30,1	27,9	2,2	0,8
1990/1985	5,6	3,8	114,33	85,65	30,5	25,1	5,3	4,0
1995/1990	.	.	4,90	- 31,16	24,3	24,2	0,1	- 1,0
1996/1991	3,3	2,2	13,73	- 27,10	24,1	23,7	0,4	- 0,8
2000/1995	9,1	9,5	38,17	- 13,05	29,1	28,1	1,0	- 0,3
1980/1970	10,5	11,8	21,97	5,28	24,2	22,0	2,2	0,6
1985/1975	8,9	9,0	28,00	6,86	27,8	25,9	1,9	0,4
1990/1980	7,2	4,9	76,28	50,13	30,3	26,5	3,8	2,4

7. Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1970 bis 2000

7.4 Einkommensverteilung

Jahr	Volks- einkommen	Unterneh- mens und Vermögens einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und Gehälter (je Arbeit- nehmer)	Reallöhne (netto) ³	Arbeits- produktivität (je Erwerbs- tätigen Inland)
				unbereinigt ¹	bereinigt ²			
				in %	in %			
						Veränderung in % p. a.		
1970	14,6	6,9	18,6	68,0	68,0	15,3	9,1	3,7
1971	10,5	4,6	13,3	69,7	68,9	11,1	4,1	2,6
1972	9,8	7,6	10,7	70,3	69,0	9,0	3,7	3,8
1973	12,0	7,8	13,7	71,4	69,7	11,0	1,0	3,6
1974	6,8	- 2,3	10,5	73,9	71,7	10,8	2,2	1,4
1975	4,0	2,9	4,4	74,2	71,9	6,2	0,6	1,5
1976	9,7	14,8	7,9	72,9	70,2	6,9	0,3	5,9
1977	6,3	3,3	7,4	73,7	70,5	6,8	2,4	2,7
1978	7,9	11,0	6,8	72,9	69,4	5,3	3,6	2,2
1979	7,6	6,2	8,2	73,3	69,4	5,7	2,0	2,5
1980	5,1	- 4,7	8,7	75,8	71,6	6,6	- 0,6	- 0,6
1981	3,5	- 0,7	4,9	76,8	72,4	4,8	- 1,5	0,2
1982	2,9	2,3	3,1	76,9	72,5	3,9	- 1,9	0,3
1983	5,3	15,8	2,1	74,6	70,4	3,2	- 0,8	3,2
1984	5,4	10,5	3,7	73,4	69,2	3,0	- 0,6	2,7
1985	4,4	6,0	3,9	73,0	68,7	2,9	- 0,1	1,3
1986	6,5	9,9	5,2	72,1	67,8	3,6	4,5	0,9
1987	3,5	1,7	4,2	72,6	68,1	3,1	1,7	0,7
1988	5,5	9,6	4,0	71,5	67,0	3,0	2,0	2,9
1989	6,3	10,7	4,5	70,3	65,8	3,0	- 0,9	2,1
1990	8,9	11,4	7,8	69,6	64,9	4,7	4,9	2,7
1991	7,9	7,9	8,0	69,6	64,8	5,9	- 0,8	2,5
1991	.	.	.	72,5	72,5	.	.	.
1992	6,5	1,6	8,3	73,7	74,0	10,4	4,1	3,8
1993	1,1	- 2,6	2,4	74,7	75,2	4,4	0,9	0,3
1994	3,7	7,4	2,5	73,8	74,5	2,0	- 2,3	2,5
1995	4,3	6,1	3,6	73,3	74,1	3,2	- 1,0	1,5
1996	1,7	3,9	0,9	72,8	73,6	1,4	- 1,8	1,1
1997	1,7	5,0	0,4	71,9	72,8	0,3	- 3,2	1,6
1998	2,7	4,1	2,1	71,5	72,5	1,0	0,1	0,9
1999	1,5	- 1,4	2,7	72,3	73,1	1,4	- 1,7	0,6
2000	2,9	2,6	2,9	72,3	73,1	1,6	4,1	1,4
1975/1970	8,6	4,0	10,5	71,9	70,2	9,6	2,3	2,6
1980/1975	7,3	5,9	7,8	73,7	70,2	6,2	1,5	2,5
1985/1980	4,3	6,6	3,5	74,9	70,6	3,6	- 1,0	1,5
1990/1985	6,1	8,6	5,1	71,2	66,7	3,5	2,4	1,9
1995/1990	.	.	.	73,6	74,0	.	.	.
1996/1991	3,4	3,2	3,5	73,7	74,3	4,2	0,0	1,8
2000/1995	2,1	2,8	1,8	72,1	73,0	1,1	- 0,5	1,1
1980/1970	7,9	5,0	9,1	72,8	70,2	7,9	1,9	2,6
1985/1975	5,8	6,3	5,6	74,3	70,4	4,9	0,3	2,0
1990/1980	5,2	7,6	4,3	73,1	68,7	3,5	0,7	1,7

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis: 1970, für Gesamtdeutschland 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer), im Früheren Bundesgebiet deflationiert mit der Preisrate des Konsums der Privaten Haushalte (1991 = 100) in Deutschland insgesamt deflationiert mit der Preisrate des Konsums der Privaten Haushalte (1995 = 100).

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1. Kreditmarktmittel des Bundes nach Eingliederung der Sondervermögen¹

I. Schuldentart

	Stand 31. Oktober 2001	Zunahme Mio. DM	Abnahme Mio. DM	Stand 30. November 2001 ²
Anleihen ³	831 929	0	0	831 929
Bundesobligationen	241 937	13 841	16 000	239 778
Bundesschatzbriefe ⁴	55 282	493	4 178	51 597
Bundesschatzanweisungen	108 011	0	0	108 011
Unverzinsliche Schatzanweisungen	38 096	0	0	38 096
Finanzierungsschätz ⁵	3 352	180	295	3 237
Schuldscheindarlehen ⁶	92 709	1 116	3 648	90 177
Medium Term Notes Treuhand	2 102	0	232	1 870
Gesamte umlaufende Schuld⁷	1 373 418		8 722	1 364 696

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand 31. Oktober 2001	Zunahme Mio. DM	Abnahme Mio. DM	Stand 30. November 2001 ²
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	226 099	380		226 479
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	524 674		18 598	506 076
langfristig (mehr als 4 Jahre)	622 645	9 496		632 141
Gesamte umlaufende Schuld⁷	1 373 418		8 722	1 364 696

¹ Unter Berücksichtigung des Gesetzes zur Eingliederung der Schulden der Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Ausgleichsfonds Steinkohle und Bundeseisenbahnvermögen in die Bundesschuld vom 21. Juni 1999.

² Vorläufig.

³ Anleihen des Bundes, des Bundes eisenbahnvermögens und der Treuhandanstalt.

⁴ Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

⁵ 1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätz.

⁶ Schuldscheindarlehen des Bundes, des Bundes eisenbahnvermögens, des Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes, des Kreditabwicklungs fonds, der Treuhandanstalt und des Erblasttilgungsfonds einschließlich der Vertragskredite des Bundes eisenbahnvermögens.

⁷ Einschließlich Eigenbestände.

2. Gewährleistungen

	Soll in Mrd. DM 2001	September 2001	in Mrd. DM September 2000
Ausfuhr	230	201,7	205,3
Internationale Finanzinstitute	65	61,9	61,3
Kapitalanlagen	65	49,7	45,1
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen	151	91,4	95,6

3. Veröffentlichungskalender der finanzwirtschaftlichen Daten nach IWF-Standard SDDS

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
2002 Januar	Dezember 2001	8. Februar 2002
Februar	Januar 2002	25. Februar 2002
März	Februar 2002	25. März 2002
April	März 2002	25. April 2002
Mai	April 2002	27. Mai 2002
Juni	Mai 2002	24. Juni 2002
Juli	Juni 2002	25. Juli 2002
August	Juli 2002	26. August 2002
September	August 2002	26. September 2002
Oktober	September 2002	25. Oktober 2002
November	Oktober 2002	25. November 2002
Dezember	November 2002	23. Dezember 2002

4. Bundeshaushalt 1997 bis 2002

Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	1997 Ist Mrd. DM	1998 Ist Mrd. DM	1999 Ist Mrd. DM	2000 Ist Mrd. DM	2001 Soll Mrd. DM	2001 Soll Mrd. €	2002 Soll Mrd. €
1. Ausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	441,9 - 3,0	456,9 3,4	482,8 5,7	478,0 - 1,0	477,0 - 0,2	243,9 - 0,2	247,5 1,5
2. Einnahmen Veränderung gegen Vorjahr in %	378,4 0,4	400,3 5,8	431,5 7,8	431,3 - 0,1	433,2 0,4	221,5 0,4	223,8 1,0
darunter: Steuereinnahmen Veränderung gegen Vorjahr in %	331,1 - 2,2	341,5 3,1	376,3 10,2	388,8 3,3	384,6 - 1,1	196,6 - 1,1	199,2 1,3
3. Finanzierungsdefizit	- 63,5	- 56,6	- 51,3	- 46,7	- 43,8	- 22,4	- 23,7
Zusammensetzung des Finanzierungsdefizits							
4. Bruttokreditaufnahme (-)	252,6	243,3	281,8	292,8	335,0	171,3	179,4
5. Tilgungen (+)	188,9	186,8	230,7	246,3	291,3	148,9	158,3
6. Nettokreditaufnahme	- 63,7	- 56,4	- 51,1	- 46,5	- 43,7	- 22,4	- 21,1
7. Münzeinnahmen	- 0,3	- 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,1	- 2,7
8. Finanzierungsdefizit in % der Ausgaben	- 63,4 14,3	- 56,6 12,4	- 51,3 10,6	- 46,7 9,8	- 43,8 9,2	- 22,4 9,2	- 23,7 9,6
Nachrichtlich:							
Investive Ausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	56,4 - 7,6	57,1 1,3	56,0 - 2,0	55,1 - 1,6	58,0 5,2	29,7 5,2	25,0 - 15,8
darunter: Bundesanteil am Bundesbankgewinn	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	3,6	3,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
Stand: November 2001.

5. Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 1997 bis 2002

Ausgabeart	1997 Ist	1998 Ist	1999 Ist Mio. €	2000 Ist	2001 Soll	2002 Soll
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 836	26 653	26 963	26 517	27 002	27 132
Aktivitätsbezüge	20 697	20 481	20 705	20 275	20 647	20 620
Ziviler Bereich	8 205	8 300	8 387	8 196	8 498	8 374
Militärischer Bereich	12 493	12 181	12 318	12 079	12 149	12 246
Versorgung	6 139	6 172	6 258	6 242	6 355	6 513
Ziviler Bereich	2 467	2 545	2 555	2 572	2 527	2 591
Militärischer Bereich	3 672	3 628	3 703	3 670	3 829	3 922
Laufender Sachaufwand	19 469	19 719	20 432	20 822	16 926	16 069
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 690	1 786	1 655	1 641	1 593	1 592
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	6 934	7 493	7 750	7 335	7 654	7 331
Sonstiger laufender Sachaufwand	10 844	10 440	11 028	11 846	7 679	7 147
Zinsausgaben	27 308	28 720	41 087	39 149	39 369	38 887
an andere Bereiche	27 308	28 720	41 087	39 149	39 369	38 887
Sonstige	27 308	28 720	41 087	39 149	39 369	38 887
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	27 263	28 675	41 042	39 104	39 324	38 841
an Ausland	4	3	3	3	4	4
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	122 632	128 618	129 156	126 846	130 949	138 443
an Verwaltungen	29 512	29 300	16 311	16 106	13 492	14 859
Länder	5 524	5 685	5 568	5 650	5 862	5 921
Gemeinden	180	233	242	194	248	221
Sondervermögen	23 806	23 379	10 499	10 259	7 380	8 715
Zweckverbände	2	2	2	2	2	2
an andere Bereiche	93 120	99 319	112 845	110 740	117 457	123 584
Unternehmen	9 181	9 338	13 488	13 275	16 984	16 874
Renten, Unterstützungen u. Ä. an natürliche Personen	25 131	24 819	24 305	21 455	19 554	20 651
an Sozialversicherung	55 603	61 866	71 651	72 590	77 331	82 311
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	750	743	749	746	668	783
an Ausland	2 455	2 552	2 652	2 674	2 919	2 965
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	196 245	203 710	217 639	213 333	214 246	220 532
Ausgaben der Kapitalrechnung*						
Sachinvestitionen	6 224	6 925	7 110	6 732	7 181	6 803
Baumaßnahmen	5 245	5 737	5 976	5 580	5 916	5 586
Erwerb von beweglichen Sachen	648	794	819	779	840	787
Grunderwerb	331	394	314	373	425	430
Vermögensübertragungen	16 417	18 339	17 831	19 506	18 269	14 351
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	15 538	17 636	17 225	16 579	17 662	13 905
an Verwaltungen	10 491	10 476	10 275	10 011	9 678	5 980
Länder	10 373	10 360	10 166	9 925	9 584	5 878
Gemeinden und Gemeindeverbände	119	116	109	86	94	102
an andere Bereiche	5 047	7 161	6 950	6 568	7 984	7 924
Sonstige – Inland	3 205	5 335	5 074	4 729	6 137	6 028
Ausland	1 841	1 826	1 876	1 839	1 847	1 897
Sonstige Vermögensübertragungen	879	703	606	2 926	608	446
an Verwaltungen	154	18	-6	0	0	0
Länder	0	0	-6	0	0	0
an andere Bereiche	725	685	611	2 926	608	446
Unternehmen – Inland	342	313	222	101	167	0
Sonstige – Inland	209	216	186	2 542	202	196
Ausland	173	156	203	284	239	250

noch 5. Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 1997 bis 2002

Ausgabeart	1997 Ist	1998 Ist	1999 Ist Mio. €	2000 Ist	2001 Soll	2002 Soll
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen						
Darlehensgewährung an Verwaltungen	7 064	4 645	4 290	4 835	4 806	4 334
Länder	6 345	3 964	3 661	4 205	4 123	3 699
Gemeinden	570	516	487	197	176	147
an andere Bereiche	562	510	485	195	175	147
Sonstige Inland (auch Gewährleistungen)	9	6	1	1	1	1
Ausland	5 775	3 448	3 174	4 008	3 947	3 552
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	4 429	2 130	1 981	2 998	2 894	2 564
Inland	1 346	1 318	1 194	1 010	1 054	988
Ausland	719	681	629	630	683	634
Darlehensrückzahlungen an Verwaltungen	13	3	1	19	39	52
Ausland	706	678	628	611	644	583
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung*	0	0	0	0	0	0
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung*	29 705	29 909	29 231	31 072	30 257	25 487
Globale Mehr-/Minderausgaben	-1	0	0	0	-616	1 481
Ausgaben zusammen	225 950	233 619	246 869	244 405	243 886	247 500
Abschluss der Ausgaben						
Summe Ausgaben	225 950	233 619	246 869	244 405	243 886	247 500
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	196 245	203 710	217 639	213 333	214 246	220 532
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	29 705	29 909	29 231	31 072	30 257	25 487
Globalansätze – soweit nicht aufgeteilt –	-1	0	0	0	-616	1 481
Finanzierungsrechnung						
Haushaltstechnische Verrechnungen	175	155	139	134	0	0
Rechnungsmäßige Abschlusssumme	226 124	233 774	247 009	244 539	243 886	247 500
* Darunter: Investive Ausgaben	28 826	29 206	28 625	28 146	29 649	25 041

6. Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Haushaltssoll 2002

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personalausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
0 Allgemeine Dienste	47 634	43 553	24 825	12 367	0	6 361
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	8 898	8 371	4 108	1 304	0	2 958
02 Auswärtige Angelegenheiten	5 596	2 711	431	104	0	2 176
03 Verteidigung	27 485	27 185	16 167	10 183	0	835
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 357	2 142	1 639	486	0	18
05 Rechtsschutz	328	292	215	66	0	10
06 Finanzverwaltung	2 970	2 853	2 265	224	0	364
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	10 944	8 068	447	674	0	6 947
13 Hochschulen	2 153	1 028	7	5	0	1 016
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 089	1 089	0	0	0	1 089
15 Sonstiges Bildungswesen	498	420	9	81	0	330
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	6 778	5 282	431	582	0	4 269
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	426	250	1	6	0	243
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	105 997	104 599	169	402	0	104 027
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	79 738	79 738	0	0	0	79 738
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. ä.	6 477	6 017	0	0	0	6 017
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	4 910	4 645	0	266	0	4 379
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	13 678	13 524	41	71	0	13 412
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	114	114	0	0	0	114
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 080	561	128	66	0	367
3 Gesundheit und Sport	1 012	631	239	197	0	195
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	353	301	140	99	0	63
312 Krankenhäuser und Heilstätten	0	0	0	0	0	0
319 Übrige Bereiche aus 31	353	301	140	99	0	63
32 Sport	196	85	0	7	0	78
33 Umwelt- und Naturschutz	224	143	64	39	0	40
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	239	101	35	52	0	14
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 075	922	2	3	0	917
41 Wohnungswesen	1 611	881	0	3	0	878
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	0	0	0	0	0	0
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	55	41	2	0	0	38
44 Städtebauförderung	408	0	0	0	0	0
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 316	692	24	124	0	544
52 Verbesserung der Agrarstruktur	915	356	0	2	0	354
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	178	178	0	56	0	122
533 Gasölverbilligung	0	0	0	0	0	0
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	178	178	0	56	0	122
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	223	158	24	65	0	68
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	7 459	4 200	62	356	0	3 782
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	347	329	0	210	0	119
621 Kernenergie	119	119	0	0	0	119
622 Erneuerbare Energieformen	0	0	0	0	0	0
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	228	210	0	210	0	0
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	3 365	3 331	0	5	0	3 327
64 Handel	90	90	0	56	0	34
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	1 181	176	0	0	0	176
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	3 633	425	62	61	0	302

noch 6. Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Haushaltssoll 2002

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben der Kapitalrechnung*	Sachinvestitionen	Vermögensübertragungen	Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen	* Darunter: Investive Ausgaben
0 Allgemeine Dienste	4 081	1 108	1 402	1 571	4 031
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	527	525	2	0	527
02 Auswärtige Angelegenheiten	2 885	42	1 273	1 570	2 878
03 Verteidigung	300	174	126	0	256
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	215	215	0	0	215
05 Rechtsschutz	37	37	0	0	37
06 Finanzverwaltung	117	115	1	1	117
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	2 876	89	2 787	0	2 868
13 Hochschulen	1 125	1	1 124	0	1 125
14 Förderung von Schülern, Studenten	0	0	0	0	0
15 Sonstiges Bildungswesen	78	4	75	0	78
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	1 496	83	1 413	0	1 488
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	177	0	176	0	177
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	1 398	14	1 380	4	1 028
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	0	0	0	0	0
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. ä.	460	0	460	0	460
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	265	3	260	2	15
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	154	4	147	3	33
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	0	0	0	0	0
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	519	6	513	0	519
3 Gesundheit und Sport	381	204	176	0	375
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	52	48	4	0	52
312 Krankenhäuser und Heilstätten	0	0	0	0	0
319 Übrige Bereiche aus 31	52	48	4	0	52
32 Sport	110	0	110	0	110
33 Umwelt- und Naturschutz	81	28	53	0	75
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	137	129	9	0	137
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 153	0	983	170	1 153
41 Wohnungswesen	731	0	560	170	731
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	0	0	0	0	0
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	15	0	15	0	15
44 Städtebauförderung	408	0	408	0	408
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	623	4	616	3	623
52 Verbesserung der Agrarstruktur	559	0	559	0	559
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	0	0	0	0	0
533 Gasölverbilligung	0	0	0	0	0
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	0	0	0	0	0
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	65	4	58	3	65
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	3 259	3	1 056	2 201	3 259
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	18	0	18	0	18
621 Kernenergie	0	0	0	0	0
622 Erneuerbare Energieformen	0	0	0	0	0
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	18	0	18	0	18
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	34	0	34	0	34
64 Handel	0	0	0	0	0
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	1 005	0	1 004	1	1 005
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	3 207	3	1 004	2 201	3 207

noch 6. Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Haushaltssoll 2002

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal-ausgaben	Laufender Sach-aufwand	Zins-ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	9 965	2 893	1 014	1 229	0	651
72 Straßen	6 879	895	0	765	0	130
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 423	763	445	267	0	51
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	335	1	0	0	0	1
75 Luftfahrt	153	153	45	8	0	99
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 168	1 076	523	189	0	364
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	17 510	12 866	27	283	0	12 555
81 Wirtschaftsunternehmen	10 910	6 407	27	36	0	6 344
832 Eisenbahnen	4 674	269	0	0	0	269
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	6 236	6 138	27	36	0	6 075
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	6 600	6 459	0	247	0	6 212
873 Sondervermögen	6 211	6 211	0	0	0	6 211
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	389	248	0	247	0	1
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	43 589	42 108	322	436	38 887	2 463
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	2 462	2 462	0	0	0	2 462
92 Schulden	38 955	38 955	0	68	38 887	0
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	2 172	691	322	368	0	1
Summe aller Hauptfunktionen	247 500	220 532	27 132	16 069	38 887	138 443

noch 6. Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Haushaltssoll 2002

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben der Kapitalrechnung*	Sachinvestitionen	Vermögensübertragungen	Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen	* Darunter: Investive Ausgaben
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	7 072	5 254	1 818	1	7 072
72 Straßen	5 984	4 532	1 452	1	5 984
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	660	647	13	0	660
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	335	0	335	0	335
75 Luftfahrt	0	0	0	0	0
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	92	75	18	0	92
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	4 645	128	4 132	384	4 633
81 Wirtschaftsunternehmen	4 504	21	4 098	384	4 504
832 Eisenbahnen	4 405	0	4 072	333	4 405
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	98	21	26	52	98
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	141	107	34	0	129
873 Sondervermögen	0	0	0	0	0
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	141	107	34	0	129
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	0	0	0	0	0
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	0	0	0	0	0
92 Schulden	0	0	0	0	0
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	0	0	0	0	0
Summe aller Hauptfunktionen	25 487	6 803	14 351	4 334	25 041

7. Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1996 bis 2002

	1996	1997 ²	1998	1999	2000 ³	2001 ³	2002 ³
	Mrd. €						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹							
Ausgaben	609,5	571,0	580,6	596,9	597,8	606	611½
Einnahmen	547,2	522,8	551,8	568,9	564,0	561	570
Finanzierungssaldo	- 62,3	- 48,1	- 28,8	- 27,9	- 33,7	- 45	- 42
darunter:							
Bund							
Ausgaben	232,9	226,0	233,6	246,9	244,4	245½	247½
Einnahmen	192,8	193,5	204,7	220,6	220,5	223	224
Finanzierungssaldo	- 40,1	- 32,4	- 28,9	- 26,2	- 23,9	- 22½	- 23½
Länder (West)							
Ausgaben	197,2	186,3	188,3	189,9	193,7	202	200
Einnahmen	180,7	173,9	179,3	184,4	187,9	182½	187
Finanzierungssaldo	- 16,5	- 12,4	- 8,9	- 5,5	- 5,8	- 19½	- 12½
Gemeinden (West)							
Ausgaben	136,0	116,2	115,7	117,9	119,8	121	124
Einnahmen	132,9	114,2	118,3	120,4	121,6	119	121
Finanzierungssaldo	- 3,1	- 2,0	2,6	2,6	1,8	- 2	- 3
Länder (Ost)							
Ausgaben	64,1	61,3	61,1	60,4	60,8	61	60½
Einnahmen	56,4	54,2	55,8	56,4	56,5	56	56½
Finanzierungssaldo	- 7,7	- 7,1	- 5,3	- 4,0	- 4,4	- 5	- 4
Gemeinden (Ost)							
Ausgaben	34,7	27,7	26,8	26,2	25,3	25	25
Einnahmen	33,4	26,9	26,3	26,0	25,5	25	25
Finanzierungssaldo	- 1,3	- 0,8	- 0,4	- 0,2	0,1	- 0	- ½
Veränderung gegenüber Vorjahr in %							
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	- 0,9	-	1,7	2,8	0,1	1½	1
Einnahmen	- 2,1	-	5,5	3,1	- 0,9	- ½	1½
darunter:							
Bund							
Ausgaben	- 2,0	- 3,0	3,4	5,7	- 1,0	½	1
Einnahmen	- 9,0	0,4	5,8	7,8	- 0,1	1	½
Länder (West)							
Ausgaben	2,7	-	1,1	0,9	2,0	4	- 1
Einnahmen	1,9	-	3,1	2,8	1,9	- 3	2½
Gemeinden (West)							
Ausgaben	- 1,8	-	- 0,4	1,9	1,6	1	2½
Einnahmen	0,6	-	3,6	1,8	0,9	- 2	1½
Länder (Ost)							
Ausgaben	3,4	-	- 0,3	- 1,1	0,7	0	- 1
Einnahmen	5,3	-	3,0	1,1	0,1	- 1	1
Gemeinden (Ost)							
Ausgaben	- 3,7	-	- 3,2	- 2,2	- 3,3	- 1	½
Einnahmen	- 4,8	-	- 2,1	- 1,3	- 1,9	- 2½	½

noch 7. Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1996 bis 2002

	1996	1997 ²	1998	1999	2000 ³	2001 ³	2002 ³
Anteil in %							
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 3,4	- 2,6	- 1,5	- 1,4	- 1,7	- 2	- 2
darunter:							
Bund	- 2,2	- 1,7	- 1,5	- 1,3	- 1,2	- 1	- 1
Länder (West)	- 0,9	- 0,7	- 0,5	- 0,3	- 0,3	- 1	- 1½
Gemeinden (West)	- 0,2	- 0,1	0,1	0,1	0,1	0	0
Länder (Ost)	- 0,4	- 0,4	- 0,3	- 0,2	- 0,2	0	0
Gemeinden (Ost)	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0	0,0	0	0
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 10,2	- 8,4	- 5,0	- 4,7	- 5,6	- 7½	- 7
darunter:							
Bund	- 17,2	- 14,4	- 12,4	- 10,6	- 9,8	- 9	- 9½
Länder (West)	- 8,4	- 6,7	- 4,8	- 2,9	- 3,0	- 9½	- 6½
Gemeinden (West)	- 2,3	- 1,8	2,2	2,2	1,5	- 1½	- 2
Länder (Ost)	- 12,0	- 11,6	- 8,7	- 6,6	- 7,2	- 8½	- 7
Gemeinden (Ost)	- 3,9	- 2,8	- 1,7	- 0,8	0,6	- 1	- 1
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	33,2	30,5	30,1	30,2	29,5	29½	28½
darunter:							
Bund	12,7	12,1	12,1	12,5	12,1	12	11½
Länder (West)	10,8	10,0	9,8	9,6	9,6	9½	9½
Gemeinden (West)	7,4	6,2	6,0	6,0	5,9	6	6
Länder (Ost)	3,5	3,3	3,2	3,1	3,0	3	3
Gemeinden (Ost)	1,9	1,5	1,4	1,3	1,3	1	1

Stand: Finanzplanungsrat November 2001.

¹ Mit LAF, ERP, EU, FDE, KAF, Entsch. F., ELF, BEV, Steink. F., Vers.-Rücklage.

² Ab 1997 ohne Krankenhäuser.

³ 2000: Ist, Länder = vorläufig Ist; 2001 und 2002 = Schätzung.

Stand: November 2001.

8. Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2001

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	1969	1975	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994
	Mrd. DM	Mrd. DM	Mrd. DM	Mrd. DM	Ist-Ergebnisse Mrd. DM	Mrd. DM	Mrd. DM	Mrd. DM	Mrd. DM
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	82,3 8,6	156,9 12,7	275,4 2,4	289,8 5,2	380,2 0,0	401,8 0,0	427,2 6,3	457,5 7,1	471,2 3,0
Einnahmen Veränderung gegen Vorjahr in %	83,4 17,9	123,8 0,2	239,4 - 0,7	269,7 12,7	332,1 0,0	348,6 0,0	387,8 11,3	390,5 0,7	420,6 7,7
Finanzierungssaldo darunter :	1,2	- 33,1	- 36,0	- 20,0	- 48,0	- 53,2	- 39,3	- 66,9	- 50,6
Nettokreditaufnahme	- 0,0	- 29,9	- 35,4	- 19,2	- 46,7	- 52,0 ²	- 38,6	- 66,2	- 50,1
Münzeinnahmen	- 0,2	- 0,8	- 0,6	- 0,8	- 1,3	- 1,2	- 0,7	- 0,8	- 0,5
Rücklagenbewegung	-	- 2,4	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	1,4	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	12,8	25,4	40,1	41,3	43,2	48,7	51,5	52,7	52,7
Anteil an den Bundesausgaben in %	12,4	5,9	2,1	3,0	0,0	0,0	5,7	2,4	- 0,1
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in % ⁴	15,6	16,2	14,6	14,3	.	12,1	12,1	11,5	11,2
	24,3	21,5	18,7	18,8	.	16,7	16,0	15,7	14,8
Zinsausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	2,2	5,2	32,3	32,1	34,2	39,6	43,8	45,8	53,1
Anteil an den Bundesausgaben in %	14,3	23,1	4,0	- 0,6	0,0	0,0	10,6	4,5	15,8
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in % ⁴	2,7	5,3	11,7	11,1	.	9,9	10,3	10,0	11,3
	35,1	35,9	53,5	52,6	.	51,4	43,5	44,9	46,7
Investive Ausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	14,0	25,5	33,4	36,2	39,2	61,5	65,8	65,1	61,1
Anteil an den Bundesausgaben in %	10,2	11,0	0,4	8,4	0,0	0,0	7,0	- 1,1	- 6,0
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in % ⁴	17,0	16,3	12,1	12,5	.	15,3	15,4	14,2	13,0
	34,4	35,4	33,8	34,7	.	37,5	34,7	35,3	34,0
Steuereinnahmen¹ Veränderung gegen Vorjahr in %	78,6	119,2	220,3	247,1	258,8	317,9	352,9	356,0	379,0
Anteil an den Bundesausgaben in %	18,7	0,5	1,5	12,2	0,0	0,0	11,0	0,9	6,4
Anteil an den Bundeseinnahmen in %	95,5	76,0	80,0	85,3	.	79,1	82,6	77,8	80,4
Anteil am gesamten Steueraufkommen in % ⁴	94,3	96,3	92,0	91,6	.	91,2	91,0	91,2	90,1
	54,0	49,2	45,1	46,2	.	48,0	48,2	47,4	48,2
Nettokreditaufnahme Anteil an den Bundesausgaben in %	- 0,0	- 29,9	- 35,4	- 19,2	- 46,7	- 52,0	- 38,6	- 66,2	- 50,1
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes in %	0,0	19,1	12,9	6,6	.	12,9	9,0	14,5	10,6
Anteil an den Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts in % ⁴	0,0	117,2	106,0	53,1	.	84,6	58,7	101,7	81,9
	0,0	55,8	63,6	57,3	.	39,6	33,6	47,4	47,2
nachrichtlich: Schuldenstand									
öffentliche Haushalte ³ darunter:	115,8	253,1	899,0	924,8	1 048,8	1 165,5	1 331,5	1 499,2	1 645,1
Bund	45,2	107,1	475,2	490,5	542,2	586,0	606,7	685,3	712,5

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Nach Abzug der Übergangsfinanzierung von 9,4 Mrd. DM.

³ Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

⁴ Stand: November 2001.

noch 8. Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2001

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2001	2002
	Ist-Ergebnisse								
	Mrd. DM	Mrd. DM	Mrd. DM	Mrd. DM	Mrd. DM	Mrd. DM	Mrd. DM	Soll	Mrd. €
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	464,7 - 1,4	455,6 - 2,0	441,9 - 3,0	456,9 3,45,7	482,8 - 1,0	478,0 - 0,2	477,0 - 0,2	243,9 1,5	247,5
Einnahmen Veränderung gegen Vorjahr in %	414,1 - 1,5	377,0 - 9,0	378,4 0,4	400,3 5,8	431,5 7,8	439,3 1,8	433,2 - 1,4	221,5 - 1,4	223,8 1,1
Finanzierungssaldo darunter :	- 50,5	- 78,5	- 63,4	- 56,6	- 51,3	- 46,5	- 43,9	- 22,4	- 23,7
Nettokreditaufnahme	- 50,1	- 78,3	- 63,7	- 56,4	- 51,1	- 46,5	- 43,7	- 22,3	- 21,1
Münzeinnahmen	- 0,4	- 0,2	0,3	- 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,2	- 0,1	- 2,7
Rücklagenbewegung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehl- beträge	-	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	52,9 0,5	52,9 - 0,0	52,5 - 0,7	52,1 - 0,7	52,7 1,2	51,9 - 1,6	52,8 1,61,8	27,0 1,80,4	27,1 11,1
Anteil an den Bundesausgaben in %	11,4	11,6	11,9	11,4	10,9	10,8	11,1	11,1	11,0
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in % ⁴	14,4	14,3	16,2	16,1	16,1	15,8	16,0	16,0	15,8
Zinsausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	49,7 - 6,2	50,9 2,3	53,4 4,9	56,2 5,2	80,4 43,1	76,6 - 4,8	77,0 0,6	39,4 0,6	38,9 - 1,2
Anteil an den Bundesausgaben in %	10,7	11,2	12,1	12,3	16,7	16,0	16,1	16,1	15,7
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in % ⁴	38,7	39,0	40,6	42,1	59,0	58,0	59,2	59,2	56,0
Investive Ausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	66,5 8,8	61,0 - 8,3	56,4 - 7,6	57,1 1,3	56,0 - 2,0	55,0 - 1,7	58,0 5,3	29,6 5,3	25,0 - 15,7
Anteil an den Bundesausgaben in %	14,3	13,4	12,8	12,5	11,6	11,5	12,2	12,2	10,1
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in % ⁴	37,0	36,1	36,1	35,5	36,1	35,5	36,6	36,6	32,7
Steuereinnahmen¹ Veränderung gegen Vorjahr in %	366,1 - 3,4	338,6 - 7,5	331,1 - 2,2	341,5 3,1	376,3 10,2	388,8 3,3	384,6 - 1,1	196,6 - 1,1	199,2 1,3
Anteil an den Bundesausgaben in %	78,8	74,3	74,9	74,7	78,0	81,3	80,6	80,6	80,5
Anteil an den Bundeseinnahmen in %	88,4	89,8	87,5	85,3	87,2	88,5	88,8	88,8	89,0
Anteil am gesamten Steueraufkommen in % ⁴	44,9	42,3	41,5	41,0	42,5	42,2	43,8	43,8	42,7
Nettokreditaufnahme Anteil an den Bundesausgaben in %	- 50,1 10,8	- 78,3 17,2	- 63,7 14,4	- 56,4 12,4	- 51,1 11,8	- 46,5 10,6	- 43,7 10,1	- 22,3 10,1	- 21,1 9,4
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes in %	74,5	128,3	113,0	98,8	91,3	84,5	75,4	75,4	84,3
Anteil an den Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts in % ⁴	51,2	70,4	65,1	97,8	82,4	81,0	49,7	49,7	50,2
nachrichtlich: Schuldenstand									
öffentliche Haushalte ³ darunter:	1 976,1	2 093,6	2 188,7	2 255,9	2 313,9	2 343,4	2 366,6	1 210,0	1 250,0
Bund	754,3	833,2	899,1	954,4	1385,3	1399,6	1369,1	700,0	717,0

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Nach Abzug der Übergangsfinanzierung von 9,4 Mrd. DM.

³ Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

Stand: November 2001.

9. Steuer- und Abgabenquoten^{1, 2}

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ^{3, 4}		Kassenmäßige Abgrenzung ⁵	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	24,0	36,6	22,8	34,4
1975	24,8	41,0	23,6	38,6
1980	25,9	42,8	24,8	40,4
1981	25,2	42,7	24,1	40,3
1982	24,9	42,8	23,8	40,4
1983	24,9	42,3	23,7	39,9
1984	25,1	42,5	23,7	39,8
1985	25,2	42,8	24,0	40,3
1986	24,6	42,1	23,5	39,8
1987	24,7	42,3	23,5	39,9
1988	24,5	41,9	23,3	39,6
1989	25,2	42,4	24,0	40,1
1990	23,6	40,5	22,7	38,5
1991	22,4	39,6	22,5	38,8
1992	22,8	40,4	23,2	39,8
1993	22,9	41,1	23,2	40,4
1994	22,9	41,5	23,1	40,7
1995	22,5	41,3	23,1	40,9
1996 ⁵	22,9	42,3	22,3	40,6
1997 ⁵	22,6	42,3	21,8	40,3
1998 ⁵	23,1	42,4	22,1	40,2
1999 ⁵	24,2	43,3	22,9	40,9
2000 ⁵	24,6	43,3	23,1	40,7
2001 ⁶	23	41½	21½	39
2002 ⁶	23½	42	22	39½

¹ Steuern und Sozialversicherungsbeiträge.

² Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

³ Ab 1991 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

⁴ Einschließlich Sondersteuern der Jahre 1970 bis 1974.

⁵ Vorläufige Ergebnisse; Stand: August 2001.

⁶ Schätzung, Stand: November 2001.

10. Entwicklung der öffentlichen Schulden

	1999	2000	2001 ⁶	2002 ⁶
Schulden (Mrd. €)¹				
Öffentliche Haushalte insgesamt ²	1 183,1	1 198,2	1 210	1 250
Bund	708,3	715,6	700	717
Länder (West) ³	270,9	278,4	299	313
Länder (Ost) ³	51,8	54,8	59	63
Gemeinden (West) ⁴	68,4	67,3	68	70
Gemeinden (Ost) ⁴	15,6	15,6	16	16
Sonderrechnungen ⁵	56,3	58,3	60	63
Schulden in % der Gesamt-Schulden				
Bund	59,9	59,7	58	57½
Länder (West) ³	22,9	23,2	24½	25
Länder (Ost) ³	4,4	4,6	5	5
Gemeinden (West) ⁴	5,8	5,6	5½	5½
Gemeinden (Ost) ⁴	1,3	1,3	1½	1½
Sonderrechnungen ⁵	4,8	4,9	5	5
Schulden in % des BIP				
Öffentliche Haushalte insgesamt ²	59,9	59,2	58½	58½
Bund	35,9	35,3	34	33½
Länder (West) ³	13,7	13,7	14½	14½
Länder (Ost) ³	2,6	2,7	3	3
Gemeinden (West) ⁴	3,5	3,3	3½	3½
Gemeinden (Ost) ⁴	0,8	0,8	1	1
Sonderrechnungen ⁵	2,8	2,9	3	3
Maastricht-Kriterium „Schuldenstand“ in % des BIP	61,3	60,3	rund 60	rund 60

¹ Schuldenstand jeweils am Stichtag 31. Dezember; „Kreditmarktschulden im weiteren Sinn“ (einschließlich Ausgleichsforderungen; ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten, innere Darlehen, Kassenverstärkungskredite, kreditähnliche Rechtsgeschäfte, Bürgschaften und sonstige Gewährleistungen).

² Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Gemeindeverbände, Sonderrechnungen, Zweckverbände.

³ Länder (West) einschl. Berlin, Länder (Ost) ohne Berlin.

⁴ Ohne Schulden der Krankenhäuser und Eigenbetriebe.

⁵ ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche Einheit“, Entschädigungsfonds, Bundesseisenbahnvermögen (bis 1998), Erblastentilgungsfonds (bis 1998) und Steinkohlefonds (bis 1998); Schulden des Bundesseisenbahnvermögens, Erblastentilgungsfonds und Steinkohlefonds sind ab 1999 beim Bund nachgewiesen.

⁶ Prognose auf der Basis Plenum Finanzplanungsrat November 2001.

Stand: November 2001.

11. Steueraufkommen nach Steuergruppen*

	Steueraufkommen ^{1,2}			Anteile am Steueraufkommen insgesamt	
	davon				
	insgesamt	„Direkte Steuern“	„Indirekte Steuern“	„Direkte Steuern“	„Indirekte Steuern“
Mrd. €					
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1951	13,5	6,7	6,8	49,6	50,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,9	16,1	53,9	46,1
1965	53,9	29,4	24,6	54,4	45,6
1970	78,8	42,3	36,5	53,7	46,3
1971	88,2	47,9	40,3	54,3	45,7
1972	100,7	56,3	44,4	55,9	44,1
1973	114,9	67,1	47,9	58,4	41,6
1974	122,5	73,8	48,7	60,3	39,7
1975	123,7	72,9	50,9	58,9	41,1
1976	137,1	82,3	54,8	60,1	39,9
1977	153,1	95,1	58,0	62,1	37,9
1978	163,2	98,2	64,9	60,2	39,8
1979	175,3	103,0	72,3	58,8	41,2
1980	186,6	109,3	77,4	58,5	41,5
1981	189,3	108,6	80,7	57,4	42,6
1982	193,6	112,1	81,6	57,9	42,1
1983	202,8	115,2	87,6	56,8	43,2
1984	212,0	120,9	91,1	57,0	43,0
1985	223,5	132,2	91,4	59,1	40,9
1986	231,3	137,4	93,9	59,4	40,6
1987	239,6	141,8	97,8	59,2	40,8
1988	249,6	148,5	101,0	59,5	40,5
1989	273,8	163,1	110,8	59,6	40,4
1990	281,5	160,6	120,9	57,1	42,9
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,3	149,1	55,9	44,1
1992	374,1	209,7	164,4	56,1	43,9
1993	383,0	207,7	175,3	54,2	45,8
1994	402,0	210,7	191,3	52,4	47,6
1995	416,3	224,4	191,9	53,9	46,1
1996	409,0	213,9	195,2	52,3	47,7
1997	407,6	209,8	197,8	51,5	48,5
1998	425,9	221,9	204,0	52,1	47,9
1999	453,1	235,3	217,8	51,9	48,1
2000	467,3	243,8	223,5	52,2	47,8
2001 ³	448,9	221,3	227,6	49,3	50,7
2002 ³	462,5	228,0	234,5	49,3	50,7

* Da die Übersicht die jeweiligen gesamten Steuereinnahmen seit 1951 enthält und aufgliedert, umfassen die Angaben auch Steuern, die im Zeitraum 1951/2002 ausgelaufen oder abgeschafft worden sind. Danach ist zu unterscheiden:

¹ Entfallen sind bis ... folgende Steuerarten:

- „Direkte Steuern“: Notopfer Berlin; für natürliche Personen (30. September 1956), für Körperschaften (31. Dezember 1957); Ergänzungsabgabe: zur Einkommensteuer (31. Dezember 1974), zur Körperschaftsteuer (31. Dezember 1976); Sonderausgaben (LAF): Kreditgewinnabgabe (31. März 1973), Vermögensabgabe (31. März 1979); Hypothekengewinnabgabe (31. Dezember 1979); Lohnsummensteuer (31. Dezember 1979); Stabilitätszuschlag (30. Juni 1974); Solidaritätszuschlag vom 1. Juli 1992 bis 31. Dezember 1994; Vermögensteuer (31. Dezember 1996).
- „Indirekte Steuern“: Essigsäuresteuer (31. Dezember 1980); Zündwarensteuer (31. Dezember 1980); Zündwarenmonopol (15. Januar 1983); Spielkartensteuer (31. Dezember 1980); Kapitalertragsteuer: Börsenumsatzsteuer (31. Dezember 1990); Gesellschaftsteuer (31. Dezember 1991); Wechselsteuer (31. Dezember 1991); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31. Dezember 1992).

² Ab 1999 geltende Zusammensetzung der Steuereinnahmen:

- „Direkte Steuern“: Einkommen- und Körperschaftsteuer; Solidaritätszuschlag; Grundsteuer A + B; Feuerschutzsteuer; Gewerbesteuer; Schankerlaubnissteuer, Erbschaftsteuer, Schenkungsteuer.
- „Indirekte Steuern“: Steuern vom Umsatz; Zölle; Tabaksteuer; Kaffeesteuern; Teesteuer; Zuckersteuer; Salzsteuer; Branntweinabgaben; Schaumweinsteuer; Mineralölsteuer; Versicherungssteuer; Kraftfahrzeugsteuer; Rennwett- und Lotteriesteuer; Biersteuer; Grunderwerbsteuer; Stromsteuer; Sonstige Steuern vom Verbrauch und Aufwand.

³ Steuerschätzung vom 8. bis 9. November 2001 nach geltendem Steuerrecht einschließlich des zweiten Gesetzes zur Familienförderung; Aufschiebung der Anpassung der amtlichen Branchen-Abschreibungstabellen; Gesetz zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe; Gesetz zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes; 12. Euro-Einführungsgesetz.

Stand: November 2001.

12. Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltsalden

Land	in % des BIP							
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003
Deutschland	- 2,9	- 1,2	- 2,1	- 3,3	1,2	- 2,4	- 2,5	- 1,8
Belgien	- 8,6	- 9,0	- 5,4	- 4,4	0,1	0,0	- 0,6	- 0,5
Dänemark	- 3,2	- 2,0	- 1,0	- 2,3	2,8	2,0	1,4	1,7
Griechenland	- 2,6	- 11,6	- 15,9	- 10,2	- 1,1	0,2	0,7	1,5
Spanien	- 2,5	- 6,1	- 4,1	- 6,6	- 0,3	- 0,1	- 0,3	0,0
Frankreich	0,0	- 2,8	- 1,5	- 5,5	- 1,4	- 0,9	- 1,8	- 1,4
Irland	- 11,6	- 10,2	- 2,2	- 2,2	4,6	4,6	2,1	1,9
Italien	- 8,6	- 12,5	- 11,0	- 7,6	- 0,3	- 1,4	- 1,1	- 1,1
Luxemburg	- 0,4	6,2	4,7	1,8	5,6	4,1	1,9	1,6
Niederlande	- 4,1	- 3,5	- 4,9	- 4,2	2,2	0,6	0,4	0,5
Österreich	- 1,6	- 2,4	- 2,4	- 5,2	- 1,1	- 0,7	- 0,5	- 0,1
Portugal	- 8,6	- 10,3	- 5,0	- 4,6	- 1,4	- 1,8	- 1,7	- 1,5
Finnland	3,3	2,8	5,3	- 3,7	6,9	3,7	1,9	2,2
Schweden	- 3,9	- 3,7	4,0	- 7,7	4,1	4,0	1,9	1,9
Vereinigtes Königreich	- 3,4	- 2,9	- 0,9	- 5,8	1,9	1,1	0,0	- 0,7
Eurozone	- 3,4	- 4,8	- 4,2	- 5,0	0,2	- 1,1	- 1,3	- 1,0
EU 15	- 3,4	- 4,5	- 3,5	- 5,3	0,6	- 0,6	- 0,3	- 0,8
Japan	- 4,4	- 0,8	2,9	- 4,2	- 6,6	- 6,4	- 6,7	- 6,7
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,4	- 3,1	1,7	0,6	- 0,8	- 0,3

Quelle: OECD/STEP – The outlook to end-2003, Oktober 2001 (STEP – Working Group on Short-Term Economic Prospects).
Stand: Oktober 2001.

13. Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP							
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003
Deutschland*	31,7	41,7	43,8	57,0	60,3	61,8	63,4	63,5
Belgien	76,6	119,3	124,7	129,8	110,3	106,2	103,1	99,5
Dänemark	37,6	70,4	57,7	69,3	46,1	43,1	41,1	38,7
Griechenland	23,6	50,9	89,0	108,7	103,3	99,8	95,8	91,4
Spanien	16,8	41,9	43,2	63,2	60,4	58,3	57,3	55,9
Frankreich	19,3	30,3	34,8	51,9	57,5	58,0	58,8	58,6
Irland	67,6	98,6	92,6	80,8	38,6	32,0	27,3	22,7
Italien	57,9	81,9	97,3	123,2	110,5	107,4	104,8	101,6
Luxemburg	11,8	12,3	4,5	5,6	5,2	4,3	3,5	1,0
Niederlande	45,1	68,7	75,6	75,5	56,1	54,4	51,6	49,3
Österreich	35,8	48,8	56,8	68,0	63,1	61,8	60,5	58,2
Portugal	31,9	60,8	64,2	64,7	54,2	53,0	52,1	50,5
Finnland	11,5	16,2	14,3	56,9	44,0	42,1	42,0	41,7
Schweden	39,6	61,6	42,1	76,6	55,7	49,7	46,1	44,4
Vereinigtes Königreich	54,7	54,1	35,0	52,0	42,4	41,4	40,5	40,2
Eurozone	34,6	51,8	58,0	71,4	71,4	69,7	68,4	./.
EU 15	37,8	52,9	54,4	69,5	66,3	65,3	64,7	63,5
Japan	51,2	64,2	61,4	87,1	130,7	142,1	150,9	./.
USA	37,0	49,4	55,3	72,9	57,3	54,1	50,7	./.

Quelle: OECD/STEP – The outlook to end-2003, Oktober 2001 (STEP – Working Group on Short-Term Economic Prospects) Eurozone, Japan und USA – für 2000 bis 2002: IWF – World Economic Outlook, Oktober 2001.

* Die vorläufige Herbstprognose der EU-Kommission lautet: 2001: 59,9 %; 2002: 60,5 %; 2003: 60,1 % (Stand Oktober 2001). Stand: Oktober 2001.

14. Steuerquote im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP						
	1970	1980	1985	1990	1996	1999	2000 ²
Deutschland ^{3,4}	22,8	24,8	24,0	22,7	22,3	22,9	23,1
Deutschland ³	22,9	21,7	20,9	20,4	22,3	22,9	23,0
Belgien	25,1	30,2	31,3	28,8	30,4	31,2	31,8
Dänemark	38,8	43,2	45,7	45,7	48,3	48,3	46,2
Finnland	29,6	29,2	33,0	35,0	35,1	34,4	35,4
Frankreich	22,3	23,3	24,8	24,0	26,2	29,3	29,0
Griechenland	14,6	16,2	18,4	20,5	22,0	25,6	26,5
Irland	27,4	26,9	29,9	28,5	28,5	28,1	27,2
Italien	16,3	18,9	22,5	26,1	28,2	30,9	30,3
Japan	15,3	18,2	19,2	21,8	17,7	16,4	17,1
Kanada	28,2	29,1	29,1	32,2	32,0	33,0	32,1
Luxemburg	18,0	28,3	32,7	29,5	32,0	31,0	31,3
Niederlande	24,0	26,9	23,6	26,8	25,1	25,3	25,3
Norwegen	29,3	33,7	34,3	30,8	31,9	31,4	31,2
Österreich	26,0	27,5	28,6	27,2	28,4	28,9	28,5
Portugal	15,1	17,2	20,0	21,4	23,9	25,6	25,8
Schweden	33,8	33,8	36,4	39,0	34,8	39,0	38,1
Schweiz	17,2	20,1	20,5	20,6	21,3	22,2	23,7
Spanien	10,6	11,8	16,2	21,3	20,8	22,9	22,9
Vereinigtes Königreich	31,8	29,3	30,9	29,7	28,9	30,1	31,4
Vereinigte Staaten	23,2	21,1	19,5	19,8	21,1	22,0	-

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD. Basis Finanzstatistik, nicht vergleichbar mit Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

² vorläufig.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

⁴ In der Abgrenzung der deutschen Haushaltsrechnung. Ein unmittelbarer Vergleich mit den Angaben der OECD ist aus methodischen Gründen nicht möglich.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2000, Paris 2001.

Stand: November 2001.

15. Abgabenquote im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP						
	1970	1980	1985	1990	1996	1999	2000 ²
Deutschland ^{3,4}	34,4	40,4	40,3	38,5	40,6	40,9	40,7
Deutschland ³	32,9	33,1	32,9	32,6	37,4	37,7	37,8
Belgien	35,1	42,5	45,8	43,1	45,0	45,7	46,0
Dänemark	40,4	43,9	47,4	47,1	49,9	50,4	48,4
Finnland	32,5	36,2	40,0	44,7	47,3	46,2	46,5
Frankreich	35,1	40,6	43,8	43,0	45,0	45,8	45,5
Griechenland	20,9	24,2	28,6	29,3	31,8	37,1	38,0
Irland	29,9	31,4	35,0	33,5	32,9	32,3	31,5
Italien	26,1	30,4	34,4	38,9	42,7	43,3	42,3
Japan	19,7	25,7	27,5	30,7	27,8	26,2	27,1
Kanada	31,2	32,5	33,6	36,6	37,2	38,2	37,5
Luxemburg	26,0	39,8	44,4	40,5	43,1	41,8	42,0
Niederlande	37,1	43,4	42,4	42,8	41,5	42,1	41,8
Norwegen	34,9	42,7	43,3	41,8	41,5	41,6	40,2
Österreich	34,9	39,8	41,9	40,4	43,5	43,9	43,3
Portugal	19,8	24,4	26,9	29,4	32,2	34,3	34,7
Schweden	39,8	47,5	48,5	53,6	49,8	52,2	53,3
Schweiz	22,5	28,9	30,2	30,6	33,9	34,4	35,9
Spanien	16,9	22,9	27,6	33,0	32,6	35,1	35,3
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	37,6	35,9	35,0	36,3	37,7
Vereinigte Staaten	27,7	27,0	26,1	26,7	27,9	28,9	-

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD. Basis Finanzstatistik, nicht vergleichbar mit Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

² vorläufig.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

⁴ In der Abgrenzung der deutschen Haushaltsrechnung. Ein unmittelbarer Vergleich mit den Angaben der OECD ist aus methodischen Gründen nicht möglich.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2000, Paris 2001.

Stand: November 2001.

16. Entwicklung der EU-Haushalte von 1997 bis 2002

	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Ausgabenseite						
a) Ausgaben insgesamt (in Mrd. €)	80,24	80,71	80,31	81,68	93,76	95,60
davon:						
Agrarpolitik	40,62	38,81	39,78	40,51	44,02	45,02
Strukturpolitik	26,06	28,37	26,66	27,59	31,57	32,08
Interne Politiken	4,93	4,88	4,47	5,36	5,86	5,99
Externe Politiken	3,99	4,07	4,59	3,84	4,37	4,17
Verwaltungsausgaben	4,13	4,22	4,51	4,65	4,91	5,12
Reserven	0,29	0,27	0,30	0,19	0,92	0,68
Ausgleichszahlungen/Vorbeitritt	0,21	0,10	0,00	1,20	2,10	2,54
b) Zuwachsraten (in %)						
Ausgaben insgesamt	4,53	0,59	- 0,50	1,71	14,79	1,96
davon:						
Agrarpolitik	3,94	- 4,46	2,50	1,84	8,66	2,27
Strukturpolitik	6,67	8,86	- 6,03	3,49	14,43	1,62
Interne Politiken	8,59	- 1,01	- 8,40	19,91	9,33	2,22
Externe Politiken	5,00	2,01	12,78	- 16,34	13,80	- 4,58
Verwaltungsausgaben	4,29	2,18	6,87	3,10	5,59	4,28
Reserven	20,83	- 6,90	11,11	- 36,67	384,21	- 26,09
Ausgleichszahlungen/Vorbeitritt	- 70,00	- 52,38	- 100,00		75,00	20,95
c) Anteil an Gesamtausgaben (in % der Ausgaben):						
Agrarpolitik	50,62	48,09	49,53	49,60	46,95	47,09
Strukturpolitik	32,48	35,15	33,20	33,78	33,67	33,56
Interne Politiken	6,14	6,05	5,57	6,56	6,25	6,27
Externe Politiken	4,97	5,04	5,72	4,70	4,66	4,36
Verwaltungsausgaben	5,15	5,23	5,62	5,69	5,24	5,36
Reserven	0,36	0,33	0,37	0,23	0,98	0,71
Ausgleichszahlungen/Vorbeitritt	0,26	0,12	0,00	1,47	2,24	2,66
Einnahmenseite						
a) Einnahmen insgesamt (in Mrd. €)	80,55	84,53	86,90	92,72	93,76	95,60
davon:						
Zölle	12,24	12,16	11,71	13,11	13,63	11,82
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,93	1,95	2,15	2,16	1,97	1,42
MwSt-Eigenmittel	34,35	33,09	31,33	35,19	30,69	23,59
BSP-Eigenmittel	26,89	35,03	37,51	37,58	35,15	57,95
b) Zuwachsraten (in %)						
Einnahmen insgesamt	- 0,90	4,94	2,80	6,70	1,12	3,11
davon:						
Zölle	4,08	- 0,65	- 3,70	11,96	3,97	- 13,28
Agrarzölle und Zuckerabgaben	6,04	1,04	10,26	0,47	- 8,80	- 27,92
MwSt-Eigenmittel	- 5,97	- 3,67	- 5,32	12,32	- 12,79	- 23,13
BSP-Eigenmittel	27,68	30,27	7,08	0,19	- 6,47	64,86
c) Anteil an Gesamteinnahmen (in % der Einnahmen):						
Zölle	15,20	14,39	13,48	14,14	14,54	12,36
Agrarzölle und Zuckerabgaben	2,40	2,31	2,47	2,33	2,12	1,49
MwSt-Eigenmittel	42,64	39,15	36,05	37,95	33,10	24,68
BSP-Eigenmittel	33,38	41,44	43,16	40,53	37,91	60,62

Bemerkungen:

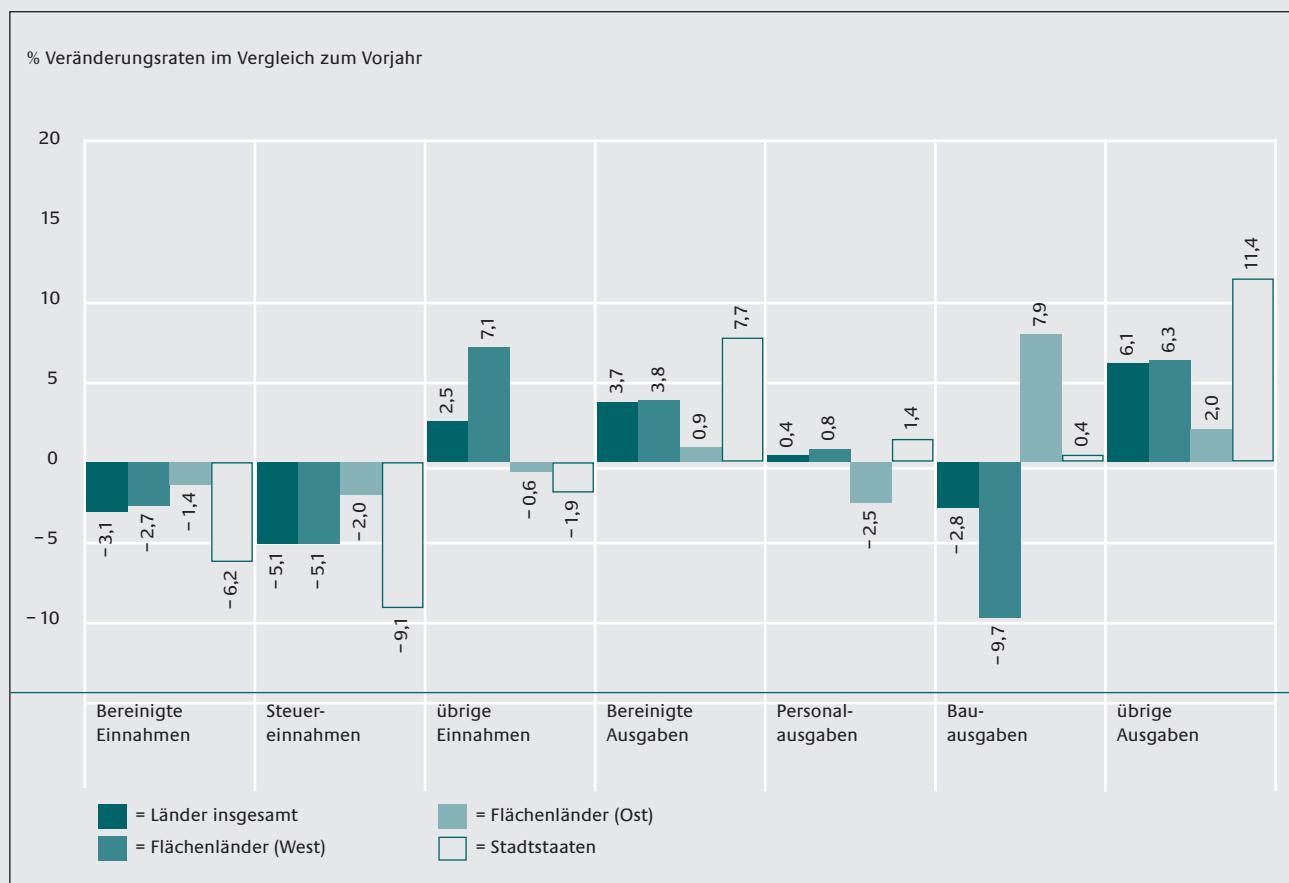
1997 bis 2000 Ist-Angaben gemäß EU-Haushaltsrechnung und ERH-Jahresbericht.
2001 Sollansatz gemäß EU-Haushalt einschließlich Nachtragshaushalte Nr. 1 bis 4/2001.
2002 Haushaltsentwurf des Rates.

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1. Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2001 im Vergleich zum Jahressoll 2001

in Mio. DM	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
Bereinigte Einnahmen	315 885	248 461	98 437	76 061	60 832	43 322	462 530	357 596
Steuereinnahmen	251 076	193 690	48 879	39 946	34 069	24 855	334 024	258 490
übrige Einnahmen	64 809	54 771	49 558	36 115	26 764	18 467	128 506	99 105
Bereinigte Ausgaben	344 079	272 078	103 723	79 805	69 847	58 360	505 025	399 996
Personalausgaben	136 196	109 878	27 380	21 700	22 727	18 998	186 303	150 576
Bauausgaben	5 788	3 552	3 305	2 312	2 069	1 335	11 162	7 199
übrige Ausgaben	202 095	158 649	73 038	55 793	45 051	38 028	307 560	242 221
Finanzierungssaldo	- 28 189	- 23 618	- 5 285	- 3 744	- 9 015	- 15 038	- 42 488	- 42 400

2. Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2001



3. Die Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder

- Mio. DM -

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Oktober 2000			September 2001			Oktober 2001		
		Bund	Länder ³	Ins- gesamt	Bund	Länder ³	Ins- gesamt	Bund	Länder ³	Ins- gesamt
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	334 232	368 933	675 318	305 154	330 060	610 819	334 687	357 596	664 372
111	darunter: Steuereinnahmen	299 616	272 268	571 884	265 299	239 883	505 182	293 190	258 490	551 681
112	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	-
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	165 105	50 000	215 106	198 671	56 975	255 646	226 323	75 023	301 346
12	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	398 033	385 823	756 010	359 711	357 368	692 684	401 551	399 996	773 636
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	42 332	150 015	192 347	38 531	136 015	174 546	42 805	150 576	193 381
122	Bauausgaben	7 881	7 406	15 287	6 479	6 275	12 754	7 671	7 199	14 870
123	Länderfinanzausgleich ¹	-	-432	-432	-	701	701	-	537	537
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	164 143	53 850	217 993	245 103	45 472	290 574	260 532	53 986	314 518
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-63 802	-16 890	-80 692	-54 557	-27 308	-81 865	-66 864	-42 400	-109 264
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/ Landeshauptkassen ²	19 233	-3 302	15 931	29 915	10 287	40 202	39 308	19 835	59 143
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	880	880	-	-	-	-	-	0
21	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	-	-2 297	-2 297	-	-2 248	-2 248	-	-2 248	-2 248
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	20 527	7 176	27 702	13 750	13 009	26 759	20 165	14 838	35 003
32	Vorschüsse	-	12 449	12 449	-	18 537	18 537	-	19 124	19 124
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	14 163	14 163	-	19 326	19 326	-	19 252	19 252
34	Saldo (31+32+33)	20 527	9 073	29 600	13 750	13 798	27 548	20 165	14 966	35 131
4	Kassenbestand ohne schwedende Schulden (13+16+17+21+22+34)	-24 042	-12 536	-36 577	-10 892	-5 472	-16 365	-7 392	-9 847	-17 238
5	Schwedende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	24 042	9 606	33 648	10 892	5 133	16 025	7 392	9 292	16 684
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	312	312	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	500	500	-	1 840	1 840	-	1 250	1 250
56	Zusammen	24 042	10 418	34 459	10 892	6 973	17 865	7 392	10 542	17 934
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	-2 118	-2 118	0	1 500	1 500	0	695	696
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit	-	2 850	2 850	-	4 450	4 450	-	4 276	4 276
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	-	2 297	2 297	-	3 763	3 763	-	4 106	4 106

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung.

³ Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland.

Stand: Oktober 2001.

4. Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder, Oktober 2001

- Mio. DM -

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern	Branden- burg	Hessen	Mecklbg.- Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh.- Westf.	Rheinl.- Pfalz	Saarland ⁶
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen ¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	44 531,3	50 954,1 ⁹	14 058,9	27 249,0	9 821,8	31 184,7	64 458,9	16 218,4	4 978,6
111	darunter: Steuereinnahmen	34 000,3	40 225,2	7 569,1	22 085,1	5 007,8	22 447,8	53 205,5	10 714,9	2 993,0
112	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	951,7	-	838,4	915,2	-	608,0	307,7
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	7 196,9	2 327,0 ⁷	3 195,4	6 395,3	1 361,7	5 499,8	15 000,0	3 706,8	830,3
12	Bereinigte Ausgaben ¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	49 620,6	51 859,7 ⁹	15 168,2	30 804,3	10 623,9	33 771,8	72 311,8	18 599,8	5 120,9
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	20 092,1	22 339,1	3 966,1	10 720,8	3 058,7	12 414,9 ³	29 437,2 ³	7 713,2	2 153,0
122	Bauausgaben	695,0	1 217,6	489,3	526,1	310,7	374,5	101,5 ⁴	347,1	96,2
123	Länderfinanzausgleich ¹	3 593,5	3 062,4	-	5 477,6	-	-	621,4	-	-
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	4 968,7	2 257,0 ⁸	2 602,9	7 347,6	874,3	3 364,5	11 797,1	3 334,1	895,8
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-5 089,3	-905,6 ⁹	-1 109,3	-3 555,2	-802,1	-2 587,1	-7 852,9	-2 381,4	-142,3
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/ Landeshauptkassen ²	3 134,4	348,3	722,4	-458,0	486,8	2 138,5	3 203,7	485,0	-58,1
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
21	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	376,3	-2 626,3	-	1,6	-	-	-	-	-
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	3 423,7	-4 804,8	283,8	-249,8	131,5	776,7	9 438,6	2 902,9	355,4
32	Vorschüsse	3 003,8	2 380,1	-128,4	54,2	0,5	2 207,2	6 674,8	1 009,6	2,2
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	900,2	10 370,0	-	1 036,5	264,9	2 732,8	68,1	4,8	51,7
34	Saldo (31+32+33)	1 320,1	3 185,1	412,2	732,6	395,9	1 302,3	2 831,9	1 898,1	404,9
4	Kassenbestand ohne schwedende Schulden (13+16+17+21+22+34)	-258,5	1,5	25,3	-3 279,0	80,6	853,7	-1 817,3	1,7	204,6
5	Schwedende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	-	944,4	-	-	1 780,1	-	-204,6
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	-	-	1 250,0	-	-	-	-	-
56	Zusammen	-	-	-	2 194,4	-	-	1 780,1	-	-204,6
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	-258,5 ⁵	1,5	25,3	-1 084,6 ⁵	80,6	853,7	-37,2 ⁵	1,7	0,0
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)	-	-	-	-	-	2 685,3	-	-	-
71	Innerer Kassenkredit	-	-	-	-	-	-	-	-	-
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	-	-	-	-	-	2 732,8	59,3	-	-

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. – ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. – ³ ohne Juli-Bezüge. – ⁴ Ohne Ausgaben für Straßenbau, die als Zuweisungen an den gemeindlichen Bereich (Landschaftsverbände) geleistet werden. – ⁵ Der Minusbetrag beruht auf später erfolgten Buchungen. – ⁶ Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland. – ⁷ Ohne „Interne Kredite“ beim Sondervermögen Grundstock-Privatisierungserlöse 924,3 Mio. DM. – ⁸ Ohne Tilgung aus dem „internen Darlehen“ aus Privatisierungserlösen 133,0 Mio. DM. ⁹ Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (= Sondervermögen nach Art. 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 50 729,3 Mio. DM, die Ausgaben 51 247,8 Mio. DM und der Finanzierungssaldo – 518,5 Mio. DM.

Stand: Oktober 2001.

noch 4. Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder, Oktober 2001

- Mio. DM -

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw.- Holst.	Thü- ringen	Berlin	Bremen ⁶	Hamburg	Länder ⁶ zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	23 990,8	14 459,0	10 855,8	13 730,4	25 766,9	5 818,5	12 455,9	357 595,8
111	darunter: Steuereinnahmen	12 650,4	7 562,8	8 017,9	7 155,9	12 259,2	2 634,7	9 960,8	258 490,4
112	Länderfinanzausgleich ¹	1 958,5	1 215,3	139,1	1 083,2	4 215,4	704,7	-	-
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	769,2	4 472,1	2 871,5	2 760,4	14 810,0	1 391,9	2 434,5	75 022,8
12	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	22 854,8	15 830,6	11 959,5	15 327,6	36 450,4	6 608,6	16 020,7	399 996,0
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	6 504,1	4 332,2	5 007,9	3 839,0	11 595,1	2 057,8	5 345,1	150 576,3
122	Bauausgaben	715,5	346,7	193,7	449,9	294,6	326,0	714,1	7 198,5
123	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	719,5	537,2
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	992,8	2 856,4	2 516,7	1 475,5	5 167,8	1 190,1	2 344,3	53 985,6
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	1 136,0	- 1 371,5	- 1 103,7	- 1 597,2	- 10 683,5	- 790,1	- 3 564,8	- 42 400,0
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	-	-	-	-
17	Abgrenzungsposten zur Abschluss- nachweisung der Bundeshauptkasse/ Landeshauptkassen ²	- 220,8	1 740,2	396,4	1 284,7	6 139,2	402,5	90,2	19 835,4
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)								
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahrs (ohne Auslaufperiode)	-	-	-	-	-	-	-	-
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	-	-	-	-	-	-	-	- 2 248,4
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	1 070,5	155,4	604,3	194,9	220,8	382,7	- 48,2	14 838,4
32	Vorschüsse	2 653,0	632,5	3,9	34,1	-	146,0	450,8	19 124,3
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	562,3	109,6	495,3	145,6	345,1	386,4	1 778,9	19 252,2
34	Saldo (31+32+33)	- 1 020,2	- 367,6	1 095,7	306,4	565,9	623,1	1 279,9	14 966,3
4	Kassenbestand ohne schwedende Schulden (13+16+17+21+22+34)	- 105,0	1,1	388,4	- 6,1	- 3 978,4	235,5	- 2 194,7	- 9 846,6
5	Schwedende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	-	480,3	4 025,4	- 260,0	2 526,5	9 292,1
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	-	-	-	-	-	-	1 250,0
56	Zusammen	-	-	-	480,3	4 025,4	- 260,0	2 526,5	10 542,1
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	- 105,0 ⁵	1,1	388,4	474,2	47,0	- 24,6 ⁵	331,8	695,4
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit	-	-	-	143,3	-	-	1 447,1	4 275,7
72	Nicht zum Bestand der Bundeshaupt- kasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	-	-	-	2,3	345,1	- 131,0	1 097,4	4 105,9

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. – ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. – ³ ohne Juli-Bezüge. – ⁴ Ohne Ausgaben für Straßenbau, die als Zuweisungen an den gemeindlichen Bereich (Landschaftsverbände) geleistet werden. – ⁵ Der Minusbetrag beruht auf später erfolgten Buchungen. – ⁶ Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland. – ⁷ Ohne „Interne Kredite“ beim Sondervermögen Grundstock-Privatisierungserlöse 924,3 Mio. DM. – ⁸ Ohne Tilgung aus dem „internen Darlehen“ aus Privatisierungserlösen 133,0 Mio. DM. ⁹ Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (= Sondervermögen nach Art. 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 50 729,3 Mio. DM, die Ausgaben 51 247,8 Mio. DM und der Finanzierungssaldo – 518,5 Mio. DM.

Stand: Oktober 2001.

Vergleich der jüngsten Vorausschätzungen

1. BiP/Verbraucherpreise/Arbeitslosenquote

	BiP (real)				Verbraucherpreise ¹				Arbeitslosenquote			
	2000	2001	2002	2003	2000	2001	2002	2003	2000	2001	2002	2003
Deutschland												
EU	3,0	0,7	0,7	2,8	2,1	2,4	1,5	1,5	7,9	7,8	8,2	7,8
OECD	3,0	0,7	1,0	2,9	1,4	1,9	1,0	1,1	7,5	7,5	8,1	8,0
IWF	3,0	0,5	0,7	:	2,1	2,4	1,0	:	7,5	7,5	7,8	:
USA												
EU	4,2	0,9	0,5	3,4	2,7	1,9	1,5	1,8	4,0	4,7	5,9	5,7
OECD	4,1	1,1	0,7	3,8	2,7	1,8	1,0	1,4	4,0	4,8	6,2	6,0
IWF	4,1	1,0	0,7	:	3,4	2,9	1,6	:	4,0	4,9	6,0	:
Japan												
EU	1,5	-0,6	-0,9	0,5	-1,1	-1,0	-0,1	0,1	4,7	5,2	6,5	7,3
OECD	1,5	-0,7	-1,0	0,8	-0,7	-1,1	-1,3	-1,5	4,7	5,0	5,5	5,4
IWF	2,2	-0,4	-1,0	:	-0,8	-0,7	-1,0	:	4,7	5,0	5,7	:
Frankreich												
EU	3,1	2,0	1,5	2,6	1,8	1,8	1,4	1,5	9,5	8,7	9,2	8,7
OECD	3,4	2,0	1,6	3,0	1,2	1,7	1,4	1,7	9,5	8,9	9,4	9,3
IWF	3,5	2,1	1,3	:	1,8	1,8	1,1	:	9,5	8,6	8,9	:
Italien												
EU	2,9	1,8	1,3	2,7	2,6	2,7	1,7	1,8	10,5	9,5	9,6	8,9
OECD	2,9	1,8	1,2	2,8	2,9	2,8	1,7	1,8	10,7	10,0	10,2	10,0
IWF	2,9	1,8	1,2	:	2,6	2,6	1,3	:	10,6	9,5	9,4	:
Großbritannien												
EU	2,9	2,3	1,7	3,0	0,8	1,3	1,3	1,5	5,5	5,1	5,4	5,4
OECD	2,9	2,3	1,7	2,5	0,6	1,6	2,3	2,3	5,5	5,1	5,3	5,5
IWF	2,9	2,3	1,8	:	2,1	2,3	2,4	:	5,6	5,2	5,4	:
Kanada												
EU	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
OECD	4,4	1,3	1,2	3,8	2,0	2,2	1,9	1,6	6,8	7,3	7,8	7,4
IWF	4,4	1,4	0,8	:	2,7	2,8	1,6	:	6,8	7,3	8,0	:
EU 15												
EU	3,3	1,7	1,4	2,9	2,1	2,5	1,7	1,7	8,2	7,7	8,0	7,6
OECD	3,3	1,7	1,5	2,9	1,9	2,4	1,8	1,8	8,1	7,8	8,1	8,0
IWF	3,4	1,7	1,3	:	2,3	2,7	1,6	:	8,1	7,6	7,8	:
Eurozone												
EU	3,4	1,6	1,3	2,9	2,4	2,8	1,8	1,8	8,9	8,3	8,6	8,2
OECD	3,5	1,6	1,4	3,0	2,1	2,5	1,6	1,7	8,9	8,5	8,9	8,8
IWF	3,4	1,5	1,2	:	2,4	2,7	1,4	:	8,9	8,3	8,6	:

Quellen: **EU-KOM:** Herbstprognose, November 2001.

OECD: Wirtschaftsausblick, vorläufige Ausgabe, November 2001.

IWF: World Economic Outlook – Interim Assessment Following the Events of Sept. 11, 2001 (Dezember 2001) – Revised Projections.

² EU und IWF Verbraucherpreise (EU harmonisiert), OECD Deflator des privaten Verbrauchs.

Stand: 18. Dezember 2001

noch 1. BiP/Verbraucherpreise/Arbeitslosenquote

	BiP (real)1				Verbraucherpreise2			Arbeitslosenquote				
	2000	2001	2002	2003	2000	2001	2002	2003	2000	2001	2002	2003
Belgien												
EU	4,0	1,3	1,3	2,8	2,7	2,4	1,4	1,4	7,0	6,9	7,0	6,9
OECD	4,0	1,1	1,4	2,6	2,2	2,4	1,2	1,5	7,0	6,9	7,2	7,3
IWF	4,0	1,2	0,7	:	2,7	2,4	0,5	:	7,0	6,9	8,1	:
Dänemark												
EU	3,2	1,3	1,6	2,5	2,7	2,3	1,7	2,0	4,7	4,6	4,7	4,6
OECD	3,2	1,3	1,3	2,3	3,1	2,1	1,7	1,8	4,7	4,7	5,0	5,0
IWF	3,2	1,3	1,7	:	3,0	2,4	2,7	:	5,2	5,2	5,3	:
Finnland												
EU	5,7	0,5	1,7	2,9	3,0	2,7	2,0	2,2	9,8	9,2	9,4	9,3
OECD	5,7	0,4	1,2	3,4	3,5	2,6	1,7	1,9	9,8	9,2	9,6	9,6
IWF	5,7	0,7	1,8	:	3,0	2,6	1,7	:	9,8	9,4	9,9	:
Griechenland												
EU	4,3	4,1	3,5	4,2	2,9	3,6	2,7	2,9	11,1	10,6	10,1	9,6
OECD	4,3	3,9	4,0	4,3	3,1	3,3	2,6	2,7	11,4	11,2	10,9	10,4
IWF	4,3	4,1	3,0	:	2,9	3,6	2,9	:	11,4	10,9	10,9	:
Irland												
EU	11,5	6,5	3,3	5,5	5,3	4,0	3,3	2,9	4,2	3,8	4,5	4,5
OECD	11,5	5,6	3,7	6,4	4,7	4,3	3,5	3,3	4,3	4,3	5,3	5,3
IWF	11,5	6,1	3,0	:	5,3	3,9	2,8	:	4,3	3,8	4,5	:
Luxemburg												
EU	9,5	4,0	3,0	5,4	3,8	2,6	2,2	1,7	2,4	2,2	2,4	2,2
OECD	7,5	4,0	3,4	5,9	2,9	2,6	2,5	2,2	2,6	2,5	2,8	2,8
IWF	8,5	3,4	3,2	:	3,2	2,5	2,1	:	2,6	2,7	2,7	:
Niederlande												
EU	3,5	1,5	1,5	3,1	2,3	5,2	2,6	1,9	3,0	2,3	3,2	3,5
OECD	3,5	1,4	1,6	2,6	2,8	4,6	2,4	1,9	2,6	2,5	2,8	3,1
IWF	3,5	0,9	1,0	:	2,3	5,1	2,1	:	2,6	2,4	3,2	:
Österreich												
EU	3,0	1,1	1,2	2,4	2,0	2,4	1,7	1,8	3,7	3,9	4,3	4,2
OECD	3,0	1,2	1,5	2,7	1,5	2,6	1,8	1,9	4,7	4,8	5,3	5,1
IWF	3,3	1,1	1,3	:	2,0	2,4	2,0	:	3,7	3,8	4,1	:
Portugal												
EU	3,4	1,7	1,5	2,3	2,8	4,3	2,8	2,2	4,1	3,8	4,3	4,7
OECD	3,3	1,9	1,8	2,8	2,9	4,3	3,5	3,0	4,0	4,2	4,4	4,4
IWF	3,2	1,6	0,8	:	2,8	4,3	2,7	:	4,0	3,9	4,2	:
Schweden												
EU	3,6	1,4	1,6	2,6	1,3	2,7	2,2	2,2	5,9	5,2	5,6	5,4
OECD	3,6	1,4	1,6	2,8	0,9	2,6	3,0	2,5	4,7	4,1	4,5	4,7
IWF	3,6	1,2	1,7	:	1,0	2,6	2,3	:	4,7	4,1	4,1	:
Spanien												
EU	4,1	2,7	2,0	3,2	3,5	3,7	2,3	2,1	14,1	13,0	13,0	12,1
OECD	4,1	2,7	2,0	3,2	3,2	3,7	2,5	2,4	14,1	13,3	13,7	13,0
IWF	4,1	2,7	2,1	:	3,4	3,6	2,1	:	14,1	13,0	12,8	:

Quellen: **EU-KOM:** Herbstprognose, November 2001.

OECD: Wirtschaftsausblick, vorläufige Ausgabe, November 2001.

IWF: World Economic Outlook – Interim Assessment Following the Events of Sept. 11, 2001 (Dezember 2001) – Revised Projections.

² EU und IWF Verbraucherpreise (EU harmonisiert), OECD Deflator des privaten Verbrauchs.

Stand: 18. Dezember 2001

2. Öffentlicher Haushaltssaldo/Staatsschuldenquote/ Leistungsbilanzsaldo

	öffentlicher Haushaltssaldo*				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2000	2001	2002	2003	2000	2001	2002	2003	2000	2001	2002	2003
Deutschland												
EU	1,2	-2,5	-2,7	-2,2	60,3	60,0	61,0	60,6	-1,0	-0,1	-0,2	-0,1
OECD	1,2	-2,5	-2,5	-1,8	:	:	:	:	-1,0	-0,7	-0,4	-0,3
IWF	1,2	-2,5	-2,5	:	60,3	59,8	60,8	:	-1,0	-0,8	-0,5	:
USA												
EU	1,7	-0,3	-3,6	-3,4	:	:	:	:	-4,4	-3,7	-3,3	-3,6
OECD	1,7	0,6	-1,1	-0,6	:	:	:	:	-4,5	-4,1	-3,9	-4,0
IWF	1,5	0,3	-0,5	:	57,4	55,2	54,2	:	-4,5	-4,0	-3,8	:
Japan												
EU	-7,6	-6,5	-5,9	-5,6	:	:	:	:	2,5	2,3	2,3	2,1
OECD	-6,6	-6,4	-6,7	-6,6	:	:	:	:	2,5	2,1	2,9	3,5
IWF	-7,9	-7,2	-7,1	:	129,7	140,8	152,5	:	2,5	2,2	2,6	:
Frankreich												
EU	-1,4	-1,5	-2,0	-1,6	57,6	57,1	57,3	56,6	1,4	1,7	1,8	1,5
OECD	-1,4	-1,5	-1,8	-1,4	:	:	:	:	1,6	1,6	1,8	1,6
IWF	-1,4	-0,9	-2,1	:	57,5	57,0	57,9	:	1,8	2,5	2,6	:
Italien												
EU	-0,3	-1,2	-1,2	-0,9	110,5	108,2	106,9	103,4	0,1	0,2	-0,1	-0,3
OECD	-0,3	-1,4	-1,1	-1,1	:	:	:	:	-0,4	0,1	0,6	0,7
IWF	-0,3	-1,2	-1,0	:	110,2	108,0	107,3	:	-0,5	-0,1	0,1	:
Großbritannien												
EU	4,3	1,2	0,4	0,5	42,8	39,3	37,2	34,8	-2,0	-1,9	-2,9	-2,6
OECD	1,9	1,1	0,0	-0,7	:	:	:	:	-1,9	-1,8	-2,0	-2,2
IWF	3,9	0,5	-0,1	:	40,7	38,3	37,0	:	-1,7	-1,7	-2,0	:
Kanada												
EU	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
OECD	3,2	2,8	2,1	2,2	:	:	:	:	2,5	3,7	2,5	2,5
IWF	3,2	1,9	1,0	:	102,6	97,4	94,9	:	2,5	1,9	0,9	:
EU 15												
EU	1,1	-0,5	-0,9	-0,6	64,4	62,5	61,8	59,9	-0,3	0,2	-0,1	-0,1
OECD	0,6	-0,7	-1,0	-0,8	:	:	:	:	-0,4	-0,2	0,0	0,0
IWF	:	:	:	:	:	:	:	:	-0,3	:	0,1	:
Eurozone												
EU	0,3	-1,1	-1,4	-1,0	70,2	68,8	68,4	66,7	-0,1	0,4	0,4	0,4
OECD	0,2	-1,2	-1,3	-0,9	:	:	:	:	-0,2	0,0	0,3	0,4
IWF	0,2	-1,1	-1,4	:	70,2	68,9	68,6	:	-0,1	0,3	0,4	:

Quellen: **EU-KOM:** Herbstprognose, November 2001.

OECD: Wirtschaftsausblick, vorläufige Ausgabe, November 2001.

IWF: World Economic Outlook, endgültige Fassung, Oktober 2001.

World Economic Outlook - Interim Assessment Following the Events of Sept. 11, 2001

(Dezember 2001) - Revised Projections (für Haushaltssaldo und Staatsschuldenquote).

* für 2000 und 2001 mit UMTS-Erlösen.

Stand: 18. Dezember 2001

noch 2. Öffentlicher Haushaltssaldo/Staatsschuldenquote/ Leistungsbilanzsaldo

	öffentlicher Haushaltssaldo*				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2000	2001	2002	2003	2000	2001	2002	2003	2000	2001	2002	2003
Belgien												
EU	0,1	0,0	- 0,2	0,1	110,3	107,0	103,9	99,4	4,7	4,4	4,6	4,5
OECD	0,1	0,0	0,0	0,2	:	:	:	:	4,7	3,3	4,1	4,1
IWF	0,1	0,1	:		:	:	:	:	4,8	4,6	4,8	
Dänemark												
EU	2,5	2,2	1,6	2,0	46,1	43,2	42,5	40,0	2,1	3,2	2,5	2,7
OECD	2,8	2,0	1,4	1,7	:	:	:	:	2,3	3,2	3,1	3,3
IWF	2,5	1,9	2,0		:	:	:	:	1,7	2,2	2,5	
Finnland												
EU	6,9	4,8	2,9	2,3	44,0	42,7	42,0	41,7	7,3	7,1	6,2	6,6
OECD	6,9	3,7	1,9	2,1	:	:	:	:	7,4	6,6	5,9	6,5
IWF	6,9	3,8	2,4		:	:	:	:	7,4	5,9	5,3	
Griechenland												
EU	- 1,1	0,0	0,3	0,8	102,7	99,8	98,5	95,1	- 4,5	- 4,3	- 4,5	- 4,7
OECD	- 1,1	0,2	0,6	1,3	:	:	:	:	- 7,1	- 5,2	- 5,1	- 5,0
IWF	- 1,0	0,3	1,0		:	:	:	:	- 6,8	- 6,5	- 6,4	
Irland												
EU	4,5	2,4	1,8	1,8	38,6	34,3	30,8	27,1	- 0,6	- 1,5	- 2,0	- 2,2
OECD	4,6	3,2	2,2	1,9	:	:	:	:	- 0,7	- 2,0	- 1,8	- 1,6
IWF	4,5	2,9	1,6		:	:	:	:	- 0,7	- 1,2	- 2,2	
Luxemburg												
EU	6,1	4,4	2,8	3,2	5,3	5,3	5,2	4,9	:	20,1	19,7	19,7
OECD	6,1	5,3	3,2	2,9	:	:	:	:	5,7	4,1	3,1	4,5
IWF	4,1	4,2	4,6		:	:	:	:	4,8	4,6	4,8	
Niederlande												
EU	2,2	1,3	0,5	1,4	56,1	51,8	48,9	45,3	5,0	5,8	6,1	6,0
OECD	2,2	1,1	0,6	0,7	:	:	:	:	3,7	3,6	3,8	4,0
IWF	2,2	0,8	0,4		:	:	:	:	4,4	4,8	4,6	
Österreich												
EU	- 1,1	- 0,2	- 0,4	0,4	63,1	62,3	61,2	58,7	- 2,7	- 2,7	- 2,4	- 2,7
OECD	- 1,1	0,0	- 0,4	0,1	:	:	:	:	- 2,8	- 2,5	- 1,9	- 1,5
IWF	- 1,1	- 0,7	:		:	:	:	:	- 2,9	- 2,9	- 2,6	
Portugal												
EU	- 1,5	- 2,0	- 1,6	- 1,4	53,7	53,5	53,5	53,3	- 10,5	- 8,7	- 8,3	- 8,2
OECD	- 1,5	- 1,7	- 1,5	- 1,4	:	:	:	:	- 10,3	- 9,2	- 9,0	- 8,8
IWF	- 1,5	- 2,0	- 2,0		:	:	:	:	- 10,1	- 9,4	- 8,7	
Schweden												
EU	4,1	3,9	1,6	1,9	55,7	52,7	50,5	48,2	3,3	3,4	2,4	2,2
OECD	4,1	3,8	1,6	1,8	:	:	:	:	2,9	2,3	1,8	2,3
IWF	3,1	3,3	2,4		:	:	:	:	2,6	2,2	2,1	
Spanien												
EU	- 0,3	0,1	- 0,2	0,0	60,7	58,0	57,3	55,6	- 3,4	- 3,1	- 2,9	- 2,7
OECD	- 0,3	0,0	- 0,4	0,0	:	:	:	:	- 3,1	- 2,4	- 2,0	- 2,0
IWF	- 0,3	- 0,3	- 0,3		:	:	:	:	- 3,2	- 2,3	- 2,1	

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2001.

OECD: Wirtschaftsausblick, vorläufige Ausgabe, November 2001.

IWF: World Economic Outlook, endgültige Fassung, Oktober 2001.

* für 2000 und 2001 mit UMTS-Erlösen.

** Leistungsbilanzsaldo IWF: Belgien und Luxemburg.

Stand: 18. Dezember 2001

Statistischer Anhang zur wirtschaftlichen Lage

*1. Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

(Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Ursprungszahlen), Deutschland

	1998 1)	1999 1)	2000 1)	2000 1)		2001 1)					
				4. Vj	1. Vj	2. Vj	3. Vj				
Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in %											
Gesamtwirtschaftliche Kennzahlen											
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Preisen von 1995	+ 2,0	+ 1,8	+ 3,0	+ 1,5	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,3				
Erwerbstätige	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,0				
Produktivität (BIP in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen)	+ 0,9	+ 0,6	+ 1,3	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,3				
Verdienst (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer)	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,6	+ 2,4	+ 1,9	+ 1,6				
Sparquote (Sparen in % des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte 2))	10,3	9,9	9,8	8,6	13,6	9,6	8,8				
Nachrichtlich: Erwerbslosenquote (ILO-Abgrenzung) 3)	8,9	8,2	7,5	7,1	7,9	7,3	7,3				
Arbeitslosenquote (nationale Abgrenzung) 4)	11,1	10,5	9,6	9,0	9,9	9,3	9,1				
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts											
in Preisen von 1995											
Bruttowertschöpfung insgesamt	+ 2,3	+ 2,0	+ 3,6	+ 2,4	+ 1,9	+ 1,1	+ 0,8				
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	+ 2,4	+ 3,4	- 0,2	- 0,2	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,7				
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	+ 1,6	- 1,3	+ 5,4	+ 3,8	+ 3,4	+ 1,0	- 1,2				
Baugewerbe	- 1,9	- 0,2	- 2,7	- 6,0	- 9,9	- 7,0	- 5,3				
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	+ 2,4	+ 6,1	+ 4,6	+ 3,2	+ 3,4	+ 2,4	+ 2,4				
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	+ 4,9	+ 3,9	+ 4,6	+ 3,5	+ 2,9	+ 2,6	+ 2,7				
Öffentliche und private Dienstleister	+ 0,8	+ 0,4	+ 1,3	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,4				
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts											
in Preisen von 1995											
Konsum	+ 1,6	+ 2,7	+ 1,4	+ 0,1	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,1				
Konsumausgaben der privaten Haushalte	+ 1,7	+ 3,0	+ 1,4	- 0,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,0				
Konsumausgaben der privaten Organisationen o.E.	+ 4,0	+ 6,4	+ 1,6	- 0,3	+ 1,8	+ 1,2	+ 0,7				
Konsumausgaben des Staates	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,2	+ 0,8	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,4				
Bruttoanlageinvestitionen	+ 3,0	+ 4,2	+ 2,3	- 0,1	- 2,9	- 3,7	- 4,8				
Ausrüstungen	+ 9,2	+ 7,2	+ 8,7	+ 6,9	+ 3,4	- 1,2	- 6,1				
Bauten	- 1,0	+ 1,5	- 2,5	- 6,0	- 8,4	- 6,4	- 5,0				
Sonstige Anlagen	+ 10,8	+ 13,5	+ 8,9	+ 7,2	+ 5,8	+ 6,9	+ 6,7				
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen (Wachstumsbeitrag zum BIP) 5)	+ 0,5	- 0,4	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,3	- 0,4	- 0,9				
Inlandsnachfrage	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,0	+ 1,2	+ 0,7	- 0,3	- 1,2				
Exporte	+ 6,8	+ 5,6	+ 13,2	+ 12,2	+ 8,2	+ 7,2	+ 4,8				
Gesamtnachfrage	+ 3,4	+ 3,3	+ 4,6	+ 3,9	+ 2,6	+ 1,6	+ 0,3				
Importe	+ 8,9	+ 8,5	+ 10,0	+ 11,7	+ 6,4	+ 4,9	+ 0,0				
nachrichtl.: Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag zum BIP) 5)	- 0,4	- 0,7	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,6				
Preisentwicklung											
Konsumausgaben der privaten Haushalte	+ 1,1	+ 0,3	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,3	+ 1,7				
Inlandsnachfrage	+ 0,6	+ 0,3	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,2				
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,1	+ 0,5	- 0,4	- 0,4	+ 0,9	+ 1,4	+ 0,6				
Verteilung des Bruttonationaleinkommens											
Bruttonationaleinkommen (Bruttonsozialprodukt)	+ 2,8	+ 2,4	+ 2,9	+ 1,5	+ 2,2	+ 1,7	+ 1,5				
Volkseinkommen	+ 2,7	+ 1,5	+ 2,9	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,2				
Arbeitnehmerentgelt	+ 2,1	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,5	+ 2,8	+ 2,0	+ 1,7				
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	+ 4,1	- 1,4	+ 2,6	- 0,5	+ 0,2	+ 0,7	- 0,1				
Nachrichtlich: Verfügbares Einkommen	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,7	+ 1,1	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,3				
dar. private Haushalte	+ 2,7	+ 3,0	+ 2,8	+ 1,1	+ 3,6	+ 4,0	+ 3,5				

¹⁾ Vorläufiges Ergebnis. – Rechenstand: Mai 2001.

²⁾ Einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.

³⁾ Abgrenzung der Erwerbslosen nach den Definitionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Die Berechnung in dieser Abgrenzung ist durch EU-Verordnung vorgeschrieben.

⁴⁾ Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit. Vierteljahreszahlen errechnet aus den monatlichen Arbeitslosenquoten der Bundesanstalt für Arbeit in % aller Erwerbspersonen.

⁵⁾ Absolute Veränderung in % des BIP der Vorjahresperiode.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*2. Arbeitsmarkt

*2.1 Früheres Bundesgebiet

	2001											
	August	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November				
	1 000				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
Arbeitsmarkt 1)												
Arbeitslose insgesamt	2 446,5	2 421,8	2 412,7	2 467,7p	+	0,1	+	1,7	+	3,0	+	4,6p
Männer	1 333,7	1 323,6	1 321,9	1 364,8p	+	1,1	+	2,9	+	4,4	+	6,4p
Frauen	1 112,8	1 098,2	1 090,8	1 102,9p	-	1,1	+	0,1	+	1,3	+	2,3p
Arbeitslosenquote												
Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen	8,1	8,0	8,0	8,2p	-	-	-	-	-	-	-	
Männer	8,3	8,2	8,2	8,5p	-	-	-	-	-	-	-	
Frauen	7,9	7,8	7,7	7,8p	-	-	-	-	-	-	-	
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen	7,3	7,2	7,2	7,4p	-	-	-	-	-	-	-	
Kurzarbeiter insgesamt	69,6	89,6	113,8	141,5p	+	66,7	+	91,2	+	136,0	+	171,7p
Arbeitsvermittlungen insgesamt 2).	236,5	236,8	226,3	224,6p		X		X		X		X
Offene Stellen insgesamt	439,7	417,2	379,9	348,4p	-	8,1	-	9,5	-	12,2	-	15,7p
Beschäftigte												
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 3)4)	5 801p	-	0,1p	
Vorleistungsgüterproduzenten	2 586p	-	0,2p	
Investitionsgüterproduzenten ..	2 027p	+	1,4p	
Gebrauchsgüterproduzenten ..	260p	-	2,3p	
Verbrauchsgüterproduzenten ..	929p	-	2,6p	
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 1000 7)	692,2	-	8,4	
Geleistete Arbeitsstunden 5)												
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 3)4)6)	441 212p	-	1,8p	
Vorleistungsgüterproduzenten	213 955p	-	2,7p	
Investitionsgüterproduzenten ..	144 773p	+	0,6p	
Gebrauchsgüterproduzenten ..	18 818p	-	4,3p	
Verbrauchsgüterproduzenten ..	63 666p	-	3,4p	
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau Mill. Std. 7)	
darunter:												
Wohnungsbau Mill. Std. 7)	
Gewerblicher und industrieller Bau Mill. Std. 7)	
Öffentlicher und Verkehrsbau Mill. Std. 7)	

¹⁾ Falls nicht anders vermerkt, nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

²⁾ Ab Januar 2001 einschließlich Vermittlung durch „Stellen-Informations-Service“ (SIS) und „Arbeitgeber-Informations-Service“ (AIS); daher mit Vorjahreswerten nur eingeschränkt vergleichbar.

³⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, einschließlich Handwerk. Ab 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert. Die Vorjahresveränderungen sind auf der Basis vergleichbarer Berichtskreise berechnet worden.

⁴⁾ Einschließlich Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.

⁵⁾ 1 000 Std.

⁶⁾ Der Nachweis beschränkt sich auf tatsächlich geleistete Arbeiterstunden.

⁷⁾ Ab März 2001 vorläufige Ergebnisse.

P = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*2. Arbeitsmarkt

*2.2 Neue Länder und Berlin-Ost

	2001											
	August	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November				
	1 000				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
Arbeitsmarkt 1)												
Arbeitslose insgesamt	1 342,3	1 321,2	1 312,8	1 321,2p	+ 0,4	+ 1,5	+ 3,5	+ 2,8p				
Männer	650,9	637,7	635,1	645,6p	+ 3,3	+ 4,0	+ 6,6	+ 5,9p				
Frauen	691,4	683,4	677,6	675,6p	- 2,2	- 0,8	+ 0,8	- 0,0p				
Arbeitslosenquote												
Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen	18,5	18,2	18,1	18,2p	-	-	-	-				
Männer	17,4	17,1	17,0	17,3p	-	-	-	-				
Frauen	19,6	19,4	19,2	19,1p	-	-	-	-				
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen	17,1	16,9	16,8	16,9p	-	-	-	-				
Kurzarbeiter insgesamt	22,6	24,2	26,2	27,7p	+ 10,9	+ 28,6	+ 48,6	+ 51,6p				
Arbeitsvermittlungen insgesamt 2).	71,7	77,0	72,6	67,3p	X	X	X	X				
Offene Stellen insgesamt	68,0	67,9	62,9	54,1p	+ 4,4	+ 6,1	+ 6,8	+ 5,6p				
Beschäftigte												
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 3)4)	633p	+ 2,2p				
Vorleistungsgüterproduzenten	284p	+ 2,7p				
Investitionsgüterproduzenten ..	193p	+ 2,4p				
Gebrauchsgüterproduzenten ..	26p	+ 6,8p				
Verbrauchsgüterproduzenten ..	130p	+ 0,2p				
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 1 000 7)	256,7	- 17,1				
Geleistete Arbeiterstunden 5)												
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 3)4)6)	63 304p	+ 5,3p				
Vorleistungsgüterproduzenten	29 820p	+ 5,2p				
Investitionsgüterproduzenten ..	18 734p	+ 6,8p				
Gebrauchsgüterproduzenten ..	2 598p	+ 15,5p				
Verbrauchsgüterproduzenten ..	12 152p	+ 1,4p				
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau Mill. Std. 7)				
darunter:												
Wohnungsbau Mill. Std. 6)				
Gewerblicher und industrieller Bau Mill. Std. 7)				
Öffentlicher und Verkehrsbau Mill. Std. 7)				

¹⁾ Falls nicht anders vermerkt, nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

²⁾ Ab Januar 2001 einschließlich Vermittlung durch „Stellen-Informations-Service“ (SIS) und „Arbeitgeber-Informations-Service“ (AIS); daher mit Vorjahreswerten nur eingeschränkt vergleichbar.

³⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, einschließlich Handwerk. Ab 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert. Die Vorjahresveränderungen sind auf der Basis vergleichbarer Berichtskreise berechnet worden.

⁴⁾ Einschließlich Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.

⁵⁾ 1 000 Std.

⁶⁾ Der Nachweis beschränkt sich auf tatsächlich geleistete Arbeiterstunden.

⁷⁾ Ab März 2001 vorläufige Ergebnisse.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

*3.1.1 Bundesrepublik Deutschland

	2001						
	September p)	Oktober p)	2. Vj.	3. Vj. p)	September p)	Oktober p)	Januar - Oktober p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Produzierendes Gewerbe 1).....	119,1	117,2	+ 0,1	- 2,3	- 2,5	- 3,9	+ 0,1
Produzierendes Gewerbe (ohne Energie u. Bauleistungen).....	126,5	123,5	+ 1,4	- 1,3	- 1,9	- 3,7	+ 1,6
Vorleistungsgüterproduzenten.....	120,5	120,2	+ 0,5	- 2,6	- 2,7	- 4,1	+ 0,2
Investitionsgüterproduzenten.....	144,3	135,5	+ 3,5	- 0,4	- 0,9	- 2,7	+ 3,8
Gebrauchsgüterproduzenten.....	119,0	113,0	+ 2,6	+ 1,4	- 0,4	- 7,8	+ 2,0
Verbrauchsgüterproduzenten.....	108,6	111,4	- 1,0	- 0,8	- 2,3	- 3,7	- 0,4
Energie.....	91,9	95,4	+ 0,1	- 3,3	- 1,9	- 6,7	- 3,9
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- u. Tiefbau.....	88,2	90,1	- 12,2	- 9,6	- 8,9	- 4,0	- 11,0
Hochbauleistungen.....	83,0	85,0	- 15,2	- 12,8	- 11,9	- 6,3	- 13,6
Tiefbauleistungen.....	97,8	99,6	- 7,0	- 4,0	- 3,9	0,0	- 6,3
Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden.....	74,3	79,9	- 6,4	- 10,7	- 7,4	- 6,4	- 8,1
Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Gewinnung von Erdöl und Erdgas (ohne Bergbau auf Uran- u. Thoriumerze).....	62,3	69,6	- 8,7	- 14,3	- 9,2	- 8,1	- 10,4
Kohlenbergbau, Torfgewinnung.....	61,5	67,1	- 9,5	- 15,7	- 9,8	- 8,8	- 11,3
Gew. v. Erdöl u. Erdgas, Erbring. damit verb. Dienstleistungen.....	71,4	100,5	- 0,5	+ 2,3	- 2,3	- 0,1	- 1,2
Erzbergbau, Gew. v. Steinen u. Erden, sonst. Bergbau.....	108,9	110,2	- 1,8	- 3,7	- 4,6	- 2,7	- 3,2
Verarbeitendes Gewerbe.....	126,4	123,4	+ 1,4	- 1,3	- 1,9	- 3,7	+ 1,5
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.....	107,9	113,4	- 1,9	- 0,2	- 0,6	- 3,7	- 0,8
Ernährungsgewerbe.....	107,3	113,1	- 1,8	0,0	- 0,8	- 4,2	- 0,8
Tabakverarbeitung.....	121,1	119,4	- 2,8	- 2,5	+ 3,5	+ 9,3	+ 3,0
Textil- u. Bekleidungsgewerbe.....	82,0	76,7	- 2,7	- 4,3	- 7,2	- 10,0	- 2,2
Textilgewerbe.....	92,4	90,9	- 1,5	- 3,7	- 3,9	- 7,3	- 1,2
Bekleidungsgewerbe.....	65,4	54,0	- 5,8	- 5,7	- 14,2	- 16,4	- 4,3
Ledergewerbe.....	87,6	83,2	- 4,3	- 9,2	- 2,9	- 11,0	- 4,9
Holzgewerbe (oh. H. v. Möbeln).....	105,4	105,8	- 7,2	- 9,1	- 8,6	- 7,9	- 7,4
Papier-, Verlags-, u. Druckgewerbe	118,5	119,3	- 1,9	- 3,4	- 4,1	- 5,6	- 1,5
Papiergewerbe.....	108,3	111,2	- 2,6	- 3,7	- 2,7	- 2,6	- 1,6
Holzstoff, Zellstoff, Karton u. Pappe.....	114,9	120,8	- 7,8	- 8,8	- 7,6	- 6,1	- 5,7
Papier-, Karton- u. Pappeverarbeitung.....	104,0	105,0	+ 1,9	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,1	+ 1,9
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Ver- vielf. v. bespielt. Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	122,9	122,8	- 1,5	- 3,3	- 4,7	- 6,8	- 1,5
Verlagsgewerbe.....	129,4	124,1	- 2,0	- 4,9	- 5,3	- 11,7	- 2,8
Druckgewerbe.....	117,2	121,0	- 1,4	- 2,2	- 4,9	- 2,7	- 0,8
Kokerei, Mineralölverarb., Herstellung und Verarbeitung v. Spalt- u. Brutstoffen.....	88,1	94,0	+ 0,9	- 6,3	- 10,2	- 8,9	- 2,9
Chemische Industrie.....	114,3	120,6	- 2,0	- 2,7	- 3,1	- 3,4	- 1,5
Chemische Grundstoffe.....	118,6	127,8	- 3,6	- 3,5	- 2,9	- 3,9	- 3,2
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	111,8	118,4	+ 8,9	+ 4,2	- 1,8	+ 5,1	+ 7,3
Chemiefasern.....	88,6	101,1	- 8,0	- 16,5	- 14,2	- 11,5	- 10,3
Gummi- u. Kunststoffwaren.....	123,7	121,5	+ 0,2	- 1,3	- 0,4	- 3,6	+ 0,3
Gummivaren.....	135,5	131,7	- 0,4	+ 1,5	+ 2,9	- 1,3	+ 0,7
Kunststoffwaren.....	119,6	118,0	+ 0,3	- 2,2	- 1,6	- 4,4	+ 0,3

- Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

¹⁾ Arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren Census-X-12-ARIMA.

P = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

noch: *3.1.1 Bundesrepublik Deutschland

	2001						
	September p)	Oktober p)	2. Vj.	3. Vj. p)	September p)	Oktober p)	Januar - Oktober p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen u. Erden.....	102,1	99,9	- 5,9	- 6,7	- 5,4	- 6,9	- 5,6
Herstellung und Verarb. v. Glas.....	122,4	122,2	- 0,3	- 3,5	+ 0,5	- 2,3	+ 0,4
Erzeugnisse aus Beton, Zement und Gips.....	95,1	91,3	- 10,9	- 9,8	- 9,2	- 9,3	- 9,8
Metallerzeugung u. -bearbeitung, Metallerzeugnisse.....	121,2	119,9	+ 3,0	- 1,9	- 1,8	- 1,9	+ 2,3
Metallerzeugung u. -bearbeitung.....	113,1	112,5	+ 0,5	- 4,1	- 1,7	- 1,6	+ 0,5
Erzeugung v. Roheisen, Stahl u. Ferrolegerungen (EGKS).....	107,9	110,4	- 3,3	- 9,0	- 6,6	- 2,2	- 2,3
Gießereiindustrie.....	134,4	126,7	+ 3,6	+ 0,4	+ 5,6	- 1,9	+ 3,3
Metallerzeugnisse.....	125,5	123,7	+ 4,3	- 0,8	- 1,8	- 2,1	+ 3,2
Stahl- u. Leichtmetallbau.....	105,1	104,2	- 1,8	- 5,6	- 8,3	- 9,4	- 3,0
Maschinenbau.....	132,6	116,4	+ 3,5	+ 0,7	- 1,1	- 2,2	+ 3,4
Maschinen für die Erzeugung u. Nutzung v. mech. Energie.....	119,7	111,0	+ 6,0	+ 1,3	+ 1,3	- 0,5	+ 3,7
Land- u. forstwirtschaftliche Maschinen.....	92,0	84,1	- 4,1	+ 1,7	+ 1,1	- 10,2	- 1,9
Werkzeugmaschinen.....	150,9	132,1	+ 10,6	- 0,3	- 2,5	+ 6,4	+ 8,5
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik u. Optik.....	149,8	139,7	+ 6,2	- 1,7	- 5,9	- 9,9	+ 4,2
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen.....	209,1	204,8	- 2,4	- 14,4	- 17,2	- 27,2	- 5,5
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.....	135,0	126,0	+ 5,8	+ 1,9	- 0,8	- 4,3	+ 4,7
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	170,2	160,8	+ 12,2	- 3,9	- 16,2	- 19,9	+ 8,0
Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik.....	148,1	136,3	+ 7,1	- 0,1	- 1,2	- 0,7	+ 5,8
Fahrzeugbau.....	155,1	154,2	+ 3,7	+ 2,1	+ 5,5	+ 2,7	+ 5,6
Kraftwagen u. Kraftwagenteile.....	161,8	160,8	+ 3,7	+ 1,8	+ 5,3	+ 2,6	+ 5,7
Kraftwagen u. Kraftwagenmotore.....	156,8	154,2	+ 5,3	+ 1,6	+ 5,8	+ 2,2	+ 7,5
Sonstiger Fahrzeugbau.....	105,8	105,7	+ 3,3	+ 7,0	+ 7,3	+ 3,6	+ 4,5
Schiffbau.....	92,1	89,8	+ 5,7	+ 7,5	+ 7,6	+ 4,7	+ 5,4
Luft- u. Raumfahrzeugbau.....	129,7	130,4	+ 7,1	+ 9,9	+ 10,9	+ 6,4	+ 7,7
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren u. sonst.							
Erzeugnisse, Recycling.....	109,7	107,7	- 1,2	- 2,2	- 3,0	- 3,1	- 1,1
Möbel.....	103,9	96,3	- 2,5	- 2,0	- 2,9	- 6,1	- 2,1
Recycling.....	223,9	235,3	+ 7,1	- 4,9	- 6,0	- 1,7	+ 5,9
Energieversorgung.....	99,4	102,0	+ 1,5	- 1,0	- 0,2	- 6,3	- 2,7

- Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

*3.1.2 Früheres Bundesgebiet

	2001						
	September p)	Oktober p)	2. Vj.	3. Vj. p)	September p)	Oktober p)	Januar - Oktober p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Produzierendes Gewerbe 1).....	118,2	116,2	+ 0,1	- 2,4	- 2,6	- 4,1	0,0
Produzierendes Gewerbe (ohne Energie u. Bauleistungen).....	124,1	121,0	+ 1,2	- 1,7	- 2,1	- 4,0	+ 1,3
Vorleistungsgüterproduzenten.....	117,2	117,1	+ 0,2	- 3,0	- 2,9	- 4,3	- 0,1
Investitionsgüterproduzenten.....	143,1	134,2	+ 3,5	- 0,6	- 1,2	- 3,0	+ 3,6
Gebrauchsgüterproduzenten.....	115,3	109,4	+ 1,7	+ 1,1	- 0,7	- 8,8	+ 1,2
Verbrauchsgüterproduzenten.....	105,2	107,5	- 1,6	- 1,5	- 3,0	- 4,5	- 1,0
Energie.....	91,6	95,1	- 0,4	- 3,7	- 2,2	- 6,9	- 4,2
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- u. Tiefbau.....	92,2	94,7	- 10,9	- 8,0	- 7,4	- 2,7	- 9,6
Hochbauleistungen.....	88,1	90,8	- 13,4	- 10,7	- 10,0	- 4,4	- 11,8
Tiefbauleistungen.....	99,9	101,9	- 6,1	- 3,1	- 2,9	+ 0,4	- 5,4
Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 2).....	73,3	78,7	- 8,4	- 12,1	- 9,2	- 7,4	- 10,0
Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Gewinnung von Erdöl und Erdgas (ohne Bergbau auf Uran- u. Thoriumerze).....	59,7	66,5	- 11,8	- 16,7	- 11,6	- 9,8	- 13,4
Kohlenbergbau, Torfgewinnung.....	58,4	63,1	- 12,9	- 18,5	- 12,7	- 11,3	- 14,7
Gew. v. Erdöl u. Erdgas, Erbring. damit verb. Dienstleistungen.....	74,4	104,4	- 1,9	+ 2,4	+ 0,1	+ 0,6	- 1,6
Erzbergbau, Gew. v. Steinen u. Erden, sonst. Bergbau.....	116,8	117,6	- 1,1	- 2,9	- 4,9	- 2,7	- 2,7
Verarbeitendes Gewerbe.....	123,6	120,8	+ 1,1	- 1,6	- 2,7	- 3,5	+ 1,2
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.....	104,0	108,5	- 2,4	- 1,1	- 1,5	- 4,3	- 1,5
Ernährungsgewerbe.....	103,3	108,1	- 2,4	- 1,0	- 1,7	- 4,9	- 1,7
Tabakverarbeitung.....	118,8	117,8	- 3,4	- 2,9	+ 2,2	+ 9,8	+ 2,5
Textil- u. Bekleidungsgewerbe.....	77,3	72,5	- 3,7	- 5,1	- 9,3	- 10,7	- 3,1
Textilgewerbe.....	86,1	85,5	- 2,7	- 4,3	- 5,4	- 7,2	- 2,1
Bekleidungsgewerbe.....	63,8	52,7	- 6,3	- 6,5	- 16,5	- 18,4	- 5,1
Ledergewerbe.....	86,8	81,8	- 5,3	- 9,3	- 2,4	- 11,0	- 5,5
Holzgewerbe (oh. h. v. Möbeln).....	97,2	97,7	- 8,1	- 9,1	- 9,1	- 7,9	- 7,9
Papier-, Verlags-, u. Druckgewerbe	116,6	117,0	- 2,1	- 3,6	- 4,6	- 5,6	- 2,0
Papiergewerbe.....	106,8	109,3	- 3,2	- 4,0	- 3,2	- 2,7	- 2,0
Holzstoff, Zellstoff, Karton u. Pappe.....	118,2	119,8	- 8,6	- 9,2	- 6,5	- 7,6	- 6,3
Papier-, Karton- u. Pappeverarbeitung.....	99,7	102,8	+ 1,1	+ 0,2	- 0,7	+ 1,3	+ 1,6
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielf. v. bespielt. Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	121,0	120,4	- 1,6	- 3,5	- 5,1	- 6,8	- 1,9
Verlagsgewerbe.....	132,0	124,5	- 2,4	- 4,9	- 5,1	- 12,3	- 3,6
Druckgewerbe.....	112,8	117,0	- 1,1	- 2,5	- 5,6	- 2,4	- 0,7
Kokerei, Mineralölverarb., Herstellung und Verarbeitung v. Spalt- u. Brutstoffen.....	85,9	93,0	+ 1,3	- 7,6	- 11,4	- 8,1	- 2,4
Chemische Industrie.....	109,7	117,0	- 2,8	- 3,4	- 3,8	- 2,7	- 2,1
Chemische Grundstoffe.....	112,9	124,9	- 4,4	- 4,3	- 3,3	- 2,1	- 3,4
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	107,7	112,8	+ 7,3	+ 2,1	- 4,0	+ 3,1	+ 5,3
Chemiefasern.....	89,1	100,9	- 7,1	- 15,3	- 12,6	- 10,2	- 9,7
Gummi- u. Kunststoffwaren.....	120,4	118,6	- 0,3	- 1,3	- 1,1	- 3,3	- 0,1
Gummiharten.....	132,4	130,2	- 1,1	+ 0,9	+ 1,3	- 0,8	+ 0,1
Kunststoffwaren.....	116,2	114,5	0,0	- 2,2	- 2,1	- 4,3	- 0,2

- Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

¹⁾ Hauptgruppen arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren Census-X-12-ARIMA.

²⁾ Untergruppen ab „Bergbau, Gew. v. Steinen und Erden“ arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren des Statistischen Bundesamtes.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

noch *3.1.2 Früheres Bundesgebiet

	2001						
	September p)	Oktober p)	2. Vj.	3. Vj. p)	September p)	Oktober p)	Januar - Oktober p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen u. Erden.....	97,5	97,7	- 6,0	- 7,0	- 7,1	- 6,1	- 5,9
Herstellung und Verarb. v. Glas.....	108,9	115,2	0,0	- 3,9	- 2,7	+ 0,2	+ 1,0
Erzeugnisse aus Beton, Zement und Gips.....	93,9	91,5	- 11,2	- 9,8	- 10,7	- 9,0	- 10,2
Metallerzeugung u. -bearbeitung, Metallerzeugnisse.....	115,6	116,9	+ 2,2	- 2,5	- 3,4	- 1,4	+ 1,8
Metallerzeugung u. -bearbeitung.....	106,0	111,8	- 0,1	- 4,5	- 4,7	+ 1,2	+ 0,6
Erzeugung v. Roheisen, Stahl u. Ferrolegierungen (EGKS).....	102,0	107,4	- 4,2	- 9,4	- 8,4	- 1,2	- 2,4
Gießereiindustrie.....	120,6	124,7	+ 3,0	- 0,7	+ 0,2	+ 1,8	+ 2,7
Metallerzeugnisse.....	120,8	119,6	+ 3,4	- 1,5	- 2,7	- 2,8	+ 2,4
Stahl- u. Leichtmetallbau.....	98,8	97,7	- 2,9	- 6,0	- 7,1	- 11,0	- 4,3
Maschinenbau.....	131,9	115,9	+ 3,3	+ 0,7	- 1,5	- 1,6	+ 3,0
Maschinen für die Erzeugung u. Nutzung v. mech. Energie.....	116,9	110,1	+ 5,4	+ 0,8	- 0,3	+ 0,5	+ 3,0
Land- u. forstwirtschaftliche Maschinen.....	91,2	84,3	- 5,2	+ 1,9	- 1,2	- 10,9	- 2,9
Werkzeugmaschinen.....	150,8	130,2	+ 10,3	- 0,5	- 3,1	+ 6,4	+ 7,9
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik u. Optik.....	145,0	135,3	+ 5,7	- 1,9	- 7,1	- 10,2	+ 3,7
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen.....	203,2	191,9	0,0	- 13,2	- 17,8	- 27,7	- 3,9
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.....	132,9	125,0	+ 5,2	+ 1,5	- 2,1	- 4,1	+ 4,2
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	164,6	151,1	+ 11,2	- 4,4	- 16,7	- 22,1	+ 7,2
Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik.....	140,7	129,8	+ 6,1	- 0,9	- 3,2	- 0,5	+ 4,5
Fahrzeugbau.....	154,4	152,9	+ 3,3	+ 1,9	+ 4,8	+ 2,8	+ 5,2
Kraftwagen u. Kraftwagenteile.....	159,8	158,3	+ 3,2	+ 1,4	+ 4,6	+ 2,7	+ 5,2
Kraftwagen u. Kraftwagenmotore.....	155,4	153,7	+ 4,9	+ 1,4	+ 4,6	+ 2,8	+ 6,7
Sonstiger Fahrzeugbau.....	109,7	108,7	+ 3,3	+ 7,9	+ 8,2	+ 3,6	+ 4,8
Schiffbau.....	95,5	92,7	+ 5,3	+ 9,5	+ 8,8	+ 4,5	+ 6,0
Luft- u. Raumfahrtzeugbau.....	128,2	127,4	+ 6,8	+ 9,8	+ 10,9	+ 5,9	+ 7,6
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren u. sonst.							
Erzeugnisse, Recycling.....	106,8	105,3	- 2,0	- 2,4	- 3,5	- 3,0	- 1,7
Möbel.....	100,8	94,3	- 3,3	- 2,5	- 4,0	- 6,1	- 2,8
Recycling.....	227,9	241,6	+ 8,1	- 6,9	- 6,9	- 2,3	+ 6,3
Energieversorgung.....	98,5	102,5	+ 2,1	- 1,3	- 1,2	- 5,5	- 2,3

p = Vorläufiges Ergebnis.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

*3.1.3 Neue Länder und Berlin-Ost

	2001						
	September p)	Oktober p)	2. Vj.	3. Vj. p)	September p)	Oktober p)	Januar - Oktober p)
	1995 = 100	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
Produzierendes Gewerbe 1).....	128,9	128,5	- 0,5	- 1,1	- 1,5	- 1,5	+ 0,2
Produzierendes Gewerbe (ohne Energie u.							
Bauleistungen).....	167,9	166,4	+ 4,4	+ 3,6	+ 2,4	+ 1,2	+ 5,4
Vorleistungsgüterproduzenten.....	172,9	169,4	+ 4,5	+ 1,9	+ 0,5	- 1,5	+ 4,1
Investitionsgüterproduzenten.....	170,0	162,6	+ 4,1	+ 4,6	+ 4,3	+ 3,0	+ 6,7
Gebrauchsgüterproduzenten.....	198,6	191,1	+ 14,0	+ 3,8	+ 2,8	+ 7,3	+ 12,9
Verbrauchsgüterproduzenten.....	151,9	161,6	+ 2,8	+ 5,9	+ 3,8	+ 3,5	+ 4,9
Energie.....	94,1	97,8	+ 3,4	- 0,6	+ 0,2	- 4,4	- 0,7
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch-							
u. Tiefbau.....	73,6	73,5	- 18,2	- 16,1	- 15,3	- 9,8	- 17,0
Hochbauleistungen.....	64,3	63,7	- 23,5	- 21,7	- 20,5	- 15,3	- 21,7
Tiefbauleistungen.....	90,5	91,4	- 9,8	- 7,5	- 7,6	- 1,6	- 9,5
Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 2).....	81,9	87,1	+ 3,5	- 2,5	+ 1,0	+ 1,9	+ 2,1
Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Ge-							
winnung von Erdöl und Erdgas (ohne							
Bergbau auf Uran- u. Thoriumerze).....	80,7	88,9	+ 8,5	- 0,1	+ 3,5	+ 4,2	+ 6,3
Kohlenbergbau, Torfgewinnung.....	82,1	90,7	+ 8,1	0,0	+ 4,5	+ 5,3	+ 6,4
Gew. v. Erdöl u. Erdgas, Er-							
bring, damit verb. Dienstleistungen.....	48,1	46,2	+ 21,2	- 2,8	- 25,9	- 30,4	+ 2,3
Erzbergbau, Gew. v. Steinen u.							
Erden, sonst. Bergbau.....	84,2	83,7	- 5,7	- 6,5	- 3,0	- 2,4	- 6,2
Verarbeitendes Gewerbe.....	170,0	168,9	+ 4,4	+ 3,9	+ 2,0	+ 1,7	+ 5,5
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.....	148,1	161,8	+ 0,9	+ 6,5	+ 3,4	+ 4,2	+ 3,7
Ernährungsgewerbe.....	148,1	161,4	+ 0,8	+ 6,5	+ 3,6	+ 3,8	+ 3,6
Tabakverarbeitung.....	148,6	188,0	+ 7,7	+ 3,9	- 4,9	+ 28,3	+ 10,5
Textil- u. Bekleidungsgewerbe.....	155,1	144,3	+ 6,0	+ 1,8	+ 5,2	- 0,2	+ 5,3
Textilgewerbe.....	173,6	164,3	+ 7,1	+ 2,4	+ 4,0	- 4,5	+ 5,6
Bekleidungsgewerbe.....	97,5	82,0	- 3,0	- 1,4	+ 13,2	+ 39,9	+ 2,9
Ledergewerbe.....	100,5	106,2	+ 11,4	- 1,4	- 14,0	- 3,8	+ 4,5
Holzgewerbe (oh. H. v. Möbeln).....	186,4	186,6	- 2,3	- 8,6	- 9,8	- 6,8	- 4,9
Papier-, Verlags-, u. Druckgewerbe	156,4	153,7	+ 0,9	- 0,3	+ 0,3	- 5,6	+ 1,0
Papiergewerbe.....	138,9	150,7	+ 6,7	+ 1,1	- 2,4	+ 2,3	+ 4,1
Holzstoff, Zellstoff, Karton u. Pappe.....	111,7	121,9	+ 3,7	- 1,9	- 6,8	- 3,4	+ 0,4
Papier-, Karton- u. Pappeverarbeitung.....	174,5	188,2	+ 9,6	+ 3,9	+ 1,7	+ 7,5	+ 7,5
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Ver-							
vielf. v. bespielt. Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	162,2	154,7	- 0,9	- 0,8	+ 1,0	- 7,9	- 0,1
Verlagsgewerbe.....	123,6	112,3	+ 1,1	- 4,3	+ 1,8	- 14,3	0,0
Druckgewerbe.....	227,1	228,2	- 4,6	+ 1,6	- 2,2	- 0,5	- 1,0
Kokerei, Mineralölverarb., Herstellung und							
Verarbeitung v. Spalt- u. Brutstoffen.....	126,1	111,9	- 1,5	+ 11,6	+ 3,9	- 20,5	- 0,3
Chemische Industrie.....	174,1	188,7	+ 6,0	+ 7,1	- 4,6	- 1,6	+ 7,3
Chemische Grundstoffe.....	164,7	173,0	+ 4,1	+ 4,1	- 8,9	- 9,3	+ 4,1
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	168,6	202,5	+ 22,5	+ 26,0	+ 18,1	+ 32,6	+ 26,7
Chemiefasern.....	86,0	102,2	- 18,9	- 29,7	- 38,0	- 26,1	- 19,0
Gummi- u. Kunststoffwaren.....	195,2	183,6	+ 3,5	+ 2,7	+ 5,1	- 2,4	+ 5,1
Gummiharten.....	207,9	187,6	+ 9,1	+ 16,3	+ 19,8	+ 4,1	+ 13,7
Kunststoffwaren.....	192,5	182,7	+ 2,2	+ 0,1	+ 2,2	- 3,7	+ 3,3

- Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

¹⁾ Hauptgruppen arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren Census-X-12-ARIMA.

²⁾ Untergruppen ab „Bergbau, Gew. v. Steinen und Erden“ arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren des Statistischen Bundesamtes.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

noch *3.1.3 Neue Länder und Berlin-Ost

	2001						
	September p)	Oktober p)	2. Vj.	3. Vj. p)	September p)	Oktober p)	Januar - Oktober p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen u. Erden.....	123,1	120,2	- 6,1	- 4,7	- 3,7	- 4,0	- 5,3
Herstellung und Verarb. v. Glas.....	214,9	222,5	- 2,8	- 1,0	+ 1,0	+ 1,3	+ 0,8
Erzeugnisse aus Beton, Zement und Gips.....	98,2	91,6	- 10,5	- 8,8	- 5,7	- 7,8	- 10,2
Metallerzeugung u. -bearbeitung, Metallerzeugnisse.....	178,1	175,6	+ 9,2	+ 4,3	+ 1,3	+ 7,7	+ 9,0
Metallerzeugung u. -bearbeitung.....	164,5	167,4	+ 6,0	- 1,5	- 1,7	+ 1,3	+ 5,6
Erzeugung v. Roheisen, Stahl u. Ferrolegerungen (EGKS).....	189,1	193,8	+ 8,9	- 4,7	+ 0,9	+ 1,7	+ 5,0
Gießereiindustrie.....	203,9	200,9	+ 6,2	+ 7,1	+ 9,0	+ 9,9	+ 10,8
Metallerzeugnisse.....	182,2	178,0	+ 10,1	+ 5,9	+ 2,1	+ 9,5	+ 10,0
Stahl- u. Leichtmetallbau.....	140,6	144,3	+ 3,3	- 4,0	- 14,9	+ 0,1	+ 1,8
Maschinenbau.....	140,8	129,9	+ 4,9	+ 3,1	- 5,1	+ 5,9	+ 8,1
Maschinen für die Erzeugung u. Nutzung v. mech. Energie.....	169,2	140,3	+ 12,8	+ 10,1	+ 9,2	- 1,9	+ 14,2
Land- u. forstwirtschaftliche Maschinen.....	92,1	78,6	+ 18,3	+ 7,0	+ 43,0	+ 25,2	+ 14,8
Werkzeugmaschinen.....	159,9	170,9	+ 16,5	+ 7,3	+ 6,2	+ 26,0	+ 18,2
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik u. Optik.....	255,8	248,1	+ 8,7	+ 3,4	+ 8,4	+ 1,1	+ 7,9
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen.....	493,8	610,0	- 34,1	- 32,1	- 5,7	- 23,4	- 26,5
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.....	185,0	158,4	+ 11,7	+ 15,1	+ 16,6	+ 13,8	+ 14,2
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	351,8	368,9	+ 24,3	+ 4,0	- 1,2	+ 3,9	+ 15,6
Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik.....	261,4	245,1	+ 14,3	+ 8,9	+ 13,7	+ 3,7	+ 13,5
Fahrzeugbau.....	195,0	184,0	+ 8,4	+ 16,2	+ 21,1	+ 9,6	+ 13,4
Kraftwagen u. Kraftwagenteile.....	289,8	270,4	+ 10,2	+ 21,2	+ 27,9	+ 11,4	+ 17,1
Kraftwagen u. Kraftwagenmotore.....	244,1	195,9	+ 8,4	+ 44,7	+ 57,7	+ 7,7	+ 27,7
Sonstiger Fahrzeugbau.....	83,1	82,1	+ 2,2	0,0	- 0,5	+ 3,0	+ 1,7
Schiffbau.....	74,5	75,1	+ 7,0	- 3,4	- 2,2	+ 8,5	+ 1,9
Luft- u. Raumfahrzeugbau.....	365,0	351,1	+ 7,1	+ 11,0	+ 11,8	+ 11,3	+ 9,5
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren u. sonst.							
Erzeugnisse, Recycling.....	156,3	144,4	+ 2,9	+ 1,6	- 0,1	- 1,2	+ 2,3
Möbel.....	154,4	134,0	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,0	+ 0,6	+ 2,3
Recycling.....	218,2	215,3	+ 3,7	+ 2,7	- 1,7	- 1,0	+ 4,5
Energieversorgung.....	96,1	100,4	+ 2,5	- 1,4	- 1,7	- 5,0	- 2,5

p = Vorläufiges Ergebnis.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

*3.2.1 Bundesrepublik Deutschland

*3.2.1.1 Werte

	2001						
	September	Oktober p)	2. Vj.	3. Vj.	September	Oktober p)	Januar - Oktober p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2).....	121,3	124,9	- 0,4	- 4,7	- 9,4	- 6,2	- 0,5
davon: Inland.....	105,3	107,7	- 3,4	- 4,2	- 8,2	- 4,4	- 1,5
Ausland.....	150,1	155,9	+ 3,3	- 5,4	- 10,9	- 8,2	+ 0,8
Vorleistungsgüterproduzenten.....	109,9	116,4	- 2,1	- 8,2	- 13,3	- 7,5	- 2,9
davon: Inland.....	102,2	106,4	- 2,5	- 6,1	- 9,3	- 6,2	- 2,3
Ausland.....	125,8	136,9	- 1,5	- 11,5	- 19,1	- 9,6	- 3,7
Investitionsgüterproduzenten.....	135,9	137,1	+ 0,1	- 3,1	- 7,2	- 7,2	+ 0,6
davon: Inland.....	111,6	112,1	- 5,7	- 3,0	- 7,4	- 4,4	- 1,4
Ausland.....	169,2	171,4	+ 5,8	- 3,3	- 6,8	- 9,5	+ 2,6
Gebrauchsgüterproduzenten.....	107,0	115,5	+ 0,8	- 1,3	- 5,6	0,0	+ 0,7
davon: Inland.....	98,6	107,3	+ 1,6	- 3,0	- 7,7	+ 0,1	- 0,2
Ausland.....	131,4	139,0	- 0,9	+ 2,5	- 0,8	- 0,5	+ 2,6
Verbrauchsgüterproduzenten.....	111,1	110,4	+ 4,9	+ 0,9	- 7,0	+ 4,5	+ 2,9
davon: Inland.....	99,0	97,1	+ 1,4	- 1,8	- 7,0	+ 1,6	+ 0,1
Ausland.....	149,5	152,4	+ 12,9	+ 6,7	- 6,7	+ 11,0	+ 9,1
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	104,0	88,0	+ 0,1	- 2,5	- 9,0	+ 1,4	- 0,3
Textilgewerbe.....	90,6	95,3	- 2,2	- 6,4	- 11,7	- 7,2	- 2,7
Bekleidungsgewerbe.....	122,4	77,9	+ 5,3	+ 1,3	- 6,1	+ 19,7	+ 2,9
Ledergewerbe.....	140,7	117,7	+ 12,4	- 1,8	- 2,0	- 7,9	+ 0,3
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	100,2	106,7	- 5,4	- 5,2	- 6,7	+ 1,9	- 4,3
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	112,1	122,2	- 2,3	- 2,4	- 5,2	- 1,3	- 0,5
Papiergewerbe.....	111,9	120,5	- 4,8	- 2,7	- 4,0	- 3,0	- 1,2
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	124,9	132,3	- 13,6	- 7,3	- 5,9	- 9,6	- 7,5
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	101,5	111,1	+ 5,4	+ 2,0	- 2,2	+ 4,4	+ 5,7
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	112,5	124,9	+ 1,6	- 1,6	- 6,9	+ 1,3	+ 0,4
Chemische Industrie.....	108,4	116,0	+ 0,8	- 4,4	- 11,5	- 4,8	- 0,2
Chemische Grundstoffe.....	113,6	117,7	- 0,6	- 7,5	- 13,0	- 10,6	- 1,8
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	116,0	127,4	+ 11,2	+ 5,0	- 8,9	+ 8,4	+ 8,3
Gummi- und Kunststoffwaren.....	113,7	121,0	+ 6,7	- 2,0	- 5,5	- 2,5	+ 2,0
Kunststoffwaren.....	112,9	120,3	+ 0,1	- 2,8	- 6,8	- 2,7	- 0,3
Glasmehrwerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	96,1	103,0	- 4,7	- 7,0	- 10,0	- 5,2	- 3,9
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	108,7	113,9	- 2,5	- 4,2	- 7,9	- 7,3	- 1,9
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	101,8	110,5	- 5,4	- 7,5	- 12,2	- 11,0	- 4,9
Gießereiindustrie.....	129,5	134,5	+ 3,2	- 2,2	- 4,0	- 6,1	+ 1,4
Metallerzeugnisse.....	114,1	116,6	- 0,2	- 1,6	- 4,6	- 4,3	+ 0,7
Stahl- und Leichtmetallbau.....	104,0	102,3	- 0,5	- 4,0	- 3,1	- 3,4	- 1,9
Maschinenbau.....	109,4	114,9	- 4,0	- 8,9	- 10,0	- 4,1	- 3,0
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik,							
Feinmechanik und Optik.....	128,8	126,7	- 5,6	- 15,4	- 22,6	- 17,6	- 6,9
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	105,0	108,7	- 15,3	- 25,9	- 32,6	- 36,9	- 17,7
Geräte der Elektrizitätsproduktion, -verteilung u.ä.	118,0	115,6	+ 6,6	- 9,4	- 16,5	- 6,1	+ 0,7
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	157,2	145,1	- 22,6	- 25,2	- 31,4	- 33,3	- 18,9
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	131,9	138,9	+ 1,6	- 7,2	- 16,3	- 2,4	+ 1,4
Fahrzeugbau.....	159,7	162,4	+ 5,6	+ 5,1	+ 0,1	- 2,2	+ 6,6
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	170,6	179,4	+ 8,9	+ 6,6	+ 0,1	+ 4,5	+ 9,1
Sonstiger Fahrzeugbau.....	100,0	69,7	- 13,1	- 8,5	- 0,6	- 48,6	- 11,4
Schiffbau.....	12,6	21,0	- 48,0	- 79,9	- 62,8	- 71,5	- 63,5
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	217,8	118,8	- 18,1	+ 33,4	+ 37,0	- 53,0	- 6,6
Möbel.....	100,8	110,6	- 0,5	- 3,2	- 6,7	- 3,2	- 2,1

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

*3.2.1 Bundesrepublik Deutschland

*3.2.1.2 Volumen

	2001						
	September	Oktober p)	2. Vj.	3. Vj.	September	Oktober p)	Januar - Oktober p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2).....	117,4	120,8	- 1,8	- 5,4	- 9,8	- 6,5	- 1,8
davon: Inland.....	103,3	105,5	- 4,5	- 4,9	- 8,7	- 5,0	- 2,7
Ausland.....	142,8	148,4	+ 1,8	- 6,0	- 11,2	- 8,3	- 0,7
Vorleistungsgüterproduzenten.....	108,6	115,3	- 3,9	- 8,0	- 12,5	- 6,1	- 4,2
davon: Inland.....	101,6	106,1	- 4,1	- 5,9	- 8,7	- 5,1	- 3,5
Ausland.....	123,0	134,2	- 3,5	- 11,4	- 18,3	- 7,8	- 5,2
Investitionsgüterproduzenten.....	130,0	130,7	- 0,9	- 4,2	- 8,1	- 8,7	- 0,4
davon: Inland.....	109,0	109,0	- 6,5	- 4,2	- 8,6	- 6,4	- 2,2
Ausland.....	158,6	160,3	+ 4,5	- 4,2	- 7,7	- 10,6	+ 1,3
Gebrauchsgüterproduzenten.....	102,2	109,9	- 0,9	- 2,7	- 6,9	- 1,3	- 0,9
davon: Inland.....	94,1	102,1	- 0,3	- 4,5	- 9,1	- 1,2	- 1,8
Ausland.....	125,6	132,7	- 2,4	+ 1,1	- 2,1	- 1,6	+ 1,1
Verbrauchsgüterproduzenten.....	106,6	105,6	+ 3,0	- 0,6	- 8,0	+ 3,3	+ 1,4
davon: Inland.....	95,1	93,1	- 0,5	- 3,4	- 8,4	0,0	- 1,5
Ausland.....	142,9	144,9	+ 11,3	+ 5,7	- 7,2	+ 10,6	+ 7,8
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	103,0	87,2	- 0,8	- 3,0	- 9,3	+ 1,2	- 1,0
Textilgewerbe.....	89,9	94,6	- 3,6	- 7,1	- 12,1	- 7,5	- 4,0
Bekleidungsgewerbe.....	121,0	76,9	+ 5,4	+ 1,2	- 6,2	+ 20,0	+ 3,0
Ledergewerbe.....	133,3	111,2	+ 8,8	- 4,8	- 4,8	- 9,8	- 2,5
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	102,8	109,3	- 5,7	- 4,9	- 5,9	+ 2,8	- 4,6
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	110,0	120,0	- 4,9	- 2,4	- 5,0	- 0,8	- 2,9
Papiergewerbe.....	109,6	118,1	- 8,4	- 3,1	- 3,9	- 2,2	- 4,9
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	125,6	133,6	- 16,2	- 5,3	- 3,4	- 6,3	- 10,4
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	96,7	105,6	+ 0,8	- 0,7	- 4,4	+ 2,2	+ 1,4
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	110,6	122,9	+ 1,2	- 1,6	- 6,8	+ 1,4	+ 0,3
Chemische Industrie.....	106,1	113,8	- 1,9	- 4,7	- 11,1	- 3,8	- 2,4
Chemische Grundstoffe.....	115,3	120,4	- 3,9	- 5,6	- 10,0	- 6,3	- 4,1
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	105,9	116,0	+ 7,7	+ 1,9	- 11,5	+ 5,6	+ 5,2
Gummi- und Kunststoffwaren.....	112,2	119,7	+ 5,1	- 2,8	- 6,3	- 3,1	+ 0,7
Kunststoffwaren.....	111,1	118,7	- 1,4	- 3,7	- 7,6	- 3,1	- 1,6
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	96,6	103,5	- 6,9	- 8,7	- 11,5	- 6,5	- 6,0
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	105,8	111,2	- 3,3	- 3,1	- 6,1	- 5,2	- 2,5
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	102,0	111,3	- 6,1	- 3,9	- 6,8	- 4,5	- 5,0
Gießereiindustrie.....	127,1	132,3	+ 2,7	- 0,9	- 2,0	- 3,6	+ 0,8
Metallerzeugnisse.....	108,8	111,1	- 1,0	- 2,6	- 5,5	- 5,6	- 0,3
Stahl- und Leichtmetallbau.....	99,0	97,6	- 1,2	- 4,7	- 3,8	- 7,1	- 3,1
Maschinenbau.....	102,2	107,3	- 5,3	- 10,0	- 11,2	- 5,1	- 4,4
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	131,7	129,2	- 6,3	- 15,8	- 22,8	- 18,4	- 7,4
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	135,2	139,7	- 12,5	- 24,5	- 31,2	- 35,6	- 15,2
Geräte der Elektrizitätsproduktion, -verteilung u.ä., Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	115,0	112,4	+ 5,9	- 9,4	- 16,4	- 6,6	+ 0,2
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	170,6	157,6	- 22,1	- 24,5	- 30,4	- 32,1	- 18,0
Fahrzeugbau.....	124,0	130,5	+ 0,1	- 8,2	- 16,8	- 2,9	+ 0,4
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	149,7	152,0	+ 4,4	+ 4,4	- 0,5	- 2,9	+ 5,5
Sonstiger Fahrzeugbau.....	159,6	167,6	+ 7,9	+ 6,0	- 0,4	+ 4,0	+ 8,2
Schiffbau.....	95,5	66,6	- 14,0	- 9,5	- 1,5	- 49,0	- 12,3
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	12,1	20,0	- 48,4	- 80,2	- 63,0	- 71,8	- 63,9
Möbel.....	207,4	113,1	- 19,0	+ 32,0	+ 35,6	- 53,5	- 7,6
	89,7	98,0	- 3,7	- 6,2	- 9,5	- 6,0	- 5,2

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

*3.2.2 Früheres Bundesgebiet

*3.2.2.1 Werte

	2001						
	September	Oktober p)	2. Vj.	3. Vj.	September	Oktober p)	Januar - Oktober p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie ²⁾	118,5	122,9	- 0,8	- 5,5	- 10,8	- 6,8	- 1,1
davon: Inland.....	103,0	105,6	- 3,8	- 4,8	- 9,2	- 5,0	- 2,1
Ausland.....	145,0	152,5	+ 2,8	- 6,4	- 12,7	- 8,8	- 0,1
Vorleistungsgüterproduzenten.....	106,1	112,6	- 2,9	- 9,2	- 14,3	- 8,5	- 3,7
davon: Inland.....	98,7	102,9	- 3,1	- 7,0	- 10,2	- 7,0	- 3,0
Ausland.....	120,6	131,8	- 2,5	- 12,4	- 20,3	- 10,5	- 4,9
Investitionsgüterproduzenten.....	133,9	137,0	- 0,1	- 3,9	- 9,2	- 7,7	+ 0,1
davon: Inland.....	111,0	112,1	- 6,0	- 3,2	- 8,7	- 4,9	- 1,8
Ausland.....	163,4	168,8	+ 5,4	- 4,6	- 9,5	- 10,1	+ 1,9
Gebrauchsgüterproduzenten.....	104,6	112,8	+ 0,5	- 1,4	- 5,6	+ 0,4	+ 0,5
davon: Inland.....	95,5	104,1	+ 1,1	- 3,4	- 8,2	0,0	- 0,6
Ausland.....	129,7	136,8	- 0,6	+ 2,7	+ 0,2	+ 0,9	+ 2,9
Verbrauchsgüterproduzenten.....	109,1	108,1	+ 4,3	+ 0,4	- 7,5	+ 4,1	+ 2,4
davon: Inland.....	96,4	94,4	+ 0,8	- 2,6	- 7,8	+ 1,0	- 0,5
Ausland.....	147,8	150,3	+ 12,2	+ 6,4	- 7,0	+ 10,9	+ 8,6
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	102,1	85,4	- 0,1	- 2,6	- 9,2	+ 1,3	- 0,5
Textilgewerbe.....	86,6	91,1	- 2,8	- 6,9	- 12,4	- 7,8	- 3,6
Bekleidungsgewerbe.....	122,5	77,9	+ 5,4	+ 1,3	- 6,2	+ 19,7	+ 2,9
Ledergewerbe.....	141,6	117,6	+ 12,7	- 2,0	- 1,6	- 8,3	0,0
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	88,5	94,5	- 7,4	- 7,6	- 10,2	- 3,4	- 6,7
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	109,4	118,8	- 3,3	- 2,8	- 5,4	- 1,8	- 1,1
Papiergewerbe.....	109,3	116,7	- 5,6	- 2,9	- 3,9	- 3,6	- 1,7
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	124,4	130,2	- 14,4	- 6,9	- 4,9	- 10,1	- 7,9
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	97,5	106,1	+ 4,6	+ 1,2	- 2,8	+ 3,3	+ 5,0
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	109,6	121,9	+ 0,8	- 2,5	- 7,6	+ 1,0	- 0,1
Chemische Industrie.....	105,7	113,6	+ 0,4	- 5,1	- 12,1	- 4,6	- 0,6
Chemische Grundstoffe.....	110,1	114,9	- 1,3	- 8,7	- 13,7	- 10,4	- 2,6
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	113,5	124,7	+ 10,7	+ 4,3	- 9,7	+ 7,6	+ 7,7
Gummi- und Kunststoffwaren.....	109,0	116,8	+ 6,4	- 3,0	- 6,7	- 3,7	+ 1,1
Kunststoffwaren.....	108,3	116,1	- 0,7	- 3,9	- 7,9	- 3,8	- 1,2
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	89,4	95,9	- 4,8	- 7,5	- 10,3	- 6,3	- 4,4
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	105,4	110,9	- 2,7	- 4,8	- 8,6	- 8,0	- 2,3
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	99,0	108,2	- 5,5	- 8,0	- 12,5	- 11,1	- 5,4
Gießereiindustrie.....	122,3	125,9	+ 1,8	- 3,8	- 5,9	- 7,7	- 0,6
Metallerzeugnisse.....	110,5	113,0	- 0,5	- 2,4	- 5,6	- 5,4	+ 0,3
Stahl- und Leichtmetallbau.....	95,4	95,3	0,0	- 5,7	- 6,4	- 5,9	- 2,3
Maschinenbau.....	108,9	114,2	- 4,3	- 9,2	- 10,2	- 4,8	- 3,4
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik,							
Feinmechanik und Optik.....	125,1	123,1	- 6,5	- 16,4	- 24,2	- 18,8	- 7,8
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	97,9	98,6	- 13,9	- 24,8	- 33,4	- 37,8	- 16,7
Geräte der Elektrizitätsproduktion, -verteilung u.ä.	115,5	114,8	+ 5,8	- 10,8	- 18,8	- 7,4	- 0,6
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	151,7	139,4	- 24,3	- 26,2	- 32,6	- 34,9	- 20,1
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	128,7	134,3	+ 1,2	- 8,2	- 17,0	- 3,0	+ 1,0
Fahrzeugbau.....	157,4	164,3	+ 5,2	+ 3,8	- 3,3	- 2,4	+ 5,9
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	167,8	177,4	+ 9,0	+ 5,6	- 0,9	+ 4,1	+ 8,6
Sonstiger Fahrzeugbau.....	87,4	76,2	- 17,0	- 13,4	- 26,3	- 50,8	- 14,5
Schiffbau.....	14,1	25,7	- 33,8	- 78,9	- 66,1	- 69,0	- 60,9
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	141,4	105,3	- 24,0	+ 16,4	- 8,0	- 58,0	- 11,6
Möbel.....	97,7	107,9	- 0,9	- 4,2	- 7,8	- 3,8	- 2,9

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

*3.2.2 Früheres Bundesgebiet

*3.2.2.2 Volumen

	2001						
	September	Oktober p)	2. Vj.	3. Vj.	September	Oktober p)	Januar - Oktober p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie ²⁾	114,6	118,8	- 2,3	- 6,2	- 11,2	- 7,0	- 2,4
davon: Inland.....	101,0	103,4	- 5,1	- 5,4	- 9,7	- 5,6	- 3,2
Ausland.....	137,9	145,1	+ 1,2	- 7,1	- 13,1	- 8,9	- 1,4
Vorleistungsgüterproduzenten.....	104,7	111,5	- 4,6	- 9,0	- 13,6	- 7,1	- 5,1
davon: Inland.....	98,1	102,5	- 4,6	- 6,7	- 9,5	- 6,0	- 4,1
Ausland.....	117,8	129,2	- 4,4	- 12,4	- 19,6	- 8,8	- 6,4
Investitionsgüterproduzenten.....	128,0	130,4	- 1,2	- 5,0	- 10,1	- 9,2	- 0,9
davon: Inland.....	108,4	109,0	- 6,7	- 4,5	- 9,9	- 6,8	- 2,5
Ausland.....	153,1	157,9	+ 4,2	- 5,5	- 10,3	- 11,2	+ 0,7
Gebrauchsgüterproduzenten.....	100,0	107,5	- 1,1	- 2,8	- 6,9	- 0,9	- 1,0
davon: Inland.....	91,4	99,2	- 0,7	- 4,8	- 9,4	- 1,2	- 2,3
Ausland.....	124,1	130,7	- 2,0	+ 1,3	- 1,1	- 0,3	+ 1,5
Verbrauchsgüterproduzenten.....	104,6	103,4	+ 2,4	- 1,0	- 8,6	+ 3,0	+ 0,9
davon: Inland.....	92,7	90,5	- 1,1	- 4,1	- 9,0	- 0,5	- 2,0
Ausland.....	141,3	142,9	+ 10,7	+ 5,3	- 7,5	+ 10,5	+ 7,4
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	101,2	84,6	- 0,9	- 3,1	- 9,5	+ 1,1	- 1,3
Textilgewerbe.....	86,0	90,4	- 4,1	- 7,6	- 12,8	- 8,1	- 4,6
Bekleidungsgewerbe.....	121,2	76,8	+ 5,5	+ 1,3	- 6,3	+ 19,6	+ 3,0
Ledergewerbe.....	134,1	111,1	+ 9,0	- 5,1	- 4,4	- 10,3	- 2,6
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	90,5	96,6	- 7,8	- 7,3	- 9,9	- 2,7	- 7,1
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	107,3	116,5	- 5,6	- 3,0	- 5,3	- 1,5	- 3,5
Papiergewerbe.....	106,9	114,2	- 9,3	- 3,3	- 3,8	- 3,1	- 5,5
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	124,8	131,1	- 17,2	- 5,2	- 2,7	- 7,2	- 11,0
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	92,8	100,9	+ 0,1	- 1,4	- 4,9	+ 1,3	+ 0,8
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	108,0	120,1	+ 0,4	- 2,4	- 7,5	+ 1,1	- 0,4
Chemische Industrie.....	103,4	111,5	- 2,1	- 5,5	- 11,6	- 3,5	- 2,7
Chemische Grundstoffe.....	111,8	117,6	- 4,2	- 6,8	- 10,6	- 6,0	- 4,6
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	103,5	113,6	+ 7,3	+ 1,2	- 12,3	+ 4,9	+ 4,6
Gummi- und Kunststoffwaren.....	107,7	115,5	+ 4,7	- 4,0	- 7,5	- 4,3	- 0,2
Kunststoffwaren.....	106,6	114,6	- 2,2	- 4,7	- 8,7	- 4,2	- 2,4
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	89,7	96,2	- 7,0	- 9,2	- 11,8	- 7,5	- 6,5
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	102,6	108,2	- 3,5	- 3,8	- 6,8	- 5,8	- 3,0
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	99,1	109,0	- 6,2	- 4,2	- 7,1	- 4,6	- 5,5
Gießereiindustrie.....	120,1	123,8	+ 1,4	- 2,6	- 3,8	- 5,4	- 1,3
Metallerzeugnisse.....	105,3	107,6	- 1,3	- 3,4	- 6,6	- 6,8	- 0,7
Stahl- und Leichtmetallbau.....	90,7	90,8	- 0,8	- 6,4	- 7,2	- 9,6	- 3,4
Maschinenbau.....	101,7	106,7	- 5,6	- 10,4	- 11,4	- 5,7	- 4,7
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik,							
Feinmechanik und Optik.....	127,9	125,4	- 7,1	- 16,7	- 24,2	- 19,6	- 8,2
Büromaschinen, Datenvorarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	126,1	126,4	- 10,9	- 23,3	- 31,8	- 36,6	- 14,1
Geräte der Elektrizitätsproduktion, -verteilung u.ä.	112,3	111,4	+ 5,0	- 10,7	- 18,9	- 8,0	- 1,1
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	164,7	151,5	- 23,6	- 25,6	- 31,6	- 33,8	- 19,1
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	121,1	126,2	- 0,2	- 9,0	- 17,5	- 3,4	0,0
Fahrzeugbau.....	147,4	153,6	+ 4,1	+ 3,2	- 3,8	- 3,2	+ 4,9
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	156,9	165,6	+ 7,8	+ 5,0	- 1,3	+ 3,5	+ 7,6
Sonstiger Fahrzeugbau.....	83,6	72,8	- 17,9	- 14,3	- 26,8	- 51,2	- 15,3
Schiffbau.....	13,5	24,5	- 34,5	- 79,2	- 66,3	- 69,3	- 61,3
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	134,8	100,2	- 24,8	+ 15,3	- 8,7	- 58,4	- 12,4
Möbel.....	86,8	95,6	- 4,1	- 7,3	- 10,8	- 6,6	- 6,0

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

*3.2.3 Neue Länder und Berlin-Ost

*3.2.3.1 Werte

	2001						
	September	Oktober p)	2. Vj.	3. Vj.	September	Oktober p)	Januar - Oktober p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2).....	168,6	158,9	+ 5,4	+ 6,8	+ 11,1	+ 3,0	+ 8,2
davon: Inland.....	134,2	134,3	+ 1,4	+ 1,9	+ 2,4	+ 2,2	+ 4,0
Ausland.....	341,4	282,8	+ 14,9	+ 19,5	+ 33,3	+ 5,5	+ 18,6
Vorleistungsgüterproduzenten.....	170,8	176,2	+ 6,1	+ 3,2	- 1,0	+ 3,2	+ 7,4
davon: Inland.....	146,6	151,5	+ 2,9	+ 2,6	- 1,6	+ 2,6	+ 4,0
Ausland.....	284,1	291,9	+ 15,4	+ 5,0	+ 0,7	+ 5,3	+ 17,4
Investitionsgüterproduzenten.....	168,5	140,1	+ 3,9	+ 11,2	+ 29,7	+ 2,6	+ 9,2
davon: Inland.....	118,1	111,9	- 2,1	0,0	+ 8,2	+ 0,2	+ 3,2
Ausland.....	412,2	276,3	+ 14,7	+ 36,1	+ 78,8	+ 7,7	+ 20,7
Gebrauchsgüterproduzenten.....	154,6	167,9	+ 3,5	+ 0,8	- 5,7	- 5,0	+ 2,8
davon: Inland.....	147,0	158,0	+ 6,3	+ 1,9	- 1,9	+ 0,7	+ 4,6
Ausland.....	230,8	269,1	- 9,7	- 4,5	- 24,8	- 28,9	- 5,9
Verbrauchsgüterproduzenten.....	164,9	169,4	+ 13,4	+ 10,7	+ 4,2	+ 11,6	+ 11,7
davon: Inland.....	155	156,8	+ 9,5	+ 8,8	+ 4,2	+ 11,0	+ 9,2
Ausland.....	240,0	265,2	+ 36,5	+ 20,5	+ 3,9	+ 14,4	+ 24,7
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	144,4	144,5	+ 3,0	- 0,6	- 4,8	+ 1,9	+ 4,7
Textilgewerbe.....	152,6	161,8	+ 3,1	- 1,1	- 5,1	- 1,2	+ 4,4
Bekleidungsgewerbe.....	115,4	83,5	+ 2,2	+ 2,2	- 3,4	+ 29,3	+ 7,1
Ledergewerbe.....	117,0	120,6	+ 5,1	+ 5,6	- 13,0	+ 7,5	+ 4,8
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	259,4	273,3	+ 6,6	+ 7,8	+ 14,6	+ 37,8	+ 9,9
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	164,1	188,2	+ 8,3	+ 3,2	- 2,6	+ 5,9	+ 7,5
Papiergewerbe.....	156,4	185,1	+ 5,3	- 0,8	- 6,1	+ 5,8	+ 5,8
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	131,7	161,7	- 2,6	- 12,1	- 16,6	- 3,6	- 2,1
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	185,5	212,5	+ 14,3	+ 11,0	+ 5,0	+ 16,0	+ 14,1
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	180,0	194,7	+ 14,2	+ 11,9	+ 4,5	+ 6,0	+ 10,8
Chemische Industrie.....	165,6	164,8	+ 5,7	+ 7,0	- 2,9	- 8,3	+ 7,3
Chemische Grundstoffe.....	167,8	162,0	+ 6,4	+ 6,7	- 4,6	- 11,5	+ 7,7
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	183,0	195,4	+ 21,0	+ 17,5	+ 6,1	+ 20,3	+ 19,1
Gummi- und Kunststoffwaren.....	190,7	191,5	+ 10,7	+ 10,4	+ 7,6	+ 12,3	+ 11,5
Kunststoffwaren.....	184,6	186,3	+ 9,1	+ 7,4	+ 4,8	+ 10,2	+ 9,1
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	150,8	161,2	- 3,4	- 4,0	- 8,4	+ 0,1	- 1,4
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	152,5	154,6	+ 0,1	+ 2,1	- 0,5	- 0,1	+ 2,7
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	141,3	143,1	- 3,2	- 3,6	- 9,8	- 10,6	- 0,4
Gießereiindustrie.....	216,4	238,8	+ 13,4	+ 9,4	+ 10,9	+ 6,0	+ 17,4
Metallerzeugnisse.....	160,5	162,6	+ 2,8	+ 6,3	+ 6,4	+ 7,6	+ 5,1
Stahl- und Leichtmetallbau.....	163,2	150,9	- 2,1	+ 4,7	+ 13,2	+ 9,8	- 0,1
Maschinenbau.....	119,4	127,0	+ 0,9	- 2,2	- 5,7	+ 8,2	+ 4,7
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik,							
Feinmechanik und Optik.....	201,5	196,5	+ 8,0	- 0,5	+ 2,5	+ 1,4	+ 6,5
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	313,0	408,7	- 29,7	- 35,5	- 25,6	- 29,5	- 26,6
Geräte der Elektrizitätsproduktion, -verteilung u.ä.	156,5	129,1	+ 20,6	+ 11,0	+ 23,1	+ 18,4	+ 20,6
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	327,1	320,0	+ 8,9	- 5,4	- 9,2	- 0,4	+ 2,9
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	207,5	247,2	+ 7,2	+ 8,3	- 3,1	+ 4,1	+ 7,3
Fahrzeugbau.....	196,3	134,4	+ 10,5	+ 30,4	+ 75,9	+ 3,5	+ 20,1
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	257,4	241,8	+ 8,5	+ 31,4	+ 25,7	+ 15,9	+ 22,7
Sonstiger Fahrzeugbau.....	146,1	46,0	+ 14,7	+ 27,7	+ 317,4	- 29,4	+ 13,0
Schiffbau.....	7,9	5,7	- 76,6	- 84,2	- 10,2	- 86,6	- 76,5
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	9999,9	2072,0	+ 339,2	+ 584,9	+ 978,0	+ 248,7	+ 100,5
Möbel.....	146,0	149,6	+ 4,2	+ 7,5	+ 7,6	+ 4,3	+ 7,2

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

*3.2.3 Neue Länder und Berlin-Ost

*3.2.3.2 Volumen

	2001						
	September	Oktober p)	2. Vj.	3. Vj.	September	Oktober p)	Januar - Oktober p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2).....	164,6	155,7	+ 3,8	+ 5,8	+ 10,3	+ 2,9	+ 6,6
davon: Inland.....	132,5	132,7	0,0	+ 1,2	+ 2,0	+ 1,7	+ 2,6
Ausland.....	326,7	271,6	+ 13,1	+ 18,5	+ 32,4	+ 5,9	+ 16,8
Vorleistungsgüterproduzenten.....	170,3	175,9	+ 4,2	+ 3,4	- 0,2	+ 4,9	+ 5,9
davon: Inland.....	147,2	152,3	+ 1,1	+ 2,7	- 1,0	+ 3,7	+ 2,5
Ausland.....	279,9	288,0	+ 13,1	+ 5,6	+ 2,0	+ 8,0	+ 15,8
Investitionsgüterproduzenten.....	162,2	135,5	+ 2,6	+ 9,0	+ 27,2	+ 0,7	+ 7,5
davon: Inland.....	115,7	109,9	- 3,1	- 1,5	+ 6,7	- 1,8	+ 1,8
Ausland.....	387,1	259,0	+ 13,3	+ 33,7	+ 76,0	+ 5,9	+ 18,7
Gebrauchsgüterproduzenten.....	144,7	157,0	+ 1,7	- 1,3	- 7,7	- 6,6	+ 0,9
davon: Inland.....	137,5	147,7	+ 4,3	- 0,5	- 4,2	- 1,1	+ 2,5
Ausland.....	217,5	251,6	- 11,2	- 5,6	- 25,1	- 30,0	- 7,4
Verbrauchsgüterproduzenten.....	157,3	161,3	+ 11,3	+ 8,7	+ 2,5	+ 9,7	+ 9,7
davon: Inland.....	148,3	149,7	+ 7,3	+ 6,8	+ 2,5	+ 9,0	+ 7,1
Ausland.....	225,7	249,4	+ 35,0	+ 18,9	+ 2,7	+ 13,4	+ 23,2
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	143,2	143,5	+ 1,7	- 1,5	- 5,5	+ 1,3	+ 3,5
Textilgewerbe.....	151,9	161,1	+ 1,6	- 2,2	- 5,8	- 1,7	+ 2,9
Bekleidungsgewerbe.....	112,7	81,5	+ 2,2	+ 1,9	- 3,7	+ 29,2	+ 6,9
Ledergewerbe.....	110,8	114,1	+ 2,1	+ 2,6	- 15,5	+ 5,5	+ 2,0
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	268,6	282,3	+ 6,8	+ 9,5	+ 16,9	+ 40,2	+ 10,6
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	161,8	185,8	+ 6,1	+ 3,8	- 1,5	+ 7,8	+ 5,4
Papiergewerbe.....	155,9	184,7	+ 2,6	+ 0,4	- 4,2	+ 9,0	+ 3,2
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	136,9	168,2	- 3,3	- 7,1	- 10,9	+ 4,2	- 2,7
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	178,3	204,1	+ 9,4	+ 8,2	+ 2,9	+ 14,0	+ 9,6
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	174,0	188,0	+ 13,2	+ 11,3	+ 3,9	+ 5,4	+ 9,9
Chemische Industrie.....	162,7	162,6	+ 0,7	+ 5,6	- 3,2	- 7,7	+ 3,2
Chemische Grundstoffe.....	168,5	164,2	+ 0,3	+ 6,5	- 3,5	- 8,9	+ 2,9
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	166,6	177,2	+ 16,8	+ 13,7	+ 2,9	+ 16,6	+ 15,1
Gummi- und Kunststoffwaren.....	187,8	188,9	+ 8,9	+ 9,1	+ 6,1	+ 11,2	+ 9,8
Kunststoffwaren.....	181,4	183,4	+ 7,3	+ 6,3	+ 3,6	+ 9,1	+ 7,4
Glasmehrwerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	150,9	161,8	- 6,0	- 6,0	- 10,1	- 0,4	- 3,4
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	148,8	150,2	- 0,2	+ 3,2	+ 1,4	+ 1,1	+ 2,3
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	141,7	143,3	- 3,4	+ 0,3	- 4,1	- 4,3	- 0,1
Gießereiindustrie.....	211,5	234,1	+ 12,7	+ 10,2	+ 12,6	+ 8,3	+ 16,6
Metallerzeugnisse.....	153,9	155,1	+ 2,4	+ 5,4	+ 5,5	+ 5,0	+ 4,3
Stahl- und Leichtmetallbau.....	156,0	144,3	- 2,6	+ 4,3	+ 12,9	+ 5,2	- 1,0
Maschinenbau.....	111,6	118,7	- 0,6	- 3,6	- 6,9	+ 6,9	+ 3,2
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	207,9	204,6	+ 6,4	- 2,1	+ 1,5	+ 0,3	+ 5,0
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	402,5	529,4	- 28,5	- 35,9	- 25,1	- 27,8	- 25,3
Geräte der Elektrizitätsverteilung, -verteilung u.ä.	155,3	127,8	+ 20,0	+ 11,2	+ 23,2	+ 17,9	+ 20,1
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	350,6	343,7	+ 8,3	- 5,2	- 7,9	+ 1,2	+ 3,1
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	194,1	231,4	+ 5,6	+ 7,1	- 4,0	+ 3,2	+ 5,9
Fahrzeugbau.....	185,9	127,1	+ 9,7	+ 28,7	+ 73,4	+ 2,4	+ 18,7
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	242,7	228,3	+ 7,8	+ 29,8	+ 23,7	+ 15,2	+ 21,5
Sonstiger Fahrzeugbau.....	139,1	44,0	+ 13,7	+ 25,3	+ 307,9	- 30,3	+ 11,6
Schiffbau.....	7,5	5,4	- 76,7	- 84,5	- 12,8	- 87,0	- 76,8
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	9999,9	1970,6	+ 334,1	+ 606,9	+ 999,9	+ 243,4	+ 102,0
Möbel.....	130,4	133,2	+ 1,0	+ 4,5	+ 4,7	+ 1,7	+ 4,2

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.3 Umsatz der Industrie¹⁾

*3.3.1 Bundesrepublik Deutschland

	2001						
	September	Oktober p)	2. Vj.	3. Vj.	September	Oktober p)	Januar - Oktober p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie ²⁾	132,3	134,8	+ 3,2	- 0,2	- 3,6	+ 1,5	+ 3,7
davon: Inland.....	112,7	115,9	+ 1,1	- 1,4	- 4,9	+ 1,5	+ 1,5
Ausland.....	168,2	169,3	+ 6,2	+ 1,5	- 2,1	+ 1,5	+ 6,4
Vorleistungsgüterproduzenten.....	116,7	121,5	+ 1,4	- 4,1	- 8,7	- 4,2	+ 0,9
davon: Inland.....	106,9	111,3	+ 0,6	- 3,0	- 6,8	- 2,3	+ 0,7
Ausland.....	137,3	142,7	+ 2,4	- 6,0	- 11,6	- 7,3	+ 1,1
Investitionsgüterproduzenten.....	155,2	155,1	+ 4,8	+ 2,7	+ 0,2	+ 5,9	+ 6,2
davon: Inland.....	125,5	128,0	+ 1,5	- 0,1	- 3,2	+ 5,9	+ 2,7
Ausland.....	195,8	192,2	+ 8,2	+ 5,3	+ 3,3	+ 6,0	+ 9,5
Gebrauchsgüterproduzenten.....	112,3	116,4	+ 3,4	+ 2,4	- 1,6	+ 2,5	+ 3,2
davon: Inland.....	102,0	106,7	+ 2,0	+ 0,3	- 4,2	+ 1,4	+ 1,1
Ausland.....	143,0	145,6	+ 7,1	+ 7,1	+ 4,5	+ 5,0	+ 8,2
Verbrauchsgüterproduzenten.....	109,1	112,4	+ 3,5	+ 1,2	- 3,3	+ 3,6	+ 2,6
davon: Inland.....	97,5	97,9	+ 0,8	- 1,0	- 4,0	+ 0,3	0,0
Ausland.....	147,3	160,3	+ 9,6	+ 6,1	- 1,6	+ 11,1	+ 8,1
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	101,1	91,4	+ 0,6	- 3,7	- 6,6	- 4,1	- 0,9
Textilgewerbe.....	92,9	96,9	- 0,1	- 3,3	- 6,2	- 2,4	- 0,1
Bekleidungsgewerbe.....	112,9	83,6	+ 2,2	- 3,9	- 7,2	- 6,8	- 2,1
Ledergewerbe.....	106,3	92,1	+ 6,4	+ 2,3	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,4
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	96,2	104,2	- 8,4	- 7,9	- 11,0	- 2,7	- 7,1
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	111,4	122,1	+ 2,0	- 1,2	- 5,8	+ 0,7	+ 2,3
Papiergewerbe.....	110,4	120,5	+ 2,3	- 2,1	- 6,5	+ 0,2	+ 2,8
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	118,4	128,0	- 2,5	- 7,8	- 12,2	- 5,3	- 1,4
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	103,8	114,3	+ 7,7	+ 4,0	- 0,3	+ 6,0	+ 7,4
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	112,8	124,4	+ 1,1	+ 0,3	- 4,6	+ 1,4	+ 1,3
Chemische Industrie.....	110,5	119,7	+ 1,4	- 4,1	- 9,6	- 4,0	+ 0,7
Chemische Grundstoffe.....	115,8	121,8	+ 0,4	- 7,8	- 12,2	- 9,6	- 0,8
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	118,5	135,3	+ 8,7	+ 6,2	- 1,4	+ 10,7	+ 8,2
Gummi- und Kunststoffwaren.....	116,5	124,5	+ 1,6	- 0,5	- 3,9	- 0,2	+ 1,5
Kunststoffwaren.....	115,2	123,2	+ 0,4	- 1,5	- 5,3	- 0,8	+ 0,9
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	97,8	105,0	- 2,1	- 4,1	- 7,8	- 3,4	- 2,2
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	116,7	119,7	+ 2,3	- 1,6	- 4,0	+ 0,2	+ 2,6
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	111,3	115,9	+ 5,0	- 2,5	- 6,5	- 4,2	+ 3,3
Gießereiindustrie.....	134,1	142,8	+ 9,4	+ 7,3	+ 1,5	+ 3,8	+ 9,8
Metallerzeugnisse.....	121,2	122,8	+ 0,2	- 0,9	- 2,0	+ 4,0	+ 2,1
Stahl- und Leichtmetallbau.....	109,7	107,6	- 1,0	+ 1,2	+ 0,8	+ 2,1	+ 0,3
Maschinenbau.....	130,3	124,0	+ 5,6	+ 2,9	- 1,1	+ 6,3	+ 5,5
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	151,0	139,9	+ 1,8	- 5,3	- 10,7	- 9,1	+ 0,7
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	114,8	119,3	- 8,0	- 14,5	- 19,7	- 20,5	- 8,3
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	138,9	127,2	+ 1,3	0,0	- 3,3	- 4,0	+ 1,8
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	194,1	173,2	+ 1,5	- 14,4	- 23,2	- 20,2	- 2,3
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	148,2	141,9	+ 7,3	+ 2,9	+ 0,2	+ 4,8	+ 7,2
Fahrzeugbau.....	177,1	190,9	+ 6,7	+ 6,5	+ 5,7	+ 12,2	+ 9,7
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	173,1	192,6	+ 8,1	+ 5,1	+ 2,4	+ 10,2	+ 9,6
Sonstiger Fahrzeugbau.....	206,3	178,7	- 3,4	+ 17,0	+ 31,7	+ 31,3	+ 10,3
Schiffbau.....	214,0	141,4	- 44,0	+ 59,8	+ 196,4	+ 210,8	+ 8,6
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	249,6	230,9	+ 8,7	+ 12,3	+ 7,0	+ 11,0	+ 13,8
Möbel.....	107,5	111,4	0,0	- 0,3	- 4,7	+ 0,2	+ 0,5

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.3 Umsatz der Industrie¹⁾

*3.3.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost

	2001						
	September	Oktober p)	2. Vj.	3. Vj.	September	Oktober p)	Januar - Oktober p)
	1995 = 100	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
Früheres Bundesgebiet							
Industrie2).	128,9	132,0	+ 2,9	- 1,0	- 4,6	+ 0,9	+ 3,1
davon: Inland	109,7	112,9	+ 0,6	- 2,2	- 5,4	+ 0,7	+ 0,9
Ausland	162,4	165,2	+ 5,9	+ 0,4	- 3,5	+ 1,0	+ 5,8
Vorleistungsgüterproduzenten	112,6	117,4	+ 0,7	- 5,2	- 9,6	- 5,0	+ 0,3
davon: Inland	103,0	107,3	+ 0,1	- 3,8	- 7,5	- 3,1	+ 0,1
Ausland	131,7	137,5	+ 1,8	- 6,9	- 12,7	- 8,1	+ 0,4
Investitionsgüterproduzenten	152,2	153,4	+ 4,7	+ 1,7	- 1,0	+ 5,3	+ 5,7
davon: Inland	123,8	126,5	+ 1,2	- 0,8	- 3,6	+ 5,1	+ 2,2
Ausland	189,0	188,2	+ 8,1	+ 4,1	+ 1,4	+ 5,5	+ 8,9
Gebrauchsgüterproduzenten	109,8	113,7	+ 3,0	+ 2,4	- 1,4	+ 1,9	+ 2,9
davon: Inland	99,1	103,3	+ 1,1	+ 0,1	- 4,2	+ 0,5	+ 0,6
Ausland	140,3	143,6	+ 7,2	+ 7,1	+ 4,4	+ 5,0	+ 8,1
Verbrauchsgüterproduzenten	106,6	109,8	+ 3,0	+ 0,6	- 3,9	+ 3,0	+ 2,0
davon: Inland	94,5	94,8	+ 0,1	- 1,8	- 4,9	- 0,6	- 0,8
Ausland	145,3	158,3	+ 9,0	+ 5,8	- 1,8	+ 10,9	+ 7,8
darunter:							
Textil- und Bekleidungsgewerbe	98,9	88,8	0,0	- 3,8	- 7,0	- 4,5	- 1,4
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	107,9	118,3	+ 1,4	- 1,7	- 6,4	- 0,1	+ 1,7
Chemische Industrie	107,5	117,2	+ 0,9	- 5,1	- 10,2	- 3,9	0,0
Gummi- und Kunststoffwaren	111,8	120,0	+ 0,8	- 1,2	- 4,7	- 1,0	+ 0,7
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse	112,8	116,7	+ 2,0	- 2,5	- 5,1	- 0,2	+ 2,1
Maschinenbau	129,6	123,0	+ 5,5	+ 2,6	- 1,0	+ 5,9	+ 5,2
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik,							
Feinmechanik und Optik	147,2	135,5	+ 1,6	- 6,0	- 11,6	- 10,6	+ 0,4
Fahrzeugbau	172,0	188,9	+ 6,4	+ 4,9	+ 3,6	+ 11,3	+ 8,8
Neue Länder und Berlin-Ost							
Industrie2)	190,8	183,7	+ 7,5	+ 10,8	+ 8,6	+ 10,5	+ 10,7
davon: Inland	151,7	155,3	+ 6,0	+ 6,2	+ 0,6	+ 9,8	+ 7,5
Ausland	398,4	334,7	+ 11,0	+ 22,3	+ 29,3	+ 12,6	+ 18,8
Vorleistungsgüterproduzenten	180,6	184,9	+ 7,1	+ 6,1	+ 1,1	+ 5,2	+ 8,5
davon: Inland	154,7	161,3	+ 5,5	+ 5,0	- 0,6	+ 4,9	+ 6,7
Ausland	307,2	300,3	+ 11,3	+ 8,8	+ 5,6	+ 6,2	+ 13,5
Investitionsgüterproduzenten	209,1	185,3	+ 7,2	+ 16,9	+ 18,6	+ 16,8	+ 13,5
davon: Inland	147,3	146,3	+ 5,5	+ 7,2	+ 1,3	+ 15,5	+ 8,1
Ausland	528,8	387,9	+ 9,9	+ 36,5	+ 56,7	+ 19,4	+ 23,6
Gebrauchsgüterproduzenten	159,5	167,5	+ 9,0	+ 3,3	- 3,5	+ 10,5	+ 7,5
davon: Inland	146,4	158,8	+ 9,8	+ 2,7	- 5,4	+ 11,6	+ 6,6
Ausland	285,0	251,7	+ 4,6	+ 6,8	+ 7,4	+ 4,7	+ 12,8
Verbrauchsgüterproduzenten	173,5	176,7	+ 11,8	+ 12,9	+ 9,3	+ 13,5	+ 12,0
davon: Inland	162,8	165,2	+ 8,6	+ 12,0	+ 10,4	+ 13,1	+ 10,1
Ausland	264,1	274,5	+ 30,9	+ 17,7	+ 3,2	+ 15,8	+ 22,9
darunter:							
Textil- und Bekleidungsgewerbe	146,4	144,9	+ 6,7	- 0,1	- 1,5	+ 2,1	+ 5,6
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	179,9	195,5	+ 8,4	+ 6,3	+ 4,0	+ 11,3	+ 9,7
Chemische Industrie	168,2	168,6	+ 8,1	+ 9,2	- 2,0	- 5,1	+ 9,1
Gummi- und Kunststoffwaren	190,8	198,0	+ 9,1	+ 7,3	+ 4,3	+ 9,9	+ 10,1
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse	168,2	159,1	+ 5,6	+ 6,9	+ 6,8	+ 3,9	+ 8,2
Maschinenbau	142,8	142,7	+ 7,0	+ 7,3	- 4,5	+ 12,2	+ 10,4
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik,							
Feinmechanik und Optik	223,9	224,1	+ 4,1	+ 3,8	+ 3,1	+ 11,8	+ 6,0
Fahrzeugbau	280,3	233,4	+ 12,8	+ 33,8	+ 40,7	+ 29,3	+ 23,3

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.4 Lage in der Bauwirtschaft

*3.4.1 Bundesrepublik Deutschland

	Einheit	2001						
		September	Oktober	3. VJ	August	September	Oktober	Januar – Oktober
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
Baugenehmigungen 1)								
Wohn- und Nichtwohngebäude								
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100	79,5	...	–	6,1	–	8,7	–
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	10 515	...	–	8,9	–	8,0	–
Wohngebäude								
Wohnungen	Anzahl	22 322	...	–	13,8	–	15,1	–
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100	62,5	...	–	10,4	–	12,0	–
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	6 093	...		10,6	–	12,8	–
Nichtwohngebäude								
Öffentliche Bauherren								
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100	66,0	...	–	18,3	–	33,1	–
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	517	...	–	24,2	–	35,5	–
Nichtöffentliche Bauherren (Wirtschaftsbau)								
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100	103,8	...	–	1,1	–	3,2	–
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	3 906	...	–	1,7	+	7,5	–
Auftragseingang 2)								
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau	1995 = 100	...	–	1,2	+	2,5
Hochbau	1995 = 100	...	–	3,8	+	1,0
Wohnungsbau	1995 = 100	...	–	12,1	–	16,3
Hochbau ohne Wohnungsbau	1995 = 100	...	+	1,8	+	13,4
Gewerblicher Hochbau	1995 = 100
dar. Hochbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100
Öffentlicher Hochbau	1995 = 100
Tiefbau	1995 = 100	+	2,5	+	4,2	...
Straßenbau	1995 = 100	...	+	4,1	+	6,6
Tiefbau ohne Straßenbau	1995 = 100	...	+	1,6	+	2,8
Gewerblicher Tiefbau	1995 = 100
dar. Tiefbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1995 = 100
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 3)								
Insgesamt	1995 = 100	89,1p	...	–	9,4p	–	10,4p	–
Hochbauleistungen	1995 = 100	83,6p	...	–	12,6p	–	13,7p	–
Tiefbauleistungen	1995 = 100	99,6p	...	–	3,6p	–	4,2p	–
Baufertigstellungen 1)								
Wohnungen	Anzahl	12 118	...	–	24,1	–	9,4	–
Rauminhalt: Wohngebäude . . . 1 000 m ³		7 344	...	–	20,4	–	8,6	–
Nichtwohngebäude	1 000 m ³	7 087	...	+	1,5	+	23,4	–
Beschäftigte								
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch und Tiefbau 4)	1 000
Offene Stellen (Bauberufe) 5)	1 000	15,3	13,6	–	17,0	–	19,4	–
Arbeitslose (Bauberufe) 5)	1 000	219,5	218,8	+	7,1	+	6,5	+
					6,5	+	6,7	+
						3,8		7,9

1) Errichtung neuer Gebäude.

2) Volumen.

3) Arbeitstäglich bereinigter Wert.

4) Ab März 2000 vorläufige Ergebnisse.

5) Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.4 Lage in der Bauwirtschaft

*3.4.2 Früheres Bundesgebiet

	Einheit	2001											
		September	Oktober	3. VJ	August	September	Oktober	Januar – Oktober					
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %											
Baugenehmigungen 1)													
Wohn- und Nichtwohngebäude													
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100	85,1	...	–	0,2	–	7,2	–	12,9		
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	7 934	...	–	5,1	–	5,6	–	13,6		
Wohngebäude													
Wohnungen	Anzahl	16 276	...	–	8,4	–	13,6	–	19,4		
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100	62,1	...	–	7,1	–	10,3	–	15,7		
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	4 641	...	–	7,1	–	11,1	–	14,4		
Nichtwohngebäude													
Öffentliche Bauherren													
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100	101,7	...	–	7,8	–	29,9	+	11,9		
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	640	...	–	17,1	–	29,2	+	15,2		
Nichtöffentliche Bauherren (Wirtschaftsbau)													
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100	116,7	...	+	7,0	–	2,4	–	12,8		
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	2 653	...	+	1,7	+	9,0	–	17,2		
Auftragseingang 2)													
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau	1995 = 100	+	2,3	+	6,8		
Hochbau	1995 = 100	+	1,7	+	5,2		
Wohnungsbau	1995 = 100	–	5,4	–	13,9		
Hochbau ohne Wohnungsbau	1995 = 100	+	6,1	+	18,2		
Gewerblicher Hochbau	1995 = 100		
dar. Hochbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100		
Öffentlicher Hochbau	1995 = 100		
Tiefbau	1995 = 100	+	3,2	+	8,9		
Straßenbau	1995 = 100	–	0,4	+	13,8		
Tiefbau ohne Straßenbau	1995 = 100	+	5,2	+	6,2		
Gewerblicher Tiefbau	1995 = 100		
dar. Tiefbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100		
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1995 = 100		
Vorbereitende Baustellenarbeiten, hoch- und Tiefbau 3)													
Insgesamt	1995 = 100	93,5p	...	–	7,7p	–	6,4p		
Hochbauleistungen	1995 = 100	88,9p	...	–	10,4p	–	9,2p		
Tiefbauleistungen	1995 = 100	102,3p	...	–	2,6p	–	1,3p		
Baufertigstellungen 1)													
Wohnungen	Anzahl	9 419	...	–	24,5	–	23,9	–	23,9		
Rauminhalt: Wohngebäude	1 000 m ³	5 832	...	–	20,7	–	22,1	–	22,1		
Nichtwohngebäude	1 000 m ³	7 668	...	+	0,6	–	7,8	–	7,8		
Beschäftigte													
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch und Tiefbau 4)	1 000	–	8,4		
Offene Stellen (Bauberufe) 5)	1 000	8,7	8,1	–	4,4	–	25,7	–	23,7	–	21,5	–	21,7
Arbeitslose (Bauberufe) 5)	1 000	102,2	102,2	+	6,8	+	6,7	+	7,4	+	6,5	+	5,6

¹⁾ Errichtung neuer Gebäude.

²⁾ Volumen.

³⁾ Arbeitstäglich bereinigter Wert.

⁴⁾ Ab März 2000 vorläufige Ergebnisse.

⁵⁾ Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*3. Produzierendes Gewerbe

*3.4 Lage in der Bauwirtschaft

*3.4.3 Neue Länder und Berlin-Ost

	Einheit	2001							
		September	Oktober	3. VJ	August	September	Oktober	Januar – Oktober	
				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
Baugenehmigungen 1)									
Wohn- und Nichtwohngebäude									
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100	31,4	...	–	16,8	–	17,0	–	32,7
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	1 119	...	–	28,7	–	21,2	–	44,5
Wohngebäude									
Wohnungen	Anzahl	3 336	...	–	19,2	–	21,5	–	18,0
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100	31,2	...	–	16,7	–	20,7	–	14,9
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	726	...	–	19,3	–	22,0	–	19,4
Nichtwohngebäude									
Öffentliche Bauherren									
Rauminhalt in 1000 m ¹⁴	1995 = 100	38,3	...	–	50,5	–	45,2	–	77,3
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	116	...	–	60,7	–	56,2	–	80,5
Nichtöffentliche Bauherren (Wirtschaftsbau)									
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100	31,0	...	–	7,6	–	8,5	–	31,1
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	277	...	–	22,4	–	3,5	–	46,6
Auftragseingang 2)									
Vorbereitende Baustellenarbeiten,									
Hoch- und Tiefbau	1995 = 100	–	21,6	–	9,4
Hochbau	1995 = 100	–	22,7	–	12,6
Wohnungsbau	1995 = 100	–	40,3	–	24,1
Hochbau ohne Wohnungsbau	1995 = 100	–	5,2	–	3,7
Gewerblicher Hochbau	1995 = 100
dar. Hochbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100
Öffentlicher Hochbau	1995 = 100
Tiefbau	1995 = 100	–	20,3	–	6,3
Straßenbau	1995 = 100	–	15,8	–	8,3
Tiefbau ohne Straßenbau	1995 = 100	–	22,1	–	4,9
Gewerblicher Tiefbau	1995 = 100
dar. Tiefbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1995 = 100
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 3)									
Insgesamt	1995 = 100	73,4p	...	–	16,2p	–	15,5p
Hochbauleistungen	1995 = 100	64,2p	...	–	21,7p	–	20,6p
Tiefbauleistungen	1995 = 100	90,2p	...	–	7,6p	–	7,9p
Baufertigstellungen 1)									
Wohnungen	Anzahl	2 622	...	–	22,5	–	20,3	–	22,6
Rauminhalt: Wohngebäude . . . 1 000 m ³		1 392	...	–	29,0	–	20,3	–	18,0
Nichtwohngebäude	1 000 m ³	2 349	...	–	20,6	+	9,9	+	40,6
Beschäftigte									
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch und Tiefbau 4)	1 000	–	17,1
Offene Stellen (Bauberufe) 5)	1 000	6,6	5,5	–	2,2	–	7,7	+	13,4
Arbeitslose (Bauberufe) 5)	1 000	117,3	116,7	+	7,4	+	6,3	+	5,8
								+	6,8
								+	10,0

1) Errichtung neuer Gebäude.

2) Volumen.

3) Arbeitstäglich bereinigter Wert.

4) Ab März 2000 vorläufige Ergebnisse.

5) Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*4. Löhne und Gehälter

	2001								
	Juni	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
	1995 = 100				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Bundesrepublik Deutschland									
Tariflohn- und -gehaltsniveau in der Gesamtwirtschaft 1)									
auf Stundenbasis	105,0	141,2	105,2	105,7	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,2	
auf Monatsbasis	104,4	140,4	104,6	105,1	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,9	+ 2,2	
Tariflohn- und -gehaltsniveau im Produzierenden Gewerbe (einschl. Bau)									
auf Stundenbasis	105,6	158,7	105,8	105,8	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,8	
auf Monatsbasis	104,1	156,5	104,3	104,4	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,8	
Früheres Bundesgebiet									
Tariflohn- und -gehaltsniveau in der Gesamtwirtschaft 1)	-								
auf Stundenbasis	103,6	140,5	103,8	104,2	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,8	+ 2,1	
auf Monatsbasis	103,2	139,9	103,3	103,8	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,8	+ 2,1	
Tariflohn- und -gehaltsniveau im Produzierenden Gewerbe (einschl. Bau)									
auf Stundenbasis	104,3	157,7	104,5	104,6	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,8	
auf Monatsbasis	103,0	155,7	103,2	103,3	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8	
Neue Länder und Berlin-Ost									
Tariflohn- und -gehaltsniveau in der Gesamtwirtschaft 1)									
auf Stundenbasis	112,2	143,7	112,6	113,4	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,4	+ 3,0	
auf Monatsbasis	111,1	142,1	111,4	112,2	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,9	
Tariflohn- und -gehaltsniveau im Produzierenden Gewerbe (einschl. Bau)									
auf Stundenbasis	112,9	163,3	113,2	113,2	+ 2,0	+ 3,6	+ 2,1	+ 2,1	
auf Monatsbasis	111,3	160,9	111,6	111,6	+ 2,0	+ 3,6	+ 2,1	+ 2,0	

¹⁾ Bei der Berechnung des Tariflohn- und -gehaltsniveaus wurden Pauschalzahlungen sowie lineare Erhöhungssätze zusammengefasst und auf die gesamte Laufzeit der Tarifverträge umgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

*5. Außenwirtschaft

*5.1 Einfuhr nach Warengruppen^{1), 2)}

Warengruppen	2000	2001	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	2001					Anteil in %
	Januar - September	Januar - September		Juli	August	September	Januar - September		
	Mill. DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
Einfuhr insgesamt	758 564	809 420	+ 50 856	+ 6,2	- 2,1	- 3,5	+ 6,7	100	
Güter der Ernährungswirtschaft.....	58 512	57 065	- 1 447	+ 5,9	- 5,5	- 6,8	- 2,5	7,1	
Güter der gewerblichen Wirtschaft.....	665 435	675 926	+ 10 491	+ 1,0	- 7,9	- 9,7	+ 1,6	83,5	
Rohstoffe und Halbwaren.....	114 452	116 520	+ 2 069	- 4,9	- 16,9	- 17,4	+ 1,8	14,4	
Rohstoffe.....	45 087	44 986	- 101	- 11,1	- 17,1	- 16,8	- 0,2	5,6	
Halbwaren.....	69 365	71 534	+ 2 169	- 0,7	- 16,7	- 17,8	+ 3,1	8,8	
Fertigwaren.....	550 983	559 405	+ 8 422	+ 2,4	- 6,1	- 7,8	+ 1,5	69,1	
Vorerzeugnisse.....	83 006	79 899	- 3 108	+ 0,9	- 13,7	- 14,7	- 3,7	9,9	
Enderzeugnisse.....	467 977	479 507	+ 11 530	+ 2,6	- 4,7	- 6,6	+ 2,5	59,2	
Vorleistungsgüter.....	319 267	324 978	+ 5 711	+ 2,8	- 15,0	- 12,2	+ 1,8	40,1	
Investitionsgüter.....	216 170	225 605	+ 9 435	+ 0,6	- 0,4	- 5,9	+ 4,4	27,9	
Gebrauchsgüter.....	38 068	37 390	- 678	+ 9,9	+ 4,9	- 5,1	- 1,8	4,6	
Verbrauchsgüter.....	112 307	111 294	- 1 013	+ 2,3	- 3,3	- 7,0	- 0,9	13,7	
Landwirtschaftsgüter.....	24 162	23 083	- 1 079	+ 11,4	- 5,8	- 10,8	- 4,5	2,9	
Waren, die nicht zugeordnet werden konnten 3).....	48 591	87 070	+ 38 479	+ 50,1	+ 91,3	+ 102,3	+ 79,2	10,8	
Erzeugnisse der Landwirtschaft, gewerblichen Jagd.....	22 592	21 680	- 912	+ 12,3	- 4,8	- 10,1	- 4,0	2,7	
Forstwirtschaftliche Erzeugnisse.....	822	751	- 71	+ 2,9	- 26,4	- 1,3	- 8,7	0,1	
Fische und Fischereierzeugnisse.....	748	653	- 96	- 9,0	- 17,8	- 39,8	- 12,8	0,1	
Kohle und Torf.....	1 329	2 128	+ 799	+ 93,4	+ 63,3	+ 6,5	+ 60,1	0,3	
Erdöl und Erdgas.....	45 803	49 864	4 061	- 2	- 26	1	9	6	
Uran- und Thoriumerze.....									
Erze.....	3 806	3 966	+ 160	+ 20,0	+ 18,0	- 34,1	+ 4,2	0,5	
Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse.....	1 866	1 653	- 213	- 3,0	- 21,9	- 26,8	- 11,4	0,2	
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes.....	36 967	36 285	- 682	+ 2,7	- 8,7	- 5,7	- 1,8	4,5	
Tabakerzeugnisse.....	1 049	1 095	+ 46	- 17,7	+ 38,6	+ 29,0	+ 4,4	0,1	
Textilien.....	19 733	18 652	- 1 081	- 4,8	- 6,7	- 14,8	- 5,5	2,3	
Bekleidung.....	26 268	26 002	- 265	+ 1,2	+ 1,1	- 20,1	- 1,0	3,2	
Leder und Lederwaren.....	9 638	9 571	- 67	2,6	- 1,2	- 1	- 0,7	1,2	
Holz und Holzwaren, Kork und Korkwaren, Flecht- und Korbmaschenerwaren (ohne Möbel).....	7 892	6 329	- 1 563	- 10,2	- 22,5	- 23,1	- 19,8	0,8	
Papier.....	18 593	17 934	- 658	- 7,0	- 9,5	- 20,9	- 3,5	2,2	
Verlags- und Druckerzeugnisse.....	4 655	4 056	- 599	- 21,6	- 13,3	- 21,3	- 12,9	0,5	
Kokereierzeugnisse, Mineralerzeugnisse, Spalt- und Brutstoffe.....	17 108	16 549	- 558	- 23,8	+ 5,0	- 32,6	- 3,3	2,0	
Chemische Erzeugnisse.....	73 963	83 142	+ 9 179	+ 35,1	- 14,8	+ 12,9	+ 12,4	10,3	
Gummi- und Kunststoffwaren.....	19 631	18 640	- 991	- 0,3	- 8,6	- 5,9	- 5,1	2,3	
Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden.....	10 334	9 549	- 784	+ 1,8	- 19,9	- 15,8	- 7,6	1,2	
Eisen- und Stahlherzeugnisse; NE-Metalle und -erzeugnisse.....	42 807	41 237	- 1 570	- 5,7	- 19,6	- 23,0	- 3,7	5,1	
Metallerzeugnisse.....	18 111	17 600	- 511	+ 4,2	- 6,1	- 14,6	- 2,8	2,2	
Maschinen.....	54 636	55 758	+ 1 122	+ 4,3	- 3,5	- 5,2	+ 2,1	6,9	
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	43 583	41 424	- 2 158	- 12,4	- 5,9	- 20,4	- 5,0	5,1	
Geräte der Elektrizitätsproduktion und -verteilung u. ä.....	34 300	34 957	+ 658	- 0,8	- 1,7	- 13,7	+ 1,9	4,3	
Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie elektronische Bauelemente.....	50 003	50 730	727	- 6,3	- 19,7	- 22,3	1,5	6,3	
Medizin-, meß-, steuerungs-, regelungs-, technische und optische Erzeugnisse; Uhren.....	22 203	23 864	+ 1 662	+ 12,4	+ 9,3	- 10,3	+ 7,5	2,9	
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	69 896	73 799	+ 3 903	+ 6,8	+ 19,8	+ 2,6	+ 5,6	9,1	
Sonstige Fahrzeuge.....	33 081	36 638	+ 3 557	- 1,9	- 10,1	+ 13,2	+ 10,8	4,5	
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse.....	19 336	18 592	- 744	+ 0,9	- 9,2	- 12,1	- 3,8	2,3	
Energie.....	769	956	+ 187	+ 18,1	+ 96,1	+ 32,9	+ 24,3	0,1	
Sonstige Waren 3) 4).....	47 045	85 364	38 319	51,3	92,8	105,6	81,5	10,5	

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse.

²⁾ Ernährungswirtschaft und Gewerbliche Wirtschaft. – Ab Position „Vorleistungsgüter“ Gliederung nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (Stand 1995).

³⁾ Einschließlich nicht aufgeliertbares Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.

⁴⁾ Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.

*5. Außenwirtschaft

*5.2 Ausfuhr nach Warengruppen^{1), 2)}

Warengruppen	2000	2001	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	2001					Anteil in %
	Januar - September	Januar - September		Juli	August	September	Januar - September	Januar - September	
	Mill. DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
Ausfuhr insgesamt.....	848 339	932 658	+ 84 319	+ 11,1	+ 9,3	+ 1,3	+ 9,9	100	
Güter der Ernährungswirtschaft.....	38 811	39 475	+ 663	+ 5,3	+ 11,8	- 1,9	+ 1,7	4,2	
Güter der gewerblichen Wirtschaft.....	795 326	846 812	+ 51 485	+ 7,3	+ 5,5	- 2,2	+ 6,5	90,8	
Rohstoffe und Halbwaren.....	48 157	48 725	+ 569	- 3,0	- 0,3	- 17,8	+ 1,2	5,2	
Rohstoffe.....	6 377	6 119	- 258	- 1,6	+ 14,3	- 17,2	- 4,0	0,7	
Halbwaren.....	41 780	42 606	+ 826	- 3,2	- 2,3	- 17,9	+ 2,0	4,6	
Fertigwaren.....	747 170	798 087	+ 50 917	+ 8,0	+ 5,9	- 1,2	+ 6,8	85,6	
Vorerzeugnisse.....	118 818	120 040	+ 1 222	+ 1,5	- 4,3	- 11,1	+ 1,0	12,9	
Enderzeugnisse.....	628 352	678 047	+ 49 695	+ 9,2	+ 7,8	+ 0,7	+ 7,9	72,7	
Vorleistungsgüter.....	325 757	332 953	+ 7 197	+ 1,8	- 2,0	- 10,6	+ 2,2	35,7	
Investitionsgüter.....	352 238	386 912	+ 34 674	+ 10,2	+ 9,9	+ 3,4	+ 9,8	41,5	
Gebrauchsgüter.....	31 866	33 566	+ 1 700	+ 1,7	+ 7,2	- 1,7	+ 5,3	3,6	
Verbrauchsgüter.....	88 940	95 540	+ 6 600	+ 13,5	+ 18,6	+ 5,9	+ 7,4	10,2	
Landwirtschaftsgüter.....	7 635	6 878	- 757	- 17,2	+ 3,4	- 8,6	- 9,9	0,7	
Waren, die nicht zugeordnet werden konnten 3).....	41 904	76 809	+ 34 905	+ 103,5	+ 71,1	+ 71,2	+ 83,3	8,2	
Erzeugnisse der Landwirtschaft, gewerblichen Jagd...	6 503	6 022	- 481	- 14,5	+ 6,0	- 9,4	- 7,4	0,6	
Forstwirtschaftliche Erzeugnisse.....	766	613	- 153	- 22,5	- 20,0	- 5,9	- 20,0	0,1	
Fische und Fischereierzeugnisse.....	366	243	- 123	- 64,7	- 16,4	+ 2,8	- 33,7	0,0	
Kohle und Torf.....	353	313	- 39	- 4,6	- 22,9	- 18,1	- 11,1	0,0	
Erdöl und Erdgas.....	2 347	4 133	1 786	- 2	110	- 1	76	0	
Uran- und Thoriumerze.....	-	-	-	-	-	-	-	-	
Erze.....	100	98	- 2	- 25,2	- 18,4	- 34,4	- 2,0	0,0	
Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse.....	1 215	1 215	+ 0	+ 35,3	- 5,8	- 4,0	0,1		
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes.....	31 276	32 095	+ 819	+ 7,8	+ 8,9	- 1,0	+ 2,6	3,4	
Tabakerzeugnisse.....	2 581	3 084	+ 503	+ 39,6	+ 92,9	- 1,1	+ 19,5	0,3	
Textilien.....	16 861	17 005	+ 144	+ 1,2	- 1,0	- 9,4	+ 0,9	1,8	
Bekleidung.....	10 465	10 619	+ 154	+ 1,6	+ 9,1	- 7,4	+ 1,5	1,1	
Leder und Lederwaren.....	3 946	4 095	+ 150	+ 5,4	+ 7,4	- 1,0	+ 3,8	0,4	
Holz und Holzwaren, Kork und Korkwaren, Flecht- und Korbmacherwaren (ohne Möbel).....	5 331	5 247	- 84	- 8,2	+ 0,3	- 13,5	- 1,6	0,6	
Papier.....	20 793	19 878	- 915	- 13,1	- 1,7	- 11,3	- 4,4	2,1	
Verlags- und Druckerzeugnisse.....	6 819	6 673	- 146	- 4,1	+ 3,8	- 11,6	- 2,1	0,7	
Kokereierzeugnisse, Mineralerzeugnisse, Spalt- und Brutstoffe.....	7 959	7 789	- 170	+ 1,8	- 12,4	- 32,5	- 2,1	0,8	
Chemische Erzeugnisse.....	110 236	116 316	+ 6 079	+ 7,8	+ 10,3	- 1,0	+ 5,5	12,5	
Gummi- und Kunststoffwaren.....	27 857	28 512	+ 655	+ 3,5	+ 9,1	- 0,6	+ 2,4	3,1	
Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden.....	11 824	12 002	+ 179	+ 7,5	- 5,2	- 2,6	+ 1,5	1,3	
Eisen- und Stahlerzeugnisse; NE-Metalle und -erzeugnisse.....	43 562	44 383	+ 820	+ 3,5	- 4,9	- 14,6	+ 1,9	4,8	
Metallerzeugnisse.....	26 678	27 344	+ 665	+ 8,3	+ 1,6	- 4,0	+ 2,5	2,9	
Maschinen.....	123 629	132 164	+ 8 536	+ 6,4	+ 1,5	+ 3,2	+ 6,9	14,2	
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	25 331	24 088	- 1 242	- 4,4	- 8,9	- 22,9	- 4,9	2,6	
Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u. ä.....	44 267	46 563	+ 2 296	+ 5,5	- 2,0	- 3,5	+ 5,2	5,0	
Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie elektronische Bauelemente.....	48 283	49 035	+ 752	- 7,9	- 3,6	- 29,9	+ 1,6	5,3	
Medizin-, meß-, steuerungs-, Regelungstechnische und optische Erzeugnisse; Uhren.....	32 655	35 789	+ 3 134	+ 18,3	+ 4,4	- 3,2	+ 9,6	3,8	
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	152 245	169 080	+ 16 835	+ 8,4	+ 14,4	+ 11,2	+ 11,1	18,1	
Sonstige Fahrzeuge.....	33 621	43 917	+ 10 297	+ 46,9	+ 36,3	+ 23,7	+ 30,6	4,7	
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse.....	15 283	15 469	+ 186	+ 15,8	+ 0,6	+ 0,6	+ 1,2	1,7	
Energie.....	718	815	+ 97	- 72,4	+ 27,8	- 29,7	+ 13,6	0,1	
Sonstige Waren 3) 4).....	34 468	68 056	33 588	124	80,7	90,4	97,4	7,3	

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse.

²⁾ Ernährungswirtschaft und Gewerbliche Wirtschaft. – Ab Position „Vorleistungsgüter“ Gliederung nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (Stand 1995).

³⁾ Einschließlich nicht aufgelisteter Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.

⁴⁾ Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.

*5. Außenwirtschaft

5.3 Einfuhr nach Ländergruppen und Ländern)

Ländergruppe Ursprungsland	2000	2001	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Mill. DM	2001					Anteil in %
	Januar - September	Januar - September		Juli	August	September	Januar – September		
	Mill. DM		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				Anteil in %		
Einfuhr insgesamt	758 564	809 420	+ 50 856	+ 6,2	- 2,1	- 3,5	+ 6,7	100,0	
EU-Länder	385 565	422 583	+ 37 018	+ 8,0	- 0,6	+ 3,4	+ 9,4	52,2	
Frankreich	71 782	75 716	+ 3 933	- 5,0	- 0,0	+ 4,3	+ 5,5	9,4	
Niederlande	62 842	68 188	+ 5 346	+ 6,2	+ 3,0	- 3,1	+ 8,5	8,4	
Italien	51 071	51 991	+ 920	+ 3,1	- 4,3	- 8,3	+ 1,8	6,4	
Vereinigtes Königreich	52 417	55 776	+ 3 359	- 5,9	- 2,4	- 0,2	+ 6,4	6,9	
Irland	13 924	25 109	+ 11 185	+ 220,2	- 10,4	+ 94,5	+ 80,3	3,1	
Dänemark	12 219	13 108	+ 888	+ 32,9	+ 4,2	+ 2,6	+ 7,3	1,6	
Griechenland	2 440	2 587	+ 147	+ 2,7	- 2,2	+ 15,2	+ 6,0	0,3	
Portugal	7 569	8 038	+ 469	+ 10,6	- 16,6	+ 4,3	+ 6,2	1,0	
Spanien	23 044	23 416	+ 372	+ 0,2	+ 5,4	- 18,0	+ 1,6	2,9	
Schweden	14 275	13 733	- 542	- 2,6	- 1,0	- 17,7	- 3,8	1,7	
Finnland	7 907	9 856	+ 1 949	+ 6,6	- 15,6	- 20,3	+ 24,7	1,2	
Österreich	28 984	30 387	+ 1 403	+ 9,5	+ 1,8	+ 6,9	+ 4,8	3,8	
Belgien	34 805	42 136	+ 7 331	+ 11,3	+ 9,8	+ 19,6	+ 21,1	5,2	
Luxemburg	2 286	2 543	+ 257	+ 28,4	+ 8,2	+ 32,9	+ 11,2	0,3	
EFTA-Länder	42 062	45 775	+ 3 713	+ 12,3	- 2,7	- 9,3	+ 8,8	5,7	
Island	525	48	+ 23	+ 2,2	+ 3,2	- 24,8	+ 4,4	0,1	
Norwegen	14 165	16 315	+ 2 150	+ 17,1	- 17,1	- 6,8	+ 15,2	2,0	
Liechtenstein	448	499	+ 51	+ 7,2	+ 16,9	- 4,1	+ 11,4	0,1	
Schweiz	26 924	28 413	+ 1 489	+ 9,9	+ 4,3	- 10,6	+ 5,5	3,5	
Andere europäische Länder ¹⁾ ...	100 295	112 260	+ 11 965	+ 13,1	+ 7,5	+ 1,9	+ 11,9	13,9	
darunter:									
Türkei	8 916	9 464	+ 548	+ 6,6	+ 9,7	- 4,7	+ 6,1	1,2	
Russische Föderation	20 371	21 740	+ 1 369	+ 7,3	- 18,3	- 7,0	+ 6,7	2,7	
Ukraine	1 257	1 313	+ 57	+ 55,0	+ 8,1	- 13,0	+ 4,5	0,2	
Belarus	442	460	+ 18	+ 8,1	- 1,5	- 13,7	+ 4,1	0,1	
Estland	544	425	- 119	- 29,3	- 5,4	- 37,9	- 21,9	0,1	
Lettland	592	691	+ 99	+ 12,7	+ 4,6	+ 2,4	+ 16,7	0,1	
Litauen	878	1 044	+ 166	+ 27,6	+ 14,8	+ 1,1	+ 18,9	0,1	
Polen	17 003	19 349	+ 2 346	+ 14,1	+ 7,8	+ 1,1	+ 13,8	2,4	
Tschechische Republik	18 267	20 638	+ 2 371	+ 2,7	+ 23,0	+ 12,3	+ 13,0	2,5	
Slowakei	4 895	5 906	+ 1 010	+ 73,1	+ 33,2	- 20,2	+ 20,6	0,7	
Ungarn	14 859	17 578	+ 2 719	+ 12,5	+ 25,6	+ 16,1	+ 18,3	2,2	
Rumänien	3 018	3 386	+ 369	+ 25,6	+ 1,9	- 6,6	+ 12,2	0,4	
Bulgarien	832	1 001	+ 169	+ 16,0	+ 12,7	- 4,3	+ 20,3	0,1	
Slowenien	3 829	3 758	- 71	+ 3,7	+ 3,5	+ 2,2	- 1,9	0,5	
Kroatien	987	1 006	+ 19	+ 2,8	+ 7,9	- 9,9	- 1,9	0,1	
Außereuropäische Länder	230 641	228 801	- 1 840	- 1,3	- 8,5	- 15,9	- 0,8	28,3	
darunter:									
Vereinigte Staaten	66 074	68 714	+ 2 640	+ 1,4	+ 1,7	- 16,8	+ 4,0	8,5	
Kanada	4 992	4 840	- 152	- 0,8	+ 3,8	- 26,3	- 3,0	0,6	
Südafrika	4 377	4 908	+ 531	+ 15,1	+ 21,7	- 32,9	+ 12,1	0,6	
China	25 634	27 675	+ 2 041	+ 14,4	+ 5,1	- 1,7	+ 8,0	3,4	
Japan	38 705	34 018	- 4 687	- 17,1	- 21,5	- 23,0	- 12,1	4,2	
Australien	1 785	1 875	+ 90	+ 17,8	- 14,6	- 15,4	+ 5,0	0,2	
Neuseeland	665	852	+ 186	+ 72,0	- 24,1	+ 64,2	+ 28,0	0,1	
Nachrichtlich:									
Mittel- und osteurop. Länder ²⁾ ..	85 290	96 326	+ 11 036	+ 14,0	+ 7,3	+ 1,0	+ 12,9	11,9	
Entwicklungsländer	87 457	84 918	- 2 539	- 2,8	- 16,2	- 15,9	- 2,9	10,5	
Afrika	12 746	11 981	- 764	- 9,5	- 35,2	- 11,9	- 6,0	1,5	
Amerika	15 120	15 375	+ 255	+ 6,9	+ 1,3	- 8,7	+ 1,7	1,9	
Asien	59 339	57 179	- 2 161	- 8,7	- 15,3	- 18,8	- 3,6	7,1	
Ozeanien	252	383	+ 131	+ 186,6	- 67,5	+ 58,0	+ 51,8	0,0	
OECD-Länder ³⁾	614 052	660 430	+ 46 379	+ 6,2	- 0,3	- 2,0	+ 7,6	81,6	
Ostasiatische Schwellenländer ⁴⁾	26 868	24 598	- 2 270	- 6,8	- 19,7	- 27,2	- 2,5	3,0	
OPEC-Länder ⁵⁾	14 430	12 363	- 2 067	- 13,9	- 22,3	- 38,2	- 14,3	1,5	
NAFTA-Länder ⁶⁾	73 140	75 868	+ 2 729	+ 1,4	+ 2,0	- 17,2	+ 3,7	9,4	
ASEAN-Länder ⁷⁾	22 735	23 341	+ 605	- 3,1	- 11,7	- 12,1	+ 2,7	2,9	

¹⁾ Einschließlich nicht aufgeliertbares Intrahandelsergebnis, einschließlich Zusatzschätzung für Befreiungen.

²⁾ Ohne EFTA-Länder, einschließlich mittel- und osteuropäische Länder.

³⁾ Ehemalige Staatshandelsländer.

⁴⁾ EU, EFTA, Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowakei, Türkei, Vereinigte Staaten, Kanada, Japan, Australien, Neuseeland.

⁵⁾ Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan.

⁶⁾ Algerien, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.

⁷⁾ Vereinigte Staaten, Kanada, Mexiko.

⁷⁾ Myanmar, Thailand, Laos, Vietnam, Indonesien, Malaysia, Brunei, Singapur, Philippinen.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*5. Außenwirtschaft

5.4 Ausfuhr nach Ländergruppen und Ländern

Ländergruppe Bestimmungsland	2000	2001	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Mill. DM	2001						Anteil in %
	Januar - September	Januar - September		Juli	August	Septembmer	Januar - September			
	Mill. DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						
Ausfuhr insgesamt	848 339	932 658	+ 84 319	+ 11,1	+ 9,3	+ 1,3	+ 9,9	100,0		
EU-Länder	481 604	516 521	+ 34 917	+ 8,4	+ 9,3	+ 0,6	+ 7,3	55,4		
Frankreich	95 607	104 414	+ 8 807	+ 7,1	+ 10,3	+ 0,8	+ 9,2	11,2		
Niederlande	55 979	57 725	+ 1 745	+ 0,8	+ 5,4	-	- 4,0	+ 3,1	6,2	
Italien	64 184	69 723	+ 5 539	+ 7,2	+ 8,6	-	- 1,3	+ 8,6	7,5	
Vereinigtes Königreich	70 853	78 090	+ 7 237	+ 18,5	+ 17,0	+ 5,9	+ 10,2	8,4		
Irland	5 124	5 720	+ 596	+ 16,5	- 0,1	+ 0,6	+ 11,6	0,6		
Dänemark	13 529	15 191	+ 1 662	+ 20,1	+ 25,3	+ 3,9	+ 12,3	1,6		
Griechenland	6 762	7 562	+ 801	- 5,0	+ 50,6	-	- 2,6	+ 11,8	0,8	
Portugal	9 113	9 353	+ 240	+ 18,7	- 2,9	-	- 2,1	+ 2,6	1,0	
Spanien	38 048	41 901	+ 3 853	+ 17,7	+ 22,7	+ 3,2	+ 10,1	4,5		
Schweden	19 330	18 680	- 650	- 6,7	- 8,6	-	- 7,5	- 3,4	2,0	
Finnland	10 125	9 891	- 234	- 5,4	- 5,1	-	- 13,0	- 2,3	1,1	
Österreich	46 002	47 574	+ 1 572	+ 5,1	+ 1,9	-	- 1,3	+ 3,4	5,1	
Belgien	43 207	46 557	+ 3 350	+ 7,9	+ 0,5	+ 7,8	+ 7,8	5,0		
Luxemburg	3 740	4 139	+ 398	- 6,6	+ 2,8	-	- 6,1	+ 10,6	0,4	
EFTA-Länder	43 715	48 667	+ 4 952	+ 6,7	+ 13,2	-	- 6,0	+ 11,3	5,2	
Island	456	436	- 20	+ 29,9	- 17,9	-	- 17,8	- 4,4	0,0	
Norwegen	6 135	7 349	+ 1 215	+ 16,5	+ 73,2	-	- 4,5	+ 19,8	0,8	
Liechtenstein	689	464	- 226	- 40,6	- 52,2	+ 6,8	-	- 32,7	0,0	
Schweiz	36 635	40 419	+ 3 984	+ 6,2	+ 5,4	-	- 6,4	+ 10,9	4,3	
Andere europäische Länder ¹⁾ ...	97 256	111 196	+ 13 940	+ 17,0	+ 11,3	+ 3,8	+ 14,3	11,9		
darunter:										
Türkei	11 464	8 690	- 2 775	- 26,7	- 32,9	-	- 40,6	- 24,2	0,9	
Russische Föderation	8 823	13 831	+ 5 007	+ 67,1	+ 64,2	+ 49,8	+ 56,8	1,5		
Ukraine	1 928	2 796	+ 868	+ 41,1	+ 16,5	+ 20,9	+ 45,0	0,3		
Belarus	797	1 103	+ 305	+ 57,5	+ 113,3	+ 31,0	+ 38,3	0,1		
Estland	603	751	+ 148	+ 25,8	+ 13,5	+ 12,6	+ 24,6	0,1		
Lettland	871	1 139	+ 268	+ 46,2	+ 35,2	+ 30,2	+ 30,8	0,1		
Litauen	1 220	1 699	+ 479	+ 67,1	+ 45,2	+ 18,6	+ 39,2	0,2		
Polen	20 698	22 001	+ 1 304	+ 10,8	+ 6,4	+ 0,2	+ 6,3	2,4		
Tschechische Republik	17 784	21 635	+ 3 851	+ 19,6	+ 11,4	+ 7,6	+ 21,7	2,3		
Slowakei	4 690	5 744	+ 1 055	+ 28,6	+ 17,4	+ 11,0	+ 22,5	0,6		
Ungarn	14 531	15 448	+ 917	+ 1,6	+ 4,5	- 2,2	+ 6,3	1,7		
Rumänien	3 310	4 290	+ 980	+ 31,6	+ 23,3	+ 20,0	+ 29,6	0,5		
Bulgarien	1 205	1 424	+ 219	+ 15,6	+ 10,4	+ 1,6	+ 18,1	0,2		
Slowenien	3 303	3 488	+ 185	+ 9,6	+ 4,7	- 7,2	+ 5,6	0,4		
Kroatien	1 901	2 230	+ 329	+ 12,7	+ 39,7	- 0,3	+ 17,3	0,2		
Außereuropäische Länder	225 765	256 274	+ 30 509	+ 14,7	+ 7,9	+ 3,1	+ 13,5	27,5		
darunter:										
Vereinigte Staaten	87 693	99 851	+ 12 158	+ 16,3	+ 10,1	+ 5,7	+ 13,9	10,7		
Kanada	6 351	6 862	+ 512	+ 7,6	+ 21,8	+ 14,1	+ 8,1	0,7		
Südafrika	5 360	6 510	+ 1 151	+ 23,9	+ 9,2	- 2,1	+ 21,5	0,7		
China	12 682	17 189	+ 4 507	+ 47,4	+ 42,3	+ 11,1	+ 35,5	1,8		
Japan	18 786	19 134	+ 348	+ 3,1	- 0,8	-	- 19,2	+ 1,9	2,1	
Australien	4 941	5 191	+ 251	+ 13,6	+ 9,8	+ 15,8	+ 5,1	0,6		
Neuseeland	691	821	+ 130	+ 9,2	+ 19,9	+ 23,9	+ 18,9	0,1		
Nachrichtlich:										
Mittel- und osteurop. Länder ²⁾	78 027	93 884	+ 15 857	+ 23,0	+ 18,2	+ 11,4	+ 20,3	10,1		
Entwicklungsländer	86 973	98 519	+ 11 546	+ 12,0	+ 1,9	+ 4,0	+ 13,3	10,6		
Afrika	9 486	10 841	+ 1 355	+ 40,5	+ 23,0	+ 9,8	+ 14,3	1,2		
Amerika	21 553	25 128	+ 3 575	+ 7,9	+ 2,8	+ 28,5	+ 16,6	2,7		
Asien	55 687	62 371	+ 6 684	+ 10,1	+ 0,4	-	- 5,7	+ 12,0	6,7	
Ozeanien	248	179	- 69	- 67,7	- 88,8	+ 14,1	- 27,7	0,0		
OECD-Länder ³⁾	726 318	785 124	+ 58 807	+ 8,9	+ 8,3	- 0,3	+ 8,1	84,2		
Ostasiatische Schwellenländer ⁴⁾	25 271	25 545	+ 274	- 6,5	- 9,4	- 17,6	+ 1,1	2,7		
OPEC-Länder ⁵⁾	14 730	19 247	+ 4 517	+ 35,7	+ 33,7	+ 14,1	+ 30,7	2,1		
NAFTA-Länder ⁶⁾	101 139	114 585	+ 13 446	+ 15,5	+ 9,3	+ 4,9	+ 13,3	12,3		
ASEAN-Länder ⁷⁾	14 953	17 928	+ 2 975	+ 27,2	+ 9,5	- 5,0	+ 19,9	1,9		

¹⁾ Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis, einschließlich Zusatzschätzung für Befreiungen.

²⁾ Ohne EFTA-Länder, einschließlich mittel- und osteuropäische Länder.

³⁾ Ehemalige Staatshandelsländer.

⁴⁾ EU, EFTA, Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowakei, Türkei, Vereinigte Staaten, Kanada, Japan, Australien, Neuseeland.

⁵⁾ Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan.

⁶⁾ Algerien, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.

⁷⁾ Vereinigte Staaten, Kanada, Mexiko.

⁷⁾ Myanmar, Thailand, Laos, Vietnam, Indonesien, Malaysia, Brunei, Singapur, Philippinen.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*5. Außenwirtschaft

*5.5 Struktur des Außenhandels nach Warengruppen (Warenverzeichnis für den Außenhandel)¹⁾

Warengruppen	2000		2001			2000		2001		
	Jahr	August	September	Januar - September		Jahr	August	September	Januar - September	
				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				Anteil an der gesamten Einfuhr/Ausfuhr in %		
Einfuhr insgesamt	+ 21,0	- 2,1	- 3,5	+ 6,7	100	100	100	100	100	100
Ernährungswirtschaft	+ 4,4	- 5,5	- 6,8	- 2,5	7,5	7,4	7,0	7,1		
Gewerbliche Wirtschaft	+ 24,2	- 7,9	- 9,7	+ 1,6	87,7	83,0	83,4	83,5		
Rohstoffe	+ 67,6	- 17,1	- 16,8	- 0,2	5,9	5,4	6,1	5,6		
Halbwaren	+ 55,1	- 16,7	- 17,8	+ 3,1	9,3	7,5	8,7	8,8		
Fertigwaren	+ 18,6	- 6,1	- 7,8	+ 1,5	72,5	70,1	68,6	69,1		
Vorzeugnisse	+ 18,9	- 13,7	- 14,7	- 3,7	10,7	9,9	9,2	9,9		
Enderzeugnisse	+ 18,6	- 4,7	- 6,6	+ 2,5	61,8	60,3	59,5	59,2		
Ausfuhr insgesamt	+ 17,2	+ 9,8	+ 1,3	+ 9,9	100	100	100	100	100	100
Ernährungswirtschaft	+ 13,1	+ 11,8	- 1,9	+ 1,7	4,6	4,8	4,4	4,2		
Gewerbliche Wirtschaft	+ 18,3	+ 5,5	- 2,2	+ 6,5	93,7	90,4	90,7	90,8		
Rohstoffe	+ 20,7	+ 14,3	- 17,2	- 4,0	0,7	0,7	0,6	0,7		
Halbwaren	+ 34,6	- 2,3	- 17,9	+ 2,0	5,0	4,6	3,9	4,6		
Fertigwaren	+ 17,5	+ 5,9	- 1,2	+ 6,8	88,1	85,1	86,2	85,6		
Vorzeugnisse	+ 20,5	- 4,3	- 11,1	+ 1,0	13,8	12,5	12,3	12,9		
Enderzeugnisse	+ 17,0	+ 7,8	+ 0,7	+ 7,9	74,2	72,7	73,9	72,7		

¹⁾ Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*5.6 Index der tatsächlichen Werte, des Volumens und der Durchschnittswerte der Ein- und Ausfuhr¹⁾

Index	2000		2001			2000		2001		
	Jahr	Juli	August	September	Jahr	Juli	August	Septmber		
						1995 = 100			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
Einfuhr										
Index der tatsächlichen Werte	158,5	164,5	153,2	152,5	+ 21,0	+ 6,1	- 2,1	- 3,5		
Index des Volumens	148,7	150,2	142,3	141,6	+ 9,9	+ 5,3	- 2,7	- 3,2		
Index der Durchschnittswerte	106,6	109,5	107,7	107,7	+ 10,1	+ 0,8	+ 0,3	- 0,3		
Ausfuhr										
Index der tatsächlichen Werte	155,9	173,2	161,7	155,4	+ 17,1	+ 11,1	+ 9,3	+ 1,3		
Index des Volumens	156,5	163,5	154,9	153,3	+ 12,8	+ 4,8	+ 7,0	+ 1,3		
Index der Durchschnittswerte	99,6	105,9	104,4	101,4	+ 3,9	+ 5,9	+ 2,4	+ 0,0		
Terms of Trade ~	93,4	96,7	96,9	94,2	- 5,8	+ 5,0	+ 1,8	+ 0,3		

¹⁾ Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.

²⁾ Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr in % des Index der Durchschnittswerte der Einfuhr.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*5.7 Handelsbilanzsaldo¹⁾ (in Mio. DM)

Monat, Vierteljahr, Halbjahr, Jahr	1998		1999		2000		2001	
	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ
Januar	+ 5 197	-	+ 8 156	-	+ 6 103	-	+ 8 711	-
Februar	+ 11 151	+ 16 347	+ 10 799	+ 18 955	+ 13 929	+ 20 033	+ 12 642	+ 21 353
März	+ 12 068	+ 28 415	+ 11 008	+ 29 962	+ 11 992	+ 32 025	+ 17 387	+ 38 740
1. Vierteljahr	+ 28 415	x	+ 29 962	x	+ 32 025	x	+ 38 740	x
April	+ 10 373	+ 38 788	+ 11 016	+ 40 978	+ 10 360	+ 42 385	+ 10 571	+ 49 311
Mai	+ 13 364	+ 52 152	+ 6 354	+ 47 332	+ 8 807	+ 51 193	+ 14 510	+ 63 821
Juni	+ 10 606	+ 62 759	+ 13 326	+ 60 658	+ 12 924	+ 64 117	+ 13 438	+ 77 260
2. Vierteljahr	+ 34 344	x	+ 30 696	x	+ 32 092	x	+ 38 520	x
Juli	+ 13 298	+ 76 056	+ 13 892	+ 74 550	+ 11 624	+ 75 741	+ 17 139	+ 94 399
August	+ 7 830	+ 83 886	+ 5 916	+ 80 466	+ 5 712	+ 81 453	+ 16 179	+ 110 578
September	+ 10 826	+ 94 712	+ 10 845	+ 91 311	+ 8 322	+ 89 775	+ 12 660	+ 123 238
3. Vierteljahr	+ 31 953	x	+ 30 653	x	+ 25 659	x	+ 45 979	x
Oktober	+ 11 716	+ 106 428	+ 11 025	+ 102 337	13 289	103 064		
November	+ 15 036	+ 121 465	+ 15 266	+ 117 603	9 321	112 385		
Dezember	+ 5 506	+ 126 970	+ 9 939	+ 127 542	+ 3 278	+ 115 664		
4. Vierteljahr	+ 32 258	x	+ 36 230	x	+ 25 888	x		
2. Halbjahr	+ 64 212	x	+ 66 884	x	+ 51 547	x		
Jahr	+ 126 970	x	+ 127 542	x	+ 115 664	x		

¹⁾ Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

*5. Außenwirtschaft

*5.8 Leistungsbilanzsaldo (in Mio. Euro)

	1998		1999		2000		2001	
	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ
Januar	- 13 790	- 13 790	- 4 419	- 4 419	- 7 943	- 7 943	- 5 309	- 5 309
Februar	- 812	- 14 602	- 264	- 4 683	+ 765	- 7 178	+ 1 336	- 3 973
März	+ 7 361	- 7 241	+ 1 651	- 3 032	+ 3 913	- 3 265	+ 3 140	- 833
1. Vierteljahr	- 7 241	x	- 3 032	x	- 3 265	x	- 833	x
April	+ 2 186	- 5 055	+ 2 681	- 351	- 1 710	- 4 975	+ 1 989	+ 1 156
Mai	+ 1 225	- 3 830	- 3 778	- 4 129	- 3 241	- 8 216	+ 170	+ 1 326
Juni	+ 3 493	- 337	+ 2 846	- 1 283	+ 191	- 8 025	- 4 592	- 3 266
2. Vierteljahr	+ 6 904	x	+ 1 749	x	- 4 760	x	- 3 266	x
Juli	- 1 107	- 1 444	- 1 158	- 2 441	- 3 027	- 11 052	- 3 024	- 6 376
August	- 4 780	- 6 224	- 4 379	- 6 820	- 5 936	- 16 988	+ 3 390	2 986
September	- 2 566	- 8 790	- 2 585	- 9 405	- 2 035	- 19 023	- 374	3 360
3. Vierteljahr	- 8 453	x	- 8 122	x	- 10 998	x	3274	x
Oktober	- 1 476	- 10 266	- 1 708	- 11 113	- 591	- 19 614	+ 4 399	
November	+ 3 653	- 6 613	- 179	- 11 292	- 2 313	- 21 927		
Dezember	- 1 196	- 7 809	- 3 127	- 14 419	- 6 683	- 28 610		
4. Vierteljahr	+ 981	x	- 5 014	x	- 10 929	x		
2. Halbjahr	- 7 472	x	- 13 136	x	- 21 927	x		
Jahr	- 7 809	x	- 14 419	X	- 32 856	X		

Quelle: Deutsche Bundesbank.

*5.9 Zahlungsbilanz und Währungsbestände

	2000		2001													
	Jahr	Mill. DM	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober								
			Mill. Euro													
Zahlungsbilanz																
Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten ¹⁾																
(Zunahme: +)	+ 5 844	+ 508	+ 326	- 151	+ 460	- 2 474	- 1 001									
Leistungsbilanz	- 20 996	+ 170	- 4 592	- 3 024	+ 3 322	- 374	+ 4 399									
Außenhandel ²⁾	+ 58 444	+ 7 419	+ 6 871	+ 8 763	+ 8 237	+ 6 473	+ 9 140									
Ergänzungen zum Warenverkehr ³⁾	- 6 384	- 524	- 332	- 478	- 432	- 622	- 426									
Dienstleistungsbilanz	- 44 694	- 3 791	- 5 105	- 4 912	- 4 839	- 4 081	- 3 775									
Erwerbs- und Vermögenseinkommen	- 1 238	- 450	- 3 109	- 3 538	+ 1 624	+ 248	+ 2 227									
Laufende Übertragungen	- 27 123	- 2 485	- 2 917	- 2 860	- 1 267	- 2 392	- 2 768									
Vermögensübertragungen	- 15 296	- 738	+ 288	- 226	- 171	- 47	- 130									
Kapitalbilanz (Nettokapitalexport: -)																
Direktinvestitionen	+ 138 385	- 36 898	+ 9 124	+ 14 188	+ 1 141	+ 3 310	- 5 899									
Wertpapiere	- 164 239	+ 28 382	+ 21 077	+ 355	+ 7 600	+ 14 810	+ 3 555									
Finanzderivate	- 3 839	+ 3 187	- 4 498	- 3 551	- 1 360	- 1 029	- 2 373									
Kreditverkehr ⁴⁾	+ 41 493	+ 21 942	- 48 325	- 11 599	- 8 692	- 33 767	- 2 621									
Sonstige Kapitalanlagen	- 1 995	- 41	- 94	- 169	- 166	- 194	- 223									
Saldo der gesamten Kapitalbilanz	+ 9 804	+ 16 572	- 22 716	- 776	- 1 477	- 14 812	- 7 582									
Restposten der Zahlungsbilanz	- 9 947	- 16 512	+ 26 694	+ 4 178	- 2 136	- 17 706	+ 4 293									
Bestandsangaben																
Auslandsposition der Deutschen Bundesbank								
Bruttowährungsreserven								
Kredite und sonstige Forderungen an das Ausland								
Auslandsverbindlichkeiten								
Netto-Auslandpositionen	94 170	104 347	92 934	100 433	102 151	103 387	104 705									
Saldo der kurzfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten inländischer Kreditinstitute	- 191 150	- 296 861	- 240 571	- 238 939	- 228 917	- 192 141	- 196 582									

¹⁾ Ohne SZR-Zuteilung und bewertungsbedingte Veränderungen.

²⁾ Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Ausfuhr (fob.), Einfuhr (cif).

³⁾ Hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren.

⁴⁾ Einschließlich Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern.

⁵⁾ Enthält die Salden im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr der Deutschen Bundesbank innerhalb des Eurosystems. Ab November 2000 einschließlich der TARGET-Positionen, die zuvor als bilaterale Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber nationalen Zentralbanken außerhalb des Eurosystems dargestellt wurden.

⁶⁾ Vergleiche Anmerkung⁵⁾.

⁷⁾ Vorläufiges Ergebnis auf der Basis der bislang vorliegenden Angaben.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

*6. Preise

	2001																
	November	3. Vj.	September	Oktober	November	3. Vj.	September	Oktober	November								
	1995 = 100	Veränderung gegenüber dem vorhergehenden Vierteljahr bzw. dem Vormonat in %					Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %										
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	109,5	+	0,2	+	0,0	-	0,3	-	0,2	+	2,5	+	2,1	+	2,0	+	1,7
Nahrungsmittel, und alkoholfreie Getränke	105,6	-	0,6	-	0,1	+	0,1	-	0,6	+	5,6	+	5,6	+	5,7	+	4,7
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	109,7	+	0,1	+	0,0	+	0,0	+	0,2	+	2,0	+	1,9	+	1,8	+	1,5
Bekleidung und Schuhe	103,6	-	0,2	+	0,7	+	0,4	+	0,3	+	0,9	+	0,9	+	1,1	+	1,2
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	114,3	+	0,4	+	0,3	-	0,3	-	0,3	+	2,8	+	2,1	+	1,6	+	1,2
Einrichtungsgegenstände (Möbel, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung)	103,6	+	0,2	+	0,1	+	0,1	+	0,3	+	1,1	+	1,2	+	1,2	+	1,5
Gesundheitspflege	112,7	+	0,2	+	0,1	+	0,0	+	0,1	+	1,3	+	1,3	+	1,2	+	1,2
Verkehr	115,6	-	1,0	+	0,3	-	1,2	-	0,6	+	2,4	+	1,8	+	1,4	+	0,4
Nachrichtenübermittlung	82,0	+	0,3	+	0,0	-	0,1	-	0,1	-	2,1	-	2,0	-	2,1	-	2,3
Freizeit, Unterhaltung und Kultur ...	105,7	+	1,7	-	0,7	-	1,0	+	0,4	+	1,4	+	1,5	+	2,0	+	1,2
Bildungswesen	121,6	+	0,3	+	0,3	+	0,0	+	0,0	+	1,6	+	1,4	+	1,4	+	1,2
Beherbergungs- und Gaststätten-dienstleistungen	107,4	+	1,9	-	2,3	+	0,3	-	0,1	+	1,7	+	1,7	+	1,9	+	2,1
Andere Waren und Dienstleistungen	110,4	+	0,4	+	0,2	+	0,2	+	0,3	+	2,7	+	2,7	+	2,6	+	2,6
Index der Einzelhandelspreise	104,8	+	0,1	+	0,3	-	0,1	-	0,2	+	1,8	+	1,4	+	1,4	+	1,2
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ¹⁾	-	0,4	+	0,1	-	0,9	+	2,6	+	1,9	+	0,6
Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten	-	0,9	+	0,3	-	1,7	+	3,1	+	2,0	-	0,7
Investitionsgüterproduzenten	+	0,4	+	0,0	+	0,1	+	1,1	+	1,2	+	1,7
Konsumgüterproduzenten	+	0,2	+	0,0	+	0,1	+	2,8	+	2,6	+	2,6
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	+	1,5	-	0,6	-	2,5	+	13,1	+	11,9	+	3,9
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	-	0,3	+	0,2	-	0,5	+	0,9	+	0,3	-	0,2
Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme, Wasser	-	0,9	+	0,0	-	3,1	+	12,0	+	11,2	+	4,4
Preisindex für Wohngebäude	-	0,1 ³⁾	-	0,2 ³⁾	-
Preisindex für Straßenbau	-	0,1 ³⁾	+	+	0,4 ³⁾	+
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ¹⁾	-	0,7p	+	0,7p	-	1,6p	+	4,1p	+	4,8p	+	1,6p
pflanzlicher Produkte	-	2,0	+	2,2	-	2,9	+	4,2	+	6,9	+	4,3
tierische Produkte	+	0,0p	+	0,9p	-	0,9p	+	4,0p	+	3,8p	+	0,4p
Index der Einfuhrpreise	-	2,3	-	0,5	-	1,6	-	1,9	-	3,6	-	5,6
Güter der Ernährungswirtschaft	-	3,3	+	0,0	-	0,4	+	4,3	+	3,0	+	0,7
Güter der gewerblichen Wirtschaft	...	-	2,1	-	0,6	-	1,8	-	1,6	-	4,4	-	6,4
Rohstoffe und Halbwaren	-	7,1	-	1,8	-	7,4	+	7,4	-	14,9	-	21,2
Fertigwaren	-	0,4	-	0,2	-	0,1	+	0,4	-	0,6	-	1,1
Index der Ausfuhrpreise	-	0,4	-	0,1	-	0,3	+	0,4	-	0,3	-	0,8
dar. Fertigwaren	-	0,2	-	0,1	-	0,1	+	0,6	+	0,2	-	0,2
HWWA-Index der Weltmarktpreise ²⁾ .	85,9	-	4,8	-	1,0	-	12,1	-	6,8	-	12,4	-	16,9	-	25,6	-	31,9

¹⁾ Ohne Umsatzsteuer.

²⁾ Index des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung; berechnet auf Dollarbasis.

³⁾ Ergebnis für August 2001.

p = Vorläufiges Ergebnis.

*7. Zinssätze

	2000				2001			
	Juli	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober
	in % p.a.							
Bundesbankzinsen								
Diskontsatz
Lombardsatz
Pensionssatz ¹⁾
Geldmarktzinsen								
Dreimonatsgeld, Frankfurt/								
Main ²⁾	4,56	4,76	4,83	5,02	4,45	4,33	3,96	3,58
Dreimonatsgeld, Fibor ³⁾⁴⁾
Sechsmonatsgeld Fibor ³⁾⁴⁾
Kapitalmarktzinsen ⁵⁾								
Umlaufrendite festverzinslicher								
Wertpapiere inländischer								
Emissenten	5,5	5,5	5,6	5,5	5,0	4,8	4,7	4,5
dar. Anleihen der öffentlichen								
Hand	5,3	5,3	5,4	5,3	4,9	4,7	4,7	4,4
Sollzinsen der Banken ⁶⁾								
Kontokorrentkredite ⁷⁾	9,81	9,85	9,94	10,18	9,99	10,03	9,98	9,93
Wechseldiskontkredite ⁸⁾	6,49	6,63	6,76	6,95	6,91	6,84	6,69	6,57
Hypothekarkredite auf Wohn-								
grundstücke ⁹⁾								
Festzinsen 5 Jahre	6,48	6,51	6,53	6,49	5,85	5,69	5,57	5,36
Festzinsen 10 Jahre	6,70	6,69	6,72	6,68	6,24	6,13	6,08	5,91
Gleitzinsen	6,67	6,70	6,79	6,84	6,64	6,57	6,45	6,30
Habenzinsen der Banken ⁶⁾								
Festgelder (1 – 3 Monate) ¹⁰⁾ ..	3,59	3,64	3,79	3,89	3,73	3,70	3,38	3,07
Spareinlagen (dreimonatige								
Kündigungsfrist ¹¹⁾	1,25	1,25	1,26	1,25	1,20	1,18	1,16	1,14

¹⁾ Ungewogener Durchschnitt aus den Zinssätzen der pro Monat getätigten Wertpapierpensionsgeschäfte mit einmonatiger bzw. ab Oktober 1992 mit zweiwöchiger Laufzeit; einheitlicher bzw. ab September 1988 marginaler Zuteilungssatz (Zinstender) und Festsatz (Mengentender).

²⁾ Ungewichtete Monatsdurchschnitte der täglichen Angaben vom Frankfurter Bankplatz.

³⁾ Frankfurt Interbank Offered Rate.

⁴⁾ Seit 2. Juli 1990 von Telerate auf breiterer Basis als früher ermittelter und nach der Zinsmethode 365/360 Tage berechneter Satz.

⁵⁾ Tarifbesteuerte Schuldverschreibungen mit längster Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, sofern die mittlere Restlaufzeit noch mehr als 3 Jahre beträgt. Gewogen mit den Umlaufsbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen.

⁶⁾ Ungewichtetes arithmetisches Mittel von 90 % der gemeldeten Zinssätze; jeweils 5 % der Meldungen mit den höchsten und niedrigsten Zinssätzen werden ausgeklammert.

⁷⁾ Bis einschließlich Oktober 1996: unter 1 Mio. DM. Ab November 1996: von 200 000 DM bis unter 1 Mio. DM.

⁸⁾ Bundesbankfähige Abschnitte bis unter 100 000 DM.

⁹⁾ Effektivverzinsung.

¹⁰⁾ Von 100 000 DM bis unter 1 Mill. DM.

¹¹⁾ Bei vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten. Es wird lediglich ein Mindest-/Grundverzinsung aber kein Bonus gewährt.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen
Referat Presse und Information
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
<http://www.bundesfinanzministerium.de>

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen
Arbeitsgruppe Monatsbericht
Redaktion.Monatsbericht@BMF.Bund.de
Berlin, Dezember 2001

Gestaltung:

trafodesign, Düsseldorf

Satz und Druck:

MuK. Medien- und Kommunikations GmbH, Berlin

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.